

Europa im Wandel



Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung

Jahresbericht 1991

Die Errichtung der Europäischen Bank gründet sich auf das Bekenntnis der Vertragsparteien zu den fundamentalen Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Marktwirtschaft.

Ihr Ziel ist die Unterstützung des Übergangs zu offenen marktorientierten Wirtschaftssystemen und die Förderung der privaten und unternehmerischen Initiative in ihren Einsatzländern, die den gleichen Prinzipien verpflichtet sind und diese auch anwenden, um dadurch ihren Volkswirtschaften zu helfen, sich voll in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Die Bank konzentriert sich insbesondere auf die Errichtung des Rahmens der Marktwirtschaft, auf die Schaffung moderner finanzieller und physischer Infrastruktur, auf die Stärkung von Finanzinstitutionen, auf die Durchführung von Umstrukturierungen und Privatisierungen, auf die Entwicklung des Privatsektors vor Ort und auf die Förderung ökologisch tragbarer und langfristig unbedenklicher Entwicklungen bei all ihrer Arbeit. Die von ihr unterstützten Projekte können ein oder mehrere Länder der Region betreffen.

Die Europäische Bank versucht, in ihren Einsatzländern ein Katalysator der Veränderung zu sein. Indem sie diese Rolle spielt, ermutigt sie Kofinanzierungen und ausländische Direktinvestitionen des privaten und öffentlichen Sektors, mobilisiert inländisches Kapital und stellt technische Hilfe in relevanten Bereichen bereit. Die Bank wendet in allen ihren Tätigkeiten gesunde Grundsätze des Bankgewerbes an.

Inhalt

Hinweis an die Leser

Aus Gründen der Kontinuität sind im ganzen Text alle Währungen nach den Wechselkursen vom 31. Dezember 1991 in ECU umgerechnet worden.

Hinweise auf Mittel- und Osteuropa beziehen im gesamten Text alle Republiken der ehemaligen Sowjetunion mit ein. Hinweise auf die UdSSR oder die Sowjetunion als solche bleiben bis zum 31. Dezember 1991 gültig.

Einzelheiten über die ohne Bildunterschrift wiedergegebenen Fotografien sind auf Seite 152 zu finden.

* Aus Gründen der Kontinuität ist die Reihenfolge der Landesüberblicke in allen Sprachversionen gleichgehalten worden.

Botschaft des Präsidenten **8**

Begleitschreiben **11**

Bericht des Direktoriums **12**

Höhepunkte

Schlüsseldaten **18**

Wichtige Finanzdaten **19**

Gebilligte Projekte **20**

Technische Hilfe, einschließlich

Kooperationsfonds **21**

Überblick über die Einsatzregion

Einführung **24**

Politik **24**

Recht **32**

Wirtschaft **33**

Handel **36**

Finanzsektor **38**

Privatisierung **41**

Ausländische Direktinvestitionen **45**

Verkehr **46**

Telekommunikation **50**

Energie **52**

Stadtentwicklung **55**

Umwelt, einschließlich der

Bankprojekte **55**

Einsatzländer*

Albanien

Landesüberblick **64**

Das Engagement der Bank **66**

Bulgarien

Landesüberblick **68**

Das Engagement der Bank **71**

CSFR

Landesüberblick **74**

Das Engagement der Bank **76**

Ungarn

Landesüberblick **80**

Das Engagement der Bank **83**

Polen

Landesüberblick **88**

Das Engagement der Bank **91**

Rumänien

Landesüberblick **98**

Das Engagement der Bank **100**

UdSSR

Landesüberblick **104**

Das Engagement der Bank **107**

Jugoslawien

Landesüberblick **112**

Das Engagement der Bank **112**

Neue Mitgliedsländer

Estland **114**

Lettland **116**

Litauen **117**

Finanzpolitik

Kapitalausstattung **120**

Kreditaufnahmeprogramm **120**

Investition liquider Mittel **121**

Darlehen und Kapitalbeteiligungen **121**

Rückstellungen und Rücklagen **121**

Darlehensaus- und -rückzahlungen **122**

Kooperationsfonds **122**

Kofinanzierung **122**

Jahresabschluß

Bilanz **124**

Gewinn- und Verlustrechnung **125**

Kapitalflußrechnung **126**

Kredite und Kapitalbeteiligungen **127**

Aufstellung der Kapitalzeichnungen **128**

Anmerkungen zum Jahresabschluß **129**

Bericht des Wirtschaftsprüfers **137**

Anhang

Liste des Gouverneursrats **138**

Liste des Direktoriums **139**

Direktoriumsausschüsse **139**

Mitgliedschaft **140**

Management-Struktur **141**

Geschäftsleitung **142**

Liste der Mitglieder der Beiräte **145**

Personen- und Sachregister **148**

Akronyme und Abkürzungen **151**

Bildunterschriften der Fotografien **152**

Botschaft des Präsidenten

Seit die Europäische Bank errichtet wurde, hat sich die geopolitische Landschaft des Kontinents gewaltig verändert: ein Mitgliedsland, die Deutsche Demokratische Republik, hat sich mit einem anderen vereinigt; ein zweites Mitgliedsland, die Sowjetunion, hat aufgehört zu existieren und wurde durch fünfzehn andere ersetzt; ein drittes, Jugoslawien, hat sein föderales System auseinanderbrechen und die Anerkennung einiger seiner konstituierenden Republiken durch viele in der internationalen Gemeinschaft gesehen, und Albanien hat sich wieder in die europäischen Demokratien eingereiht. Alles in allem ist die Zahl der Einsatzländer der Bank im Begriff, sich von acht auf mehr als zwanzig auszuweiten.

In jeder dieser neuen Nationen ist die Euphorie, die den Sturz der totalitären Regime begrüßte, der schwierigen Aufgabe der Einführung demokratischer Regeln gewichen, und die Illusion eines schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist verschwunden angesichts einer anhaltenden Rezession, die so tief ist wie die der Zwischenkriegszeit in Westeuropa.

Die Fortschritte sind bislang begrenzt geblieben, da das Vermächtnis der früheren totalitären Regime sich tiefergreifender als vermutet herausgestellt hat: parlamentarische und rechtliche Institutionen, Banksysteme, Telekommunikations-, Bahn- und Energienetze müssen alle wiederaufgebaut werden. Jedes dieser Länder versucht gegenwärtig, seine eigene Strategie durchzusetzen, um dieselben Ziele zu erreichen; einige Regierungen haben entdeckt, daß die Freigabe von Preisen nicht von selbst Unternehmen schafft; andere haben gelernt, daß eine Privatisierung in großem Ausmaß nicht allein per Dekret ausgeführt werden kann. Sie alle erkennen jetzt, daß man Zeit sowie erhebliche finanzielle und praktische Hilfe benötigt, um ihre Wirtschaft wiederaufzubauen und ihre wettbewerbsfähigen Sektoren zu entwickeln. Eine höchste Priorität wird es für diese Länder sein, ihre Bürokratien und sogar ihre ganze staatliche Verwaltung auf eine Art und Weise zu modernisieren, die gewährleistet, daß sie einem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Es wird für sie auch wesentlich sein, gerechte und leistungsfähige Systeme der Steuererhebung und -eintreibung aufzubauen. Ohne eine solche Reform werden diese Nationen keine Möglichkeit haben, sich zu modernen Staaten zu entwickeln.

Das Hauptgewicht dessen, was getan werden muß, wird auf den Schultern der Bürger dieser Staaten selbst lasten, auf ihrer standhaften Entschlossenheit, die notwendigen Institutionen einzurichten, auf ihrer Bereitschaft, sich anspruchsvollem Umdenken zu stellen. Zweifellos werden ihre Geographie, Geschichte, Kultur und ihre Fähigkeiten dabei helfen.

Sicher wird auch viel davon abhängen, in welchem Ausmaß die internationale Gemeinschaft Unterstützung mobilisieren kann, und ob sie fähig ist zu erkennen, daß die Finanzierung der Stabilisierung eines Kontinents, der tausend Jahre lang instabil gewesen ist, und die Integration von

400 Millionen Menschen in die Marktwirtschaft große Bedeutung haben. Dies wird es ermöglichen, einerseits die nukleare Bedrohung, die über dem Planeten liegt, zu vermindern und Verteidigungsbudgets zu kürzen und andererseits landwirtschaftliche Subventionen zurückzuführen und neue Märkte zu eröffnen. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß am Ende dieses Jahrhunderts der weltweite Wohlstand weitgehend vom Erfolg dieser Umwandlung in Europa abhängen wird. Die internationale Hilfe muß daher entsprechendes Gewicht haben. Sie belief sich im Jahre 1991 auf 25 Milliarden ECU – unter Einbeziehung von Umschuldungen – und wird sich im Jahre 1992 auf den gleichen Umfang belaufen. Dies sind hohe Summen, genügen aber nicht.

Die Europäische Bank wurde geschaffen, um die internationale Reaktion auf diese gewaltigen Bedürfnisse zu ergänzen. Die Idee der Bank entwickelte sich zu einer Zeit, als die Probleme vielen weit weniger ernst erschienen, als sie sich nun herausgestellt haben; die Bank ist jetzt ein wesentliches Instrument für die Kanalisierung internationaler Unterstützung geworden, ein Katalysator und ein Partner für die Geschäfts- und Bankengemeinde. Sie ist eine einzigartige Institution, die in einer einzigartigen Situation arbeitet. Nicht nur eine Entwicklungsbank oder eine Investitionsbank oder ein Beratungsorgan – sie ist die einzige Institution, in der neben den Vereinigten Staaten, Japan, Kanada und anderen praktisch alle Länder West-, Mittel-, Ost- und Fernosteuropas gleichberechtigte Mitglieder sind. Sie ist auch die einzige Institution, die sich gänzlich dem Erfolg des Übergangs sowohl zur Demokratie als auch zur Marktwirtschaft widmet. Die Bank kann langfristiges Kapital und Kapitalbeteiligungen bereitstellen; sie verfügt über spezifische Mechanismen zur Finanzierung von Infrastruktur, Privatisierung, Unternehmen, größeren Vernetzungen, institutioneller Neuordnung und Schulungszentren. Sie ist dabei, für alle, die in diese ungeheure Aufgabe verwickelt sind, ein Zentrum für Wissen, Erfahrung und Ideenaustausch zu werden.

Die Idee der Bank entstand im Oktober 1989 – vor dem Fall der Berliner Mauer; sie wurde im April 1991 eingeweiht – vor dem Staatsstreich in Moskau; und innerhalb weniger Monate ist sie voll funktionsfähig geworden. Sie hat nahezu 400 Mitarbeiter aus beinahe allen ihren Mitgliedsländern. Deren Durchschnittsalter von 36 Jahren ist symbolisch für die Jugend des neuen Europa. Die Mitarbeiter haben Erfahrung in der Finanzierung des öffentlichen und privaten Sektors und verfügen über besondere Kenntnisse in der Finanzierung von Landwirtschaft, Energie, Telekommunikation, Verkehr, Stadtentwicklung und Finanzdienstleistungen sowie in Privatisierungs- und Umstrukturierungstechniken. Sie haben Umweltexpertise und Grundsätze, die mit dem Gründungsübereinkommen im Einklang stehen, entwickelt. Die Bank hat ihren Sitz gewählt und hat ihren Namen und ihre Glaubwürdigkeit bei den Kapitalmärkten mit einem AAA-Rating etabliert. Ihre erste öffentliche Begebung einer ECU-Anleihe wird vom Markt als ein Muster betrachtet.

Die Bank hat außerdem rund 500 Millionen ECU für sechzehn Projekte zugesagt (bis Ende Februar 1992), die nahezu weitere 2 Milliarden ECU von verschiedenen Bank- und Industriepartnern anziehen werden. Sie hat diese Projekte ausgeführt, indem sie erstklassige Finanzierungsstrukturen entwickelt hat und gemäß internationalen Bankgrundsätzen vorgegangen ist. Wir werden die Syndizierungs- und Kofinanzierungskapazität der Europäischen Bank im Jahre 1992 vorrangig weiterentwickeln und haben unsere Organisation auf dieses Ziel ausgerichtet. Wir haben außerdem technische Hilfe für nahezu hundert Projekte zur Verfügung gestellt und begonnen, über zehn Schulungszentren einzurichten, und sind ein natürliches Forum für die Beratung von Regierungen und Unternehmen geworden.

Ich hoffe, daß die Bank im Jahre 1992 ihre Tätigkeiten dank der Arbeit und Unterstützung aller ihrer Mitglieder mehr als verdoppeln wird. Die Bank wird weiterhin ihren Einsatzländern dabei helfen, bei ihren Reformen die richtigen Wege und Ansätze für die Umwandlung zu finden, sie wird weitere Außenstellen in diesen Ländern eröffnen, wird ihre Beziehung mit der Unternehmergemeinschaft ausbauen und wird so viele Projekte wie möglich finanzieren, soweit diese mit ihrer Strategie und mit soliden Bankgrundsätzen vereinbar sind. Vorrang wird denjenigen Projekten gegeben werden, die dazu beitragen, die beiden Teile Europas einander näher zu bringen, wie z.B. Verkehr, Energie und Telekommunikation, und Projekten, die die Marktwirtschaft fördern. Die Bank wird auch in Zukunft der konkreten Durchführung der Projekte, die sie in jedem dieser Gebiete finanziert, besondere Bedeutung beimessen und einen großen Teil ihrer technischen Hilfe mit ihren Projekten verbinden, um zu gewährleisten, daß die spezifischen Kenntnisse, die für die Durchführung benötigt werden, vorhanden sind, wenn und wo sie benötigt werden.

Der Übergang in der östlichen Hälfte Europas wird lang und beschwerlich sein und weit in den Anfang des nächsten Jahrtausends hineinreichen. Es wird keine wundersame Umwandlung geben. Wenn Xenophobie und Desintegration vermieden werden sollen, sind Großzügigkeit, Toleranz und Integrität nötig. Wenn der Übergang ohne Tragödie oder Gewalt gelingt, wird die Europäische Bank zusammen mit anderen Institutionen einen Anstoß für das gegeben haben, was ganz Europa werden könnte – ein Mittelpunkt der Kultur und Kreativität, ein Kontinent der Freiheit und Gerechtigkeit in einer gesunden wirtschaftlichen und physischen Umwelt, der bei der Schaffung einer toleranteren und friedfertigeren Welt seinen Beitrag leisten wird.

Jacques Attali

London, 25. Februar 1992

An den Vorsitzenden des Gouverneursrates

In Übereinstimmung mit Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank und Abschnitt 11 ihrer Satzung wird der beiliegende Jahresbericht der Bank für das Jahr 1991 vom Direktorium dem Gouverneursrat vorgelegt. Er enthält den geprüften Jahresabschluß, der gemäß Artikel 27 des Übereinkommens und Abschnitt 13 der Satzung vorgelegt werden muß. Der Jahresbericht deckt zudem die Umweltaspekte der Tätigkeiten der Bank ab, wie es Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank fordert.

Präsident und Vorsitzender des Direktoriums

Jacques Attali

Direktoren

William Curran
Claes de Neergaard
Tony Faint
Tetsuma Fujikawa
James Humphreys
Ron Keller
Heiner Luschin
Giuseppe Maresca
Alexander Maslov
Donald McCutchan
Patrick Mordacq
Kari Nars
Guy Noppen
Branimir Pajkovic
Tomás Parízek
Jacques Reverdin
Christopher Sibson
José da Silva Lopes
Lars Tybjerg
José Luis Ugarte
Antoine Van Goethem
Jan Winiecki
Günter Winkelmann

Stellvertretende Direktoren

Emily Walker
Halldór Kristjánsson
Craig Pickering
Yoshihisa Kuroda
Seung Woo Kwon
Paul Menkveld
Mordechai D Fraenkel
Maurizio Serra
Serguei Ovseitchik
Robert Mackenzie
-
Erik Aarhus
Ernest Muhlen
Stanel Ghencea
György Matolesy
Ibrahim Berberoglu
Terry Brown
Dimitri Koulourianos
Pol O'Duibhir
Vicente Fernández
Peter Blackie
Plamen Ilchev

Bericht des Direktoriums

Gemäß des Übereinkommens zur Errichtung der Bank liegen alle Befugnisse der Bank beim Gouverneursrat. Wie in Artikel 27 angezeigt, hat der Gouverneursrat die meisten seiner Befugnisse an das Direktorium delegiert.

Der Präsident der Bank ist der Vorsitzende des Direktoriums. Das Direktorium ist für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich. Es bestimmt die geschäftspolitischen Grundsätze und entscheidet über Darlehen, Garantien, Kapitalbeteiligungen, technische Hilfe, Kreditaufnahmen durch die Bank und sonstige Geschäftstätigkeiten der Bank. Nach den Weisungen des Direktoriums führt der Präsident die laufenden Geschäfte der Bank. Der Präsident ist als Leiter des Personals der Bank für die Organisation der Bank verantwortlich, und er ernennt die Mitarbeiter.

Bei der Eröffnungssitzung des Gouverneursrats am 16. April 1991 wählten die Gouverneure, die die 41 Gründungsmitglieder der Bank vertreten, das erste Direktorium. Das Direktorium besteht aus 23 Direktoren, von denen jeder einen stellvertretenden Direktor ernennen kann. In den meisten Fällen haben die Direktoren, die mehr als ein Mitgliedsland repräsentieren, einen stellvertretenden Direktor aus einem anderen Land ihrer Ländergruppe ernannt.

Entsprechend Artikel 31 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank hat das Direktorium auf Empfehlung des Präsidenten fünf Vizepräsidenten ernannt.

Das Direktorium würdigt ausdrücklich die tatkräftige Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter der Bank in der ersten Geschäftsperiode der Bank. Ihre Arbeit hat es der Bank ermöglicht, finanzielle Mittel für eine bedeutende Zahl von Darlehens- und Beteiligungsoperationen zuzusagen und ein Anfangsprogramm für technische Hilfestellungen zu erarbeiten.

Grundsätze

Im Jahre 1991 hat das Direktorium Grundsätze für die Tätigkeitsbereiche der Bank, ihre Finanzen und ihre Verwaltung gebilligt. Diese haben die Arbeitsgrundlagen der Bank in der Erfüllung ihres Mandats in den Einsatzländern bestimmt.

Die erste Veröffentlichung der Bank „Aufgaben und Prioritäten für den Einsatz: Erste Orientierungen“ (Operational Challenges and Priorities: Initial Orientations), die das Direktorium bei der Eröffnungssitzung im April 1991 billigte, untersuchte die wesentlichen von der Bank in Angriff zu nehmenden Bereiche und die wichtigsten zur Verfügung stehenden Techniken.

Es wurde beschlossen, daß die Bank den Schwerpunkt auf Tätigkeiten legen sollte, die die Schaffung der für die Entwicklung des privaten Sektors notwendigen Infrastruktur unterstützen. Die Bank wird auch in Bereichen wie Privatisierung und Umstrukturierung, Reform des Finanzsektors, Förderung ausländischer Direktinvestitionen und Umweltsanierung eine zentrale Rolle übernehmen.

Das Direktorium unterstrich, daß die Bank ihre Bemühungen auf die Entwicklung des Unternehmergeistes an der Basis konzentrieren sollte, indem sie kleine und mittlere Betriebe unterstützt und die Entwicklung der Finanzinfrastruktur fördert.

Im Rahmen dieses allgemeinen Ansatzes billigte das Direktorium Geschäftsgrundsätze und -leitlinien; sie präzisieren den Typus der für die Bankfinanzierung geeigneten Projekte, die wichtigsten Kriterien zur Identifizierung und Vorbereitung eines Projekts für Finanzierung durch die Bank, die Rolle der Bank während der Durchführung des Projekts und die Anforderung für die Beurteilung von Projekten nach Abschluß der Ausführungsphase. Bankaktivitäten werden im Rahmen der Strategie für jedes Einsatzland durchgeführt.

Auf seiner Eröffnungssitzung setzte das Direktorium Finanzierungsgrundsätze fest, um die Bank in die Lage zu versetzen, die mit ihren Tätigkeiten verbundenen Risiken handhaben zu können, und um vor ihren Mitgliedern, Geschäftspartnern und Kapitalmarktanlegern das höchste Ansehen aufrechtzuerhalten.

Diese Grundsätze setzen spezifische Regeln für das Eingehen von Zins- und Wechselkursrisiken fest. Sie verlangen sorgfältige Analyse und Begrenzung des Kreditrisikos und legen ausdrücklich fest, daß die liquiden Mittel der Bank innerhalb akzeptabler Kredit-, Markt- und Counterpart-Risiken investiert werden müssen. Diese Finanzierungsgrundsätze halfen der Bank ein AAA-Rating der wichtigsten Ratingagenturen zu erhalten.

Das Direktorium traf in diesem Rahmen andere wichtige Entscheidungen, die die Finanzen der Bank betreffen, einschließlich der Festsetzung der Grundsätze für die Rechnungslegung der Bank und der Bestimmung eines Plans für die Einlösung von Kapitalzeichnungszahlungen, die von Mitgliedern in Form von Schuldscheinen getätigt worden sind.

Das Direktorium billigte ein anfängliches Kreditaufnahmeprogramm der Bank in Höhe von 800 Mio. ECU bis Ende 1992, das auf mehreren Märkten unter Einsatz verschiedener Anleihetekniken durchgeführt werden soll. Als Teil dieses Programms wurde die erste Anleiheemission der Bank von 500 Mio. ECU im September 1991 erfolgreich plaziert.

Das Direktorium hat im Laufe des Jahres 1991 detaillierte Grundsätze für das Portfolio-Risiko-Management und das Kreditgeschäft gebilligt, unter anderem:

- Grenzen für das Ausmaß des Risikos, das die Bank in jedem Land oder Sektor oder gegenüber jedem Kreditnehmer übernehmen kann,
- Bedingungen für Darlehen und Kapitalbeteiligungen,
- Richtlinien für Kofinanzierung und den Einsatz von Finanzmittlern.

Die Preispolitik der Bank differenziert sowohl im öffentlichen als auch im wettbewerblichen Unternehmenssektor nach geschätzten Risiken, und die Bedingungen werden an die Bedürfnisse jedes Projektes angepaßt.

Das Direktorium prüfte und billigte einen methodischen Ansatz zur Erfüllung der Umweltaspekte des Mandats der Bank. Dieser betont die folgenden Prioritäten:

- Beratende Hilfe bei der Formulierung der Umweltpolitik;
- Förderung von Unternehmenstätigkeiten in Umweltschutz und Umweltsanierung;
- Initiierung von Studien oder Programmen zur Behandlung regionaler und nationaler Umweltprobleme und zur Förderung von Umwelterziehung;
- Verwendung umweltverträglicher Betriebsverfahren bei allen Projekten und Tätigkeiten der Bank.

Es wurde anerkannt, daß die Umweltaspekte zu einem späteren Zeitpunkt näher spezifiziert werden müssen.

Das Direktorium hat Verfahren zur Ausführung des politischen Mandats der Bank genehmigt. Diese sehen für die Länderstrategieunterlagen der Bank vor, den politischen Fortschritt in jedem Einsatzland zusammen mit dem wirtschaftlichen Fortschritt zu beurteilen – und zwar unter Verwendung einer Reihe von Kriterien, die international als wesentliche Elemente von Mehrparteiendemokratie und Pluralismus angesehen werden.

Unter Anerkennung der kritischen Bedeutung von technischer Hilfe, Beratung und Schulung als einer Vorbereitung und Ergänzung von Investitionsaktivitäten fördert das Direktorium den Abschluß von Verträgen mit Mitgliedern der Bank zum Zwecke der Bereitstellung von Ressourcen für diese Aufgaben. Im Jahre 1991 schloß die Bank derartige Verträge mit elf Gebern (Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Bank) über eine Summe von insgesamt fast 68 Mio. ECU ab.

Das Direktorium möchte den Gebern seinen aufrichtigen Dank dafür ausdrücken, daß sie es der Bank ermöglicht haben, in diesem entscheidenden Bereich der technischen Hilfe aktiv zu werden.

Allgemeine Grundsätze für technische Hilfe wurden genehmigt. Technische Hilfe wird Institutionen des Privatsektors, Zentralregierungen und Kommunalbehörden in einzelnen Ländern oder in Form von Programmen, die die regionale Integration zwischen den Einsatzländern als Gruppe fördern, gewährt werden. Das technische Hilfsprogramm der Bank sollte beitragen zu:

- einem schnelleren Aufbau eines Projektbestandes,
- wirksameren Investitionsprogrammen und -projekten,
- schnelleren und umfassenderen Reformen,
- wirksamerer Anpassung der Institutionen.

Das Direktorium genehmigte den Haushalt für den Zeitraum vom 15. April bis zum 31. Dezember 1991, im Rahmen fünfjähriger Finanzprojektionen und auf der Basis eines ersten Arbeitsprogramms der verschiedenen Abteilungen der Bank. Es billigte den Grundsatz der Eröffnung von Außenstellen in den Einsatzländern. Das Direktorium drückt seine Zufriedenheit darüber aus, daß die finanziellen Ergebnisse der Bank in der ersten Periode besser als erwartet waren. In seiner Sitzung im Dezember 1991 hat das Direktorium für 1992 einen Haushalt von 91 Mio. ECU für Nettoverwaltungs- und Personalausgaben genehmigt. Das Kapitalaufwendungsprogramm beläuft sich auf insgesamt 80 Mio. ECU.

Das Direktorium verabschiedete ebenfalls die Gehalts- und Sozialleistungspolitik für das Bankpersonal, um wettbewerbsfähige Bedingungen zu sichern, die hochqualifizierte Mitarbeiter anziehen. Die Bank ist gegenwärtig in Übergangsräumlichkeiten untergebracht. Das Direktorium genehmigte die Empfehlung, den ständigen Hauptsitz der Bank in 1 Exchange Square in der City of London unterzubringen.

Neue Mitglieder

Im Jahre 1991 stellten Albanien, Estland, Lettland und Litauen den Antrag, Mitglieder der Bank zu werden. Das Direktorium diskutierte die Empfehlungen des Präsidenten, die Anträge zu akzeptieren, und genehmigte vorläufige Entschließungsentwürfe für den Gouverneursrat. Im Oktober stimmte der Gouverneursrat einstimmig für die Mitgliedschaft Albaniens, das die Beitrittsverfahren am 18. Dezember abschloß. Im November sprach sich der Gouverneursrat einstimmig für die Mitgliedschaft Estlands, Lettlands und Litauens aus.

Strategien für die Einsatzländer

Das Direktorium billigt die Aktionsstrategien für Tätigkeiten (Darlehen, Kapitalbeteiligungen und technische Hilfe) in jedem Einsatzland, um zu gewährleisten, daß die Ziele und Aufgaben der Bank, die in den Artikeln 1 und 2 des Übereinkommens dargelegt sind, voll erfüllt werden. Länderstrategiepapiere enthalten einen Überblick über politische und wirtschaftliche Entwicklungen und identifizieren Prioritätsbereiche für die Bank. Sie werden in Konsultation mit den Behörden der Einsatzländer vorbereitet.

Im Jahre 1991 wurden Strategien für die folgenden Einsatzländer geprüft und gebilligt: Ungarn (Juni), CSFR (Juli), Polen (September), Rumänien (Oktober), Bulgarien (November) und Albanien (Dezember). Vertreter aus dem betroffenen Mitgliedsland, in den meisten Fällen der Gouverneur der Bank, haben an allen Länderstrategiediskussionen in Direktoriumssitzungen teilgenommen. Das Direktorium hat in Anbetracht der politischen Entwicklungen in der ehemaligen UdSSR und ihren Republiken anstelle einer umfassenden Strategie im September einen kurzfristigen Aktionsplan für Bankgeschäfte mit dem Schwerpunkt auf technischer Hilfe gebilligt. Aus ähnlichen Gründen wurde bislang keine Strategie für Jugoslawien genehmigt.

Geschäftstätigkeit

In der ersten Geschäftsperiode der Bank vom 15. April bis zum 31. Dezember 1991 hat das Direktorium 14 Projekte für Investitionen in den Einsatzländern gebilligt. Ein Überblick über diese Projekte wird im Abschnitt „Hauptpunkte“ dieses Berichts gegeben; auf die einzelnen Aktivitäten wird im Abschnitt „Das Engagement der Bank“ eingegangen. Insgesamt wurden für Darlehen und Kapitalbeteiligungen mehr als 426 Mio. ECU zugesagt, ein Betrag mit Katalysatorwirkung, der mit Kofinanzierern und Joint Venture Partnern zu gesamten Investitionen von mehr als 1,5 Mrd. ECU führen kann. Einige Projekte sind darauf ausgerichtet, die Infrastruktur in Einsatzländern zu verbessern, z.B. auf den Gebieten Telekommunikation und Energie. Andere enthalten die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Darlehen oder Kapitalbeteiligungen für Direktinvestitionen in privaten Unternehmen. Zwei Projekte zielen besonders auf die Finanzierung kleiner und mittlerer Privatunternehmen ab.

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen

Das Übereinkommen zur Errichtung der Bank verlangt, daß die Bank mit anderen internationalen Institutionen eng zusammenarbeitet. Die Bank arbeitet mit der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank besonders eng zusammen, beide sind Mitglieder der Bank. Im Juni 1991 billigte das Direktorium ein Verfahren für den gegenseitigen Dokumentenaustausch mit anderen internationalen Institutionen; dieses sorgt für Zusammenarbeit in diesem Bereich mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Investitionsbank, dem Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Finanz-Korporation, der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen,

dem Europarat, der Internationalen Investitionsbank, der Nordischen Investitionsbank, der Wirtschaftskommission für Europa und dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Im November 1991 empfahl das Direktorium, daß der Gouverneursrat ein allgemeines Übereinkommen über die Zusammenarbeit mit dem Europarat billigen sollte; dies wäre das erste derartige Übereinkommen der Bank mit einer anderen internationalen Organisation.

Arbeitsmethoden des Direktoriums

Die Arbeitsmethoden des Direktoriums sind durch die umfassende Einbeziehung des Direktoriums in die Entwicklung der Geschäftsgrundsätze der Bank bestimmt. Neben regelmäßigen formellen entscheidungsorientierten Direktoriumssitzungen ist das Direktorium regelmäßig zur Vorbereitung der Direktoriumsentscheidungen zusammengetroffen – in Arbeitsgruppen mit Mitarbeitern der Bank zur Diskussion vorgeschlagener Grundsatzpapiere und Länderstrategien sowie in Informationssitzungen über viele für die Arbeit der Bank relevante Themen.

Das Direktorium hat drei Ausschüsse gebildet, die aus je acht Direktoren bestehen (siehe Anhänge). Die Ausschüsse erstatten dem Direktorium durch ihre Vorsitzenden über entscheidungsrelevante Themen Bericht:

- Der Prüfungsausschuß begutachtet zusammen mit externen Revisoren den Jahresabschluß der Bank und den Prüfungsbericht. Er prüft das Arbeitsprogramm der internen Revision und die Bankpolitik im Bereich der Projektbeurteilung.
- Der Ausschuß des Direktoriums für Personalentlohnung und Verwaltungsangelegenheiten prüft Fragen der Verwaltungspolitik für das Direktorium. Vorschläge zu Personalgehältern und Sozialleistungen werden ebenfalls durch diesen Ausschuß begutachtet.
- Der Finanzausschuß untersucht alle Aspekte der Finanzpolitik, darunter auch Elemente des

Darlehensprogramms. Der Ausschuß hat auch die Aufgabe, die allgemeine Haushaltspolitik der Bank zu prüfen.

Das Direktorium wurde durch Ansprachen des französischen Präsidenten Mitterand, des ungarischen Präsidenten Góncz sowie mehrerer Gouverneure der Bank und hochgestellter Beamte aus Mitgliedsländern in der Bank beehrt. Mitglieder des Direktoriums haben auch an Kolloquien und Konferenzen teilgenommen zu Themen wie den ökonomischen Aspekten des Übergangs, Rechte der Minderheiten und Reform des Wirtschaftsrechts; zudem hörten sie Vorträge von Experten zu Problemen, die die Bank interessieren, und nahmen an Sitzungen des Unternehmensbeirats, des Volkswirtschaftsbeirats und des Umweltbeirats teil.

Vor der Direktoriumsdiskussion einer Strategie für ein Einsatzland reist normalerweise eine Gruppe von Direktoriumsmitgliedern in das betreffende Land, um Vertreter von Regierung, Geschäftsbanken und Industrien, die von der Umstrukturierung betroffen sind, zu treffen. Direktoriumsmitglieder besuchten im Juni Polen und die CSFR, im August Rußland und die Ukraine, im Oktober Rumänien und im November Bulgarien. Ihre Besuche haben dazu beigetragen, den Dialog der Bank mit den Politikern in den Einsatzländern zu vertiefen; zudem haben sie dem Direktorium zusätzlichen Einblick in diese Länder vermittelt.

Die Mitglieder des Direktoriums vertreten nicht nur Mitgliedsländer, sondern dienen auch als Kontaktadressen für den Privatsektor in ihrer Ländergruppe. In dieser Hinsicht spielen die Direktoren und ihre Stellvertreter eine wichtige Rolle bei der Anknüpfung von Kontakten zwischen Unternehmen, die an Geschäften mit der Bank interessiert sind, und den Mitarbeitern der Bank, die an der Projektvorbereitung beteiligt sind. Viele Direktoren haben vor Wirtschaftsvertretern und Banken öffentliche Vorträge über die Arbeit der Bank gehalten.

Höhepunkte

Schlüsseldaten

1989

25. Oktober

Der französische Staatspräsident Mitterand unterbreitet die Idee einer Europäischen Bank in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg mit den Worten: „Was kann Europa tun? Noch viel mehr! Warum gründen wir keine Bank für Europa ...?“

8. Dezember

Der Europarat in Straßburg billigt den Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Bank.

1990

15. Januar

Verhandlungen zur Gründung der Bank beginnen in Paris.

29. Mai

Das Übereinkommen zur Gründung der Bank wird in Paris unterzeichnet. Nach Unterzeichnung folgen drei Konferenzen, im Juli und Oktober 1990, sowie im Januar 1991.

1991

9. Februar

Erstes Treffen des Volkswirtschaftsbeirats.

15. April

Einweihung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London. Der Gouverneursrat wählt einstimmig Jacques Attali zum ersten Präsidenten der Bank.

16. April

Wahl des ersten Direktoriums.

17. April

Erste Sitzung des Direktoriums.

25. Juni

Genehmigung des ersten Projekts für die Bank von Posen (Polen) zur Finanzierung polnischer Fernheizungsunternehmen.

13. Juli

Konferenz über Volkswirtschaften im Übergang.

20. September

Erstes Treffen des Unternehmensbeirats.

24. September

Billigung der ersten drei Projekte im Privatsektor.

25. September

Erste Anleiheemission von 500 Mio. ECU.

4. Oktober

Beschluß des Gouverneursrates, Albanien als Mitglied der Bank zu akzeptieren.

25. Oktober

Erstes Treffen des Umweltbeirats.

1. November

Unterzeichnung einer Übereinkunft über die erste Außenstelle der Bank in Warschau.

8. November

Erzielung einer Übereinkunft über den ständigen Hauptsitz der Bank.

16. November

Kolloquium über die Reform des Wirtschaftsrechts.

29. November

Billigung der Mitgliedschaft Estlands, Lettlands und Litauens durch den Gouverneursrat.

18. Dezember

Albanien wird volles Mitglied der Bank.

19. Dezember

Treffen der Berner Union (Internationale Union der Kreditversicherer).

Wichtige Finanzdaten

	1991 Mio.ECU
Eingezahltes Kapital	2.956
Erhaltene Teilzahlungen	591
Mittel- und langfristige Kreditaufnahmen für den Zeitraum	499
Betriebsverlust	7
In dem Zeitraum genehmigte neue Projekte	427
Gesamtaktiva	1.129

Die Bank hat sich als eine erstrangige Kreditinstitution in der Finanzgemeinschaft etabliert und ein AAA-Rating der beiden größten Ratingagenturen erlangt.

Im Jahre 1991 gebilligte Projekte

Land	Annahmedatum	Projekt	Form	Zugesagte Bankmittel Mio. ECU*	Gesamte Projekt- Investitionen Mio. ECU*
Polen	25. Juni	WBK Posen (Bank von Posen) <i>Fernheizungsunternehmen</i>	Darlehen	37,29	67,12
Ungarn	24. September	Petőfi Nyomda Rt <i>Verpackungen</i>	Darlehen	4,91	11,74
CSFR	24. September	Czechoslovakia Investment Corporation Inc.	Beteiligung	7,46	111,86
Regional	24. September	NMB/European Bank Central Europe Agency Line <i>Kreditlinie</i>	Darlehen	29,83	74,58
UdSSR	26. November	Parker Drilling Company <i>Bohrunternehmen in Sibirien</i>	Darlehen	9,28	14,43
UdSSR	26. November	Enhanced Digital Network <i>Telekommunikation</i>	Darlehen	4,85	10,29
Polen	26. November	Polska Telefonía Komórkowa <i>Mobiltelefone</i>	Darlehen	44,75	134,24
Polen	26. November	Lodom <i>Kühllagerung</i>	Darlehen	1,64	10,73
Rumänien	18. Dezember	Rom Telecom <i>Telekommunikation</i>	Darlehen	142,00	548,80
Ungarn	18. Dezember	Hungarian Telecommunications Company <i>Telekommunikation</i>	Darlehen	90,88	187,10
Ungarn	18. Dezember	Microsystem RT <i>Computersysteme</i>	Beteiligung	2,24	6,71
Rumänien	18. Dezember	GEC Alsthom - IMGB <i>Kraftwerksanlagen</i>	Darlehen	23,00	148,70
Polen	18. Dezember	IBG Food Processing <i>Nahrungsmittelhersteller</i>	Darlehen	5,26	14,00
CSFR	18. Dezember	Čokoládovny <i>Nahrungsmittelhersteller</i>	Beteiligung	24,10	174,03

* Berechnet zu Wechselkursen vom
Dezember 1991 31.

Technische Hilfe

Projektzusagen 1991		ECU Tausend
Albanien	Techniken der Umstrukturierung von Banken (Schulung)	11,6
Bulgarien	Finanzierungsvorschlag für technische Hilfe bei Umstrukturierung und Privatisierung	*
Baltische Republiken	Verfassungsmäßiger Schutz nationaler Minderheiten (Konferenz)	21,5
CSFR	Telekommunikation – institutionelles Entwicklungsprogramm	570,0
Ungarn	Telekommunikation – Vorstudie	27,7
	Budapest – Entwicklung der Stadtinfrastruktur (Unterstützung bei der Bestimmung eines vorrangigen Investitionsprogrammes)	610,0
	Durchführbarkeitsstudie zur Einführung eines Girosystems	76,4
	Verkehr – Konzession für die M1-M15 Autobahn	352,1
Polen	Durchführbarkeitsstudie zum polnischen Privatisierungsfonds	55,8
	Umstrukturierung der Textilindustrie, Łódź	2,4
	Studie zur Identifizierung sozialer Sicherungssysteme	48,6
	Danzig Abwasserklärung (Projektvorbereitung für spätere Investition)	115,0
	Einlagensicherungssystem (Durchführbarkeitsanalyse)	153,8
	Unternehmensberatung	2.200,0
	Beratende Rolle bei Privatisierung	*
Rumänien	Telekommunikation – institutioneller Entwicklungsplan	533,0
	Telekommunikation – Projektmanagementprüfung	62,3
	Unterstützung bei der Errichtung eines 'Früh-Privatisierungs'-Programms	*
UdSSR	Privatisierungsprogramm Moskauer Stadtrat	1.230,0
	International School for Banking and Finance, Moskau	2.300,0
	International School for Business, Management and Privatization, St. Petersburg	1.000,0
	Einführendes Beratungsprogramm für Privatisierung, St. Petersburg	914,0
	Durchführbarkeitsstudie über Häfen und Nahrungsmittelverteilung im äußersten Osten	12,3
	Beratung zu Wertpapiermärkten	7,4
	Transport- und Logistikstudie (Nahrungsmittelverteilung)	378,3
	Preispolitik im Agrarbereich und Übersicht über Nahrungsmittelverteilung	81,0
	Entwicklung von Großhandelsmärkten und Lagern (Nahrungsmittel), Moskau und Region Moskau (Durchführbarkeitsstudie/Pilotprojekt)	164,2

Projektzusagen 1991		ECU Tausend
UdSSR Fortsetzung	Entwicklung von Großhandelsmärkten und Lagern (Nahrungsmittel), St. Petersburg	97,4
	Regionales Schulungsprogramm über Staatspapiere	242,0
	Regionales Schulungsprogramm über Geschäftsbankaktivitäten	240,9
Jugoslawien	Beratungsprogramm zur Privatisierung in Mazedonien	76,4
Regional	Reform des Wirtschaftsrechts (Kolloquium)	125,4
	Umweltprogramm Donaubecken	1.400,0
	Umweltprogramm Ostsee (Vorstudie)	230,8
	Umweltveranlagungsgesetzgebung u. -politik	56,3
	Rechtsrahmen für Energieinvestitionen	17,3
Insgesamt **		13.413,9

Kooperationsfonds-Vereinbarungen

Bis zum 31. Dezember 1991 unterzeichnete Vereinbarungen

Land	Datum der Vereinbarung	Laufzeit	Betrag	ECU Tausend
Norwegen	16. April	1991/1992	NKR 7 Mio.	873
Japan	5. Juli	1991-31. März 92	Yen 855 Mio.	5.151
USA	30. Juli	1991/1992	US-\$ 770.000	597
Frankreich	1. August	1991/1994	FF 27 Mio.	3.885
Schweden	13. August	1991/1993	SKR 15 Mio.	2.013
Taiwan	16. September	1991/1992	US-\$ 10 Mio.	7.752
EWG	15. Oktober	1992	ECU 40 Mio.	40.000
Niederlande	20. November	1991/1994	Hfl 5.2 Mio.	2.271
Vereinigtes Königreich	25. November	1991/1992	£ 1 Mio.	1.389
Luxemburg	26. November	1991/1992	ECU 150.000	150
Österreich	31. Dezember	1991/1995	US-\$ 5 Mio.	3.876
Insgesamt				67.957

* Projekte, die aus anderen Quellen finanziert wurden, and denen die Bank teilhatte

**9,5 Mio. ECU werden finanziert durch das Kooperationsfondsprogramm. Weitere Mittel können Projekten im Laufe des Jahres 1992 zugeteilt werden

Überblick über die Einsatzregion

Einsatzländer

Albanien

Bulgarien

CSFR

Estland*

Ungarn

Lettland*

Litauen*

Polen

Rumänien

UdSSR

Jugoslawien

Die mittel- und osteuropäischen Länder, die Hälfte Europas, sehen sich bei der Realisierung des Übergangs zu einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft mit einer enormen Anzahl komplexer Probleme konfrontiert, welche schnell in Angriff genommen werden müssen, deren vollständige Überwindung aber viele Jahre in Anspruch nehmen wird. Hieraus ergibt sich eine große Herausforderung: einen neuen ökonomischen Rahmen zu schaffen und zugleich das politische System, das Verhalten und sogar die Einstellungen der betroffenen Menschen zu ändern, ohne unhaltbare soziale Zustände zu verursachen, welche die betroffenen Gesellschaften ernsthaft gefährden und die Nachbargebiete bedrohen könnten. Es gibt kein historisches Vorbild für eine solche Umgestaltung.

Die Errichtung passender Rechts- und Finanzinstitutionen wird für den erfolgreichen Übergang entscheidend sein. Die Privatisierung hat eine Schlüsselrolle zu spielen wie auch die Mobilisierung inländischer und internationaler Ersparnisse und Investitionen. Gleichzeitig ist die Reform der Infrastruktur notwendig, um die Grundlagen einer Marktwirtschaft zu errichten; sie verkörpert die Bereiche mit dem größten Potential für regionale Integration und die Verbindung der östlichen und westlichen Teile des europäischen Kontinents. Schließlich gibt das Ausmaß der Umweltprobleme der Region Anlaß zu großer Besorgnis und erfordert dringende Maßnahmen.

Die folgenden regionalen Übersichten sprechen – in Form eines allgemeinen Überblicks über die Situation und einer Diskussion der Prioritäten und des Engagements der Bank – mehrere Gruppen verbundener Themen an: politische und rechtliche Fragen; Wirtschaft und Handel; Finanzprobleme, Privatisierung und ausländische Direktinvestitionen; Schlüsselbereiche der Infrastruktur – Verkehr, Telekommunikation, Energie und Stadtentwicklung; und die Umwelt.

Politik

In den vergangenen Jahren haben Mittel- und Osteuropa, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, ungeheure politische und wirtschaftliche Veränderungen erlebt. Mit einem erstaunlichen Tempo entschlossen sich Länder der Region, kommunistische Regime und zentralisierte Kommandowirtschaften abzustoßen und Demokratie und Marktwirtschaft anzunehmen.

Das Ende des Kalten Krieges, der für eine gewisse internationale Stabilität gesorgt hatte, änderte das geopolitische Gleichgewicht in der Welt. Es ermöglichte die Fortschritte der Demokratie und der Rüstungskontrolle. Es kündete aber auch neue Formen internationaler Spannungen und Konflikte an, die nicht nur militärischen Überlegungen, sondern auch den neuen Gefahren der Massenwanderungen, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit entsprangen. Die politischen und wirtschaftlichen Dimensionen dieser Veränderungen waren eng verbunden.

Was hat solch folgenschwere Ereignisse ermöglicht? Mitte der 80er Jahre wurde klar, daß die ökonomischen Systeme in allen mittel- und osteuropäischen Ländern trotz sporadischer Reformen unter Druck standen. Obwohl die Notwendigkeit einer drastischen Veränderung des Systems offensichtlich war, gewann der Reformprozeß in der

*Die Mitgliedschaft ist zwar vom Gouverneursrat genehmigt worden, war aber am 31. Dezember 1991 noch nicht in Kraft getreten.

gesamten Region erst mit der Einführung der *Glasnost*- und *Perestroika*-Politik Präsident Gorbatschows an Tempo. Die Tatsache, daß die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer mittel- und osteuropäischen Länder kein wesentlicher Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik mehr war, stellte einen großen Wendepunkt in der Geschichte der Region dar.

Die meisten Einsatzländer der Europäischen Bank machten im Jahre 1991 enorme demokratische Fortschritte und entschlossene Schritte in Richtung offener Marktwirtschaften, wenn auch im ökonomischen Bereich mit einer etwas geringeren Geschwindigkeit, als sie und andere in der ersten Freiheitseuphorie erwartet haben mochten. Dies war besonders in Albanien der Fall, wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die brennendsten der Region sind.

Trotz ernster wirtschaftlicher Probleme genießen die meisten der Regierungen im allgemeinen breite, wenn auch gelegentlich apathische Unterstützung. Vorsichtige Führung, gekoppelt mit einem deutlichen Bekenntnis zu demokratischen Werten, erlaubten den meisten von ihnen ein empfindliches politisches Gleichgewicht zu erhalten – nicht zuletzt in der CSFR, wo sich die demokratische Debatte über den Umfang der Kompetenzen der Föderation und der tschechischen und slowakischen Republiken fortsetzte.

Neue Systeme für die Kommunalbehörden, in deren Vordergrund institutionelle und operationelle Unabhängigkeit und unmittelbare Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern stehen, wurden in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern eingeführt. Unpräzise Gesetzgebungen und unzureichende Finanzausstattungen mögen die Entwicklung behindert haben, aber ein sicherer Anfang wurde gemacht. Gewerkschaften waren im allgemeinen frei, unabhängig zu handeln, auch wenn in einigen Ländern die Gewerkschaftsbewegung noch schwach war. Die Pressefreiheit machte bemerkenswerte Fortschritte, und die Medien erwiesen sich in den meisten Ländern als einflußreiche Kraft, obwohl sie in der Regel durch ökonomische Schwierigkeiten behindert waren.

Neue Verfassungsbestimmungen hatten in allen Ländern in der Region Vorrang. Unter Nutzung der in demokratischen Gesellschaften gesammelten Erfahrungen und der internationalen Menschenrechtsgrundsätze stützten sich die Gesetzgeber in dem Entwurfsprozess auf eine weitreichende Volksbeteiligung. Der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Bulgarien war das erste Land, das eine neue Verfassung billigte, gefolgt von Rumänien. Andere Länder denken noch über spezielle Vorschriften nach. In der Zwischenzeit wurden Zusicherungen gegeben, die eine breite Spanne von politischen und Bürgerrechten abdecken, u.a. die Glaubens-, Rede- und Pressefreiheit sowie die Gleichheit vor dem Gesetz

und die kommunale Selbstverwaltung. Die praktischen Bemühungen um diese Rechte schwankten von Land zu Land, je nach der Stärke der betroffenen politischen- und Rechtsinstitutionen.

Die CSFR und Polen folgten Ungarn und traten dem Europarat 1991 bei und unterzeichneten die Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die meisten der übrigen Einsatzländer der Bank haben ihre Absicht bekundet, dasselbe zu tun. Alle waren im Rahmen der KSZE aktiv tätig, in der die CSFR ab Beginn des Jahres 1992 den Vorsitz hält.

Die politische Situation in der Region, insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion und in Jugoslawien, war aber unsicher. Der gewählte Weg der Demokratie und der Marktwirtschaft brachte die schwierige Aufgabe mit sich, vollkommen neue politische und wirtschaftliche Strukturen aufzubauen und mit ihren sozialen Folgen umzugehen. Das kritische Problem war die Geschwindigkeit der Reform: zuviel Radikalismus wie auch zuviel Gradualismus könnten den Prozeß als Ganzes gefährden. Es wurde erkannt, daß allgemeine Stabilität und Erfolg im Anziehen ausländischer Investitionen von der Bereitschaft der wichtigsten politischen Bewegungen abhingen, im Übergang zusammenzuarbeiten. Zudem stand man vor der schwierigen Aufgabe, radikale Aktionen und soziale Kosten abzuwägen. Es gab keine bewährte

Formel, die man auf eine derart beispiellose Veränderung hätte anwenden können. Obwohl die Freiheit oft in nur wenigen Stunden erreicht wurde, schien klar, daß die Schaffung des unverzichtbaren Mittels zur Sicherung der Freiheit, einer demokratischen Gesellschaft, länger dauern würde.

Ende 1991 war die Existenz der Sowjetunion formell beendet. Die Unabhängigkeit einiger ihrer ehemaligen Republiken war bereits weitgehend international anerkannt worden. Anders als die anderen Länder Mittel- und Osteuropas sahen sich die neuen Staaten, die aus der Auflösung der Sowjetunion entstanden, mit der Herausforderung konfrontiert der postkommunistischen Entwicklung mit vollkommen unerprobten politischen Institutionen und mit dem, was viele ihrer Bürger als die negative Erfahrung von sechs Jahren *Perestroika* ansahen, zu begegnen. Die in jener Zeit durchgeführten Reformen waren mehr Liberalisierungsmaßnahmen als klare Schritte zum grundsätzlichen Abbau der totalitären Struktur. Der langsame, unstete Reformprozeß führte zu sozialer Unzufriedenheit.

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien verdeutlichte schmerzhaft die Gefahr der Instabilität. Die Unabhängigkeitserklärungen der jugoslawischen Republiken Kroatien und Slowenien gegen den Widerstand Serbiens und der jugoslawischen Bundesarmee im Juni 1991 löste

zunehmende Gewaltanwendung aus, die sich 1991 den Vermittlungsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen widersetzt. Die Probleme der nationalen Souveränität, der ethnischen- und anderen Minderheitsrechte in diesem Konflikt warfen ein Schlaglicht auf mögliche Probleme in anderen Teilen der Region mit der Befürchtung einer möglichen Eskalation.

Überall in der Region mußten sich viele Regierungen auch mit Problemen ethnischer Minderheiten befassen, darunter Fragen der Staatsbürgerschaftsrechte und des Unterrichts in Minderheitensprachen. Ethnische Streitfragen erwiesen sich als potentielle Störfaktoren in den Beziehungen sowohl zwischen als auch innerhalb der Staaten, besonders dort, wo Regierungen beanspruchten, Menschen ihrer eigenen ethnischen Herkunft, die in Nachbarstaaten leben, zu repräsentieren. Territoriale Ansprüche, die sich auf ethnische Ansprüche stützten oder auf das Ende des Zweiten Weltkrieges zurückgingen, waren auch eine mögliche Quelle von Konflikten.

Das größte Risiko in der Zukunft betrifft die Demokratie. Ein Ausbleiben schnellen wirtschaftlichen Wachstums kann die politische Zerbrechlichkeit verschärfen. Die Rolle der frei gewählten Parlamente bei der Überwachung der Verwaltung und

Regierung und bei der allgemeinen Kontrolle des verbleibenden großen staatseigenen Sektors wird daher entscheidend sein, ebenso wie angemessene Mechanismen zur Vermittlung zwischen den konkurrierenden Interessen der Regierungen, des Privatsektors, der Arbeitnehmer und anderer sozialer Gruppen. Die demokratische Rechenschaftspflicht der Regierungen kann gewisse Einschränkungen in Wirtschaftsreformen verlangen, insbesondere dort, wo ein weitverbreiteter Rückgang des Lebensstandards zu verzeichnen ist. Verschiedene Länder werden wahrscheinlich je nach ihren individuellen Vorlieben und Traditionen unterschiedliche Wege wählen.

Die Länder Mittel- und Osteuropas haben bewiesen, daß sie sich zur Schaffung neuer demokratischer Marktwirtschaften entschlossen haben. Die Verbindung zwischen den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Komponenten der Veränderungen sind zunehmend deutlich geworden. Eine Marktwirtschaft erfordert einen angemessenen rechtlichen und demokratisch-politischen Rahmen, um den Unternehmensgeist, die Rechte der Individuen und die für solide Investitionen nötige institutionelle Stabilität zu fördern.

Engagement der Bank

Vor diesem Hintergrund wurde das Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank im Jahre 1990 vereinbart, und die Bank nahm 1991 im Rahmen der einzigartigen politischen und wirtschaftlichen Aspekte des Mandats ihre Tätigkeit auf, bei der Transformation in Mehrparteiendemokratien und pluralistischen Marktwirtschaften mitzuarbeiten. Diese Idee wurde im Übereinkommen verankert, das die politischen Aspekte des Mandats auf alle Elemente der Tätigkeit der Bank ausweitet. Daher überwacht die Bank den Fortschritt in Richtung Mehrparteiendemokratie in jedem Einsatzland und berücksichtigt ihn bei der Formulierung ihrer Landesstrategie. Die Bank versucht im Rahmen dieser Strategie, politische und Bürgerrechte zu fördern, die für die vollständige Entwicklung der Mehrparteiendemokratie und des Pluralismus notwendig sind, sowie mit dem Land zusammenzuarbeiten, um es bei der weiteren Respektierung der Zielsetzungen zu unterstützen.

Beispiele solcher Rechte sind freie Wahlen; repräsentative Regierungen, in denen die Exekutive gegenüber der gewählten Legislative oder der Wählerschaft rechenschaftspflichtig ist; Rede- und Versammlungsfreiheit; Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freizügigkeit; Recht auf Privateigentum; Verfügbarkeit von Rechtsmitteln gegen Verwaltungsentscheidungen; Trennung zwischen Staat und politischen Parteien;

Unabhängigkeit der Rechtsprechung; Gleichheit vor dem Gesetz, auch für Minderheiten; gerechte Strafverfahren; und das Recht, Gewerkschaften zu bilden und zu streiken. Wie das Gründungsübereinkommen der Bank festlegt, kann das Direktorium der Bank vorschlagen, daß der Gouverneursrat einige oder alle Tätigkeiten der Bank in einem Land aufschiebt oder sonst ändert, falls die Bank bei der Beurteilung des demokratischen Fortschritts eines Einsatzlandes Anzeichen sieht, daß dies eine mit den Zielen der Bank nicht zu vereinbarende Politik durchführt.

Die explizite Verbindung zwischen Kredit- und Investitionstätigkeiten der Bank und politischen und Bürgerrechten kodifiziert das Ideal, daß langfristig der Erfolg der Umwandlung der ehemaligen kommunistischen Staaten in erfolgreiche Marktwirtschaften stark von ihrer Bereitschaft und Fähigkeit abhängt, sowohl tatsächlich, als auch in den Augen potentieller Investoren, politische und Bürgerrechte im Einklang mit internationalen Standards zu sichern. Diese Verbindung zwischen Ökonomie und Demokratie ist der neue Rahmen für die Zukunft.

Hauptereignisse in Mittel- und Osteuropa im Jahre 1991

4. Januar

Jan Krzysztof Bielecki wurde von der Sejm zum polnischen Premierminister und Chef der Solidarność-Regierung gewählt.

20. Februar

KSZE-Sekretariat in Prag eingerichtet.

21. Februar

Die CSFR tritt dem Europarat bei. Ungarn ist bereits Mitglied.

31. März

Die ersten freien Wahlen in Albanien führen zum Sieg der ehemaligen Kommunisten - trotz hoher Verluste an die oppositionelle Partei in den Städten.

20. Mai

Stipe Mesic, ein nicht-kommunistischer Kroat, übernimmt die Präsidentschaft in Jugoslawien - trotz des Widerstands der Serben und ihrer Alliierten.

1. Juni

Der Warschauer Pakt wird aufgelöst.

4. Juni

Neue Koalitionsregierung „der nationalen Stabilität“ unter Ylli Bufi in Albanien, gebildet nach dem Rücktritt der Regierung Fato Nano im Gefolge eines vierwöchigen Generalstreiks.

12. Juni

Boris Jelzin wird demokratisch gewählter Präsident der Republik Rußland, er erhält 58% der Stimmen.

19. Juni

Albanien wird zur KSZE zugelassen.

25. Juni

Slowenien und Kroatien erklären ihre Unabhängigkeit von Jugoslawien.

28. Juni

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wird aufgelöst.

12. Juli

Das bulgarische Parlament billigt eine neue Verfassung.

15. Juli

Ein G7-Gipfeltreffen beginnt in London mit Michael Gorbatschow.

19. August

Von hohen Ministern geführte konservative Hardliner übernehmen in einem sowjetischen Militärputsch am Vorabend der geplanten Unterzeichnung des Unionsvertrages die Macht. Michael Gorbatschow wird auf der Krim unter Hausarrest gehalten.

21. August

Der Putsch scheidet, nachdem er die Unterstützung der Armee verlor und der öffentliche Widerstand unter der Führung von Boris Jelzin wuchs. Die Führer werden festgenommen und Präsident Gorbatschow kehrt nach Moskau zurück.

6. September

Moskau erkennt die Unabhängigkeit von Estland, Lettland und Litauen an.

7. September

Die Führer Jugoslawiens nehmen an der Friedenskonferenz in Den Haag teil, die unter Obhut der EG und unter dem Vorsitz von Lord Carrington, dem früheren britischen Außenminister und Generalsekretär der NATO, abgehalten wird.

10. September

Die KSZE-Konferenz über die „menschliche Dimension“ wird in Moskau eröffnet. Estland, Lettland und Litauen werden zur KSZE zugelassen.

26. September

Petre Roman tritt nach Bergarbeiterunruhen in Bukarest als rumänischer Premierminister zurück. Er wird durch den früheren Finanzminister Teodor Stolojan, einen Unabhängigen, ersetzt.

13. Oktober

Die UDK (Union Demokratischer Kräfte) gewinnt die bulgarischen Wahlen, hat aber keine absolute Mehrheit. Der Leiter der UDK, Filip Dimitrov, bildet schließlich eine Regierung mit der Unterstützung der Bewegung für Rechte und Freiheiten, einer ethnischen türkischen Partei.

27. Oktober

Die polnischen Wahlen führen zu einer Zersplitterung im Sejm. Die beiden führenden Parteien sind die Demokratische Union, die vom früheren Premierminister Tadeusz Mazowiecki geführt wird, und die ehemals kommunistische Demokratische Linke. Bemühungen zur Bildung einer Regierungskoalition beginnen.

21. November

Das rumänische Parlament billigt eine neue Verfassung.

26. November

Polen tritt dem Europarat bei.

8. Dezember

Rußland, Weißrußland und die Ukraine unterzeichnen den Vertrag der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

10. Dezember

Nachdem die Demokratische Partei die Regierung verlassen hat, wird Vilson Ahmeti zum albanischen Premierminister ernannt; er ist Führer einer Übergangsregierung, welche hauptsächlich aus parteiungebundenen Technokraten besteht.

16. Dezember

Der EG-Ministerrat kommt überein, am 15. Januar 1992 die jugoslawischen Republiken anzuerkennen, welche unabhängig werden wollen. Voraussetzung ist, daß die Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten geachtet werden und daß die Republiken keine Ansprüche auf das Gebiet anderer souveräner Staaten und Republiken stellen.

20. Dezember

Ante Markovic tritt von seinem Posten als Ministerpräsident des (jugoslawischen) Bundes zurück, um dagegen zu protestieren, daß im Entwurf des Bundeshaushaltes 81% für Armeeaussgaben vorgesehen sind.

21. Dezember

Elf sowjetische Republiken unterzeichnen den Vertrag der Gemeinschaft unabhängiger Staaten in Alma Ata. Nur Georgien unterzeichnet nicht.

31. Dezember

Die UdSSR beendet formell ihre Existenz.

Bei dem Übergang zu einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft stehen die mittel- und osteuropäischen Länder einer gewaltigen Vielzahl schwieriger Probleme gegenüber: Politik und Recht; Wirtschaft und Handel; Finanzierung,

Privatisierung und ausländische Direktinvestitionen; darüberhinaus in den wichtigsten Bereichen der Infrastruktur - Verkehr, Telekommunikation, Energie und Stadtentwicklung sowie der Umwelt

Recht

Der erfolgreiche Übergang von Kommando- zu Marktwirtschaften erfordert die Errichtung und Entwicklung vollkommen anderer Rechtsstrukturen, welche freie Marktunternehmen in allen Volkswirtschaften im Übergang unterstützen. Zudem werden hinreichend gesicherte Verfassungsrechte, vernünftig verwaltete Privatisierungs- und Auslandsinvestitionsgesetze, der Schutz der privaten Eigentumsrechte und wirksam durchgesetzte Banken-, Wertpapier- und Konkursregelungen die die ehemaligen kommunistischen Länder bei ihrer Integration in die internationale Wirtschaft unterstützen. Dies ist allgemein anerkannt. Trotzdem war die Reaktion auf die dringende Notwendigkeit einer Gesetzesreform in vielerlei Hinsichten unzureichend. Die Arbeit am Aufbau von Gesetzessystemen, die zur Unterstützung der Marktwirtschaft geeignet sind, führte oft zu widersprüchlichen Regelungen, zu einer Gesetzgebung, die weder angewandt noch durchgesetzt werden kann, und zu allgemeiner Unsicherheit, die die Bemühungen, Investitionen in die Region zu bringen, behindert. Ein besonders schwieriges Problem liegt in der Frage der Restitution von Eigentumsrechten, welche den schwierigen Prozeß der Privatisierung weiter kompliziert hat.

Während der letzten Jahre hat jedes der Einsatzländer der Bank ein weites Spektrum von Verfassungs- und Wirtschaftsnormen verabschiedet. Zusätzliche Gesetzesvorhaben müssen jedoch weiterhin zügig verfolgt werden. Neue Gesetze, die oft in Eile erlassen wurden, werden revidiert werden müssen. Zudem dürften in den Ländern, die sich entschlossen haben, auf vor 1946 erlassene Gesetze zu bauen, umfassende Ergänzungen notwendig werden. Ergänzungen werden außerdem dort nötig, wo vorläufige Bestimmungen in der Absicht erlassen wurden, sie in der Zukunft zu entwickeln.

Eine Frage, die die Verfassung neuer Gesetze bis jetzt aufgeworfen hat, ist die der Reihenfolge. Welche Gesetze sollten sofort erlassen werden und welche müssen warten, bis das Rechtssystem weiter entwickelt ist? Eine damit verbundene Frage ist, ob es für mittel- und osteuropäische Länder realistisch oder wünschenswert ist, ihre Gesetze mit denen der westlichen Industrieländer zu koordinieren oder zu harmonisieren, um den Zugang zu den Weltmärkten zu erleichtern.

Die Abfassung und Revision von Gesetzen und Verordnungen wirft auch wichtige Probleme in der Ein- und Durchsetzung dieser neuen Regeln auf. Einige Länder haben der Exekutive

übermäßige Beschränkungen auferlegt, die ihre Befugnisse in der Anwendung neuer Gesetze behindern. Noch größere Sorge bereitet die Tatsache, daß viele der Einsatzländer der Bank über keine Mittel verfügen, die Effizienz ihrer neuen Gesetze systematisch zu untersuchen.

Die Unerfahrenheit der Justiz in wirtschaftsrechtlichen Angelegenheiten ist ebenfalls ein Problem. Die Richter sind nicht die einzigen, die Schulung benötigen. Firmenjuristen, unabhängige Anwälte, Juristen der Landes- und Kommunalverwaltung und Rechtsprofessoren könnten alle durch Unterrichtsprogramme viel gewinnen.

Das Engagement der Bank

Als ersten Schritt zur Förderung von Rechtsreformen in Mittel- und Osteuropa organisierte die Bank ein Kolloquium mit dem Titel „Aufstellung eines Programms für technische Hilfe und Schulung für die Reform des Wirtschaftsrechts in Mittel- und Osteuropa“, in Verbindung mit dem International Development Law Institute und dem Harvard Programm über International Financial Systems. Das Kolloquium, das in der Zentrale der Bank vom 15.–17. November 1991 abgehalten wurde, besuchten 21 Teilnehmer aus acht mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Rechtsgelehrte und Vertreter multilateraler, bilateraler und privater Finanzierungsorganisationen, einschließlich EC, EIB, BIZ, NIB, Europarat, IWF, OECD,

Weltbankgruppe (IBRD, IFC, MIGA), wie auch US AID, UK Know-How Fund und vieler anderer Länderorganisationen. Das Kolloquium behandelte schwerpunktmäßig rechtliche Hindernisse für ausländische Investitionen und unternehmerische Initiativen in den Einsatzländern der Bank, die Vorzüge und Mängel der laufenden rechtlichen Fachhilfeprojekte sowie Bereiche, in denen technische Hilfe dringend nötig ist und besonders wirksam sein könnte.

Am Ende des Kolloquiums wurde die Bank aufgefordert, in den Bemühungen um die Institutionalisierung des Informationsaustausches zwischen allen Seiten eine Schlüsselrolle zu übernehmen. Um die Bank zu befähigen, als Informationsquelle für Rechtsfachhilfe in ihren Einsatzländern zu fungieren, hat die Rechtsabteilung begonnen mit:

- der Entwicklung einer Datenbank für technische Hilfs- und Schulungsprogramme,
- der Bildung eines internationalen Beirats von Vertretern der verschiedenen internationalen Finanzinstitutionen, Berufsorganisationen und akademischen Institutionen, der versuchen wird, die Koordination und den Informationsaustausch zwischen den Gebern der Hilfe zu verstärken,
- der Bildung von Beratungsausschüssen unter den mittel- und osteuropäischen Ländern um die

		In US\$						
		CSFR	Ungarn	Polen	Bulgarien	Rumänien	Jugoslawien	UdSSR
Heston-Summers	1985	7.424	5.765	4.913	5.113	4.273	5.063	6.266
PlanEcon	1988	7.600	6.490	5.450	5.630	4.120	4.900	5.500
PlanEcon	1989	7.878	6.108	4.565	5.710	3.445	–	6.500
PlanEcon	1990	7.940	5.920	3.910	5.430	2.950	5.140	5.060
CIA	1989	7.900	6.090	4.560	2.690	3.440	5.460	9.230
Weltbank	1988	–	2.460	1.860	–	–	2.520	1.735
ICP*	1985	–	5.625	4.018	–	–	4.594	–
ICP*	1989	–	6.200	4.980	–	–	5.320	–
WIIW**	1990	2.810	3.160	1.740	6.290	1.540	–	5.660
WIIW***	1990	9.830	8.890	6.640	8.380	6.070	6.455	8.490

Geschätztes BIP pro Kopf in den mittel- und osteuropäischen Ländern

Quelle: PlanEcon. Report 6 (52) 1990; Collins-Rodrik. 1991; OECD Dok. ESD/CPE/WP1 (91) 6, 1991; Havlik, Forschungsbericht (11) Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) 1991.

*UN-unterstütztes internationales Vergleichsprojekt **Zu laufenden Wechselkursen umgerechnet ***„Methode physischer Indikatoren“ – nicht verfügbar

Bedürfnisse und Prioritäten in ihren jeweiligen Ländern zu veranschlagen und in Zusammenarbeit mit dem internationalen Beirat gezielte Lösungseinsätze für spezifische Bedürfnisse zu erarbeiten.

Wirtschaft

Diese Übersicht behandelt die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten mittel- und osteuropäischen Region im Jahre 1991. Die wichtigen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, sowie allgemeine Trends werden in diesem Abschnitt skizziert, während der Handel, sowohl innerhalb der Region als auch mit Drittländern, im nächsten Abschnitt gründlicher diskutiert wird.

Die Reformen in Ungarn begannen 1968, Polen erließ verschiedene Liberalisierungsmaßnahmen während der 80er Jahre. Jugoslawien verfolgte viele Jahre einen eigenständigen Wirtschaftskurs. In der CSFR blieb die traditionelle Kommandowirtschaft bis Ende 1989 nahezu unverändert. In Albanien, Bulgarien und Rumänien begann die Wirtschaftsreform erst vor kurzem, während die ehemalige UdSSR sich in wirtschaftlich autonome Staaten aufgelöst hat, von denen mehrere Anfang 1992 radikale Reformen einführen.

Diese Vielfalt macht Verallgemeinerungen problematisch, aber nicht nur das: Qualität, Kontinuität und Kohärenz der statistischen Daten sind alles andere als ideal. Offizielle, Schwarzmarkt- und Kaufkraftparitäts-Wechselkurse können stark abweichende Schätzungen für das BIP pro Kopf vermitteln (siehe Tabelle und Kasten). Kontrollierte Wechselkurse brauchen – im Unterschied zu

Marktkursen – hinsichtlich ihrer indirekten Paritäten nicht kohärent zu sein, und inkongruente Kurse erschweren die Beschreibung von Handelsstrukturen erheblich. Die Entwicklung von Privatunternehmen außerhalb der Planstrukturen vor Beginn umfassender finanzieller und statistischer Messungen hat zur Folge, daß das Bild des Privatsektors alles andere als vollkommen ist. Die Anmeldung eines Unternehmens ist keine Garantie dafür, daß das Unternehmen auch arbeitet, und sie gibt überhaupt keinen Aufschluß über den Umfang des Unternehmens; dies gilt auch für Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Teilnehmern. Darüberhinaus verursachen Beamte, die entlassen und zu Sozialhilfeempfängern werden, gemäß der Konventionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen Produktionsverlust, selbst wenn ihre Arbeit wirtschaftlich nicht nützlich gewesen war. Wenn sich die Preise relativ zueinander radikal verändert haben, können in ähnlicher Weise Aktivitäten, die zu alten Preisen positive Wertschöpfung erzeugen, nun zu den neuen Preisen negativ erscheinen, die „Stillelegung“ verringert dann das BIP zu alten Preisen, aber erhöht es zu den neuen. Demgemäß verringert die Schließung von Unternehmen mit negativer Wertschöpfung das BIP nicht, obwohl die Produktion eines spezifischen Produktes zurückgehen kann.

Messungsprobleme

Die statistischen Probleme, auf die im Text hingewiesen wird, sind besonders brennend bezüglich des BIP pro Kopf. Die Tabelle oben (vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, November 1991) enthält zehn Schätzungen für bis zu sieben Länder. Die Spanne der Schätzungen schwankt zwischen einem Koeffizienten von 2,5 für Jugoslawien und mehr als 5 für die UdSSR, bei den anderen fünf Ländern liegt er zwischen 3 und 4.

Abgesehen von Problemen, die durch die unvollständige Erfassung des sozialistischen NMP gegenüber dem konventionellen BIP entstehen, und von Problemen der Rationierung bezieht sich die Schlüsselfrage auf die Wechselkurse, die zur Umrechnung des geschätzten inländischen Geldwertes in Devisen verwendet werden. Die meisten der dargestellten Schätzungen verwenden die Kaufkraftparität, die einen Vergleich zwischen den inländischen und den Weltmarktpreisen einer Vielzahl von Waren verlangt.

Der Ansatz physischer Indikatoren bezieht sich auf Daten zur Verfügbarkeit bestimmter Güterarten.

In den den Länderübersichten beigefügten Tabellen haben wir die PlanEcon-Zahlen von 1990 gerundet verwendet, sie sind relativ aktuell, relativ vollständig und liegen nah an den Mittelwerten.

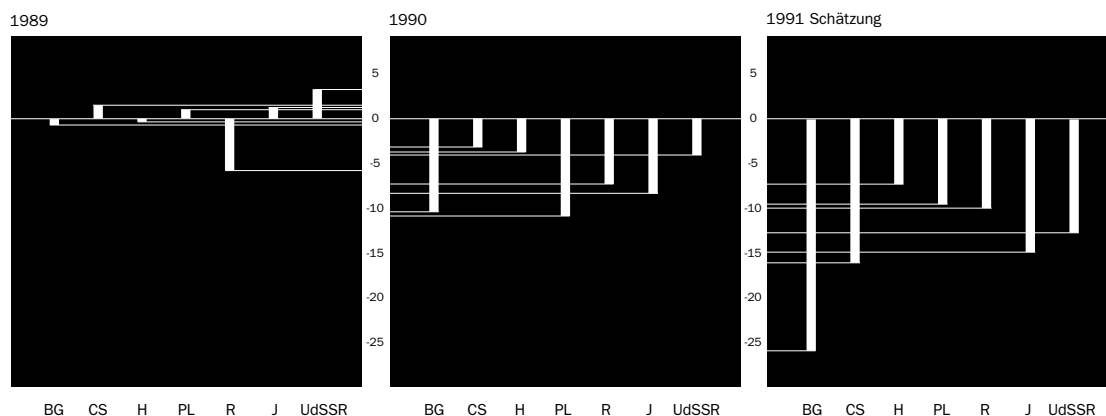


Schaubild 1 Prozentuale Veränderung des BIP zu konstanten Preisen
 BG Bulgarien CS Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik H Ungarn PL Polen R Rumänien J Jugoslawien
 Quelle: OECD, Vereinte Nationen ECE, nationale Behörden und Schätzungen der Europäischen Bank.

In der gesamten Region muß das Jahr 1991 vernünftigerweise als ein Jahr der wirtschaftlichen Enttäuschung oder zumindest als das Jahr der zurückgestellten Hoffnungen zusammengefaßt werden. Nur im Fall der Exporte in den Westen – und dies nicht überall – übertraf das Ergebnis die Erwartungen, obwohl die im Dezember 1991 unterzeichneten Verträge zwischen der CSFR, Ungarn und Polen und der Europäischen Gemeinschaft nicht alle Hoffnungen der betroffenen Länder erfüllten.

In nahezu allen Fällen sind große Gesetzesprogramme – wie das nahezu überall leicht vorkommt – aus der Bahn geworfen worden. Restitutionsprobleme, mit wichtigen Auswirkungen auf den Privatisierungszeitplan, erwiesen sich als besonders schwierig. In mehreren Fällen, z.B. bei Konkursgesetzen, führte die Verabschiedung der Gesetze nicht immer zu einer weitgehenden Umsetzung. Dort wo die technische Insolvenz vieler Staatsbetriebe üblich ist, kann die Entscheidung, ein bestimmtes Verfahren in Gang zu setzen, ernste soziale Implikationen haben und wird daher mit verständlicher Zurückhaltung getroffen.

Trotz der widrigen Umstände konnte 1991 ein gewisser Fortschritt im Bereich der Privatisierung, insbesondere bei kleinen Privatisierungen erzielt werden. Große Privatisierungen und damit verbundene Umstrukturierungen sind

zurückgestellt worden, weil sich erwies, daß weniger Unternehmen als erwartet rentabel sind.

Stabilisierung, Produktion und Beschäftigung

Durch Stabilisierungsprogramme werden ausnahmslos Finanz- und Währungsrestriktionen auferlegt, die die Nachfrage und die Produktionsleistung reduzieren. Wie Schaubild 1 zeigt, fiel die Produktion, gemäß der oben angesprochenen Probleme, um 10-20 Prozent gegenüber vorherigen Höchstständen, und es ist in den meisten Fällen wahrscheinlich, daß sie um fast 25 Prozent fällt, bevor sie sich wieder zu erholen beginnt.

Nahezu alle Länder starteten die Reform mit einem hohen Maß an zurückgestauter Inflation, das auf die Monetarisierung großer Finanzdefizite zurückgeführt werden kann, die in mehreren Fällen 1990 mit der starken Verringerung der Subventionen beseitigt wurden. Das Durchhalten dieser Verbesserung im Jahre 1991 erwies sich dort als schwierig, wo die Rezession zu steigender Arbeitslosigkeit und fallenden Gewinnen der Staatsbetriebe, und damit der Staatseinnahmen, führte. Die Durchführung von Steuerreformen, die für eine Marktwirtschaft angemessenen sind, benötigt überall Zeit. Kreditbeschränkungen und hohe Zinsen in den Ländern, die auch die Finanzen der öffentlichen Hand kontrollieren, half, das Geldmengenwachstum im Zaum zu halten, jedoch auf Kosten neuer kleiner

und mittlerer Unternehmen, die keine Verbindungen mit noch in staatlicher Hand befindlichen Finanzinstitutionen aufgebaut hatten. Privatisierungserlöse haben nur wenig zur Absorption des Geldüberhangs oder der weiteren Geldschöpfung beigetragen.

Obwohl die mit der Privatisierung verbundene Umstrukturierung bisher kaum in Gang gekommen ist, hat die Arbeitslosigkeit begonnen, sich auf für Westeuropa typische Höhen zuzubewegen – und es gibt keine Anzeichen, daß sie dort stehenbleibt (siehe Schaubild 2). Ohne Zweifel hatten die sehr niedrigen Arbeitslosenquoten, über die vor Beginn des Reformprozesses berichtet wurde, nichts mit einem gut funktionierenden Arbeitsmarkt zu tun; sie spiegelten vielmehr administrative Abmachungen wider. Das Vermächtnis der Immobilität der Arbeitskräfte – wie auch der schlecht funktionierende Wohnungsmarkt – begrenzte die Flexibilität des Arbeitsmarkts immer noch.

Die Erwerbsquoten waren in den zentral verwalteten Wirtschaften weitaus höher als im Westen. Obwohl man eine gewisse Annäherung an die westlichen Strukturen erwarten könnte, wird sich der Übergang wahrscheinlich in die Länge ziehen, weil die Familien auf mehrere Einkommen angewiesen sind. Obwohl die gemessenen Reallohnrückgänge die Verschlechterung des Lebensstandards

überzeichneten, da frühere Bareinkünfte häufig nicht zu offiziellen Preisen für verfügbare Güter verwandt werden konnten (die Menge der verfügbaren Güter absorbierte nicht die gesamten verfügbaren Bareinkünfte und der Überschuß entwickelte sich zu einem Teil des Geldüberhangs), dürfte ein schneller Rückgang der Erwerbsbeteiligung schwer zu absorbieren sein.

Die Daten für Beschäftigung und Produktion implizieren einen Rückgang der Produktivität. Dies ist in einer Rezession ganz normal. Darüberhinaus verbleibt für viele Manager das Abstoßen von Arbeitskräften nur als letztes Mittel, besonders wenn Eigentumsverhältnisse ungeklärt, Betriebsräte in Staatsbetrieben einflußreich und Gewinnanreize niedrig sind.

Internationale Aspekte

Ein wichtiger Faktor, der 1991 zum Produktionsrückgang in der ganzen Region beitrug, war der Zusammenbruch des Handels zwischen der ehemaligen Sowjetunion und ihren früheren RGW-Handelspartnern. Dieser Rückgang von ca. 25 Prozent war auf die Umstellung der Handelsbasis auf Hartwährungen und Weltmarktpreise sowie auf die rückläufige Ölproduktion zurückzuführen. Zudem setzte sich eine immanente Tendenz dagegen durch, knappe Hartwährungen für Güter auszugeben, die vorher zu „weichen“ Bedingungen erhältlich waren. Die Verschlechterung in den

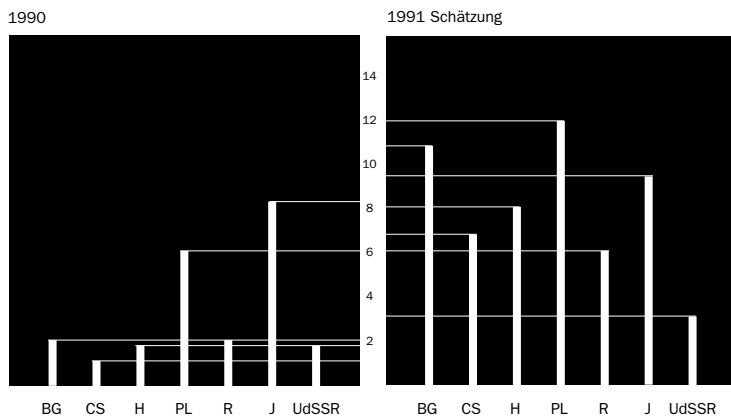


Schaubild 2 Arbeitslosigkeit in Prozent der Erwerbsbevölkerung

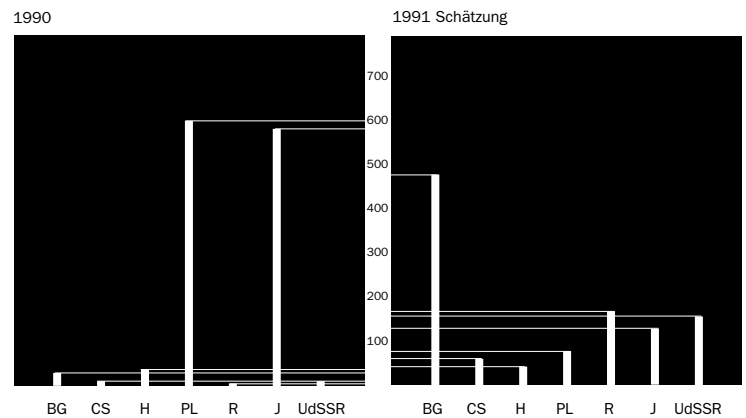


Schaubild 3 Verbraucherpreise, prozentuale Veränderung gegenüber Vorjahr

Handelsrelationen verringerte die Realeinkommen einiger Länder um etwa 10 Prozent.

Die Bruttofinanzierung der Region belief sich wahrscheinlich auf ca. 30 Mrd US-\$. Nahezu die Hälfte hiervon war der UdSSR – trotz ihres Handelsbilanzüberschusses – zuzurechnen, und wurde durch Verkäufe von Gold- und Währungsreserven, Schuldenerlaß und bilaterale Hilfe erfüllt. Der Großteil der Finanzierung der anderen Länder wurde durch offizielle Finanzierung gedeckt, viel davon durch IFIs. Nur etwa 3 Mrd. US-\$ erfolgte in Form privater ausländischer Direktinvestitionen.

Die Anhäufung unverkaufter Bestände von Exportgütern, die häufig von den Produktionsunternehmen zu sehr hohen realen Zinsen finanziert wurden, verdeckte in einigen Fällen den sehr ausgeprägten Rückgang der Lagerbestände infolge des Übergangs zu freien Märkten. Genau wie Haushalte weniger Grund zum Horten haben, wenn sie sich darauf verlassen können, daß Güter in Geschäften verfügbar sind, haben auch Unternehmen weniger Grund, hohe Lagerbestände zu halten. In den ehemaligen Sowjetrepubliken haben Teilreformen und fortgesetzte Inflationserwartungen dazu geführt, daß dieser Lagerabbau und der entsprechende Rückgang der Nachfrage nicht eintrat.

Der Zusammenbruch des Handels brachte die ehemalige Sowjetunion um

lebenswichtige Importe und Ersatzteile und trug so dazu bei, daß die Produktion in einer ähnlichen Größenordnung zurückging wie in den anderen mitteleuropäischen Staaten, die radikalere und systematischere Reformen durchgeführt hatten. Diese wiederum litten unter dem Verlust der Märkte für Güter, die in vielen Fällen nicht ohne weiteres anderswo absetzbar waren. Zudem waren die Hartwährungsausgaben der ehemaligen Sowjetunion durch die Notwendigkeit, dem Schuldendienst nachzukommen, in Beschlag genommen.

In den kommenden Jahren werden für das Wirtschaftswachstum in der Region erhebliche finanzielle Mittel aus dem Ausland erforderlich sein, obwohl der Großteil der Kapitalbildung durch inländische Ersparnisse, die dann mehr zum BSP beitragen, finanziert werden wird. Die Investitionen waren angesichts der Rezession, die auch die Ersparnisse verringert, relativ stabil. Eine Hauptaufgabe des inländischen Finanzsektors ist die effiziente Mobilisierung und Zuweisung von Ersparnissen. Alle Länder der Region haben Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme auf Weltkapitalmärkten, auf denen die realen Zinsen hoch sind und strengere Bankgrundsätze Rückstellungen gegenüber vielen Kreditnehmern erfordern – selbst gegenüber Ungarn, das trotz seiner großen Verschuldung seine Verpflichtungen immer erfüllt hat.

Obwohl ausländische Unternehmen eine Vielzahl bedeutender Übernahmen und Joint Ventures ausgehandelt haben, hat der Strom finanzieller Mittel für ausländische Direktinvestitionen, mit der möglichen Ausnahme von Ungarn, noch keine bedeutenden Ausmaße angenommen. Objektive Schätzungen des Kapitalbedarfs sind grundsätzlich äußerst schwierig. Einige Studien haben versucht, den Wert des Kapitalbestands der Region ausgedrückt in Produktionswerten zu Weltmarktpreisen und aufgrund von Annahmen über Kapital-Produktions-Koeffizienten zu schätzen. Diese Studien ergeben weitaus niedrigere Werte für den Kapitalbestand der Region, als inflationsbereinigte kumulierte Investitionszahlen.

Aussichten für Preise und Produktion

In der Sowjetunion beschleunigte sich die Inflation, als ihre Republiken zunehmend ihre Autonomie geltend machten, und das konsolidierte Haushaltsdefizit wuchs bis auf 20 % des BIP. Die Preisstabilisierung ist in Mittel- und Osteuropa relativ erfolgreich gewesen (siehe Schaubild 3), obgleich nur in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik – mit einer offiziellen Prognose von 10-15 Prozent Inflation für das Jahr 1992 – die Erreichung der Preisstabilität in greifbarer Nähe zu sein scheint.

Eine wichtige, auch für die Preisentwicklung bedeutsame Entwicklung war die Entscheidung einiger Länder, die Wechselkurse – nach vorher festgesetzten stufenweisen

Anpassungen – in zunehmendem Maße fest mit einem veröffentlichten Währungskorb zu verbinden. Dies ist ein bedeutender Schritt, um die Glaubwürdigkeit eines für das inländische Preisniveau wichtigen Ankers zu erhöhen. Die Alternative einzelner Wechselkursanpassungen in unbestimmten Intervallen erzeugt eine Spannung zwischen den für die Stabilisierung angemessenen hohen nominalen Zinssätzen der inländischen Währung und den viel niedrigeren Sätzen der Bezugswährung, die die Glaubwürdigkeit der Versicherung, daß die Wechselkurse stabil seien, unterminiert. Eine kontinuierliche partielle Akkommodation unterschiedlicher Kostenbewegungen, die dazu dienen soll, die inländische Inflation auf Kosten eines anfänglich ansteigenden Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit zu beschränken, macht die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit meistens davon abhängig, daß die inländische Inflation schließlich unter die der Referenzwährung fällt – was vermutlich nicht als sehr glaubwürdig gesehen wird.

Die Tendenz zu getrennten Währungen in den ehemaligen sowjetischen Republiken gewinnt wahrscheinlich an Geschwindigkeit – wie auch die Inflation. In diesem Prozeß wird der Wert des Rubels, dessen Kurs Ende 1991 bereits 150 Rubel für einen US Dollar erreicht hatte, wahrscheinlich weiter sinken. Der Marktwert einer Währung, die zu kontrollierten Kursen

für die meisten internationalen Geschäfte verwendet wird, ist jedoch kein verlässlicher Maßstab für den Wert, den die Währung bei freier Konvertibilität hätte. Bei einem Geldüberhang unterschätzt der freie Marktpreis einer sonst inkonvertiblen Währung deren Wert im Falle der Konvertibilität – in einem ähnlichen Ausmaß, in dem der offizielle Preis ihn überschätzt; in einer sonst inflexiblen Wirtschaft reagiert der freie Marktwechselkurs als der einzige sofort bewegliche Preis äußerst sensibel auf Ungleichgewichte an beliebigen Stellen des Systems.

Es erscheint wahrscheinlich, daß die Länder der Region die Wendepunkte ihrer wirtschaftlichen Aktivität in einer ähnlichen Reihenfolge wie der ihres Reformfortschritts erreichen werden; diejenigen, die bei den Reformen die ersten waren, sind die ersten, die wieder positive Wachstumsraten erzielen. In Albanien müssen als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum brennende politische Unsicherheiten beseitigt werden, während in Jugoslawien eine Beilegung des Bürgerkrieges und die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten eine Voraussetzung für Wiederaufbau und umfassende Erholung ist. Wenn es zu einer Unterbrechung des Handels zwischen den Nachfolgerepubliken der UdSSR käme, würde auch dort die Produktion, die bereits um 20 Prozent niedriger als ihr Höchststand liegt, noch bedeutend mehr fallen, da die wechselseitige Abhängigkeit der Staaten außergewöhnlich hoch ist.

Handel

Der Außenhandel der mittel- und osteuropäischen Länder, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, ging in den Jahren 1990 und 1991 stark zurück. Die gesamten Exporte der Region fielen volumenmäßig 1990 um ungefähr 10 % und 1991 um ungefähr 25 % zurück (Tabelle 1).

Die Importe gingen 1990 um 5 % und 1991 um schätzungsweise mehr als 20 % zurück. Insbesondere verschob sich 1991 die Handelsbilanz der nicht-sowjetischen ehemaligen RGW-Mitglieder von einem Gesamtüberschuß zu einem Defizit. Der dramatische Rückgang des Handels der mittel- und osteuropäischen Staaten wird weitgehend auf inländische Rezessionen und den Zusammenbruch des RGW-Systems zurückgeführt.

Die inländischen Rezessionen wurden zum Teil durch die in den meisten Ländern durchgeführten makroökonomischen Stabilisierungspolitiken verursacht, die zu einem deutlichen Rückgang der Gesamtnachfrage für importierte Güter führten.

Der Zusammenbruch des Handels in der Region trug ebenfalls zu inländischen Rezessionen bei, insbesondere durch die folgenden drei Transmissionskanäle:

a) eine Angebotsschockkomponente, nämlich die Anpassung der (sowjetischen) Energie- und Rohstoffpreise an Weltmarktpreise,

die eine starke Verschlechterung (15 bis 20 %) der Handelsrelationen der mittel- und osteuropäischen Länder gegenüber der ehemaligen Sowjetunion zur Folge hatte,

b) eine Nachfrageschockkomponente, nämlich den Verlust der sowjetischen Märkte für die anderen mittel- und osteuropäischen Länder. Dieser Verlust ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Handel in der ehemaligen RGW-Zone von transferierbaren Rubeln auf harte Währungen umgestellt wurde und auf den dramatischen Devisenmangel in den verschiedenen Ländern, insbesondere der ehemaligen Sowjetunion, wo Hartwährungen dringend zur Bedienung der Auslandsverschuldung benötigt wurden, c) die geringen technologischen Ersatzmöglichkeiten zum Ausgleich des Verlustes lebenswichtiger importierter Eingangsleistungen.

Das Ausmaß, in dem der Zusammenbruch des RGW für die beobachteten Rückgänge des BIP in der gesamten Region verantwortlich ist, hängt von der Beteiligung jedes einzelnen Landes am ehemaligen RGW-Handel ab. Die tiefe Rezession in Bulgarien zum Beispiel war stärker auf den Verlust der Sowjetmärkte zurückzuführen als die in Ungarn oder Rumänien (Tabelle 2).

Der Handel zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern sank im Jahr 1990 um 20 Prozent und im ersten Halbjahr 1991 um 20-25 Prozent. Der

Handel zwischen diesen Ländern und der Europäischen Gemeinschaft hat jedoch seit 1989 um 13 Prozent zugenommen. Tabelle 3 und damit verbundene Schaubilder beschreiben die Umorientierung des mittel- und osteuropäischen Handels nach dem Westen seit 1989 im Detail.

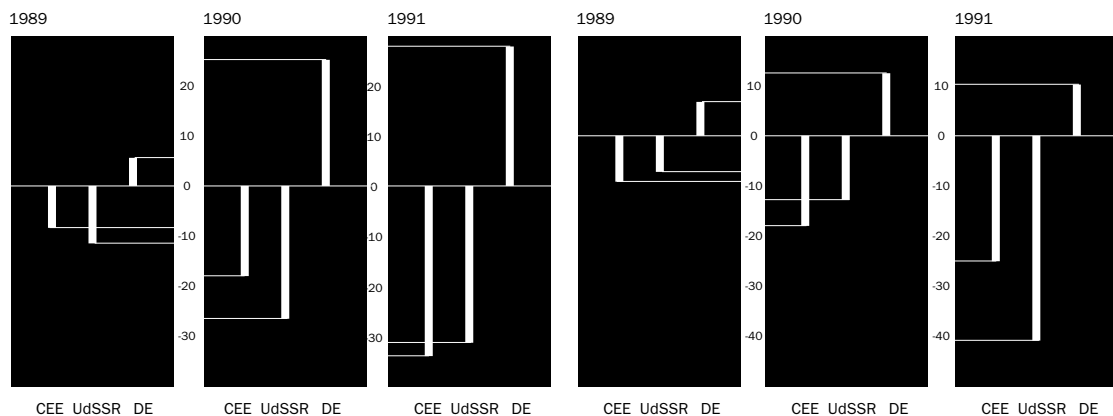
Die Exporte aus Mittel- und Osteuropa sind auf vier Hauptgebiete konzentriert: Landwirtschaft, Eisen und Stahl, Textilien und Chemikalien. All diese Gebiete werden von OECD-Ländern (einschließlich der Europäischen Gemeinschaft) als empfindlich angesehen und unterliegen speziellen Regeln, zolltechnischen und anderen Schranken. Es wurde geschätzt, daß die nicht-tarifären Schranken bei Importen auf OECD-Märkte zusätzlichen Zöllen von etwa 100 Prozent auf landwirtschaftliche Güter und Nahrungsmittel, 25 % auf Textilien und Kleidung und 10-20 % auf Chemikalien entsprechen.

Der Zusammenbruch des Handels in der Region betrifft im wesentlichen den Handel zwischen der ehemaligen Sowjetunion und ihren früheren RGW-Partnern: die sowjetischen Importe aus Mittel- und Osteuropa fielen 1990 wertmäßig um 15 %, 1991 um 45 %. (Die sowjetischen Exporte nach Mittel- und Osteuropa fielen infolge der Neuanpassung der sowjetischen Energiepreise an das Weltmarktniveau

*CEE - aus Mittel- und Osteuropa
 UdSSR - aus der Sowjeunion
 DE - aus entwickelten Volkswirtschaften

**CEE - nach Mittel- und Osteuropa
 UdSSR - in die Sowjeunion
 DE - in entwickelten Volkswirtschaften

Quelle: 'Economic Bulletin for Europe',
 Band 43, Wirtschaftskommission für Europa



**Wachstum der Importe nach Mittel- und Osteuropa
 (ausschließlich der ehemaligen Sowjetunion)***

**Wachstum der Exporte aus Mittel- und Osteuropa
 (ausschließlich der ehemaligen Sowjetunion)****

Ländergruppe Indikator	1986	1987	1988	1989	Gesamtes				
					Jan - Sept 1990	Jahr 1990	Jan - März 1991	Jan - Juni 1991	Jan - Sept 1991
Mittel- und Osteuropa									
Exporte	-1,2	1,4	3,6	-1,9	-11,1	-7,9	-10,7	-5,7	**
Importe	4,8	3,4	3,3	1,2	-3,6	-8,6	0,4	9,9	**
Ehemalige Sowjetunion									
Exporte	10,0	3,3	4,8	*	-6,3	-13,1	-15,3	-23,4	-30,3
Importe	-6,0	-1,6	4,0	9,3	0,6	-1,4	-44,7	-47,7	-45,2

Tabelle 1 Mittel- und Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion: Prozentuale Veränderung der Importe und Exporte, 1986-1991

Quelle: 'Economic Bulletin for Europe' Band 43, Wirtschaftskommission für Europa

*Null oder sehr gering

**Nicht verfügbar oder nicht relevant

	Anteil des ehemaligen sowjetischen Marktes an den gesamten Exporten des Landes 1990	Veränderung der Exporte in die ehemalige UdSSR, von Januar – Juni 1991	Veränderung der Industrieproduktion, von Januar – Juni 1991
Bulgarien	64,4	-58,0	-29,1
CSFR	25,2	-47,0	-14,3
Ungarn	20,2	-55,0	-14,6
Polen	15,4	-67,0	-9,3
Rumänien	25,2	-28,0	-16,6
Jugoslawien	17,8*	-48,0**	-20,0**

Tabelle 2 Mittel- und Osteuropa: Prozentuale Veränderung des Handels mit der ehemaligen Sowjetunion und der Inlandsproduktion

Quelle: 'Economic Bulletin for Europe' Band 43, Wirtschaftskommission für Europa; *Nationale Behörden; **Nationale Behörden, Zahlen für das ganze Jahr 1991

Land oder Ländergruppe	Exporte				Importe			
	Wert		Wachstumsraten		Wert		Wachstumsraten	
	1990	1989	1990	1991	1990	1989	1990	1991
Von und nach Mittel- und Osteuropa								
Welt	64,8	-3,2	-3,3	-11,0	65,1	-2,2	2,9	11,4
Sozialistische Länder	26,8	-8,6	-14,4	-32,5	24,0	-9,4	-16,9	-4,5
Mittel- und Osteuropa	8,5	-8,4	-18,6	-25,6	8,5	-8,9	-18,2	-34,5
Entwickelte Marktwirtschaften	31,9	6,5	11,6	9,2	34,6	4,8	24,2	27,5
Entwicklungsländer	6,2	-12,5	-14,3	-24,6	6,5	5,5	-	-3,2
Von der und zur ehemaligen Sowjetunion								
Welt	59,1	0,4	-5,2	-17,7	65	12	-	-41,4
Sozialistische Länder	15,3	-8,7	-24,3	-26,3	19,1	-4,5	-10,6	-38,5
Mittel- und Osteuropa	11,1	-11,1	-26,9	-31,6	15	-5,7	-12,1	-41,2
Entwickelte Marktwirtschaften	29,2	7,8	12,3	-7,0	34,4	21,1	5,6	-41,1
Entwicklungsländer	14,5	2,0	-9,5	-31,7	11,5	26,0	3,8	-51,4

Tabelle 3 Mittel- und Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion: Richtung des Außenhandels 1989-1991

(Wert in Mrd US-Dollar, Wachstumsraten in Prozent)

Quelle: 'Economic Bulletin for Europe' Band 43, Wirtschaftskommission für Europa

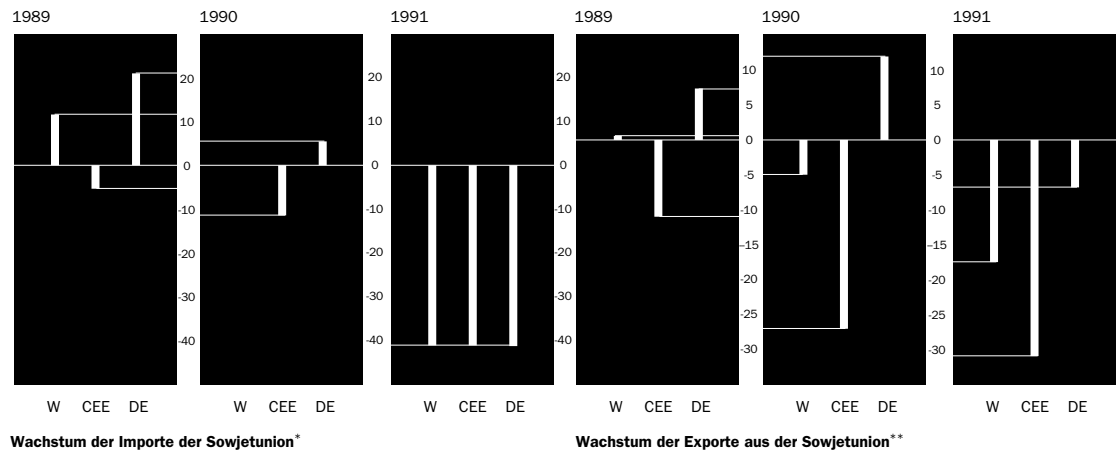
- nicht verfügbar

Siehe auch die obigen und nachfolgenden Schaubilder

*LW - aus der Welt
 CEE - aus Mittel- und Osteuropa
 DE - aus entwickelten Volkswirtschaften

**LW - in die Welt
 CEE - nach Mittel- und Osteuropa
 DE - in entwickelte Volkswirtschaften

Source: 'Economic Bulletin for Europe',
 volume 43, Economic Commission for Europe



	% of NMP
Rußland	18,0
Ukraine	39,1
Weißrußland	69,6
Estland	66,5
Lettland	64,1
Litauen	60,9
Moldawien	62,1
Georgien	53,7
Armenien	63,7
Aserbaidschan	58,7
Kasachstan	30,9
Turkmenistan	50,7
Usbekistan	43,2
Tadschikistan	41,8
Kirgisien	50,2

Tabelle 4 Handelsabhängigkeit unter ehemaligen Sowjetrepubliken; Exporte zwischen Republiken 1988, (in Prozent des NMP)
 Quelle: Osnovnye Pokazateli (1990), Seiten 4, 34-39, 43, 44; Narkhoz 1989 (1990), Seite 634

volumenmäßig, aber nicht im Wert.) Der Rückgang der Handelsströme zwischen CSFR-Ungarn-Polen blieb begrenzt (1990 10 % und 1991 weniger als 20 %) und der Rückgang des Handels zwischen Bulgarien und Rumänien seit 1989 war unbedeutend. Der Handel zwischen CSFR-Ungarn-Polen und Bulgarien-Rumänien ging jedoch seit 1989 um mehr als 66 Prozent zurück.

Die gegenwärtige Grundlage des Handels zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern besteht aus einer Reihe bilateraler Verträge. Diese Verträge sorgen für eine Art kontrollierten Handel mit Hilfe vordefinierter „indikativer Listen“. In der Praxis ist der Handel zwischen Unternehmen in mittel- und osteuropäischen Ländern jedoch durch direkte (bilaterale) Tauschgeschäfte vermittelt worden, in der Absicht, die Hartwährungsrestriktionen für Unternehmen, die durch die Regierungen (insbesondere die ehemalige Sowjetverwaltung) auferlegt wurden, zu umgehen. Die gegenwärtige institutionelle Handelsstruktur leidet an „Mangel an Exportkreditfazilitäten und Exportversicherungssystemen, Ineffizienz der Zollverwaltung, Mangel an Finanz- und technischer Infrastruktur und auf Unternehmensebene an Mangel an Marketing- und Managementkenntnissen, die nötig sind, um in einer wettbewerbsorientierten Marktumgebung zu arbeiten“ (ECE Bulletin, November 1991).

Um den Zusammenbruch des Handels zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern zu verhindern, versuchten die Regierungen, Erleichterungen zu schaffen, z.B. bilaterale Clearing-Einrichtungen, Übereinkünfte über die Benutzung von Landeswährungen über spezielle Bankkonten (z.B. zwischen der CSFR und der ehemaligen Sowjetunion) und offizielle Tauschhandelsgeschäfte (z.B. zwischen Bulgarien und der ehemaligen Sowjetunion seit Juni 1991). Solch bilateraler Tauschhandel ist alles andere als ideal. Er hat den Zusammenbruch des Handels zwischen Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion nicht verhindern können, und wird einen noch dramatischeren Zusammenbruch des Handels zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken wohl kaum verhindern. Ein derartiger Zusammenbruch wäre weitaus schwerwiegender für die Produktionsaktivitäten der ehemaligen Republiken, da sie unter dem vorherigen System sehr auf die Herstellung komplementärer Güter spezialisiert waren. Der hohe Grad der Handelsabhängigkeit der Republiken wird in Tabelle 4 verdeutlicht.

Vielleicht wird es möglich sein, die wahrscheinlich entstehenden bilateralen Verrechnungseinrichtungen zu multilateralisieren. Obwohl solchen Mechanismen der Vorwurf gemacht wird, obsolekte Handelsstrukturen zu bewahren, könnte die Alternative kurzfristig ein schwerer Rückgang des Handels auf der Grundlage eines

äußerst ineffizienten Tauschsystemes sein. Das Endziel muß die volle Konvertibilität aller Währungen der Region und die volle Integration ihrer Volkswirtschaften in das Welthandelssystem sein.

Finanzsektor

Gegenwärtige Situation und jüngste Entwicklungen

Die Entwicklung eines effizienten Finanzsektors auf Marktgrundlage ist eine der höchsten Prioritäten der Bank. Die erwünschte Transformation von einem zentral verwalteten Wirtschaftssystem zu einer Marktwirtschaft, die auf autonomen Investitions- und Kreditentscheidungen beruht, hängt von der Gründung von Banken und anderen Finanzinstitutionen ab mit den Anreizen und Kompetenzen, die erforderlich sind, um bei der Mobilisierung und Zuweisung von Finanzressourcen an konkurrierende Investitionsbedürfnisse eine wirksame Rolle spielen zu können.

Die in den Einsatzländern errichteten Geschäftsbanken lassen sich gewöhnlich in zwei Hauptkategorien einordnen: i) Geschäftsbanken, die aus dem früheren „Monobank“-System hervorgegangen sind, bleiben im Staatseigentum, haben enge Geschäftsverbindungen mit großen Staatsbetrieben und führen einen hohen Anteil notleidender Kredite in ihrem Portfolio; ii) neu eingerichtete inländische und Joint Venture-Banken, die sich auf die Bereitstellung der

grundlegenden Bankdienste konzentrieren sowie auf relativ sichere kurzfristige Kredite an eine Kundengruppe, in der große, häufig ausländische oder Joint Venture-Unternehmen vorherrschen.

Bei den staatseigenen Banken haben sich je nach der Form der Auflösung des früheren „Monobank“-Systems zwei Modelle herausgebildet. Ein Modell gilt im großen und ganzen für Länder, in denen die kommerziellen Tätigkeiten der früheren Nationalbank auf eine einzige neue staatliche Geschäftsbank mit einem landesweiten Zweigstellennetz übertragen wurden. Ein zweites Modell ist durch die Aufteilung der kommerziellen Tätigkeiten der früheren Nationalbank auf kleinere regionale Banken gekennzeichnet, von denen jede eine effektive Monopolstellung in ihrem jeweiligen geographischen Bereich einnimmt. Dieses Modell gilt für die CSFR, Polen und Bulgarien, in denen die ehemalige Nationalbank in zwei, neun bzw. über fünfzig regionale Banken aufgespalten wurde. In beiden Fällen ist – sowohl bei der Einlagenbeschaffung und bei der Kreditvergabe, als auch bei der Bereitstellung einfacher Bankdienste – Wettbewerb nur langsam entstanden. Weil der Transformationsprozeß in Ungarn bereits 1987 begann, gibt es dort mehr Wettbewerb und Vielfalt unter den staatseigenen Banken sowie Wettbewerbsdruck von neuen privaten Banken.

Frühere spezialisierte Banken, die Kunden in spezifischen Sektoren wie z.B. Landwirtschaft, Industrie oder Außenhandel bedienten, sind auch in Aktiengesellschaften umgewandelt worden und versuchen, sich zu vollwertigen Geschäftsbanken zu entwickeln. Ihnen fehlen jedoch häufig die Zweigstellennetze, um wirksam konkurrieren zu können. Alle Geschäftsbanken haben nur wenig Erfahrung bei der Einlagenbeschaffung, da dieser Bereich weiterhin von der Nationalen Sparkasse beherrscht wird. In Ländern wie Rumänien, Ungarn, der CSFR und Polen erweitert die Nationale Sparkasse ihren Darlehensbestand, um mit den anderen Banken als vollwertige Bank zu konkurrieren. Genossenschaftsbanken, die in den meisten Einsatzländern der Bank existieren, haben das Potential, einzelne ausgewählte Gruppen von Sparern und Investoren zu bedienen, um örtliche Bedürfnisse zu erfüllen – vorausgesetzt, ihre banktechnischen Kompetenzen werden rasch verbessert.

Es besteht beträchtlicher Druck und Anreiz für all diese Banken, weiterhin Kredite an zahlungsunfähige Unternehmen zu geben – wegen historischer und institutioneller Verbindungen und Sorgen hinsichtlich weiterer Produktions- und Beschäftigungsrückgänge; sie stehen unter dem Druck, notleidende Aktiva im Portfolio nicht zu beachten. Zudem besitzen viele Staatsbetriebe und staatseigene Banken Miteigentümerstrukturen, die in einer

wirklich wettbewerbsorientierten Umgebung zu Interessenskonflikten führen würden.

Neue inländische Privat- und Joint Venture-Banken haben sich durch die Bereitstellung einfacher Bankdienste frühzeitig als rentabel erwiesen. Einige haben auch bei der Einlagenbeschaffung Erfolg gehabt. Da die meisten neuen Banken eine vorsichtige Geschäftsstrategie gewählt haben, welche sich auf grundlegende Handels- und Betriebskapitalfinanzierung (d.h. kurzfristige Geschäfte) konzentriert, ziehen sie allmählich Qualitätstransaktionen von den staatseigenen Banken an. Grundsatzentscheidungen hinsichtlich der Zukunft der Staatsbanken werden daher desto dringlicher, je mehr die „Flucht zur Qualität“ weitere Portfolioprobleme schafft. Zudem können höhere Gehälter im Privatsektor zu einer Abwanderung von Managern aus den größeren staatseigenen Banken in die kleineren Privatbanken führen. Privatbanken repräsentieren dort, wo sie existieren, weniger als 10 Prozent der gesamten Aktiva in den fortgeschrittensten Finanzsektoren (z.B. Ungarn). Die größere Rentabilität dieser Banken bringt jedoch mit sich, daß der private Sektor seinen Marktanteil langsam erhöhen wird – durch die Erweiterung der bestehenden privaten Bankgeschäfte und den Markteintritt neuer Banken.

Die Länder unterscheiden sich beträchtlich darin, in wieweit Marktmechanismen bei der Kreditvergabe eine Rolle zu spielen beginnen. In den weiter entwickelten Ländern sind die realen Zinssätze trotz hoher Inflationsraten positiv, während andere Länder weiterhin kontrollierte Zinsstrukturen anwenden, die nicht voll an die inflationäre Entwicklung angepaßt worden sind. In den meisten Ländern wird die Einlagenmobilisierung von den Sparkassen dominiert, die diese Mittel durch verschiedene Interbank-Darlehensmechanismen weiterleiten. Dies verzögert die Entwicklung marktorientierter Zinssätze, die normalerweise durch den Wettbewerb um Ressourcen unter Finanzinstitutionen erzeugt werden. In den meisten Ländern benutzt man Kreditplafonds für die Kontrolle der Geldmengenaggregate, obwohl alle Länder Schritte unternommen haben oder beabsichtigen, zu Offenmarkt-Operationen überzugehen.

Probleme bei der Reform des Sektors

Trotz der Überführung der „Monobank“ aller Einsatzländer der Bank in mehrere Aktiengesellschaften im öffentlichen Sektor kann man sich noch nicht auf die Fähigkeit dieser Banken verlassen, vernünftige Kreditentscheidungen zu treffen oder die für eine Marktwirtschaft nötigen Dienste anzubieten. Ihre frühere Rolle war die Durchführung der Zuteilung finanzieller Mittel nach einem Zentralplan – mit der Folge, daß ihre Kenntnisse im Bereich des Bankwesens ungenügend entwickelt sind. Daher sind

Die Bank hat die Errichtung eines regionalen Ausbildungsprogramms, im Rahmen dessen Schulungen im Finanzsektor abgehalten werden, genehmigt

die Einstellung kompetenter Manager, ausführliche Schulungsprogramme für das Bankenpersonal sowie eine Umstrukturierung der durch uneinbringliche Forderungen belasteten Bankbilanzen von höchster Bedeutung, sowohl für die Einsatzländer als auch für die Bank.

Die notleidenden Kredite großer Banken des öffentlichen Sektors erfordern eine dringende Lösung, die in eine allgemeine Umstrukturierung der Volkswirtschaft eingebettet sein muß. Viele Banken haben Portfolios, die auf der Grundlage strenger Buchführungskriterien die technische Insolvenz der Banken bedeuten würden. Viele Kredite, die gegenwärtig als ertragbringend klassifiziert werden, werden wahrscheinlich nicht erfüllt, wenn die Kreditnehmer restrukturiert, privatisiert, geschlossen oder zunehmend dem Wettbewerb ausgesetzt sind. Angesichts der Anreize, weiterhin kurzfristige Kredite technisch zahlungsunfähiger Unternehmen bei Fälligkeit zu erneuern, ist es möglich, daß sich in vielen Ländern die Portfolios der Banken zunehmend verschlechtern. Eine Lösung des Kreditportfolioproblems ist eine dringende Priorität, um neue Darlehen, insbesondere für Kreditnehmer des Privatsektors, zu gewähren, Kreditspannen für Kapitalbeschaffungskosten zu reduzieren und die Privatisierung der Banken von Fall zu Fall zu erleichtern.

Ein Problem mit wachsender Bedeutung ist – insbesondere mit der Zunahme der Zahl der kleineren Privatbanken – die Errichtung eines wirksamen Rechts- und Bestimmungsrahmens. Obwohl die Länder neue Gesetze in Schlüsselbereichen wie z.B. Bankrecht, Wertpapierrecht, Bilanzrecht, Land- und Privateigentumsrecht usw. in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Reihenfolge eingeführt haben, sind neue Gesetze und Regelungen in den meisten Einsatzländern der Bank mit lobenswerter Schnelligkeit erlassen worden. Es obliegt jetzt den verantwortlichen Institutionen, sie wirksam umzusetzen, was bedeutsame Verstärkung und Schulung ihres Personals erfordert. Aufsichtsbehörden, insbesondere die Bankaufsicht, benötigen mehr geschultes Personal, um für eine vernünftige und gesunde Expansion des privaten Finanzsektors zu sorgen und auch die Gefahr eines Systemzusammenbruchs oder eines Rückschlages durch finanzielle Unvorsichtigkeit oder Fehlverhalten zu vermeiden.

Das Engagement der Bank

Die Perspektive der Bank für die Entwicklung des Finanzsektors verbindet den Schwerpunkt der Förderung des Finanzsektors, im wesentlichen durch die Errichtung privater Finanzmittler, mit der Unterstützung öffentlicher Institutionen, die für die Aufsicht und Regulierung ihrer Aktivitäten verantwortlich sind. Eine höchste Priorität ist in jedem

einzelnen Markt die Identifizierung von Finanzmittlern, die vertretbare Grundsätze der Kreditbeurteilungsüberwachung und -kontrolle erfüllen oder sich ihnen nähern. Die Bank wird aktiv aber selektiv mit Finanzmittlern zusammenarbeiten und besondere Aufmerksamkeit auf die Fachkenntnis des Managements und die Qualität des Personals richten. Die Tätigkeit der Bank im Finanzsektor wird darauf ausgerichtet sein, passende Intermediäre zu identifizieren, die am besten die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen im Privatsektor erfüllen können und gleichzeitig eine gesunde Entwicklung des Finanzsektors sicherstellen.

Ein zunehmender Übergang von Finanzintermediären in den Privatsektor kann auf drei Wegen erreicht werden: (i) durch stärkeres Wachstum der bestehenden Privatbanken durch bessere Kundendienste und Leistungen als die der bestehenden öffentlichen Banken; (ii) durch die Errichtung neuer Banken im Privatsektor; und (iii) die Privatisierung bestehender Institutionen des öffentlichen Sektors. Die Bank wird alle drei Optionen untersuchen. Hinsichtlich möglicher Investitionen in neue oder bestehende Banken wird die Bank das Engagement strategischer Partner im Privatsektor sichern, um das für eine rentable Tätigkeit notwendige Management-Fachwissen bereitzustellen. Die Kriterien für eine unmittelbare Unterstützung finanzieller Institutionen durch die Bank – sowohl bei Beteiligungsinvestitionen als auch

bei Darlehen – sind, daß Kreditvergabeentscheidungen auf guten Krediteinschätzungsfähigkeiten beruhen, daß das Management und das Personal erwiesenermaßen qualifiziert sind, daß das Finanz- und Betriebsergebnis annehmbare Standards erreicht und daß die Institution einen glaubwürdigen Unternehmensplan besitzt.

Andere Finanzinstitutionen wie Versicherungsgesellschaften, Rentenfonds, Risikokapital-Beteiligungsgesellschaften, Leasing-Gesellschaften, Wohnungsbau-Finanzierungs-Gesellschaften und Sparkassen, die erforderlich sind, um eine breite Spanne der in einer modernen Volkswirtschaft benötigten finanziellen Dienste anzubieten, werden ebenfalls von Fall zu Fall unterstützt. Wegen der unsicheren Rechtsstellung von Land- und anderen Eigentumsrechten in einigen Ländern kann es besondere Möglichkeiten im Leasingbereich geben, vorausgesetzt, daß Steuer- und Rechnungslegungs-Grundsätze geschaffen werden können, die eine erfolgreiche Tätigkeit von Leasing-Gesellschaften zulassen. Versicherungs- und Pensionsfondstätigkeiten werden gemeinsam mit den bestehenden Programmen der sozialen Sicherung betrachtet werden müssen.

Die Entwicklung primärer und sekundärer Wertpapiermärkte ist eng verbunden mit der Finanzierung von

Staatsdefiziten, indirekten Mechanismen der Geldmengenkontrolle und Privatisierungsstrategien, die den Bürgern handelbare Wertpapiere von privatisierten Gesellschaften anbieten. Effektenbörsen sind zudem in einer Umgebung, in der die Bewertung von Aktiva problematisch ist, ein wichtiger Indikator für den Wert eines börsennotierten Unternehmens. Die Bank untersucht Mittel und Wege um die Entwicklung von Wertpapiermärkten zu unterstützen, angefangen bei technischer Hilfe bis hin zu einer unmittelbaren Mitwirkung auf den Märkten zur Erleichterung der Inlandswährungsgeschäfte der Bank.

Im Dezember hat die Bank die Einrichtung eines Regionalen Schulungsrahmenprogrammes gebilligt, das durch die Bank organisiert und in Zusammenarbeit mit dem Japanischen Zentrum für Internationales Finanzwesen (JCIF) durchgeführt wird. Zwei Projekte in der Sowjetunion in den Bereichen Staatspapiere und Geschäftsbankwesen wurden gebilligt. Verschiedene andere Projekte sind entwickelt worden, und ihre Durchführung im Jahre 1992 wird geprüft.

Privatisierung

Das Entstehen großer Privatsektoren in den Einsatzländern ist die Grundlage ihrer erfolgreichen Transformation zu Marktwirtschaften. Das Wachstum des Privatsektors wird sowohl von der Entwicklung neuer privater Unternehmen als auch von der Privatisierung bestehender Einheiten abhängen. Nach den bisherigen begrenzten Erfahrungen gibt es Grund zu glauben, daß der Schlüssel zur Entwicklung des Privatsektors in der Bildung und Entwicklung neuer Unternehmen aufgrund individueller unternehmerischer Initiative liegt. Doch da dieser Wachstumsprozeß Zeit beanspruchen wird, ist die Privatisierung ein notwendiges Mittel zur Förderung des Wachstums des Privatsektors.

Dieser Transfer vom Staats- zum Privatsektor vergrößert nicht nur den Privatsektor, sondern ist auch häufig der einzige Weg, Staatsbetriebe zu erhalten. Die Privatisierung der Staatsunternehmen ist sowohl für die Verbesserung der Unternehmenseffizienz als auch für die Trennung zwischen geschäftlichen und politischen Entscheidungen notwendig. Gegenwärtig arbeiten Unternehmen ohne klar definierte Eigentümer, da der Staat die Eigentumsrechte nicht ausübt. Demzufolge hat eine Unternehmensleitung weder klare Ziele, noch eine angemessene Kontrolle, wie sie durch gewinnorientierte Eigentümer bei der Wahrnehmung ihrer

Eigentumsrechte entstehen könnten. Ohne angemessene Anreize ignorieren Unternehmen die Interessen ihrer Kunden, und die Produktion der Volkswirtschaft paßt sich nicht mehr an, wenn sich die Nachfrage verändert. Ohne angemessene Anreize ignorieren Manager und Arbeiter die Interessen ihrer Unternehmen, und die gesamte Volkswirtschaft wird schließlich funktionsunfähig. Auch sind Manager des Staatssektors weniger geeignet – und weniger geneigt – sich dem Druck der Arbeiter auf Lohnerhöhungen zu widersetzen, insbesondere weil Lohnentscheidungen nicht das Ergebnis eines dezentralisierten Verhandlungsprozesses sind. Dies wiederum kann zu inflationären Tendenzen führen, wenn Regierungen politischen Druck spüren.

Trotz dieser Argumente wird und soll ein Anteil der Staatsbetriebe vom Staat zurückbehalten werden. Ein gewisser Grad der Kommerzialisierung sollte jedoch eingeführt werden, damit zurückbehaltene Staatsbetriebe besser auf Marktsignale wie z.B. die Inputpreise reagieren können. Eine derartige Kommerzialisierung kann auch als Zwischenstufe für die mittel- und langfristig zu privatisierenden Unternehmen dienen.

Um eine Vorstellung des Ausmaßes der Aufgabe in den Einsatzländern zu vermitteln, sollte festgehalten werden,

daß in keinem Einsatzland dem öffentlichen Sektor weniger als 60 Prozent der Wertschöpfung zuzurechnen ist, während dieser Anteil in keinem OECD-Land mehr als 20 Prozent beträgt. Im Normalfall werden mindestens 40 Prozent der Aktivitäten übertragen werden müssen, um das OECD-Niveau zu erreichen. Eine andere beeindruckende Ziffer ist die Zahl der staatseigenen Unternehmen, zum Beispiel gibt es mehr als 8.000 mittlere bis große Unternehmen in Polen und die Moskauer Stadtverwaltung allein besitzt etwa 700. Nirgendwo in der Welt existiert eine ähnliche Situation, und obwohl wir Lehren aus früheren Erfahrungen anderer Länder ziehen können, werden die hier anzuwendenden Methoden vollkommen neu sein.

Gegenwärtige Situation und jüngste Entwicklungen

Die meisten Einsatzländer haben bereits einen Gesetzes- und Verwaltungsrahmen für die Privatisierung eingeführt oder arbeiten daran. Die Privatisierung wird meistens für kleine und große Unternehmen unterschiedlich gehandhabt.

Bei der Privatisierung kleiner Einheiten sind öffentliche Versteigerungen äußerst erfolgreich gewesen. In der CSFR zum Beispiel wurden 1991 mehr als 15.000 kleine Einheiten versteigert. In Polen wurden in den Jahren 1990 und 1991 annähernd 60.000 kleine Einheiten dem Privatsektor durch Leasing oder Verkauf übergeben, und 70 Prozent des

Einzelhandels zählen jetzt zum Privatsektor. In Ungarn läuft ein ähnlicher Versteigerungsprozeß. Bulgarien macht einige Fortschritte bei der Privatisierung kleiner Einheiten in den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Fremdenverkehr. In Rumänien hat der Prozeß zur Veräußerung kleiner Vermögenswerte, wie z.B. kleiner Geschäfte und Restaurants, unter der Aufsicht der Nationalen Privatisierungsagentur begonnen. In Rußland sind Gesetze für die Versteigerung der meisten kleineren Aktiva eingebracht worden, und einige Versteigerungen haben in St. Petersburg stattgefunden. In Moskau bevorzugen die Stadtbehörden Direktverkäufe, um Entlassungen der Belegschaft zu minimieren; die Situation hinsichtlich der russischen Behörden muß jedoch noch geklärt werden. Andere Nationen und Republiken, einschließlich Litauen, Armenien und Kasachstan, machen Fortschritte durch den Verkauf kleiner Vermögenswerte.

Die Privatisierung der Landwirtschaft ist auf größere Widerstände gestoßen, mit Ausnahme Polens, wo die Landwirtschaft unter dem kommunistischen Regime im wesentlichen in privater Hand geblieben war. Die Privatisierung der Wohnungen schreitet ebenfalls recht langsam voran wegen der politischen Folgen der für die Herbeiführung privater Käufer

notwendigen Erhöhung der Wohnungsmieten. Die Privatisierung des Wohnungssektors wird nichtsdestoweniger ein Schlüssel für die Schaffung von Arbeitsmarktmobilität sein und dazu beitragen, vorübergehende Arbeitslosigkeit zu überwinden.

Die Privatisierung großer staatseigener Betriebe schreitet langsamer als ursprünglich erwartet voran. Ungarn hat traditionelle Privatisierungsmethoden gewählt, normalerweise durch Verkäufe an Unternehmen, die von der Staatlichen Eigentumsagentur überwacht und auf Unternehmensebene angeregt wurden. Die CSFR benutzt einen mehrspurigen Ansatz, der auf unternehmensentwickelte Privatisierungsprojekte aufbaut und mögliche Verteilungen von Anteilen an Bürger über ein Gutscheinsystem beinhaltet. Polen verfolgt ebenfalls einen mehrspurigen Ansatz, der Verkäufe an Unternehmen und öffentliche Angebote enthält sowie den Aufbau von Privatisierungsfonds, die von professionellen Fondsmanagern geleitet werden und von der Verteilung von Eigentumsanteilen in Form von Gutscheinen ausgehen. Rumänien hat ein ähnliches Programm entwickelt, allerdings mit einer kleineren Anzahl von Fonds und einem größeren Anteil staatlich verwalteter Verkäufe an Unternehmen. Rußland entwickelt ein mutiges Privatisierungsprogramm, dessen Details noch diskutiert werden.

Unter den GUS-Republiken ziehen die Ukraine und Kasachstan Gutscheine in Betracht; Armenien hat drei Viertel seines Landes privatisiert; und die meisten der anderen Republiken initiieren Privatisierung der einen oder anderen Art. Die Baltischen Staaten probieren verschiedene Ansätze aus: Estland hat ein pragmatisches Programm von Management-Buyouts und Verkäufen an Unternehmen gestartet; Litauen hat ein ambitioniertes Kuponprogramm, und Lettland ist noch im Begriff, seiner Politik für größere Unternehmen eine endgültige Form zu geben.

Die Privatisierung der großen Firmen ist langsam fortgeschritten, unter anderem wegen: schlecht geklärten Eigentumsrechten (einschließlich Restitution); administrativen Engpässen (einschließlich Unsicherheiten über Kompetenzgebiete); hoher Umstrukturierungskosten, bei den Unternehmensbilanzen, der Umorganisation der Arbeit und der Umstrukturierung von Aktivitäten; wegen der niedrigen inländischen Ersparnisse; und einer Knappheit an Managementressourcen. Große Probleme, werden auch durch Monopolabbau, vertikale Entflechtung und Umstrukturierung aufgeworfen.

Aus den bisherigen Erfahrungen können einige wertvolle Schlüsse gezogen werden.

Es ist wichtig, Privatisierung innerhalb des breiteren Kontexts des gesamten Unternehmenssektors zu behandeln. Die meisten mittleren bis größeren Unternehmen in den Einsatzländern müssen umstrukturiert werden, und die Privatisierung sollte als der Hauptweg dafür angesehen werden. Natürlich werden oder sollten nicht alle Unternehmen – auch längerfristig – privatisiert werden. Die westeuropäischen Volkswirtschaften sind über lange Perioden gereift und entwickeln sich immer noch in Form vorsichtiger Mischungen von staatlichem und privatem Eigentum. Daher kann die Entscheidung, erst umzustrukturieren oder erst zu privatisieren, nur von Fall zu Fall getroffen werden.

Ähnliches gilt für die Frage des Monopolabbaus: auch wenn er vor einigen Privatisierungen nötig sein dürfte, so sind doch einige ehemalige Monopole zunehmend internationalem und inländischem Wettbewerb von völlig neuen Konkurrenten ausgesetzt. Es wäre manchmal sogar unklug, ein natürliches Monopol aufzulösen, falls dies eine komplexe Umstrukturierung mit sich brächte und der potentielle Mißbrauch der Monopolmacht angemessen reguliert werden kann.

Der Beschäftigungseffekt der Privatisierung und der begleitenden Umstrukturierung geht mehr und mehr in die Privatisierungsrechnung ein. Die

Die Privatisierung des Wohnungsbausektors wird der Schlüssel zur Erreichung der Arbeitskräftemobilität sein

Aufrechterhaltung der Beschäftigung ist ein verständliches Anliegen, aber sie steht oft im Konflikt mit den allgemeinen Zielen des Privatisierungsprozesses. Die Treuhandanstalt hat gezeigt, daß sie bereit ist, als Gegenleistung für geforderte Arbeitsplatzgarantien einen reduzierten Wert zu akzeptieren. Die Anerkennung solcher Gegenleistungen wird für die erfolgreiche Privatisierung in allen Einsatzländern wichtig sein.

Offizielle Ankündigungen und Grundsatzklärungen enthalten oft widersprüchliche Ziele. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß ein Ziel Vorrang haben muß: die Förderung der Wettbewerbs- und Überlebensfähigkeit der Unternehmen. Das ist der Hauptgrund, weshalb die Privatisierung schnell stattfinden muß. Wenn kein aufmerksamer Besitzer die Kontrolle übernimmt, werden viele Unternehmen, auch wenn sie Überlebenspotential haben, nicht in der Lage sein, einer harten Marktsituation standzuhalten. Die Vielzahl an Konkursen, die das nach sich ziehen könnte, würde nicht nur zu weitreichenden sozialen Umschichtungen, sondern auch zu immensen Kapitalverlusten führen. Daher ist massive und unverzügliche technische Hilfe nötig, um die Privatisierung so schnell wie möglich durchzuführen, und Mittel müssen eingesetzt werden, um die Unternehmen in der Zwischenzeit am Leben zu erhalten.

In einer solchen Umgebung steht nicht viel Zeit zur Verfügung, um grandiose Systeme zu entwickeln. Eine übermäßige Betonung des Aufbaus einer Verwaltungsmaschinerie und der Erarbeitung detaillierter Regeln zur Führung der Privatisierungsprogramme hat zu langen und schwierigen Entscheidungsfindungs- und Gesetzgebungsprozessen für jede größere Transaktion geführt. In der Zwischenzeit kommen die Unternehmen selber in eine Krisensituation.

Potentielle Käufer werden häufig durch die Komplexität und Unsicherheit des Prozesses abgeschreckt. Viele Privatisierungsverhandlungen sind an bürokratischen Schwierigkeiten gescheitert: nicht nur an Verwaltungsproblemen, sondern auch an langen Runden von Konzessionen und Forderungen, die durch all die verschiedenen interessierten Kreise vorgebracht werden. Das Endergebnis ist häufig nicht nur, daß der Anleger beschließt, ein vollkommen neues Unternehmen aufzubauen und auf die potentiellen Vorteile der Nutzung und Verbesserung eines bestehenden Unternehmens zu verzichten, sondern die Erfahrung kann sogar dazu führen, daß der potentielle Käufer überhaupt nicht in der Region investiert.

Effiziente dezentralisierte Verfahren müssen eingeführt werden. Die Hauptelemente dabei wären: die Möglichkeit, daß große Privatisierungen durch Unternehmen und mögliche

Investoren selbst initiiert und durchgeführt werden, wobei die Kontrolle des Staates auf Fragen der Wertbestimmung und der Transparenz beschränkt ist; und der Einsatz einer großen Zahl verschiedenartiger Intermediäre zusätzlich zu einer zentralisierten Staatsagentur und deren Zweigstellen, wie staatliche Holdinggesellschaften, Umstrukturierungs- und Privatisierungsfonds.

Wenn eine Privatisierung vor Ort von Investoren und Unternehmen initiiert und zumeist auch durchgeführt werden soll, wird es nötig sein, Informationen über die Erfahrungen und die Techniken erfolgter Privatisierungen sowie auch über die Erfahrungen von gescheiterten Versuchen und Systemen auszutauschen. Erfahrungen in Übernahmen durch Geschäftsleitung und/oder Belegschaft und den entsprechenden Finanzierungstechniken, die von der Treuhandanstalt in Deutschland eingesetzt wurden, könnten mit Anpassungen in weitem Ausmaß in anderen Einsatzländern eingesetzt werden. Die ersten Erfahrungen in verschiedenen Methoden der Veräußerung kleiner Einheiten sollten analysiert werden, damit die erfolgreichsten Elemente wiedereingesetzt werden können. Sachkenntnisse über verschiedene Finanzierungssysteme, die zum Ausgleich fehlender Ressourcen im Inland benötigt werden, sind vorhanden. Auf diesen und anderen Gebieten wird

die Bank sich bemühen, Informationen systematisch zu verbreiten. Zu diesem Zweck wird ein Projekt zur Erstellung einer Privatisierungs-Informationsbank entwickelt.

Das Engagement der Bank

Die Form des Engagements der Europäischen Bank hängt davon ab, wie weit das betroffene Land auf dem Weg der Privatisierung schon gelangt ist. In Ländern, in denen der Prozeß in Gang ist und einigermaßen erfolgreich läuft, ist die Bank als Finanzgeber und Kerneigentümer neu privatisierter Unternehmen engagiert. In Ländern, die erst mit der Schaffung eines Rahmens beginnen, handelt die Bank als Berater der Regierung in der Ausgestaltung und Errichtung des Privatisierungsprogramms, wobei sie sich auf praktische Transaktionsarbeit in dem betreffenden Land und relevante Erfahrungen aus anderen Ländern stützt.

In Ländern mit einem funktionierenden Privatisierungsprogramm, wie unvollkommen es auch sein mag, unterstützt die Bank das Entstehen von Privatunternehmen und fördert ihr Wachstum durch Darlehen und Investitionen. Der Schwerpunkt liegt auf Privatisierungsmethoden, die klare Kontrolle und Eigentumsverhältnisse in den Unternehmen fördern. Die Unternehmen und Sektoren mit dem besten Überlebenspotential können

durch Verkäufe an engagierte Unternehmenspartner in der Industrie schnell privatisiert werden. Einige Staatsbetriebe werden voll privatisiert, aber viele Unternehmen werden wahrscheinlich durch den Eintritt eines neuen Anlegers privatisiert werden, der den Staatseigentumsanteil reduziert, dadurch das Unternehmenskapital umschichtet und dringend benötigte Investitionen zur Modernisierung des Unternehmens und Änderung des Produkt-Mixes erleichtert.

Die Bank handelt als Katalysator der Privatisierung, indem sie überlebensfähigen Unternehmen hilft, derartige Investitionen zu beschaffen. Sieben der vierzehn Transaktionen, die das Direktorium 1991 genehmigt hat, betrafen die Privatisierung entweder eines bestehenden Unternehmens oder einiger seiner Aktiva. Wie die jüngsten Beispiele der Beteiligung der Bank an einzelnen tschechischen Privatisierungstransaktionen zeigt, kann die Bank Privatisierungen erleichtern, indem sie einen vorsichtig bemessenen Kerneigentumsanteil übernimmt, während der Rest von einem aktiven Firmenanleger und lokalen Institutionen übernommen wird.

Die Bank unterstützt auch Regierungen oder zuständige Instanzen bei der Organisation und Implementierung gesamter Privatisierungsprogramme, besonders in der Anfangsphase. Bei dieser Art der

Beratung oder technischen Hilfe verfolgt die Bank im allgemeinen jedoch einen transaktionsorientierten Ansatz. Die Absicht der Bank ist es, sich soweit wie möglich auf Beratung von Investitionsbanken oder spezialisierten Firmen zu verlassen und diese Dienste möglichst aus ihrem Technischen Kooperationsfonds-Programm zu finanzieren. Bislang sind 50 Experten in die sechs größten gegenwärtig laufenden Hilfsprogramme einbezogen worden.

In Ungarn zum Beispiel hilft die Bank, bei der Durchführbarkeitsuntersuchung und Erarbeitung eines Unternehmensplans einer „Umschwungsgesellschaft“, die vom Staat potentiell lebensfähige Unternehmen kaufen wird, die Umstrukturierungen und Investitionen benötigen, um für Käufer attraktiv zu werden. Die Privatisierungsprogramme von Bulgarien, Mazedonien und Rumänien werden ebenfalls unterstützt.

Die Bank nahm an den ersten Diskussionen des Massenprivatisierungssystems in Polen teil. Wie alle derartigen Systeme hatte es eine lange und komplizierte Entwicklungsphase, es erscheint nun aber gut konzipiert und unterstützenswert.

In der Stadt Moskau unterstützt die Bank die Festlegung und Durchführung eines Privatisierungsprogrammes für ungefähr 16.000 kleine und 700 mittlere bis große Unternehmen, die von der

Stadt kontrolliert werden. Die Erfahrung, die aus der sofortigen Bearbeitung von drei „Pilottransaktionen“ (ein Kunststoffhersteller für Verbrauchsgüter, ein Steinverarbeitungswerk und ein Gelatinehersteller) gewonnen wurde, wird nun angewandt, um ein Gesamtsystem zu entwickeln, das mit der großen Zahl der betroffenen Unternehmen in einer realistischen und praktischen Weise umgehen kann. Auf Antrag des Bürgermeisters von St. Petersburg hat die Bank dort ein ähnliches Konzept für die Entwicklung eines Privatisierungsprogrammes für die mittleren bis großen Unternehmen der Stadt gewählt. Wie in Moskau sind drei Pilottransaktionen im Gange, und zwar ein Konsumgüterhersteller, ein Süßigkeitenhersteller und eine Kaufhauskette.

Die Europäische Bank und die Weltbankgruppe organisieren gemeinsam ein großangelegtes Privatisierungsprojekt für die russische Föderation, und die Bank war schon in der Lage, die Erfahrungen aus Moskau und St. Petersburg für eine bessere Bestimmung einzelner Elemente des gesamten russischen Programms zu verwenden. Eine Projektleitungsgruppe, die innerhalb des Russischen Staatskomitees für die Verwaltung des Staatseigentums untergebracht werden soll, wird gegenwärtig personell besetzt, um dieses Projekt in Gang zu setzen.

Die Bank wird ihre Konzepte weiter entwickeln; gegenwärtig hält sie aber ein empirisches Vorgehen für besonders produktiv, denn nur die unmittelbare Erfahrung, z. B. in den Verhandlungen mit einem Arbeiterkollektiv, beim Versuch, die Genehmigung für eine Transaktion zu bekommen oder risikoscheuen Investoren Investitionsmöglichkeiten anzubieten, kann zeigen, welche Änderungen im Konzeptrahmen am dringendsten sind. Die Bank wird ebenfalls Empfehlungen darüber abgeben, wo bei den zuständigen Verwaltungen institutionelle Veränderungen nötig sind, um die Durchführung eines großen Transaktionsvolumens zu erleichtern. Die Bank glaubt, daß ein solcher auf Erfahrung beruhender, pragmatischer Ansatz die realistischste Vorgehensweise darstellt.

Ausländische Direktinvestitionen

Gegenwärtige Situation und jüngste Entwicklungen

Ausländische Direktinvestitionen spielen eine strategische Rolle in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, die über den Kapitalfluß hinausreicht. Das praktische Engagement von Firmenanlegern bringt auch einen Transfer von Technologie und Betriebswirtschaftserfahrung mit sich, hilft neue Normen der Produktqualität und Wirtschaftlichkeit einzuführen und kann den Zugang zu neuen Märkten öffnen. Die Privatisierung durch Direktinvestitionen eines Industriepartners ist häufig der zweckmäßigste Weg zur Umstrukturierung eines Unternehmens und bringt es zu einem Wirtschaftlichkeitsniveau, das es befähigt, in einer neuen wettbewerbsorientierten Umgebung zu überleben.

Obwohl große Hoffnung auf die Erzeugung eines beträchtlichen Flusses von Direktinvestitionen gesetzt wird, und das Interesse unter potentiellen Industrie-Investoren groß ist, sind die tatsächlichen Ströme enttäuschend gering. Die gesamten für Mittel- und Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion bestimmten ausländischen Direktinvestitionen, gemessen an angemeldeten Vorschlägen für Gemeinschaftsunternehmen und

Investitionen, werden bis zum Oktober 1991 auf annähernd 13 Mrd. US-\$ geschätzt, die mehr als 30.000 Investitionsprojekte verkörpern. Die tatsächlich ausgegebenen Summen und die Zahl der funktionierenden Unternehmen erreichen jedoch höchstens 40 Prozent der gemeldeten Zahlen. Diese Schätzung entspricht weniger als 5 % der geschätzten Nettoauslandsverschuldung der Region im Jahr 1990.

Auf Jahresgrundlage berechnet, beträgt der geschätzte Investitionsstrom kaum einen Bruchteil eines Prozents des geschätzten BIP der Region. Diese Zahlen zeigen, daß die Sorge, daß zuviele Direktinvestitionen ermutigt werden, verfrüht sind, und daß in den Empfängerländern noch viel zu tun ist, um eine attraktivere Umgebung für Investitionen zu schaffen, angefangen bei der Rationalisierung des staatlichen Genehmigungsprozesses und der Reform der Rechts- und Finanzsysteme.

Ausländische Direktinvestitionen müssen ein höheres Niveau erreichen. Sie sollten jedoch nicht so weit gehen, daß in bestimmten Sektoren Ausländer die besten Aktiva besitzen und die Integrität der lokalen Volkswirtschaften verloren geht.

EG- und EFTA-Länder sind bei weitem die größten Investoren, je nach Land verantwortlich für Werte zwischen 55 und 80 % des zugesagten ausländischen Kapitals. Die Vereinigten Staaten waren an etwa 7 % der Projekte beteiligt, und ihr Kapitalbeitrag war in der ehemaligen

Sowjetunion und Ungarn am größten, schätzungsweise 11 %. Kanada und Japan haben weniger investiert. Die grenzüberschreitenden Investitionen unter den mittel- und osteuropäischen Staaten haben ungefähr 4 % der Projekte betragen und stellten etwa 13 % des Kapitalzustroms in die CSFR und 9 % in die ehemalige Sowjetunion dar.

Die ehemalige Sowjetunion hat die größten Kapitalzusagen ausländischer Investoren erhalten, zu einem großen Teil für den Bereich der natürlichen Ressourcen. Nur ein kleiner Teil der zugesagten Beträge ist aber bisher effektiv investiert worden. Auf der anderen Seite war Ungarn bislang das erfolgreichste Land bei der Beschaffung ausländischer Direktinvestitionen in Höhe von mehr als 1 Mrd US-\$ allein im Jahre 1991. In zunehmendem Maße zieht auch die CSFR Investoren an. Da das Privatisierungsprogramm jetzt läuft, könnte die CSFR dieses Jahr Ungarn überholen. Das Interesse an Polen und den anderen Ländern in der Region war enttäuschend.

Das Investitionsklima ist und bleibt schwierig: die Wirtschaften der Länder befinden sich in einer Rezession, die Finanz- und physische Infrastruktur ist mangelhaft und die Rechts-, Verwaltungs- und Finanzsysteme sind bestenfalls unklar. Dennoch bieten Mittel- und Osteuropa und die

ehemalige Sowjetunion den Investoren zwei wesentliche strategische Vorteile. Erstens: die Nähe zu Westeuropa und die Aussicht eines integrierten Marktes von 700 bis 800 Millionen Menschen. Zweitens: ausgebildete und technisch erfahrene Arbeitskräfte. Die Erfahrung der meisten westlichen Industriellen, die in Mittel- und Osteuropa, Rußland oder der Ukraine tätig gewesen sind, zeigt, daß die Arbeitnehmer bei entsprechenden Anreizen effizient und fleißig arbeiten und daß ihre Fachkenntnisse so gut oder sogar besser sind als in vielen westlichen Ländern. Investoren, die ungeachtet des kurzfristigen Risikos bereit sind, in das langfristige Potential der Region zu investieren, sollten bestärkt werden. Die Europäische Bank möchte dabei eine wichtige Rolle spielen.

Das Engagement der Bank

Viele der ersten Projekte der Bank tragen unmittelbar zur Förderung von Direktinvestitionen bei. 1991 waren bei 7 von insgesamt 11 Privatsektorenprojekten ausländische Firmenpartner beteiligt, bei den übrigen 4 ausländische Investoren. Das von der Bank zugesagte Kapital wurde durch die Zusagen anderer ausländischer Investoren und Kreditgeber vervierfacht. Das Engagement der Bank in diesen Projekten wirkte als Katalysator, ohne den die Investitionen entweder gar nicht oder nur in sehr viel geringerem Ausmaß getätigt worden wären. Durch die Teilung des Risikos mit möglichen Investoren und durch die

Der Verkehrssektor mit all seinen Transportmitteln wird genau untersucht

Gewährung eines gewissen Schutzes vor politischen Unsicherheiten hofft die Bank, die Zahl der Investoren und die Summe des der Region zugesagten Kapitals zu vervielfachen.

Verkehr

Gegenwärtige Situation und jüngste Entwicklungen

Die jüngsten Ereignisse in der Region führten zu dramatischen Veränderungen innerhalb des Verkehrssektors. Obwohl es einen bedeutenden Rückgang in allen Landverkehrsbewegungen gab, betrafen die schärfsten Rückgänge die Eisenbahnen, vormals das Rückgrad der sozialistischen Netze. Andere wichtige Veränderungen betrafen die Richtung der Verkehrsströme. Seit dem Zusammenbruch der RGW-Handelsabkommen gab es eine drastische Reduktion im Verkehr zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern und der ehemaligen Sowjetunion, einen ähnlich dramatischen (allerdings in absoluten Zahlen kleineren) Anstieg der Ströme zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern und den westeuropäischen Ländern und kleinere, aber immer noch beträchtliche Rückgänge im Verkehr der mittel- und osteuropäischen Länder untereinander. Die institutionellen Veränderungen waren ebenfalls dramatisch. Die meisten Verkehrsträger, die zentral organisiert waren, werden nun privatisiert oder in kleinere Verwaltungseinheiten aufgespalten. Diese Veränderungen haben zu Unordnung und Verwirrung geführt, verschärft durch die zusätzlichen Probleme einer altmodischen Organisation, veralteter Technologie und ungenügender Infrastruktur.

Die Zugänglichkeit von Verkehrsdienstleistungen ist in Mittel- und Osteuropa im allgemeinen niedriger als in Westeuropa und noch niedriger ist sie in der ehemaligen Sowjetunion. Die Mobilität der Menschen ist geringer als in Ländern mit höherem Einkommen, da die Auswirkungen der weitaus geringeren Zahl von Autobesitzern nur zum Teil durch stärkere Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgeglichen werden. 1991 erzeugten die Einsatzländer der Bank höhere Frachtvolumina pro Dollar des Volkseinkommens als westeuropäische Länder. Insgesamt entfällt ein größerer Anteil sowohl des Fracht- wie auch des Personenverkehrs auf die Eisenbahnen und ein weitaus kleinerer Anteil auf Straßen als in den meisten anderen Ländern.

Obwohl die Umweltwirkungen des Verkehrs in den Einsatzländern der Bank nicht so schwerwiegend sind wie in Westeuropa, sind sie doch potentiell besorgniserregend. Die relativ niedrige Zahl der Privatautos impliziert, daß der Umweltbelastungsbeitrag des Verkehrs eher niedriger ist als in anderen europäischen Ländern. Schlecht gewartete Fahrzeuge, insbesondere Busse mit Dieselmotoren, tragen jedoch zu hohen Emissionen bei. Zudem sind Bleizusätze im Benzin in diesen Ländern immer noch üblich. Die

zunehmende Nachfrage nach Verkehrsdienstleistungen könnte zu einem raschen Anstieg der Luftverschmutzung in den Städten führen.

Aussichten für die Zukunft

Der Übergang zu Marktwirtschaften in mittel- und osteuropäischen Ländern wird wahrscheinlich bedeutende Rückwirkungen für die Transportindustrien haben, insbesondere mit einer Verschiebung weg von Schwer- und Investitionsgüterindustrien hin zu Konsumgüterindustrien, Dienstleistungen und Außenhandel. Die Energiepreise werden auf das Weltpreisniveau ansteigen und damit die Energieeffizienz fördern und die Kohle- und Erdöltransportnachfrage weiter reduzieren. Die Verschiebung hin zu hochwertigen Leichtindustrien wird die Nachfrage nach besseren Transportdienstleistungen im Hinblick auf Frequenz, Zuverlässigkeit und Frachtsicherheit verstärken.

Die Nachfrage nach Personenbeförderung und höherer Dienstleistungsqualität wird stark wachsen, einmal weil das Angebot gegenwärtig im internationalen Vergleich für entsprechende Einkommensniveaus qualitativ und quantitativ außergewöhnlich niedrig ist und zum anderen weil Pro-Kopf-Einkommen und Erwartungen wahrscheinlich steigen werden. Eine dramatische Zunahme der Nachfrage nach Privatautos wird in der gesamten Region erwartet.

Die erwarteten Nachfrageveränderungen werden im allgemeinen die traditionellen Eisenbahndienste belasten und qualitativ hochstehende Dienste, einschließlich der Straßen und des Luftverkehrs, begünstigen. Der Rückgang im Massengüterverkehr hat die mittel- und osteuropäischen Eisenbahnen bereits besonders hart getroffen. Die Aussichten des Schienenverkehrs, einen bedeutenden Anteil des wachsenden Volumens an höherwertiger Fracht zu sichern, sind schlecht, da die durchschnittlichen Frachtwege in diesen Ländern kurz und die Eisenbahnen generell durch veraltete Organisation behindert sind.

Formen des kombinierten Verkehrs, bei denen Güter mit den gleichen Begleitdokumenten zwischen Transportmitteln wechseln, sind in Mittel- und Osteuropa völlig vernachlässigt worden und werden wahrscheinlich auch in Zukunft – trotz der Bemühungen, ihre Entwicklung zu fördern – keine große Rolle spielen. Mittel- und osteuropäische Länder haben ein System entwickelt, in dem sich die verschiedenen Verkehrsträger gegenseitig ergänzen, anstatt miteinander zu konkurrieren; dies könnte die Grundlage für die zukünftige Entwicklung kombinierter Verkehrsformen sein. Diese werden jedoch nur lebensfähig sein, wenn Straßen- und Schienenverkehr unabhängig voneinander befriedigende Effizienznormen erreichen.

Angebotsentwicklung

Die Verkehrsträger werden im größten Teil Mittel- und Osteuropas in einem physischen und wirtschaftlichen Umfeld arbeiten, das Westeuropa zunehmend ähnlich sein wird. Bei einer wettbewerbsorientierten Entwicklung sollten daher die Aussichten für längerfristige Verkehrslösungen in diesen Ländern ähnlich sein wie im Westen. Der Hauptunterschied ist, daß niedrigere Pro-Kopf-Einkommen die Nachfrage für höherwertige Passagierdienste bremsen werden, obwohl die Nachfrage nach Privatautos enorm wachsen wird, falls sie nicht durch staatliche Intervention eingeschränkt wird. Der Straßenverkehr wird eine weitaus größere Bedeutung annehmen, und es wird eine sozial schmerzliche, aber wirtschaftlich nötige Verkleinerung des Eisenbahnsektors stattfinden. Die genaue Form der Umstrukturierung des Eisenbahnsektors wird davon abhängen, wie konkurrenzfähig die Eisenbahnen auf dem Markt – insbesondere im Personenverkehr – sind.

In den ehemaligen sowjetischen Republiken bedeuten die langen Frachtwege, großen Verkehrsaufkommen und die Kosten- und Servicenachteile des Straßenverkehrs, daß die Eisenbahnen eine einzigartige Möglichkeit haben, gegen den Tür-zu-Tür-Verkehr von zu konkurrieren. In den baltischen Staaten stellt sich die große Frage, ob bestehende Hafenanlagen weiterhin von Rußland und den übrigen ehemaligen sowjetischen Republiken

genutzt werden. Geographische und wirtschaftliche Bedingungen sprechen dafür, aber politische Faktoren könnten dem entgegenstehen. Im Bereich des Personenverkehrs dürfte der Flugverkehr wahrscheinlich seine Rolle im Fernverkehr ausbauen, während der Busverkehr für kurze und mittlere Distanzen weiterhin schnell zunehmen dürfte. Die natürliche Rolle des Personenverkehrs per Bahn liegt in den mittleren Distanzen im Bereich von ca. 200 bis 800 km und im Massenverkehr in Stadt- und Vorstadtgebieten.

Institutionelle Reform

Die Organisation des Verkehrssektors in den Einsatzländern der Bank erfordert eine Anzahl radikaler Reformen und sektorspezifischer Entwicklungen, um ihn in die Lage zu versetzen, den wachsenden Bedarf an schnellerer Beförderung von Fracht und Personen und höhere Qualitätsansprüche zu erfüllen.

Gegenwärtige Initiativen, die Rolle des Staates in den ehemaligen sozialistischen Ländern zu reduzieren, bringen neben Vorteilen auch beträchtliche potentielle Fallgruben mit sich. Ein Hauptrisiko ist, daß die minimale Rolle der Regierung völlig verschwindet. Man wird dafür sorgen müssen, daß das öffentliche Interesse bei der Planung und Bereitstellung von Infrastruktur, Sicherheit (Flugüberwachung, Straßenpolizei und Verkehrsleitung) und Umweltschutz

gewahrt bleibt. Es gibt auch zwingende Argumente dafür, daß die Behörden, zumindest eine Überwachungsfunktion, eine Forschungs- und Analysekapazität für die Erfassung wichtigster Tendenzen in Angebots- und Nachfrageentwicklung sowie eine Rolle im finanziellen und Nutzungssteuerbereich behalten sollen. Viele Modelle aus verschiedenen Ländern stehen zur Wahl.

Wettbewerbshindernisse sind in der Straßenverkehrswirtschaft praktisch nicht vorhanden, im Schiffsverkehr relativ gering, im Luftverkehr nicht übermäßig groß, im Eisenbahnsektor aber enorm. Praktisch alles, was auf dem Weg zur institutionellen Reform des Straßen-, Wasser- und Luftverkehrs nötig ist, sind politische Maßnahmen mit folgenden Zielen: die Liberalisierung des Marktzuganges und -austritts, Abbau von Monopolen (mit einer energischen Anti-Kartell/Pro-Wettbewerb-Einstellung im Schiff- und Luftverkehr), Preisliberalisierung, wirtschaftlich effiziente Benutzersteuern, gute Sicherheits- und Umweltbestimmungen und deren Überwachung. Nach diesen Maßnahmen kann erwartet werden, daß sich der Straßen-, Schiffs- und in einem gewissen Ausmaß der Luftverkehr effizient entwickeln. Dort wo der Wettbewerb zwischen verschiedenen Verkehrsarten begrenzt ist – vor allem in den ehemaligen Sowjetrepubliken – sind besondere Anstrengungen nötig, um konkurrierende Elemente innerhalb des Eisenbahnsektors zu schaffen und/oder

regulierende Beschränkungen der Monopolbefugnisse der Eisenbahnen vorzunehmen.

Im Eisenbahnbereich werden die Staaten bei der Einführung institutioneller Reformen ein Programm zur Wahrung des öffentlichen Interesses entwickeln müssen, insbesondere bei der Eröffnung des Wettbewerbs innerhalb des Sektors.

Investitionsbedürfnisse und -strategien

Die Verkehrswirtschaft benötigt riesige neue Investitionen und gleichzeitig ausreichende Mittel zur Instandhaltung. Nicht alle diese Bedürfnisse können sofort befriedigt werden. Die Regierungen werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente benutzen müssen, um die Produktivität der bestehenden Anlagen zu maximieren, bevor sie neue Investitionen in Angriff nehmen.

Angemessene Preisgestaltung ist unerlässlich. Sie erfordert die Einführung moderner Kostenrechnungswesen und die sorgfältige Strukturierung von Benutzersteuern, einschließlich Überlastungs- und Umweltgebühren, um sowohl die Benutzer als auch die Betreiber dazu zu bringen, ihr Verhalten auf die optimale Nutzung der bestehenden Infrastruktur auszurichten. Nachfrage und neue Kapazitätsanforderungen sollten dann leichter zu handhaben sein. Zudem

können die Einnahmen aus Überlastungs- und Umweltsteuern wahrscheinlich einen bedeutenden Beitrag leisten, um die enormen finanziellen Bedürfnisse des Sektors zu erfüllen.

Neue Finanzierungsinstrumente sind ebenfalls nötig. Die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur war im größten Teil des zwanzigsten Jahrhunderts vornehmlich eine Aufgabe des öffentlichen Sektors. In den vergangenen Jahren gab es wieder vermehrtes Interesse an Konzessionsfinanzierungen, insbesondere für BOT (Bau-Betrieb-Transfer)-Operationen. BOT-Projekte sind jedoch nicht leicht zu implementieren, besonders wenn eine hochentwickelte kommerzielle Grundlage und Rechtsnormen fehlen. Nichtsdestoweniger werden manche Länder wohl einfach keine andere Möglichkeit haben.

Das Anlagen- und Materialleasinggeschäft hat in den letzten Jahren phänomenal zugenommen. Alle Verkehrsträger, vielleicht mit Ausnahme des Rohrleitungsgeschäfts, haben die Leasingfinanzierung enthusiastisch aufgenommen, und die letzten bedeutenden Kapitalaufstockungen weltweit – wie auch die Erneuerung von Beförderungsmitteln – wurden durch Leasingunternehmen finanziert. Die Risikominderung, die mit der Mobilität des Materials verbunden ist, bedeutet,

daß Leasing für mittel- und osteuropäische Länder eine besonders geeignete Finanzierungsform ist, und Leasingunternehmen sind dort auch schon tätig.

Das Engagement der Bank

Das Anfangskonzept der Bank für den Verkehrssektor enthält vier Hauptelemente:

- der Verkehrssektor wird gesamtheitlich über alle Verkehrsarten analysiert,
- das Prinzip, daß wettbewerbsorientierte Märkte die beste Führung für die Wirtschaft im Osten und Westen sind, wird unterstützt,
- die Entwicklung von Verkehrsnetzen, in erster Linie nach Kriterien der wirtschaftlichen Prioritäten und technischer Effizienz, wird gefördert
- Priorität wird Projekten gegeben, die zur Integration Europas und zur Verbesserung der Umwelt beitragen.

Eines der Grundziele der Bank in diesem Sektor ist, die Planungskompetenzen für Teilsektoren bei den verschiedenen Instanzen im Verkehrsbereich zu verbessern. Dies wird erreicht werden durch die Vorbereitung grundlegender Vorinvestitions- und Konzeptuntersuchungen durch Berater und vor allem durch gut orientierte Schulungsprogramme für Durchführungsinstanzen, technische Institutionen und lokale Beraterfirmen.

Die Bank wird mit ihrem Mandat, den Privatsektor zu unterstützen, ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Unternehmensumstrukturierung und -leitung spielen. Dazu gehören die Förderung von Umstrukturierung und teilweisen Privatisierungen von Eisenbahn-, Hafen- und Straßentransportunternehmen. Zudem werden Management-Informationssysteme für Eisenbahnen, und Häfen, sowie Kostenrechnungs- und Tarifstudien bereitgestellt, unter Betonung einer ausgewogenen Entwicklung des Verkehrssystems.

Durchgangsstraßen Ein großer Rückstau hat sich in der Sanierung und Wartung der Straßennetze angesammelt. Die Bank ist daher bemüht, den Bedarf an neuen Autobahnssystemen nicht überzubetonen. Der Einsatz der knappen Mittel für die Instandhaltung der Straßen muß durch die Einführung von Pflasterwartungssystemen effizienter werden. Spezielle Investitionsförderung könnte sehr gut für die Beseitigung der wesentlichen Engpässe in den Hauptverkehrsadern eingesetzt werden und zwar durch eine entsprechende etappenweise Entwicklung der Autobahnnetze. Die Bank wird für derartige Systeme die mögliche Verwendung von BOTs oder Anleihefinanzierungen für Mautanlagen untersuchen. Vorläufige Indikationen zeigen jedoch, daß in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern öffentliche Ausschreibungen für

bestmögliche Konstruktionsverträge wohl die attraktivste Lösung für den Bau von gebührenpflichtigen Straßen bieten könnten.

Straßenverkehr Die Straßenverkehrswirtschaft bietet Möglichkeiten für eine frühe Entwicklung des Privatunternehmer-tums, und in diesem Bereich können die Fachkenntnisse der Abteilung für Merchant Banking für die Umstrukturierung bestehender Unternehmen vor ihrer Privatisierung sowie bei Verkauf spezieller Einheiten oder Aktiva voll eingesetzt werden. Verkehrssicherheitsprogramme werden als Teil des Hilfsprogramms für den Straßenverkehrsbereich ebenfalls entwickelt.

Eisenbahnen Obwohl der Eisenbahnverkehr nun zurückgeht, könnte sich die Bank auf den großen Bedarf an selektiver Sanierung und Erneuerung von Eisenbahninfrastruktur und -material konzentrieren, insbesondere um vor Ort die Kapazität für die Wartung und Überholung von Rollmaterial zu entwickeln. Eisenbahnprojekte werden zudem versuchen, die Auftragsvergabe anderer Aktivitäten, wie z.B. Geleisesanierung, Rollmaterial,- und Anlagenwartung und Restauration, an Drittfirmen zu fördern. Vertragspläne, die die Zuständigkeiten von Staat und Eisenbahnverwaltungen

insbesondere hinsichtlich der Preisfestsetzung und Kostenaufteilung für Geleiseerneuerungen und -wartung festlegen, werden bei der Umstrukturierung der Eisenbahnunternehmen ein wichtiges politisches Instrument darstellen.

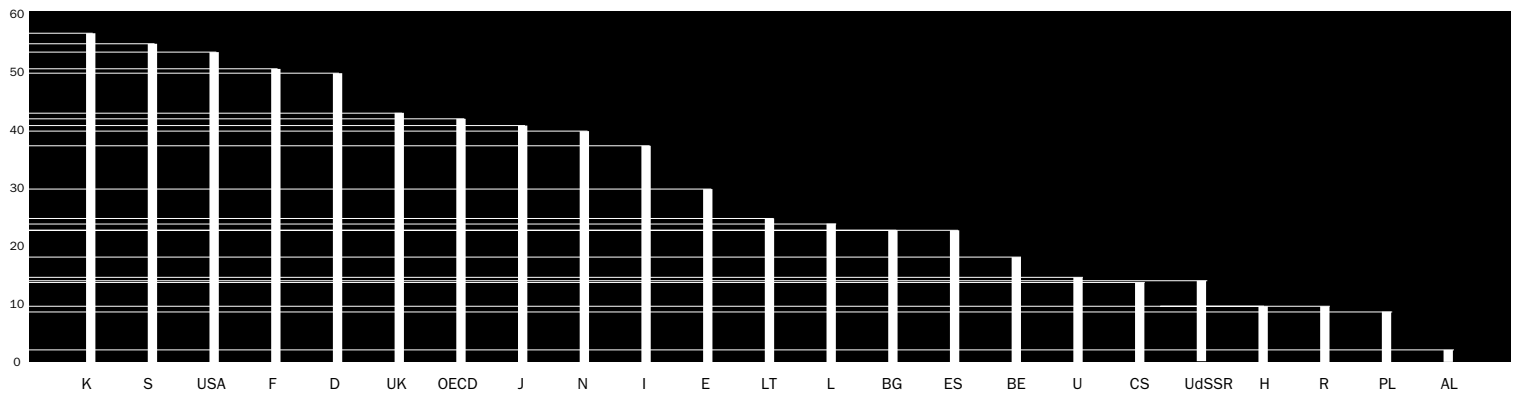
Luftverkehr Im Unterschied zu den Eisenbahnen ist der Luftverkehr ein Sektor, der wahrscheinlich stark wachsen wird. Die Entwicklungsanforderungen ziehen sich über das gesamte Spektrum der Industrie hin: Fluglotsendienste und Flugüberwachung, Flughäfen, Flugzeuge und Unternehmensreform. Die Europäische Bank hat in all diesen Bereichen eine Rolle zu spielen, sowie auch bei der Beratung und Förderung der Entwicklung geeigneter öffentlicher Rahmensysteme. Die erste Priorität wird darin bestehen, einen Überblick über Grundlagen und Investitionsprioritäten für den Teilsektor in jedem Einsatzland zu gewinnen, auch wenn einige dringend benötigte Investitionen, deren wirtschaftliche Priorität feststeht, für sofortige Bearbeitung identifiziert werden können.

Häfen Die Bank wird den Schwerpunkt auf die Modernisierung der Hafenanlagen und die Anpassung der bestehenden Infrastruktur an Änderungen in der Schifffahrtstechnologie legen. Das Hauptziel wird die Reduzierung der

Hafenumschlagskosten und der Seefrachtsätze sein, um dadurch die Kosten der Importe zu senken und die Exporte konkurrenzfähiger zu machen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Entwicklung einer begrenzten Zahl von Verladezentren für Container- und Roll-On /Roll-Off-Verkehr gewidmet, um beim Wachstum dieser Frachtform die Wirtschaftlichkeit größerer Anlagen zu nutzen. Da die Häfen eine Schlüsselschnittstelle zwischen verschiedenen Verkehrsarten bilden, bieten solche Projekte ideale Wege, um die Aufmerksamkeit auf Probleme der Verkehrslogistik wie Dokumentations- und Verrechnungsverfahren, Speditions- und Unterstützungsdienste zu lenken. Dies sind Gebiete, in denen es beträchtliche Möglichkeiten für Privatunternehmen gibt, und in denen die Sachkenntnisse der Abteilung für Merchant Banking Unterstützung bieten können.

Stadtverkehr Verkehrsleitung und Fahrzeugemissionsprobleme werden als Teil der Stadtentwicklungsprogramme und nicht als alleinstehende Verkehrsprojekte angesprochen. Andere

Verkehrsprojekte wie Umgehungs- und/oder Stadtdurchfahrtstraßen, Unterstützung für Vorstadtbahndienste und Umstrukturierung der Stadtbusunternehmen, werden den Stadtverkehrsbereich ebenfalls fördern.



Internationale Telefondichten 1991 (Amtsleitungen pro 100 Einwohner)

K Kanada S Schweden F Frankreich D Deutschland UK Vereinigtes Königreich J Japan N Norwegen I Italien E Spanien LT Lettland L Litauen BG Bulgarien ES Estland BE Weißrußland U Ukraine CS Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik H Ungarn R Rumänien PL Polen AL Albanien
Quelle: Central Europe Trust/OMSYC

Telekommunikation

Gegenwärtige Situation und jüngste Entwicklungen

Der Telekommunikationssektor in Mittel- und Osteuropa sieht sich zwei Hauptherausforderungen gegenüber: einem dringenden Bedürfnis, die bestehende Infrastruktur im Einklang mit der Marktnachfrage und der besten Praxis in anderen Ländern zu erneuern; und der Notwendigkeit, sich an neue kommerzielle Arbeitsmethoden und eine wettbewerbsorientierte Umgebung anzupassen. Diese Herausforderungen müssen angesichts der knappen Ressourcen und der ungewissen Rechtsstruktur gleichzeitig angegangen werden.

Die gegenwärtigen Telefondichten in Mittel- und Osteuropa liegen zwischen 9 und 22 Amtsleitungen (DEls) pro 100 Einwohner, weit unterhalb des OECD-Durchschnitts von 40 Prozent. Bei Kosten von 1500 bis 2000 US-\$ pro Leitung beläuft sich der Investitionsrahmen, der für die Erreichung des Ziels einer Dichte von 30 Prozent bis Ende des Jahrzehnts erforderlich ist, auf 38 bis 50 Mrd. US-\$. Dies impliziert eine gesamt jährliche Investitions-Wachstumsrate von 11 Prozent, fast doppelt so hoch wie im Zeitraum 1980 bis 1990. Ein großer Teil der bestehenden Infrastruktur muß aber erneuert oder ersetzt werden. Die Gesamtrechnung in den 90er Jahren wird daher wahrscheinlich eineinhalbmal so hoch sein – bis zu 75 Mrd US-\$. Dies ist eine immense

finanzielle Herausforderung und eine beispiellose Herausforderung an Organisation und Durchführung für die Regierungen und die Post-, Telegrafien- und Telefongesellschaften (PTTs) Mittel- und Osteuropas.

Während die Bereitstellung von Telekommunikationsdiensten gesunde Margen erfordert, ist die Amortisierungsdauer für große öffentliche Infrastrukturprojekte lang. Zudem zeigt die Erfahrung, daß die Fähigkeit, die verschiedenen Teile des Unternehmens gut zu leiten, ein entscheidender Faktor ist.

Angesichts des weitverbreiteten Mangels an finanziellen und menschlichen Ressourcen haben die Länder Mittel- und Osteuropas begonnen, Prioritäten und Strategien zu formulieren. Bei früheren Telekommunikations-Investitionen wurden nur geringe oder gar keine Unterscheidungen zwischen verschiedenen Dienstleistungs- und Kundensegmenten vorgenommen. Jetzt besteht ein breiter Konsens über die Notwendigkeit für selektive und ökonomisch solide Investitionsstrategien. Die erste Welle „tugendhafter“ Investitionen wird den Weg bereiten für eine weitere Infrastrukturentwicklung aus einbehaltenen Gewinnen. Gleichzeitig wird der Privatsektor bereit sein, eine zunehmend wichtigere Rolle in der Transformation des Sektors zu spielen.

Prioritäten

Selbstfinanzierungskapazität ist ein Schlüsselfaktor, der die Wahl zwischen Projekten, die um öffentliche Kredite konkurrieren, beeinflusst. Bedenkt man, daß sich die Telekommunikationseinkünfte pro Einwohner in mittel- und osteuropäischen Ländern 1989 auf nur 25 US-\$ beliefen, so reicht der von den bestehenden Geschäftstätigkeiten erzeugte Ertrag nicht aus, um ein angemessenes Selbstfinanzierungsniveau zu erreichen (70 % gemäß westlicher Erfahrung). Folglich gibt es wahrscheinlich eine bedeutende Investitionslücke, die nur durch Kredite oder ausländische Direktinvestitionen ausgefüllt werden kann.

In der Praxis zielen die mittel- und osteuropäischen Länder auf eine gemischte Finanzierung durch internationale Entwicklungsinstitutionen und Direktinvestitionen (ausländischer) privater Betreiber. Der Grad der Liberalisierung, das Ausmaß der Privatisierung, die Form der für private Investoren offenen Mitwirkung und der Aufsichtsrahmen berühren die Spanne der vorhandenen Wahlmöglichkeiten merklich.

Falls Finanzierung und Fachwissen von internationalen Entwicklungsinstitutionen (von der Bank und anderen), welche kommerziell ausgerichtete Kreditkriterien verwenden, und von privaten Quellen kommen sollen, werden die mittel- und osteuropäischen

Regierungen bestimmte langfristige Ziele zurückstellen müssen, um dringliche Erfordernisse erfüllen zu können.

Die entscheidende Prioritätenabwägung liegt wahrscheinlich zwischen der Erbringung der allgemeinen Telefondienstpflicht und der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse spezieller Benutzergruppen. Telekommunikationsbetreiber (ob öffentlich oder privat) sind geeignet, besonders erträgliche Kunden in den ersten Phasen der Netzentwicklung und -modernisierung zu begünstigen. Großkunden werden wahrscheinlich die ersten sein, die von der Einführung digitaler Technologie profitieren. Dies sollte die Überlastung bestehender Netze vermindern, das Niveau der Dienstleistungen verbessern, Kapazitäten für Kleinverbraucher freimachen und damit die wirtschaftliche Nutzung einer alten (analogen) Anlage verlängern. Kleinverbraucher könnten nach und nach an das neue Netz angeschlossen werden. Anfängliche Investitionen werden darüberhinaus höchstwahrscheinlich auf die Einführung neuer Leistungen (wie internationale Gateways und digitale Fernverbindungsnetze) und Funktionen im Netz ausgerichtet werden, und nicht nur auf die Modernisierung der alten Standardtelefondienste (POTS) von Analog- auf Digitaltechnik.

Der Telekommunikationsbereich bedarf dringender Modernisierung

Beaufsichtigung

Die Aufsichtsinstanz hat die Aufgabe sicherzustellen, daß vernünftige kommerzielle Methoden nicht mit Zielen des öffentlichen Interesses in Konflikt geraten. Da jedoch die Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums stattfinden muß, und öffentliche Kreditaufnahme allein nicht praktikabel ist, wird das Aufsichtssystem wahrscheinlich liberal sein, möglicherweise viel liberaler als in den meisten westlichen Ländern. Ein Mindestmaß an Bestimmungen, die mit der Erfüllung ökonomischer und sozialer Ziele im Einklang stehen, wird folgendes enthalten:

- eine Phasenstrategie mit dem Ziel der Erfüllung einer allgemeinen Telefondienstpflicht durch Verfahren, die sicherstellen, daß ein Anteil der Erlöse aus gewinnbringenden Segmenten für Entwicklungen in weniger attraktiven Verbrauchersegmenten zurückgelegt wird,
- strukturelle Tarifierpassungen zur Sicherung der Rentabilität,
- gerechte und wirksame Markteintrittsregeln,
- die Verpflichtung, Konkurrenten kostenorientierte Anschlußpreise für den Zugang zum öffentlichen Netz anzubieten.

Institutionelle Reform

Infrastruktur- und Marktwachstum werden größere strukturelle Reformen erfordern. Diese sind bereits in den

meisten Ländern im Gange und enthalten:

- die Einführung stärkerer Unabhängigkeit zwischen Staat und PTTs,
- die Trennung von Post und Telekommunikation,
- die Trennung von Betriebs- und Aufsichtsfunktionen,
- die Verringerung von internen Preissubventionen und die Einführung kostenorientierter Preisbildung,
- die Umstrukturierung der PTTs (Bildung von Körperschaften),
- die Einführung von Wettbewerb in ausgewählten Dienstsegmenten und
- die Privatisierung staatseigener PTTs.

Die Tragweite der Reformen ist groß und der Zeitplan ehrgeizig. Verbleibende kritische Punkte sind u.a. Monopolabbau, Eigentümerschaft und Kontrolle sowie Trennung der Sektoren.

Monopolabbau Es wird erwartet, daß die Liberalisierung zu schnellerem Wachstum, verbesserten Dienstleistungsqualitätsstandards und Finanzdisziplin führt. Der Wettbewerb im globalen Telekommunikationsmarkt ist jedoch auf die Bereitstellung der Endgeräte in den Haushalten und bestimmte Wertschöpfungsdienste begrenzt. Mit wenigen bemerkenswerten Ausnahmen (Japan, Vereinigtes Königreich und USA) sind in den meisten westlichen Ländern die Grundtelefondienste noch immer Monopol der PTT. Ausgewählte Wettbewerbs-Maßnahmen können folgende Formen annehmen:

- die Zulassung eines zweiten oder dritten Leitungsbetreibers für ausgewählte Standardtelefondienste
- die Einführung des Weiterverkaufs und die Förderung privater Netze
- die Förderung des Qualitätswettbewerbs von verbesserten Dienstleistungen.

Eigentümerschaft und Kontrolle

Zusätzlich zur Einführung des Wettbewerbs ist die Förderung einer unternehmerischeren Form des Managements entscheidend. Diese Änderungen können viele Formen annehmen, angefangen bei relativ kleinen strukturellen und operationellen Veränderungen bis hin zur Privatisierung und großdimensionierten Einbringung von privatem Kapital und modernen Geschäftspraktiken. Die Einbringung neuen Kapitals als solche erhöht nicht die Effizienz. Wichtig sind die Fähigkeiten, die potentielle private Aktionäre wahrscheinlich in die Geschäftstätigkeiten einbringen. Die Möglichkeiten umfassen Beratungsdienste, Managementverträge mit oder ohne Eigentums Klauseln und volles Eigentum. Es können bereits Tendenzen zugunsten von Zusammenarbeitsvereinbarungen anstatt weitgehenden Alleingangs festgestellt werden. Da Privatisierung jedoch nicht notwendigerweise vom Monopolabbau begleitet wird, werden die Abonnenten zur gegebenen Zeit Schutz vor privaten Monopolbetreibern benötigen, die übermäßige Erträge aus ihren Investitionen zu ziehen suchen.

Sektortrennung Der Abbau von PTT-Monopolen ist keine Garantie dafür, daß die Vorteile, die aus der Einführung einer Marktwirtschaft gewonnen werden sollen, realisiert werden. Die Schaffung kleinerer, spezialisierterer Einheiten anstelle der vorherigen vertikal integrierten PTTs wird jedoch für größeren Wettbewerb sorgen. Ein unmittelbarer Vorteil dieses Prozesses ist, daß kleinere Einheiten leichter zu privatisieren und zu kontrollieren sind, aber dieser Vorteil muß gegen die verbundenen Kosten- und Zeitfaktoren abgewogen werden. Zum Beispiel überlegen einige mittel- und osteuropäische Länder, die PTT in mehrere örtliche Betriebsgesellschaften und einen nationalen Betreiber, der für Fern- und internationale Gespräche sorgt, aufzuspalten. Da die Betriebsmargen im großen und ganzen in Fern- und internationalen Diensten viel attraktiver sind, wird Sorgfalt benötigt, um sicherzustellen, daß lokale Betriebsgesellschaften unter Wettbewerbs- und Aufsichtsbedingungen ökonomisch lebensfähig sind. Andernfalls könnten unangemessene Aufspaltungsstrategien das (schon schwer zu erreichende) soziale Ziel der allgemeinen Telefonbereitstellung gefährden, da die Masse der örtlichen Telefonbenutzung mit dem Wohnsektor verbunden ist.

Mutige und innovative Handlungen sind erforderlich, um den Herausforderungen der Infrastruktur- und der institutionellen Entwicklungen auf mittel- und osteuropäischen

Telekommunikationsmärkten zu begegnen. Fortschritte sind schon gemacht worden. Alternativen werden gerade identifiziert und Prioritäten formuliert; die Pragmatik und die Absorptionsfähigkeiten der Wirtschaft sollten nicht unterschätzt werden. Jedoch wird eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor nötig sein.

Das Engagement der Bank

Im Bewußtsein, daß überall zu findende Telekommunikationsdienste und der freie Fluß von Informationen für wirtschaftliches Wachstum wesentlich sind, wird die Bank aktiv die wirksame Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur und -dienste in der ganzen mittel- und osteuropäischen Region unterstützen und fördern. Darlehen sind bereits für ein verbessertes digitales Netz in Moskau, Mobiltelefone in Polen und Telekommunikationssysteme in Ungarn und Rumänien gewährt worden. Diskussionen laufen zudem über Telekommunikationsprojekte in Weißrußland, der CSFR, Estland, Lettland und Litauen sowie über technische Hilfe in Albanien.

Die Bank wird den Wettbewerb durch die stärkere Beteiligung des Privatsektors an den verschiedenen Telekommunikationsdiensten fördern, einschließlich derjenigen, die gegenwärtig von öffentlichen Monopolen betrieben werden.

Prioritäten für diese Gebiete müssen formuliert werden. Wegen der Dringlichkeit der Bedürfnisse und des langen Zeithorizonts von der Analyse bis zur Durchführung können Investitionsprojekte nicht verschoben werden, um strukturelle Reformen der Wirtschaft und der Telekommunikationsindustrie selbst abzuwarten. Die Reformen werden antizipiert und die Investitionsprojekte entsprechend zugeschnitten werden müssen.

Die Finanzierung der Telekommunikationsinfrastruktur-entwicklung und Probleme in Management und Institutionen können nicht voneinander getrennt werden, und die Bank wird versuchen, beides zu finanzieren. Zudem wird sie in Fragen der Industrie- und Eigentumsstruktur und der Aufsichtsregelung beraten. Vier Telekommunikationsprojekte sind 1991 von der Bank gebilligt worden, sowie technische Hilfe für mehrere Einsatzländer.

Energie

Gegenwärtige Situation und jüngste Entwicklungen

Als Folge der früheren RGW-Vereinbarungen waren die mittel- und osteuropäischen Länder übermäßig von Erdöl- und Erdgasimporten eines einzigen Lieferanten, der ehemaligen UdSSR, abhängig.

Diese auf künstlich niedrigen Preisen basierende Abhängigkeit vermittelte den falschen Eindruck eines billigen und reichlichen Energieangebots, stimulierte den ausgiebigen und ineffizienten Verbrauch von Energieressourcen und förderte die Entwicklung energieintensiver Anlagen wie überdimensionierter Raffinerien, Schwerindustrie und petrochemischer Werke. Das Fehlen von Anreizen zum Energiesparen, unangemessene Preisstrukturen, die keine Beziehung zu Liefer- oder Produktionskosten oder zu Weltmarktpreisen besitzen, das Festhalten an Großprojekten mit veralteten Technologien und das Vorherrschen von Kohle mit niedrigem Energiegehalt waren typische Eigenschaften des zentral geplanten Wirtschaftssystems.

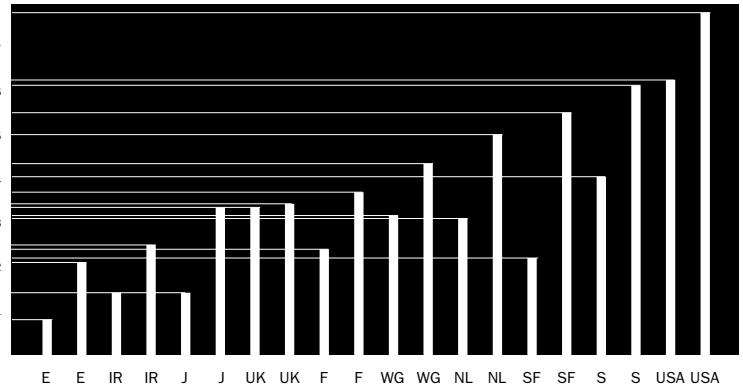
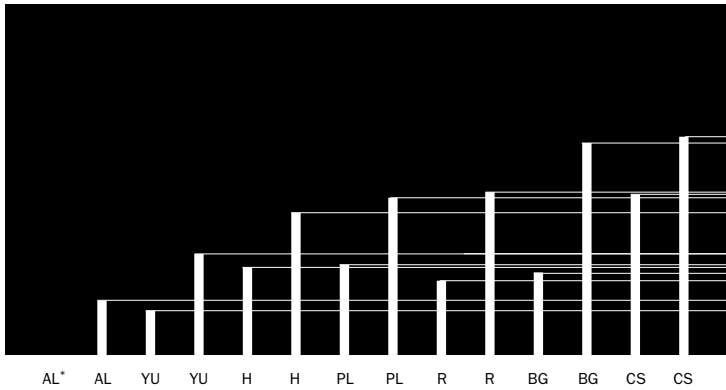
Diese Volkswirtschaften verbrauchen pro Dollar Wertschöpfung mehr als die doppelte Menge an Energie als die westeuropäische Wirtschaft. Langfristig gibt es ein beträchtliches Potential zur Verringerung der Energieintensität.

Zudem können kurzfristig einige Ersparnisse durch Preisreformen und Verbesserungen der Wartungs- und Betriebsmethoden erzielt werden.

Als Folge der zentralen Planung ist der Energiesektor als Ganzer, sowohl horizontal als auch vertikal stark integriert. Das Fehlen privater Eigentümerschaft und der Mangel an klaren Leitungsverantwortlichkeiten haben zu Ineffizienz und einem niedrigen Niveau von ausländischen Investitionen geführt.

Wegen des Fehlens eines passenden Rechts- und Aufsichtsrahmens und des begrenzten Zugangs zu sauberen Technologien hat der Energiesektor in mittel- und osteuropäischen Ländern und der ehemaligen Sowjetunion einen bedenklichen Einfluß auf die Umwelt ausgeübt. Die Probleme sind u.a. extrem hohe Emissionen von Kohlen- und Schwefeldioxid, die Entsorgung salzhaltiger Bergwerksabwässer in Flüsse, die Verwüstung großer Landstriche durch großangelegten Tagebau und ein ständiger Anstieg der Zahl und Größe der Müllhalden.

Der Zusammenbruch der RGW-Handelsstrukturen und der Übergang zu Weltmarktpreisen für Energieimporte, der nicht durch entsprechende Steigerungen der Preise in Landeswährung begleitet wurde, hat dazu geführt, daß die Versorgungssicherheit für mittel- und osteuropäische Länder und für diejenigen Republiken der ehemaligen



Energieverbrauch pro Kopf (KG/Öl Äqu. in 1.000) in Mittel- und Osteuropa und ausgewählten westlichen Ländern

AL Albanien YU Jugoslawien H Ungarn PL Polen R Rumänien BG Bulgarien CS Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik E Spanien IR Irland J Japan UK Vereinigtes Königreich F Frankreich WG Westdeutschland NL Niederlande SF Finnland S Schweden USA Vereinigte Staaten von Amerika *Keine Statistiken vorhanden

Quellen: OECD Environmental Data Compendium, Paris 1991; World Development Report 1991; The Challenge of Development, Oxford University Press 1991

Sowjetunion, die wenig Energieressourcen haben, ein bedeutendes Ziel geworden ist. Die Rückführung der Abhängigkeiten auf vernünftige Niveaus kann durch eine Preisreform und eine Politik erreicht werden, die auf die Diversifizierung der Versorgungsmöglichkeiten und auf Energieeinsparungen abzielen. Parallel hierzu benötigt die bestehende Infrastruktur Sanierung und Modernisierung, um verlässlicher und effizienter zu werden und um neue Versorgungsquellen zu erschließen. Unter den energieproduzierenden Republiken der ehemaligen Sowjetunion sind die Hauptprobleme die Umkehr des Rückgangs in Erdöl-, Gas- und Kohleproduktion und die Beseitigung der Engpässe, die den Brennstofftransport stark beschränken.

Überblick über Teilsektoren

Erdgas Es wird erwartet, daß die Nachfrage nach Erdgas zunimmt, insbesondere bei der Stromerzeugung, zum Teil wegen ökologischer Überlegungen. Angesichts der stagnierenden Gasförderung in der ehemaligen Sowjetunion unterstreicht diese Voraussage die Notwendigkeit, die Verletzbarkeit gegenüber Versorgungsstörungen zu verringern durch:

- die Entwicklung einheimischer Erdgasexploration- und -förderung und die Produktion von Kohlenflözmetan, die zum Beispiel in Polen gute Aussichten hat,

- die Diversifizierung der Importe. Gaslieferungen für mittel- und osteuropäische Länder von Lieferländern wie Norwegen, den Niederlanden, Algerien oder dem Iran werden jedoch bedeutende Zusatzinvestitionen erfordern.

Um die bestehende Energieinfrastruktur an neue mögliche Gasquellen anzupassen und die bestehenden ost- und westeuropäischen Energienetze zu integrieren, haben die Einsatzländer der Bank verschiedene Optionen, einschließlich einer Gaspipeline über die Türkei nach Mitteleuropa, in Erwägung gezogen. Gegenwärtig laufen Bemühungen, das mächtige tschechoslowakische Transgas-Fernleitungssystem, welches die Gasfelder der ehemaligen Sowjetunion mit westeuropäischen Konsumenten via die CSFR verbindet, in eine Aktiengesellschaft mit der Möglichkeit einer späteren Privatisierung umzuwandeln. Man beabsichtigt, die technische Sanierung zu erleichtern, die Kapazität der Pipeline zu erhöhen und die Versorgungsquellen durch die Errichtung von Verbindungen zu Rohrleitungen in Westeuropa zu diversifizieren.

Elektrizität Mit Ausnahme der ehemaligen Sowjetrepubliken mangelt es in den mittel- und osteuropäischen Ländern insgesamt an Elektrizität. Bis vor kurzem wurden Fehlbeträge durch Importe aus der ehemaligen UdSSR gedeckt, entweder auf der Grundlage

von Stromkäufen oder Vereinbarungen zur anteiligen Nutzung von Kraftwerken. In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern deckt Atomkraft einen merklichen Teil des Elektrizitätsbedarfs.

Um die zukünftige Elektrizitätsnachfrage zu decken, werden die mittel- und osteuropäischen Länder und die ehemaligen sowjetischen Republiken die Transport- und Verteilungsverluste (die gemessen an internationalen Standards hoch sind) reduzieren, die Elektrizitätsversorgungsnetze sanieren und ausbauen, die bestehenden Erzeugungskapazitäten verbessern und – in bestimmten Fällen – zusätzliche Kapazität aufbauen müssen. Die Produktionseffizienz wird ebenfalls erhöht werden müssen. Wegen der Unsicherheit der Exportkapazität aus den energieproduzierenden ehemaligen Sowjetrepubliken, dem Wunsch der Länder, die Energieversorgungsquellen zu diversifizieren sowie dem wachsenden Umweltbewußtsein könnte eine zunehmende Verbindung zwischen westlichen und östlichen Netzen eine langfristige, kostengünstige Lösung bieten. Eine Verstärkung der Übertragungen wird jedoch von Verbesserungen der Leistungsqualität und der Verlässlichkeit der bestehenden Systeme abhängen.

Wegen der verfügbaren nuklearen Kapazität und – in vielen Fällen – dem Mangel an sofort verfügbaren Alternativen wird die Nuklearenergie in der Region weiterhin eine Rolle spielen. Zwei besonders besorgniserregende Gebiete sind die Sicherheit der bestehenden Einrichtungen und der Brennstoffkreisläufe. Es besteht dringender Bedarf an ausländischer technischer Hilfe, um die Probleme zu lösen, die durch einige der älteren, noch immer benutzten Technologien entstehen, und die Bemühungen der Aufsichtsbehörden zu unterstützen, die modernsten, international akzeptierten atomaren Sicherheitsanforderungen beim Betrieb bestehender Kraftwerke und bei Stilllegungen und langfristiger Entsorgung atomarer Abfälle zu verwenden. Internationale Organisationen und nationale Instanzen befinden sich in intensivem Dialog und enger Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Das ist ein neues und wesentliches Element des Reformprozesses.

Erdöl Die interne Instabilität der energieproduzierenden ehemaligen Sowjetrepubliken belastet gemeinsam mit der verringerten Ölproduktion und den aus der Aufhebung der früheren RGW-Vereinbarungen resultierenden, viel höheren Erdölpreisen die zerbrechlichen Volkswirtschaften der mittel- und osteuropäischen Länder, sowie der ehemaligen Sowjetrepubliken mit einem Energiedefizit. Die Kürzung

der Öllieferungen der energieproduzierenden ehemaligen Sowjetrepubliken (die 1991 auf etwa 36 Prozent der tatsächlichen Erdöllieferungen von 1990 geschätzt wird) hat zu einer verstärkten Suche nach alternativen Energiequellen und -wegen geführt. Einige Länder waren inzwischen bei der Diversifizierung ihres Erdölimportportfolios erfolgreich. Andere sind durch technische (z.B. begrenzte Infrastruktur) und finanzielle Faktoren beschränkt.

Verschiedene Möglichkeiten zur Anpassung der bestehenden Infrastruktur an neue Versorgungsquellen werden gegenwärtig untersucht. Die CSFR zum Beispiel plant Verbindungen mit dem westeuropäischen Erdöl- und Gaspipeline-System, die ab 1993 die tschechischen Raffinerien an die Transalpin-Pipeline über Deutschland und die slowakischen Raffinerien an Österreich anschließen. Ein Österreich/CSFR-Projekt plant, eine österreichische Raffinerie mit einer anderen in der Nähe von Bratislava über eine 60 Kilometer lange Pipeline zu verbinden. Diese Pipeline würde zudem die CSFR an die Adria-Wien-Pipeline, das Triester Ölterminal und den Ölmarkt des Mittelmeers anschließen.

Die Raffinerien in den mittel- und osteuropäischen Staaten und der ehemaligen Sowjetunion wurden gebaut, um sowjetisches Öl zu verarbeiten, und ihr Produktionspotential ist extrem

begrenzt. Die meisten sind heute alt und überholt. Sie sind unwirtschaftlich und ineffizient, gemessen an westlichen Kriterien:

- die verfügbare Raffineriekapazität ist größer als die Nachfrage,
- die Infrastruktur für den Produkttransport von und zu ausländischen Märkten ist sehr begrenzt,
- die Konfiguration der Anlagen ist nicht flexibel genug, um die Verarbeitung einer großen Vielfalt von Rohölen zu gestatten,
- die Anpassung der Produktionsfähigkeiten an die Nachfrage nach einer breiteren Palette von Produkten höherer Qualität, die strengere Umweltnormen erfüllen, wird schwierig sein.

Kohle Kohle ist in mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Rußland und der Ukraine eine sehr bedeutende einheimische Ressource. Sie wird weiterhin für eine gewisse Zeit ein vorherrschender Grundbrennstoff in der Region bleiben. Transportengpässe erschweren jedoch die Kohlelieferungen für die Stromerzeugung in einigen der früheren sowjetischen Republiken sehr. Zudem wird langfristig der Trend in Richtung einer erhöhten Energieeffizienz – verbunden mit der Preisliberalisierung und der Durchsetzung neuer, besonders auf Emissionen bezogener Umweltnormen – den Teilssektor Kohle in vielen Gebieten

unwirtschaftlich machen. Die Umstrukturierung wird bedeutende soziale Folgen nach sich ziehen.

Das Engagement der Bank

Angesichts der Komplexität der Probleme im Energiesektor der Region und des großen Investitionsbedarfs hat die Bank die Aufgabe übernommen, einen Rahmen zu entwickeln, innerhalb dessen spezifische Investitionen und Reformen gefördert und realisiert werden können.

Die Bank wird den Schwerpunkt ihrer Investitionstätigkeit (zumindest für einige Jahre) auf die Verbesserung der Effizienz der bestehenden Versorgungsanlagen, die Vollendung sehr vorrangiger Projekte und die Förderung der Energieersparnis legen. Solche Tätigkeiten werden sehr wirtschaftlich sein, werden oft sehr positive Umweltwirkungen haben und können relativ schnell durchgeführt werden. Typische Projekte werden Prioritäten betreffen wie die produktive Nutzung vorhandener Erdöl- und Gasvorkommen, die Reparatur der Erdgasrohrleitungen, die Sanierung der Stromübertragungssysteme, die Verbesserung von Fernheizungssystemen und die Vollendung im Bau befindlicher Kraftwerke. Besondere Betonung wird auf Projekte gelegt, die Länder bei der Erhöhung der Energieexporte unterstützen und die zusätzliche Energieangebote für Europa bereitstellen.

Die Arbeit an neuen Projekten wird wahrscheinlich beschränkt sein auf: die Bereitstellung von Energieinfrastrukturen in besonders dringenden Fällen (zum Beispiel nach großen Problemen mit traditionellen Versorgungsquellen), Projekte zur Stärkung der regionalen Verbindung von Energieinfrastrukturen sowie Privatsektorprojekte, die die Liberalisierung der Versorgung und die Einbringung von ausländischem Kapital und Managementwissen fördern.

Die Bank spielte eine aktive Rolle in den Verhandlungen, die zur Errichtung der am 17. Dezember 1991 in Den Haag unterzeichneten Europäischen Energie-Charta führten. Ihr Engagement ist fortgesetzt worden durch die Entsendung von Personal in das vorläufige Sekretariat der Charta-Konferenz. Die Ziele der Charta stimmen völlig mit denen der Bank überein.

Bankangestellte, die an der Stadtentwicklungsinitiative beteiligt sind, bei einer Diskussion über Stadtverkehr mit den Warschauer Behörden

Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklungsinitiative

Die Städte Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion spielen eine wichtige Rolle im Übergang ihrer Länder zu demokratischen, pluralistischen Marktwirtschaften. Dezentralisierung und die Kompetenzabgabe an Gebietskörperschaften und die Lokalbevölkerungen bilden einen Hauptaspekt der gegenwärtig laufenden Reformen. Die Dezentralisierung der kommunalen Dienste, die Wasserversorgung, Wohnungswirtschaft, Stadtverkehr, Heizung und Umweltschutz umfassen, überträgt komplexe Regulierungs- und Führungsaufgaben auf Kommunalverwaltungen. Mit der Dezentralisierung erfolgt auch eine beträchtliche Übertragung von Land und öffentlichen Unternehmen von der staatlichen auf die kommunale Ebene. Die Kommunalverwaltungen werden daher in den kommenden Jahren eine immer wichtigere Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung spielen.

Angesichts dieser Rolle und der wichtigen finanziellen und Infrastruktur-Probleme, denen sich die Städte in den Einsatzländern gegenübergestellt sehen, hat die Bank die Stadtentwicklungsinitiative (MDI) eingeführt. Die MDI ist entworfen worden, um die engen Verbindungen

zwischen Stadtinfrastruktur, kommunalen Diensten und Kommunalverwaltung unmittelbar durch Projektfinanzierung und technische Hilfe zu unterstützen. Sie erkennt, daß wirksame Entwicklung und Leitung der Stadtinfrastruktur eine angemessene Kapazität der Kommunalbehörden sowie einen Rahmen für Finanzmanagement erfordern.

Zu den anwendbaren Instrumenten innerhalb der MDI zählen:

- Finanzierung von Stadtinfrastrukturprojekten,
- Investitionsvorarbeiten, um die Vorbereitung spezieller Infrastrukturprojekte voranzubringen,
- technische Hilfe für die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen und die Entwicklung der Managementkapazitäten der kommunalen Verwaltungen,
- Unterstützung bei der Bestimmung des nationalen institutionellen und finanziellen Rahmens für Gebietskörperschaften.

Spezifische technische Hilfe und projektbezogene Arbeit der MDI laufen in mehreren Städten an, einschließlich Bratislava, Budapest, Danzig, Moskau, St. Petersburg und Warschau. MDI-Aktivitäten werden auch für andere Orte entwickelt. Besondere Betonung wird auf die aktive Lokalbeteiligung gelegt sowie auf die Schaffung solider Geschäftsbeziehungen. Einige Aktivitäten, die auf die Stärkung der für Kommunalverwaltungen verfügbaren

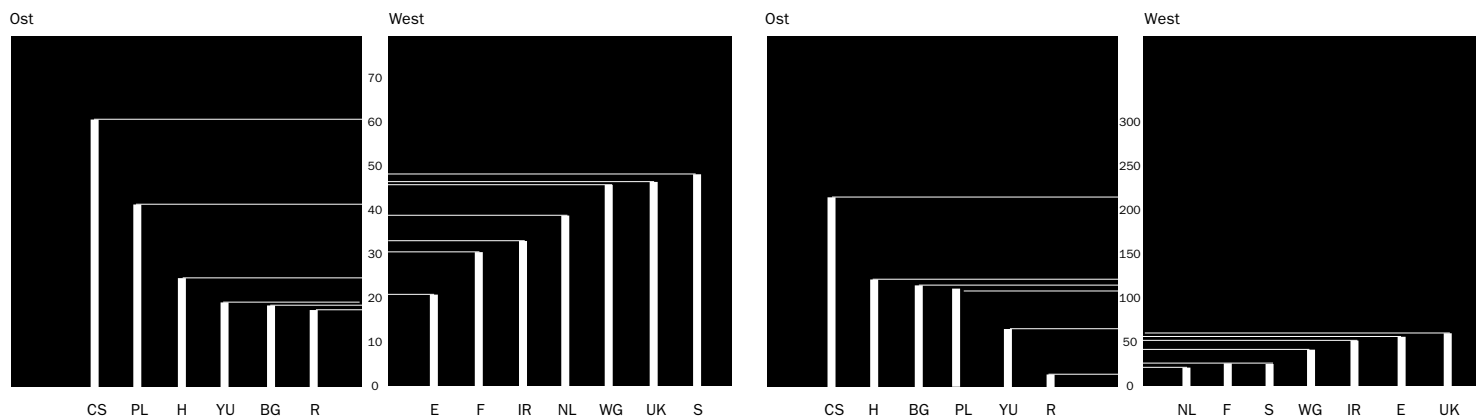
Ressourcen und Finanzinstrumente abzielen, laufen in den Sektoren Wasser, Stadtverkehr, Heizung, Wohnung und Müllentsorgung. Arbeiten zur Entwicklung eines angemessenen institutionellen und finanziellen Rahmens für Kommunaldienste sind auch im Gange.

Umwelt, einschließlich der Bankprojekte

Gegenwärtige Situation und jüngste Entwicklungen

Die zunehmenden Umweltbelastungen in Mittel- und Osteuropa sind von weitreichender Bedeutung. Die vorhandenen wissenschaftlichen Daten über die Umweltsituation sind zu unvollständig, um ein verlässliches und umfassendes Bild zu liefern, doch es gibt verschiedene Anzeichen einer besorgniserregenden und sich verschlechternden Lage in vielen Teilen der Einsatzländer der Bank. Die Gesundheit des Menschen, die von Menschen erbaute Umwelt und natürliche Systeme sind von den Folgen früherer und heutiger Wirtschaftsaktivitäten bedroht. Weite Gebiete innerhalb und außerhalb der Region sind davon beeinträchtigt. Beispiele ökologischer Katastrophen schließen die radioaktiv verseuchte Region um Tschernobyl ein sowie das „Schwarze Dreieck“ an den Grenzen von Polen, der CSFR und Deutschlands, das durch den Abbau und die Verbrennung von Braunkohle enorm verschmutzt ist.

Staatseigentum und zentrale Planung, welche die schnelle Entwicklung der Schwerindustrie, umfassenden Ressourcenabbau und große Wirtschaftseinheiten betonten, waren eher das Ergebnis von ideologischen



Stickoxide: Emissionen in kg pro Kopf

CS Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik PL Polen H Ungarn YU Jugoslawien BG Bulgarien R Rumänien E Spanien F Frankreich IR Irland NL Niederlande WG Westdeutschland UK Vereinigtes Königreich S Schweden

Schwefeloxide: Emissionen in kg pro Kopf

Quellen: OECD Environmental Data Compendium, Paris 1991; World Development Report 1991; The Challenge of Development, Oxford University Press 1991

Zielsetzungen als von Bestrebungen nach Effizienz oder Wohlstand. Die Nicht-Beachtung der realen Kosten von Energieerzeugung, Ressourcennutzung und Schäden an Ökosystemen schufen in Mittel- und Osteuropa eine industrielle Struktur, die sich weder aus ökonomischer noch aus ökologischer Sicht halten kann. Niedrige Produktivität, Arbeitslosigkeit, Armut und schlechte Gesundheit werden nun in direkter Verbindung zu Umweltverschmutzung, arbeitsmedizinischen und volksgesundheitlichen Risiken, Entwaldung und dem Aussterben von Arten gesehen.

Trotz einiger bestehender Ähnlichkeiten sind die ökologischen Risiken in Mittel- und Osteuropa ernster als die, denen die westlichen Länder während ihrer industriellen Expansion gegenüberstanden. Das Ausmaß und der Umfang potentieller Gefahren, die mit industrieller Technologie zusammenhängen, sind im 20. Jahrhundert stark gestiegen, aber die schrumpfenden mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften haben nur geringe eigene Kapazitäten, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. In einer Zeit wirtschaftlichen Mangels und undemokratischer Politiken ist das ökologische Bewußtsein unterentwickelt geblieben.

Der Prokopfverbrauch von Ressourcen liegt in den mittel- und osteuropäischen Ländern allgemein unter dem westlicher Gesellschaften. Die Völker Mittel- und Osteuropas haben weniger Wohnraum, verbrauchen pro Kopf weniger Energie im Haushalt und weniger Industrie- und Agrarprodukte, erzeugen geringere Mengen an Haushaltsmüll, fahren und reisen weniger und besitzen weniger Autos als die Einwohner in den meisten Industrieländern. Aber man ist sich in diesen Ländern der Grenzen des Verbrauchs natürlicher Ressourcen kaum bewußt: Energie und Rohstoffe werden mit veralteten Technologien ineffizient verwertet, Abfallprodukte aller Arten werden nachlässig und mit minimaler Beachtung von Umweltbestimmungen gehandhabt und entsorgt, und Sicherheitsbestimmungen werden nicht befolgt.

Probleme der Umweltverschmutzung

Die Bevölkerung Mittel- und Osteuropas ist großen Umweltrisiken ausgesetzt durch allgemein hohe Ausmaße an Außen- und Innenverschmutzung, unhygienischer Nahrung und schlechter Wasserqualität. Die folgenden Probleme sind der gesamten Region gemeinsam: Versäuerung der Umwelt, Eutrophierung der Gewässer, Landerosion durch Wind- und Wasserwirkung, Verringerung der Bodenfruchtbarkeit durch physikalische, chemische und biologische Veränderungen, Anhäufung von gefährlichen Abfällen, Verlust des Habitats und Verarmung genetischer Reserven.

Große Mengen industrieller und landwirtschaftlicher Chemikalien und ungeklärter Abwässer haben Oberflächen- und Grundwasser verschmutzt. Grenzüberschreitende Flüsse wie die Donau, Elbe und Weichsel transportieren gefährliche Stoffe von einem Land zum anderen. Abfallprodukte werden in die Ostsee, das Schwarze Meer und die Adria versenkt und erschöpfen dadurch wichtige gemeinsame Ressourcen wie z.B. Fischgründe. Unterirdische Trinkwasservorkommen sind in fast allen Großstädten, Kleinstädten oder Dörfern verunreinigt. Andere betroffene Gebiete sind das Schwarze, das Asowsche und das Kaspische Meer, die Wolga und die Halbinsel Kola.

Zusätzlich gibt es schwere und manchmal sogar katastrophale Umweltprobleme an bestimmten Orten, den sogenannten „Umweltkrisenherden“. Jedes mittel- und osteuropäische Land hat solche Gebiete, die typischerweise dicht besiedelt und hochindustrialisiert sind und Kohlekraftwerke, Stahlwerke, Aluminium- und andere Buntmetallwerke, Bergbau und Erzverarbeitung aufweisen. Dies sind lauter potentiell starke Umweltverschmutzer. Einige dieser wirtschaftlichen Teilbereiche werden nun strukturellen Anpassungen unterzogen, die ihre Existenz in Frage stellen könnten.

Gesundheitsfragen

Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Wohlfahrt müssen auch berücksichtigt werden. Statistiken und Einzelfallbeobachtungen in besonders verschmutzten Gebieten weisen auf eine dramatische Zunahme bestimmter Krankheiten hin. Eine Anzahl gesundheitlicher Probleme kann mit physischen Umweltbedingungen in Mittel- und Osteuropa in Verbindung gebracht werden:

- chronische und akute Erkrankungen, die von Blei, anderen Schwermetallen und Chemikalien wie Nitraten und Arsen im Wasser verursacht werden,
- Risiken für die normale menschliche Entwicklung, besonders ungeborener Kinder und hohe Kindersterblichkeitsraten,
- Erkrankungen der Atemwege bei Kindern und Erwachsenen,
- akute Gesundheitsprobleme, die durch Umweltkatastrophen verursacht sind.

Leider lassen sich wegen der schlechten Qualität und der Unstimmigkeit der Daten über die Einwirkung von Umwelteinflüssen auf den Menschen die Beziehungen zwischen Verschmutzungsgraden und Gesundheitsschäden nur schwer nachweisen. Bei den gegenwärtigen Umweltsarbeiten sollte den Gesundheitsfragen höchste Priorität eingeräumt werden. Die Luftverschmutzung scheint die größte Gefahr zu sein. Das absichtliche und nicht absichtliche Abladen von Abfällen und das daraus folgende Auftreten

gefährlicher und giftiger Verschmutzungen hat zur weitverbreiteten Verseuchung von Boden und Grundwasser geführt. Verseuchte Trinkwasservorräte und Agrarerzeugnisse tragen damit stark zu Gesundheitsschäden bei.

Die Verwendung schlechter Braunkohle ist von bedeutendem gesundheitlichen Belang. Sie führt zu hohen Partikelemissionen in der Nähe von Kraftwerken und erzeugt so zwei Drittel des aus den mittel- und osteuropäischen Ländern stammenden Gesamtausstoßes an Schwefeldioxid. Diese Länder exportieren gegenwärtig 59-74 Prozent ihrer Schwefeldioxidemissionen. Allerdings stammen 36-59 Prozent des bei ihnen abgelagerten Schwefeldioxids aus Ländern jenseits ihrer Grenzen. Während der 60er Jahre sammelte sich eine noch größere Menge importierter Schadstoffe in dieser Region an, wobei ein Großteil aus Westeuropa kam. Dies erzeugte ein langfristiges Erbe an Boden- und Vegetationsverseuchung; Schwefelkonzentrationen, die fünfmal höher sind als die natürlich vorkommenden Basiswerte, sind beobachtet worden.

Die schlechte Luftqualität in überbauten Gebieten und die damit verbundenen Gesundheitsprobleme werden wesentlich durch die Fahrzeuge Mittel-

und Osteuropas beeinflusst, die in ihrem Schadstoffausstoß zu den größten Verschmutzern der Welt gehören. Sie produzieren viel größere Mengen von Stickoxiden, Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffen pro gefahrenem Kilometer als Autos und Lastwagen im Westen. Es gibt nur wenige installierte Katalysatoren, und die meisten Fahrzeuge verwenden verbleites Benzin.

Umweltmanagement

Die meisten westeuropäischen Länder haben eine relativ strenge Umweltgesetzgebung und moderne Aufsichtssysteme angenommen und haben anspruchsvolle, langfristige nationale Umweltprogramme, die auf eine tragbare Entwicklung abzielen. Die mittel- und osteuropäischen Länder schneiden in der Durchsetzung von Bestimmungen, im Management von Ressourcen in der Umweltqualität im Vergleich dazu schlecht ab.

Die Umweltbewegung spielte in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern zu Beginn des Übergangsprozesses eine Schlüsselrolle. Dennoch ist derzeit die breite gesellschaftliche Unterstützung der Umweltschutzbewegung weitaus geringer als in westlichen Gesellschaften. Seit der politischen Wende haben Umweltprobleme für die größeren politischen Gruppierungen, ob an der Macht oder in der Opposition, nur zweitrangige Bedeutung gehabt.

Einige wenige Länder wie etwa Polen haben ausländische finanzielle und

technische Hilfe in Anspruch genommen, um eine konsequente wissenschaftliche und fachlich untermauerte Umweltstrategie zu entwickeln. Allerdings stimmen Prioritäten und Ressourcenzuweisung oft nicht überein, und es ist fraglich, ob die bestehenden Umweltprogramme die wichtigsten Probleme überhaupt angehen. Verlässliche Daten über den Zustand der Umwelt sind selten verfügbar, und Kontrollsysteme erfassen – sofern vorhanden – oft relativ kleine Gebiete und geben unzureichende Informationen über viele wichtige Schadstoffe.

Die Umweltkosten sind in Entscheidungsverfahren und Rechnungswesen nicht integriert, und das Verursacherprinzip funktioniert nicht. Der Einsatz von wirtschaftlichen Instrumenten steht erst in den Anfängen und die gegenwärtigen Geldstrafen genügen nicht um ein angemessenes Verhalten zu bestärken. Staatliche Finanzierung reicht normalerweise nicht aus, um wirksame Aktionen hervorzurufen. Einige Länder ziehen die Einführung neuer Umweltgebühren und -steuern sowie die Errichtung nationaler Fonds zur Finanzierung von Umweltprogrammen in Betracht.

Rechtsverfahren und Strafverfolgungen sind selten, und Entschädigungssysteme für die, die durch Umweltlasten Schaden erleiden, existieren nicht. Es gibt Gesetze und Normen, die oft strengste Auflagen enthalten, aber nur rudimentär entwickelte Verwaltungsstrukturen und mangelnde Sachkompetenz drosseln die Wirksamkeit des Vollzugs. Schlecht definierte Zuständigkeiten und Konkurrenz zwischen Behörden beeinträchtigen des weiteren die Nutzung von Ressourcen, die der Umweltkontrolle gewidmet sind.

Es besteht ein großer Bedarf an technischer und finanzieller Hilfe für den Aufbau von Umweltinstitutionen, die Schulung von Fachleuten, und die Planung und Prioritätenbestimmung der Umweltpolitik. Vorrangige Aufmerksamkeit benötigen Bereiche wie Umweltepidemiologie, die Verhinderung von dauerhaften Schäden an natürlichen Ressourcen und die Einschätzung der wichtigsten Risiken für biologische Ressourcen.

Die ökologische Herausforderung

Die ökologische Herausforderung, der die mittel- und osteuropäische Region gegenübersteht, ist zweifacher Art: Die Umwelt muß verbessert werden, während die makroökonomische Stabilität erhalten bleibt und die mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird.

Umweltverschmutzung in Danzig. Die Weichsel ist einer der am meisten verschmutzten Flüsse der Welt und fließt in der Nähe von Danzig in die Ostsee. Durch Abfall und Abwasser von Chemiewerken, Erzaufbereitung und städtischen Abfall wird die Verschmutzung noch verschärft

Internationale Verbindungen in Form von Handel und ausländischen Investitionen müssen ebenfalls verstärkt werden. Die jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas verfügen jedoch nicht über die finanziellen Ressourcen, Sachkenntnisse oder Strukturmechanismen, die erforderlich sind, um eine frühe Integration von Wirtschafts- und Umweltpolitik zu erreichen.

Solange Marktmängel nicht behoben werden, werden neue Umweltprobleme entstehen. Internationale Institutionen spielen eine wichtige Rolle bei der Vorbeugung vor „ökologischem Kolonialismus“. Westliche Umwelthilfe ist von besonderer Bedeutung, nicht nur für Beseitigung bestehender Umweltschäden, die durch vergangene Wirtschaftspolitiken verursacht wurden, sondern auch für die Vermeidung oder Kontrolle neuer ökologischer Gefahren in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Neue Risiken können sowohl aus einheimischen Unternehmensinitiativen resultieren als auch durch ausländische Investoren entstehen, denen an hohen Profiten durch die Verursachung geringer Umweltkosten in den neuen Märkten gelegen ist.

Das Engagement der Bank

Die Bank ist durch ihr Übereinkommen angehalten, im Rahmen ihrer gesamten Tätigkeiten eine umweltfreundliche und auch langfristig unbedenkliche Entwicklung zu fördern. Dies ist das erste Mal, daß einer internationalen Finanzinstitution in ihrer Gründungsurkunde ein klares und proaktives Mandat für Umweltschutz- und -sanierung erteilt wurde.

Die Bank verfolgt die folgenden Prioritäten:

- Hilfe an ihre Einsatzländer bei der Formulierung der Umweltpolitik,
- Förderung der Verwendung einer Vielzahl von Wirtschaftsinstrumenten, um höhere Umweltqualität zu erreichen,
- Ermutigung der Entwicklung einer Umweltgüter- und -dienstleistungsindustrie in ihren Einsatzländern,
- Initiierung und Unterstützung spezieller Studien und Programme, um regionale und nationale Umweltprobleme anzugehen und Umweltschulung zu fördern,
- Errichtung eines umfassenden Systems für umweltrelevante Begutachtung und Aufsicht bei ihren Investitionsprojekten,
- Beratung der Projektträger bei der Durchführung von Umweltanalysen,
- Einbeziehung von Umweltbedingungen in die Verträge mit Projektträgern,
- Durchführung und Überwachung von spezifischen Umweltkontroll- und -verbesserungsmaßnahmen,

- Identifizierung von kommunalen Entwicklungsinitiativen wie Wasserversorgung, kommunale Kläranlagen, Abfallentsorgung und Bodensanierung, welche die Umweltbedingungen für die Völker der mittel- und osteuropäischen Länder direkt verbessern.

Ökologische Probleme in der Region sind oft transnationaler und transmedialer Natur. Sie umfassen Probleme wie die mitteleuropäische Luftverschmutzung, das Management des Donaubeckens und die Überwachung der Verschmutzung des Einzugsgebiets der Ostsee. Einzelne Länder werden es sehr schwierig finden, kostengünstige Umweltmaßnahmen zu entwerfen, um mit solchen umfangreichen Problemen umzugehen. Ein gemeinsames Vorgehen aller betroffenen Länder ist nötig, was in einigen Fällen auch westeuropäische Länder einschließt. Regionale und subregionale Studien, grenzübergreifende und sektorspezifische Umweltwirkungs-Analysen und multinationale Untersuchungsarbeiten werden nötig

Fabriken und Kraftwerke nahe Kattowitz, Polen.
Einige der vielen Verschmutzungsquellen in
Oberschlesien, die zu den größten
'Umweltkrisenherden' Europas gehören

sein, um den Rahmen für weitreichende Programme zur Beseitigung der Umweltverschmutzung zu schaffen. Die Bank beabsichtigt, in solchen Programmen eine aktive Rolle zu spielen und sie als Instrument zur europäischen ökologischen Integration zu nutzen.

Regionale Projekte

Umweltprogramm Ostsee Die Europäische Bank ist ein aktiver Teilnehmer der Arbeitsgruppe der Helsinki-Kommission, die ein Gemeinsames Gesamtprogramm vorbereitet, um die starke Belastung der Ostsee durch Haushalt-, Industrie- und landwirtschaftliche Verschmutzung wieder zu mindern. Die Bank hat Vorstudien in Königsberg und regionale Analysen von Luftverschmutzung und landwirtschaftlichen Abflüssen finanziert. Projektvorbereitungsarbeiten sind im Gange mit dem Zweck, Umweltmanagementprojekte in den Zellstoff- und Papierindustrien, im Management giftiger Abfallprodukte und in der kommunalen Abwasserklärung zu finanzieren.

Umweltprogramm Donaubecken Die Europäische Bank ist führend in der Gruppe von internationalen Organisationen, die den Anrainerstaaten der Donau helfen, ein umfassendes und

koordiniertes Drei-Jahres-Aktionsprogramm zu initiieren, das sich mit Gebieten und Problemen von akuter ökologischer Bedeutung befasst und außerdem die Bausteine für ein langfristiges Management der Umwelt im Donaunraum legt. Während dieser Anfangsphase wird das Programm der Bank sich darauf konzentrieren, Investitionsprogramme vorzubereiten, die sich mit sehr vorrangigen Problemen der Industrieabfallwirtschaft und mit der Erarbeitung von Aktionsplänen für mehrere Nebenflüsse der Donau mit kritischen Umweltproblemen befassen.

Umweltprogramm Donaudelta Die 591.000 ha des Donaudeltas wurden von der rumänischen Regierung zum Biosphären-Schutzgebiet erklärt, und jüngst wurde über die Hälfte des Gebiets zu einem „Erbe der Menschheit“ erklärt. Die Europäische Bank hat mit der Donaudelta-Biosphären-Behörde und der World Conservation Union (IUCN) zusammengearbeitet, um ein Programm zur Stärkung der Behörde zu entwickeln, insbesondere ihrer Fähigkeit, Umweltprogramme zu erstellen und das Ökosystem des Deltas zu verwalten. Die Bank wird darüberhinaus Investitionsbedürfnisse in wirtschaftlich wichtigen und ökologisch empfindlichen Bereichen wie Fischerei und Tourismus untersuchen.

Umweltanalysen

Die Europäische Bank hat ein Projekt mit dem Titel „Umweltanalysengesetzgebung und -politik in Mittel- und Osteuropa“ initiiert, um den gegenwärtigen Stand der Umweltanalysen in jedem der Einsatzländer der Bank zu überprüfen. Dieses Projekt wird wesentliche Informationen bereitstellen, um dem Bankpersonal bei der Überprüfung von Projekten im Projektbestand der Bank zu helfen, und es wird auch dazu beitragen, Grundkriterien zu erstellen, auf die die technische Hilfe im Bereich der Umweltbewertung und -kontrolle bezogen werden kann.

Umweltwirkung der Bankprojekte

Jedes Projekt der Bank wird frühzeitig durch das Umweltpersonal der Bank begutachtet, um das Niveau der notwendigen ökologischen Informationen zu bestimmen. Projektträger stellen die benötigten Umweltinformationen gewöhnlich in Form einer Umwelteinschätzung oder Umweltprüfung bereit. Diese werden durch die Bank nachgeprüft, und alle ökologischen Auflagen werden in Darlehens- oder anderen Vereinbarungen als Bedingung aufgenommen. Die Bank fordert für die Zeit, in der sie den Einsatz des Kredits

Umweltprogramm im Donaubecken: Mitarbeiter der Bank betrachten Umweltprobleme im Tata Becken, Ungarn; Erzschlamm in einem Staubecken über der Stadt Tatabánya, Ungarn

überwacht, Zusicherungen, daß die in den Verträgen spezifizierten Umweltmaßnahmen erfüllt werden.

Bis heute haben vierzehn Projekte die Zustimmung des Direktoriums erhalten. Vier davon sind Telekommunikationsinitiativen und eines ist die Finanzierung einer Computersystem-Firma. Diese Projekte werden in ihrer direkten Wirkung insgesamt umweltneutral sein, könnten sich aber in einem weiteren Zusammenhang als positiv herausstellen, nachdem verbesserte Kommunikations- und Informationstechnologien allgemein die Effizienz erhöhen. Zwei genehmigte Projekte gehören in die Kategorie der Hilfe für Finanzmittler. Die Bank hat spezifische Verfahren entwickelt, um sicherzustellen, daß Finanzmittler ökologische Sorgfaltsuntersuchungen bei jeder ihrer potentiellen Transaktionen durchführen, und daß sie von den Endkreditnehmern verlangen, angemessene Umweltinformationen zur Verfügung zu stellen.

Die anderen sieben gebilligten Projekte umfassen drei auf Nahrungsmittel bezogene Kredite (Herstellung, Lagerung und Verarbeitung), zwei Produktionsunternehmen (schwere Elektroausrüstung und Papierverpackung), ein Fernheizungsprojekt und einen Kredit an eine Service-Firma für

Erdölbohranlagen. In jedem Fall werden bestehende Anlagen oder Ausrüstungen verbessert und modernisiert, oder es werden neue, moderne Anlagen und Ausrüstungen finanziert. Die geplanten Ausrüstungen wurden in jedem Fall überprüft, um sicherzustellen, daß adäquate Umweltkontrollen in den Spezifikationen enthalten waren.

Die Bank verlangt, daß die Projektträger der Lebensmittelherstellungs-, -lagerungs- und -verarbeitungsprojekte und der beiden Produktionsunternehmen Umweltanalysen durchführen. Die Projektträger der Nahrungsmittellager-, und -verarbeitungsprojekte sowie der Papierverpackungsfabrik wurden ebenfalls gebeten, der Bank die Ergebnisse der Umweltanalysen vorzulegen, da diese Projekte eine gewisse Ausweitung von Aktivitäten enthielten, die Umweltauswirkungen auch außerhalb des Projektbereichs haben könnten. Unter Verwendung der Ergebnisse der Untersuchungen und Umweltanalysen präziserte die Bank Umweltbedingungen, die – wo nötig – in Darlehensvereinbarungen eingebaut wurden. Der Ölbohrungskredit enthielt keinen Kauf oder Transfer von Land; er befaßte sich mit der Ausrüstungsbereitstellung und der Schulung für die Dienstleistungsindustrie. Die Anlage benutzt eine Bohrmethode, die den früheren in der Region für Probebohrungen benutzten Methoden

bei weitem überlegen ist und den modernen westlichen Sicherheitsansprüchen entspricht. Das Fernheizungsprojekt enthielt Energiesparmaßnahmen, verbesserte Steuerung der Heizungsnetze und ersetzte die unwirtschaftlichen und verschmutzenden Heizkessel durch weitaus sauberere, gasgefeuerte Verbrennungsanlagen.

Albanien

Landesüberblick

Schlüsselfakten

Fläche (Quadratkilometer) **28.750**

Bevölkerung
in Millionen (1989) **3**

Sektorale Anteile an der
gesamten Beschäftigung (1989)
Landwirtschaft **49%**
Industrie **23%**

Säuglingssterblichkeit
pro 1000 Lebendgeburten (1988) **39**

Lebenserwartung
in Jahren (1989) **73**

Fernsehgeräte
pro 1000 Einwohner **83**

Erwerbsbevölkerung
mit höherer Schulbildung **26%**

Geschätztes BIP pro Kopf
(1990), in US-\$ **1.000***

* Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quellen: Albanische Regierung
PlanEcon

Politik

Das Regime des Enver Hodscha dauerte etwa 40 Jahre an - von 1944 bis zu seinem Tod 1985. Es war charakterisiert durch Säuberungsaktionen, Terror und den sukzessiven Abbruch der Beziehungen mit Verbündeten Albaniens. Albaniens Isolierung und das Fehlen von Wirtschaftsbeziehungen mit fast der gesamten Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs führte zu großen Entbehrungen und ökonomischer Stagnation, aus der eine Erholung sehr schwierig sein wird.

Hodscha wurde ersetzt durch den von ihm erwählten Nachfolger Ramiz Alia, der 1991 weiterhin Präsident war. Wie bei den frühen Reformstadien der anderen mittel- und osteuropäischen Länder, ist auch die albanische Regierung unter zunehmenden Druck der demokratischen Kräfte geraten, die auf rasche und durchgreifende politische und wirtschaftliche Liberalisierung drängen.

Demonstrationen für die Demokratie während des ganzen Jahres 1990, die in Gewalttätigkeit gipfelten, hatten zur Folge, daß Präsident Alia die Bildung von Oppositionsparteien zur Beteiligung an Mehrparteienwahlen zuließ. Die zur Albanischen Sozialistischen Partei umbenannte kommunistische Partei gewann im März 1991 diese Wahlen mit fast zwei Dritteln der Stimmen. Die Demokratische Partei (DP), die von

Salih Berisha geführte wichtigste Oppositionspartei, erreichte beträchtliche Erfolge in städtischen Gebieten. Sie wurde aber in den ländlichen Gebieten, wo der größte Teil der Bevölkerung lebt und wo die Nachrichten über die Reformen kaum hindrangen, schwer von den Kommunisten geschlagen. Die DP lehnte ein Angebot ab, sich an der vom sozialistischen Ökonomen Fatos Nano gebildeten Regierung zu beteiligen.

Die Nano Regierung brach im Juni 1991 nach einem vierwöchigen Generalstreik, der von der demokratischen Opposition geführt wurde und raschere politische und wirtschaftliche Reformen anstrebte, zusammen. Eine Übergangskoalition, die „Regierung der nationalen Stabilität“ unter dem Sozialisten Ylli Bufi mit sieben Ministern aus der Opposition trat an ihre Stelle. Diese Regierung legte ihre Ämter am 10. Dezember 1991 aufgrund des Drucks der Opposition nieder. Am 14. Dezember ernannte Präsident Alia bis zu einer Neuwahl eine neue Übergangsregierung aus Technokraten, unter Leitung des früheren Ernährungsministers Vilson Ahmeti.

Für Albanien ist die Situation der albanischen Volksgruppe von Kosovo, das vom benachbarten Serbien regiert wird, eine wichtige außenpolitische Frage. Als Reaktion auf die überwältigende Stimmung zugunsten der Unabhängigkeit, die in einem inoffiziellen Referendum in der Provinz

zum Ausdruck kam, erkannte Albanien am 22. Oktober 1991 Kosovo als einen unabhängigen Staat an.

Albanien gilt nun international als ein Staat, der den Übergangsprozeß zu Mehrparteien-Demokratie, Pluralismus und marktorientierten Wirtschaftsreformen begonnen hat. Es ist Mitglied der KSZE und hat einen besonderen Gaststatus beim Europarat.

Wirtschaft

Seit 1989 hat sich die Wirtschaftslage in Albanien beträchtlich verschlechtert. Im Jahre 1991 befand sich das Land im Zustand einer schweren Krise. Im ersten Halbjahr 1991 fiel die Produktion auf Jahresbasis um 30 %. Es gab einen großen Mangel an Lebensmitteln, Arzneimitteln und Brennstoffen. Die Auslandsschulden wuchsen auf 400 Mio. \$ an; das entspricht fast dem Fünffachen der Einnahmen aus Exporten an Gütern und Dienstleistungen.

Der wirtschaftliche Niedergang seit 1989 wurde durch besondere Faktoren wie die schwere Trockenheit 1990, Streiks und Stromausfälle verschärft. Dazu trugen auch die mit dem spontanen Abbau des genossenschaftlichen Sektors verbundenen Störungen bei, wie auch der teilweise Zusammenbruch des Vertriebssystems und der verringerte Zugang zu wesentlichen

	1988	1989	1990	1991
BIP zu konstanten Preisen (Veränderung in %)	- 0,5	11,7	- 13,1	–
Arbeitslosigkeit in % der Erwerbsbevölkerung	–	7,0	8,0	10,0
Konsolidierter Finanzierungssaldo (% des BIP) *	- 1,2	- 8,6	- 16,6	–
Einheiten inländischer Währung pro US-\$ (Jahresende)	8,0	8,0	10,0	50,0
Leistungsbilanz (Mio. US-\$)	- 23,5	-70,4	-95,1	–
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen) **)	–	46,2	237,2	–

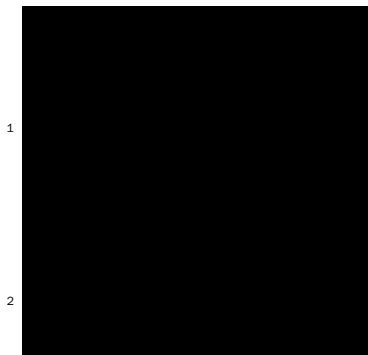
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Albanien

*Auf Grundlage von Zahlungszusagen.

**Jahresende. Nur konvertible Währungen.

– nicht verfügbar

Quellen: Von nationalen Behörden zur Verfügung gestellte Daten und Schätzungen der Europäischen Bank.



Anzahl der Parlamentssitze

Ergebnisse der Wahlen vom März 1991

1 Sozialistische Partei Albaniens 175

2 Demokratische Partei Albaniens 75

Vorleistungsgütern aus RGW-Ländern.

Die Hauptursache für die Verschlechterung sind jedoch die sich anhäufenden Folgen einer falschen Zuordnung der Ressourcen - das Ergebnis von vier Jahrzehnten extremer Zentralplanung, radikaler Gleichmacherei und seit 1978 einer kompromißlosen Politik der Selbständigkeit.

Die Regierung betreibt Wirtschaftsreformen seit April 1991, als das Privateigentum für alle Eigentumsformen, mit Ausnahme von Land, und ein Kreditprogramm für neue private Wirtschaftsinstitutionen eingeführt wurden. Um die landwirtschaftliche Erzeugung anzuregen, wurde ein Teil der landwirtschaftlichen Produktion liberalisiert und die Größe und die Anzahl der privaten Grundstücke erweitert. Die Reformmaßnahmen, einschließlich einer scharfen Währungsabwertung und der Freigabe einiger Preise, wurden im Oktober vom Parlament ratifiziert. Unter der Schirmherrschaft einer neugeschaffenen Nationalen Privatisierungsagentur ist die Privatisierung in der ersten Vorbereitungsstufe.

Umwelt

Als Folge der früheren Politiken leidet Albanien sowohl unter dem Raubbau von natürlichen Ressourcen als auch unter der industriellen Umweltverschmutzung. Die

Umweltgesetzgebung, soweit sie besteht, wird nicht allgemein mit Nachdruck geltend gemacht und die Aufsichts- und Analysekapazitäten sind gering. Folglich kann Albanien derzeit weder eine realistische Bewertung der „externen“ Umweltkosten in seine Investitionsentscheidungen einbeziehen noch die Ergebnisse aus Beobachtungen und anderen Untersuchungen in wirksame Maßnahmen umsetzen.

Es gibt kein Ministerium mit Zuständigkeiten für Umweltfragen, obwohl ein Umweltausschuß dem Ministerrat untersteht. Das Gesundheitsministerium hat die Verantwortung für die Umweltüberwachung. Besondere Problembereiche sind das Ausmaß der innerbetrieblichen und äußeren industriellen Umweltverschmutzung, die relativ große Teile der Bevölkerung betrifft, und der Verlust an Baumbestand in Stadtnähe aufgrund der Nutzung von Holz als Haushaltsbrennstoff.

Albanien **Das Engagement der Bank**

Strategie

Am 16. Dezember 1991 stimmte das Direktorium einer ersten Strategie für Albanien zu. Sie konzentrierte sich auf fünf prioritäre Bereiche: Bankensektor, Privatisierung, Energie, Umwelt und Telekommunikation.

Der Bankensektor, ein offensichtlicher Eckstein im Übergang der Volkswirtschaft, wurde zu einer Priorität ernannt, die beträchtlicher und sofortiger technischer Hilfe bedarf. Unter dem vorherigen Regime hatten Banken nicht die Befugnis, unabhängige Kreditentscheidungen zu treffen. Der Darlehensbestand wurde nicht nach Risikoklassen eingestuft und Vorkehrungen gegen Kreditausfälle wurden nicht getroffen. Die Europäische Bank wird anfänglich ihre Unterstützung in Form von technischer Hilfe auf Ausbildung und den Aufbau von Institutionen konzentrieren:

- schnelle Schaffung von Normen und Verfahren für das Rechnungswesen durch Geschäftsbanken,
- Schaffung eines effizienten nationalen Zentrums für Zahlungsausgleich,
- Entwicklung von Managementlogistik-,

Unternehmensplanungs- und Informationssystemen innerhalb der Albanischen Geschäftsbank und

- Erweiterung des Privatkundengeschäfts, der Finanzverwaltung, des Devisenhandels, des Risikomanagements und der Beurteilungs- und Kreditanalysefähigkeiten.

Der Privatisierungsprozeß bedarf umfassender Unterstützung. Die Bank beabsichtigt, für die Stärkung der Nationalen Privatisierungsagentur technische Hilfe bereitzustellen, um zu den Privatisierungsprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen beizutragen. Die Bank wird bei der Auswahl von qualifizierten Beratern und der Ausführung ihrer Arbeit helfen. Sie wird dabei ihre Bemühungen mit denen von anderen multilateralen Institutionen abstimmen.

Die Bank wird zur Erarbeitung von Gesetzen und zur Schulung von Juristen, vor allem im Bankensektor und im Privatisierungsprozeß, beitragen.

Die Energie und die Umwelt stehen beide im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Aktivitäten der Bank werden eine Bewertung der Braunkohleförderung und die Bearbeitung eines Projektes umfassen, das auf die Reduzierung der Entwaldung zielt. Außerdem wird sie eine Studie zum Waldbestand und eine Studie zur ökologisch vernünftigen und tragfähigen Modernisierung des Erdölsektors in Auftrag geben.

Die Bank vergibt auch eine Studie, um eine angemessene Strategie für die Entwicklung des Tourismus zu empfehlen.

Das bestehende Telekommunikationsnetz, mit wahrscheinlich einer der niedrigsten Telefondichten der Welt, ist eindeutig unzulänglich für die Entwicklung des privaten Sektors. Die Regierung hat die Bank gebeten, einen umfassenden Telekommunikations-Entwicklungsplan vorzubereiten, um Initialinvestitionen im Privatsektor in Gang zu bringen.

Durch ein Anfangsprogramm der technischen Hilfe beabsichtigt die Bank, den Aufbau der Infrastruktur für künftige Investitionsprojekte in Bereichen wie dem Geschäftsbankenwesen, der Entwicklung der Privatwirtschaft und der Erdöl- und Tourismusindustrie zu unterstützen.

Technische Hilfe

Technische Hilfe wurde Albanien in Form der Ausbildung von zwei Bankmanagern (ECU 11.600 wurden zugesagt) gewährt.

Albanien bietet die Möglichkeiten zur Entwicklung des Fremdenverkehrs

Bulgarien

Landesüberblick

Schlüsselfakten

Fläche
(Quadratkilometer) **110.910**

Bevölkerung in
Millionen (1991) **9**

Sektorale Anteile an der
gesamten Beschäftigung (1989)
Landwirtschaft **18,6**
Industrie **45,9**

Autos
pro 1000 Einwohner (1987) **127**

Telefone
pro 1000 Einwohner (1991) **290**

Säuglingssterblichkeit pro 1000
Lebendgeburten (1991) **16,5**

Lebenserwartung
in Jahren (1991) **71**

Erwerbsquote, Männer
(80er Jahre) **81%**

Erwerbsquote, Frauen
(80er Jahre) **74%**

Erwerbsbevölkerung
mit höherer Schulbildung **29%**

Geschätztes BIP pro Kopf
(1990), in US-\$ **5.500***

*Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quellen: OECD Sekretariat
UN Wirtschaftskommission für Europa
Schätzungen der Europäischen Bank
Nationale Behörden
PlanEcon

Politik

Der Abbau des Einheitsparteiensystems, die schnelle Demokratisierung und der Übergang zur Marktwirtschaft trafen 1991 mit einem zunehmenden Machtkampf zwischen den zwei bedeutenden politischen Parteien Bulgariens, der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) und der Union Demokratischer Kräfte (UDK), bei der Präsident Zhelev ein Gründungsmitglied war, zusammen. Die erstere hatte sich dem „demokratischen Sozialismus“ verpflichtet. Die letztere befürwortete ein mehr marktorientiertes System. Es gab 1991 mehr als 80 andere politische Parteien und Wählerbewegungen, die alle entschlossen antikommunistisch sind.

Die Annahme einer neuen Verfassung und die Wahlen dominierten die Innenpolitik im ganzen Jahr 1991. Im Juli nahm Bulgarien eine neue Verfassung an, die Grundlagen für eine echt demokratische Gesellschaft und die Marktwirtschaft legte. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Spannungen, die durch eine sich verschlechternde Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit verschärft wurden, fanden am 13. Oktober 1991 Mehrparteien-Parlamentswahlen statt. Die Bewegung für Recht und Freiheit, die die türkische ethnische Minderheit repräsentiert und vorher nicht als eine Partei betrachtet wurde, profilierte sich als dritte Kraft mit 7,55 Prozent. Die

erste nichtkommunistische Regierung in Bulgarien seit Ende des zweiten Weltkriegs wurde von der UDK unter Premierminister Filip Dimitrow gebildet. Die UDK gewann 34,36 % der Stimmen gegenüber 33,14 % für die BSP.

Die Kommunalverwaltungen, gewählt durch Volkswahl für eine dreijährige Amtszeit, begannen den Prozeß der Dezentralisierung. Die vollständige Pressefreiheit wurde eingeführt. Trotz wirtschaftlicher Beschränkungen übten die Medien einen zunehmenden Einfluß im innenpolitischen Bereich aus.

In der Außenpolitik unterstützte Bulgarien politische Initiativen mit dem Ziel, die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit auszudehnen und seine Bindung an die europäischen demokratischen Werte zu verstärken. Bulgarien plant, 1992 Mitglied des Europarats zu werden und sich in die wirtschaftlichen und politischen Strukturen Europas zu integrieren.

Wirtschaft

Angesichts der schweren Strukturprobleme und der Rezession, die das reale BIP um mehr als ein Viertel gesenkt hat, haben die bulgarischen Behörden 1991 beeindruckende Anstrengungen unternommen, um das externe makroökonomische Ungleichgewicht zu beseitigen und den Inflationsdruck zu reduzieren. Die straffe Finanzpolitik der Regierung begleitete eine umfassende Libera-

lisierung der Preise und Importe. Zur gleichen Zeit wurde das Privateigentum gesetzlich zugelassen und die Notwendigkeit der Privatisierung der staatseigenen Unternehmen anerkannt.

Die Regierung entfernte Preiskontrollen für die meisten Produkte, ließ Subventionen auslaufen und erhöhte die verbliebenen kontrollierten Preise beträchtlich. Die Einzelhandelspreise stiegen im Februar 1991 um über 200 % und im März um weitere 150 %. Dennoch war die monatliche Inflationsrate im November auf 3-5 % zurückgefallen. 1991 sank der reale Wert der Lohnsumme um über 60 %. Die gesamte Wirkung der Rezession wurde in der gemeldeten Arbeitslosigkeit nicht vollständig widerspiegelt, trotz der Tatsache, daß sie um das zehnfache anstieg und 11 % der Erwerbsbevölkerung betraf.

Ein System vereinheitlichter flexibler Wechselkurse wurde im Februar 1991 eingeführt. Der Wechselkurs wird jetzt am Interbankenmarkt bestimmt, und die Zentralbank setzt den Interbankensatz jeden Tag auf der Grundlage der tatsächlichen Transaktionen des vorangegangenen Tages fest. Die Landeswährung wurde 1991 um über 300 % abgewertet.

Die Exporte, in konvertiblen Währungen (ohne Transaktionen unter dem Verrechnungsabkommen mit der ehemaligen UdSSR), nahmen in der

	1988	1989	1990	geschätzt 1991
BIP zu konstanten Preisen (Veränderung in %)	2,4	-0,3	-11,8	-26,0
Arbeitslosigkeit in % der Erwerbsbevölkerung	-	0	2,0	10,0
Konsolidierter Finanzierungssaldo (% des BIP) *	-5,6	-1,4	-13,7	-14,0
Verbraucherpreise (Veränderung in %)	3,0	6,0	26,0	476,0
Einheiten inländischer Währung pro US-\$ (Jahresende)	0,8	0,8	7,0	22,0
Leistungsbilanz (Mio. US-\$)	-840,0	-1307,0	-1152,0	-2027,0
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen) **	186,6	227,4	298,8	201,3

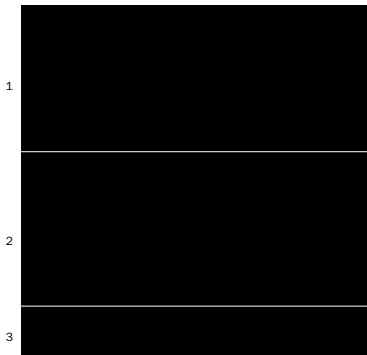
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Bulgarien

*Alle öffentlichen Haushalte. Schließt auf der Ausgabenseite fällige, aber nicht beglichene Zinsverbindlichkeiten ein.

**Jahresende. Nur konvertible Währungen.

-nicht verfügbar

Quellen: Von nationalen Behörden zur Verfügung gestellte Daten und Schätzungen der Europäischen Bank.



Anzahl der Parlamentssitze
Ergebnisse der Wahlen von Oktober 1991

- 1 Union Demokratischer Kräfte 110
- 2 Bulgarische Sozialistische Partei 106
- 3 Bewegung für Rechte und Freiheit 24

ersten Hälfte des Jahres 1991 um 26 % ab (gemessen in US-Dollar), während die Importe wertmäßig um 61 % sanken. Der Handel mit der früheren UdSSR ging ebenfalls drastisch zurück. Bulgariens konvertible Devisenreserven beliefen sich im September 1991 auf US-\$ 200 Mio., was weniger als den Importen eines Monats entspricht. Die gesamte Auslandsverschuldung Bulgariens, etwa US-\$ 12 Mrd., hat sich seit 1985 verdreifacht. Fast die Hälfte der Verschuldung ist kurzfristiger Natur.

Die Außenhandelsbank, die 95 % der kommerziellen Verschuldung in ihren Büchern stehen hat, reagierte im März 1990 auf die Liquiditätsknappheit mit der Ankündigung eines einseitigen Schuldendienstmoratoriums. Gleichfalls hat sie um die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen. Im April 1991 wurde mit dem Pariser Club ein Übereinkommen erreicht, die bis Mitte 1992 fällige Verschuldung gegenüber öffentlichen Gläubigern über zehn Jahre mit einer sechsjährigen tilgungsfreien Zeit umzuschulden. Die Verhandlungen über die 85 % der Auslandsverschuldung gegenüber den Geschäftsbanken sind noch im Gange.

Umwelt

Die starke Energie- und Ressourcenintensität der bulgarischen Wirtschaft zusammen mit überholten Kontroll- und Industrieprozessen, führte zu sehr schwerer Luft- und

Wasserverschmutzung, vor allem durch die Industrie. Schwermetalle und andere giftige Substanzen verseuchen den Boden und das Wasser und haben ein Erbe von Abfall hinterlassen.

Über eine Million der neun Millionen Einwohner Bulgariens leben in „Umweltkrisenherden“, in denen sie oft übermäßigen Blei- und anderen Schadstoffwerten in der Luft ausgesetzt sind. Außerdem kommen hohe Konzentrationen von Arsen als Nebenprodukte der Eisen- und Buntmetallindustrie an einigen Orten vor.

Die Notwendigkeit neuer Gesetze ist erkannt worden und allgemeine Umweltgesetze wurden 1991 entworfen. Zusätzlich sind jedoch spezifischere Gesetze zu Abfall-, Wasser- und Luftverschmutzung zusammen mit der Stärkung der Institutionen, vor allem auf der kommunalen Ebene, erforderlich.

Die Prioritäten der Bank bei ihren Geschäften in Bulgarien konzentrieren sich auf mögliche Infrastrukturprojekte, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie sowie auf Investitionen in der Landwirtschaft. Sie wird auch Investitionen zur Verbesserung der Geschäftspraktiken der Energie-Endabnehmer, besonders in der Industrie, in Erwägung ziehen

Strategie

Am 25. November 1991 einigte sich das Direktorium über eine Anfangsstrategie für Bulgarien. Sie konzentriert sich auf vier Hauptaktivitäten:

- Privatisierung und Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen und Banken und Unterstützung ausgewählter privater Unternehmen in vorrangigen Sektoren,
- Modernisierung des Finanzsektors einschließlich der Förderung von spezialisierten Institutionen wie Leasing-Unternehmen und Exportkreditagenturen,
- Infrastrukturprojekte, vor allem Verkehr, Telekommunikation und Energie,
- Investitionen in der Landwirtschaft.

Privatisierung und Umstrukturierung

In Zusammenarbeit mit anderen internationalen Finanzinstitutionen wird die Bank weiterhin Unterstützung leisten bei der Entwicklung der gesamten Privatisierungspolitik und der Schaffung einer detaillierten Datenbank, die auf das Privatisierungspotential der staatseigenen Betriebe konzentriert ist. Außerdem kann die Bank technische Hilfe bei Schulungs-, Material- und Ausrüstungsbedürfnissen der Privatisierungsagentur leisten. Die Bank ist bereit, bei der Überwachung der Leistung der staatseigenen Betriebe und der Einführung von kommerziellen Methoden beizustehen und die Verbesserung von Managementtechniken in einzelnen staatseigenen Unternehmen zu unterstützen. Bis zur Annahme des Privatisierungsgesetzes wird die Bank auch ihre mögliche Rolle bei besonderen Privatisierungsvorhaben prüfen. Dies könnte Beratung über Durchführbarkeit, Ausgestaltung, Risikoübernahme und Marketing sowie Kapitalbeteiligung in den privatisierten Unternehmen beinhalten.

Modernisierung des Finanzsektors

Das Ziel der Bank besteht darin, die kommerzielle Orientierung der Bankdienstleistungen zu erhöhen und

das Wachstum eines wettbewerbsorientierten Umfeldes zu unterstützen. Die Bank kann zur Entwicklung von rentablen produktiven Einheiten beitragen, indem sie ausgewählten zwischengeschalteten Banken und Finanzinstitutionen für die Weitervergabe von Darlehen an lebensfähige Unternehmen Kreditlinien eröffnet. Zusätzlich kann die Bank sich für eine Kapitalbeteiligung entscheiden, um die Kapitalbasis bestimmter Intermediäre zu stärken und dadurch einen direkten Einfluß auf den Umstrukturierungsprozeß zu gewinnen.

Infrastrukturprojekte

Die Bank kann sich an Projekten zur Verbesserung der Straßenqualität und der Straßennetze beteiligen. Diese könnten die Fertigstellung von 140 km der Transeuropäischen Autobahn und die Weiterführung des Baus von Fernverkehrsstraßen von Sofia zu den Schwarzmeerbahnen Warna und Burgas umfassen.

Ogleich anzunehmen ist, daß die bulgarische Eisenbahngesellschaft vollständig staatseigen bleibt, wird eine zu erwartende Subventionskürzung das Unternehmen zwingen, mit dem Straßenverkehr zu konkurrieren. Die Bank könnte technische Hilfe leisten, um diesen Prozeß zu fördern, und könnte sich auch finanziell an Plänen beteiligen, die wichtigsten Eisenbahnverbindungen von Jugoslawien in die Türkei sowie von Sofia nach Warna und Burgas zu modernisieren und auszubauen.

Die Bank könnte bei den Vorbereitungen des Aufbaus marktorientierter Telekommunikationsbetriebe eine nützliche Rolle spielen. Finanz- und technische Hilfe könnten die Gestaltung einer neuen Organisation und die Entwicklung ihres Managements und Personals unterstützen.

Andere Bereiche, die finanzielle oder technische Unterstützung der Bank verdienen könnten, umfassen Investitionen in den Kohlenwasserstoff-, Strom- und

Fernheizungsbereichen, Verbesserung von Managementtechniken in Energie-Endverbrauchersektoren, vor allem in der Industrie, sowie die Entwicklung von Gasrohrleitungen und den Anschluß an einen regionalen Verbund.

Landwirtschaftliche Investitionen

Die Bank sieht Möglichkeiten zur schnellen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch die Ausdehnung des privaten Landeigentums unter den Bestimmungen des Landgesetzes vom Juli 1991. Sie wird die Bereitstellung von Krediten für private Bauernhöfe, Darlehen für besondere Investitionen wie Lagereinrichtungen und Transportausrüstungen sowie technische Hilfe im Prozeß der Dezentralisierung/Privatisierung erwägen.

Technische Hilfe

Die Bank unterstützte das Ministerium für Industrie, Handel und Dienstleistungen [MIHD] beim Start des bulgarischen Privatisierungsprogramms. Die Bank stellte einen Finanzierungsplan auf, der den Bedarf des Landes an technischer Hilfe für Restrukturierung und der Privatisierung erfaßt. Dieses Vorhaben war Teil eines erfolgreichen Unterstützungsgesuchs an PHARE, an dem die Weltbank ebenfalls beteiligt ist.

Außenstelle

Es wird erwartet, daß die Außenstelle in Sofia bis April 1992 arbeitsfähig sein wird.

CSFR

Landesüberblick

Schlüsselfakten

Fläche (Quadratkilometer) 127.870
Bevölkerung in Millionen (1989) 16
Sektorale Anteile an der gesamten Beschäftigung (1989) Landwirtschaft 12% Industrie 46%
Autos pro 1000 Einwohner (1987) 122
Telefone pro 1000 Einwohner (1987) 246
Säuglingssterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten (1988) 12
Lebenserwartung in Jahren (1989) 71
Erwerbsquote, Männer (80er Jahre) 82%
Erwerbsquote, Frauen (80er Jahre) 77%
% der Erwerbsbevölkerung mit höherer Schulbildung 29%
Geschätztes BIP pro Kopf (1990), in US-\$ 8.000*

*Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quellen: Regierung der CSFR
PlanEcon

Politik

Die „sanfte Revolution“ von 1989 beendete friedlich die Nachkriegsära der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei, eine Ära, die der Prager Frühling 1968 brutal unterbrach. Seit 1989 führte das Land wichtige politische Reformen durch, indem es einen Rechtsstaat aufbaute und auf neue Beziehungen zwischen den tschechischen und slowakischen Republiken hinarbeitete. Am 29. Dezember 1989 wurde Oppositionsführer Václav Havel von der Bundesversammlung zum Präsidenten der Tschechoslowakei gewählt. Im gleichen Monat wurde Marian Calfa zum Premierminister ernannt.

1991 wurde eine Charta der Grundrechte und -freiheiten durch die Bundesregierung angenommen. Sie garantiert die Rede-, Religions- und Pressefreiheit und die Gleichheit vor dem Gesetz.

Sowohl das Bürgerforum als auch die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, die die „sanfte Revolution“ anführten, spalteten sich ab Anfang 1991 in verschiedene neue Parteien auf. Die Bundesversammlung hatte bis zum Jahresende Abgeordnete aus 15 Parteien, die aus den sechs Parteien hervorgegangen waren, die 1990 Sitze erhalten hatten. Die parlamentarische Debatte über die neuen Verfassungen für Bund und Republiken erwies sich während des ganzen Jahres 1991 als

umstritten; eine Einigung über Kompetenzabgrenzungen zwischen Bund und Republiken wurde nicht erzielt.

Im Zentrum der Außenpolitik der CSFR stand 1991 die Zusammenarbeit mit dem übrigen Europa. Die CSFR wurde Mitglied im Europarat, unterzeichnete die Europäische Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft. Die CSFR schloß sich Ungarn und Polen in der Erklärung von Visegrad an, die die drei Länder zu einer engeren Zusammenarbeit bei den demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen verpflichtet. Die CSFR ist ebenfalls Mitglied der Hexagonale, einer regionalen Ländergruppe, die auch Österreich, Italien, Polen, Ungarn und Jugoslawien umfaßt.

Wirtschaft

Die CSFR kam mit beträchtlichem makroökonomischen Erfolg aus der Anfangsphase des wirtschaftlichen Übergangs. Dank einer restriktiven Finanz- und Geldpolitik erreichte die CSFR eine beträchtliche Liberalisierung der Preise und Inlandkonvertibilität der Währung, während die Inflation kontrolliert und eine solide Zahlungsbilanzposition beibehalten werden konnte. Unmittelbar nach der Preisfreigabe im Januar 1991 sprang das

Preisniveau in die Höhe, aber die monatliche Inflationsrate verlangsamte sich stark und die Preise stabilisierten sich bis Jahresmitte. Zusammen mit weiteren Maßnahmen reduzierte die Preisliberalisierung im Januar 1991 den Anteil der Güter mit kontrollierten Preisen von 85 Prozent auf etwa 5 Prozent. Die Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen wies 1991 einen geringfügigen Überschuß auf. Die Lohnabschlüsse waren - mit einer durchschnittlichen Steigerung der Nominallohne von knapp über 20 Prozent im Jahre 1991, die eine Reallohnsenkung von über 30 Prozent bedeutete - gemäßigt.

Infolge des Zusammenbruchs der Exporte in die früheren RGW-Staaten, des Rückgangs der inländischen Nachfrage und aufgrund angebotsbezogener Faktoren fiel die Produktion scharf zurück, und die Arbeitslosigkeit stieg 1991 stark an. Es wird geschätzt, daß das reale Bruttoinlandsprodukt 1991 um etwa 16 Prozent zurückgegangen ist, und daß die Arbeitslosigkeit, die praktisch unbekannt gewesen war, bis Ende des Jahres auf 6,6 Prozent angestiegen ist. Die Exporte nahmen ebenfalls um über 15 Prozent ab, wobei jene in die frühere UdSSR halbiert wurden.

Die Vereinheitlichung der Wechselkurse und die Liberalisierung der Importe begannen einen Wettbewerbsdruck auf die Wirtschaft auszuüben, die immer noch durch Produktionsmonopole

	1988	1989	1990	1991 geschätzt
BIP zu konstanten Preisen (Veränderung in %)	2,6	1,3	-3,5	-16,0
Arbeitslosigkeit in % der Erwerbsbevölkerung	-	0	1,0	7,0
Konsolidierter Finanzierungssaldo (% des BIP) *	-3,6	-3,5	-2,0	-0,5
Verbraucherpreise (Veränderung in %)	0,2	1,4	10,0	58,0
Einheiten inländischer Währung pro US-\$ (Jahresende)	14,0	14,0	28,0	28,0
Leistungsbilanz (% des BIP)	-0,1	0,9	-2,4	0,5
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen) **	114,1	114,7	107,2	-

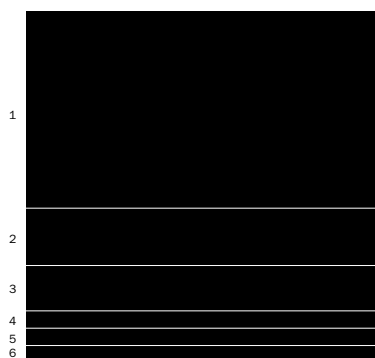
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für die CSFR

*GFS-Basis. Einschließlich zentraler und kommunaler Haushalte.

**Nur konvertible Währungen; Jahresende.

- nicht verfügbar

Quellen: Von nationalen Behörden zur Verfügung gestellte Daten und Schätzungen der Europäischen Bank.



Anzahl der Parlamentssitze

Ergebnisse der Wahlen von Juni 1990

- 1 Bürgerforum / Öffentlichkeit gegen Gewalt **170**
- 2 Kommunistische Partei **47**
- 3 Christdemokratische Union **40**
- 4 Mährische - Schlesische Bewegung **16**
- 5 Slowakische Nationalpartei **15**
- 6 Koalition anderer Minderheiten **12**

gekennzeichnet ist. Die Umstrukturierung der Staatsunternehmen erweist sich jedoch als schwierig und ist langwierig. Obgleich die Privatisierung der kleinen Betriebseinheiten reibungslos voranschreitet, wird die Privatisierung der meisten großen Unternehmen erst 1992 beginnen, trotz der Annahme eines beschleunigten Verfahrens für Massenprivatisierung. Im Finanzsystem bleibt die Qualität der Bankdienstleistungen niedrig; das Problem der Aktivaqualität und des Eigenkapitalanteils der Geschäftsbanken, die aus der staatlichen Monopolbank hervorgegangen sind, bleibt ein Problem, obgleich Maßnahmen ergriffen worden sind, die sich dieser Angelegenheit annehmen.

Umwelt

Die Umweltschäden in allen Bereichen - Land, Luft und Wasser - sind in der CSFR sehr schwerwiegend, und weite Bereiche des Landes sind verschmutzt.

Die Luftverschmutzung ist besonders stark in Industriegebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, wie in Prag, der nordböhmischen Region, Bratislava, dem Industriegebiet von Ostrava-Karviná und dem Váh-Tal. Die Schwefelemissionen sind die zweithöchsten Europas und werden hauptsächlich von Kraft- und Heizwerken verursacht, die geringwertige Braunkohle, Lignit und

schweres Heizöl verwenden. Die Kohlevorkommen befinden sich nahe an der Erdoberfläche, was zu verbreitetem Tageabbau führte, der in Teilen des Landes „mondlandschaftsähnliche“ Gebiete geschaffen hat.

Über 50 Prozent der Kulturläche leidet unter starker Erosion; es wird geschätzt, daß pro Jahr mehr als 5 Mio. Tonnen Erde weggespült werden. Entwaldung, Übersäuerung, Verseuchung und Versandung von Wasserläufen und -reservoirs betreffen nun etwa 80 Prozent der Kulturlächen.

Obwohl mehr als ein Drittel der CSFR von Wäldern bedeckt ist, weisen über 66 Prozent der Waldbestände Emissions- und Ablagerungsschäden auf.

CSFR Das Engagement der Bank

Strategie

Am 29. Juli 1991 stimmte das Direktorium der Anfangsstrategie der Bank für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (CSFR) zu.

Prioritätssektoren und -bereiche, in denen die Bank potentiell interessante Projekte untersucht, sind:

Privatisierung, Umstrukturierung und Förderung des Privatsektors

Die Bank wird sich direkt an der Privatisierung von kleinen, mittleren und großen Unternehmen, der Förderung und Schaffung neuer Privatunternehmen und der Unterstützung von Joint Ventures zwischen inländischen Firmen und ausländischen Partnern beteiligen. Vorläufig konzentriert sich die Bank bei der Privatisierung und der Wachstumsförderung des Privatsektors nicht auf spezifische Bereiche. Die Bank wird alle Unterstützungsanträge nach soliden Geschäftskriterien prüfen. Priorität wird jedoch denjenigen Aktivitäten zukommen, die Arbeitsplätze schaffen und Möglichkeiten für verstärkte Export- und Deviseneinnahmen eröffnen. Vorrang wird auch der Beteiligung von ausländischen privaten Investoren eingeräumt, die dringend benötigtes Management- und technisches Know-how und Zugang zu ausländischen Märkten bieten können.

Entwicklung des Finanzsektors

Der Banken- und Finanzsektor ist einer der Schlüsselbereiche für die Unterstützung der Bank an die CSFR. Um sowohl die Marktnachfrage nach mittel- und langfristigem Kapital zu befriedigen als auch den Systemmängeln abzuwehren, könnten ausgewählten Banken und Finanzinstitutionen mit Mittlerfunktion zur Weiterverleihung an lebensfähige Unternehmen Kreditlinien gewährt werden. Wenn eine gründliche Analyse der institutionellen Fähigkeiten ausgewählter Mittler erfolgt ist, kann sich eine Kapitalbeteiligung der Bank zur Stärkung der Kapitalbasis als nötig erweisen.

Bei der Vorbereitung der Privatisierung kann die Bank durch Ausbildung und Fachberatung zur Verbesserung der Prüfungs- und Analysefähigkeit der Intermediäre beitragen und den Aufbau von neuen Institutionen im mittelfristigen Kreditgeschäft fördern.

Die Bank kann außerdem durch die Förderung des Aufbaus von spezialisierten Finanzinstitutionen eine Katalysatorrolle spielen. Insbesondere könnte die Bank den Aufbau von Exportfinanzierungs- und garantieverträgen unterstützen, die für die Förderung der CSFR-Exporte notwendig sind.

Infrastruktur

Angesichts der Komplexität und des Umfangs der Bedürfnisse in den verschiedenen Infrastrukturbereichen werden Koordinierung und Kofinanzierung mit anderen internationalen Organisationen entscheidende Merkmale in der Unterstützungspolitik der Bank darstellen.

Telekommunikation. Der Erfolg bei der Belebung und Privatisierung aller Wirtschaftssektoren hängt in einem beträchtlichen Ausmaß von der Modernisierung und Erweiterung der Kapazitäten des Telekommunikationswesens der CSFR ab. Die Unterstützung der Bank wird sich auf die Erleichterung der Durchführung des Entwicklungsprogramms der Regierung konzentrieren. Diese Projekte umfassen den Aufbau eines überlagerten Digitalnetzes, das sowohl die örtliche und Weitervermittlung als auch die Ost-West- und die Nord-Süd-Glasfaserverbindungen beinhaltet.

Verkehr. Die Regierung plant eine grundsätzliche Neuorientierung ihrer Politik im Verkehrssektor. Diese Revision bietet gute Möglichkeiten für den Einsatz der Bank. Auch das Vorhaben, den Wettbewerb einzuführen und Transportdienstleistungen zu privatisieren, eröffnet Möglichkeiten im Sinne des Mandats der Bank, während Finanzbeiträge der Bank die Verbesserung und

Mitarbeiter des Geschäftsbereiches Merchant and Development Banking diskutieren die Entwicklung des Finanzsektors mit Vertretern der Komerční Banka, der größten Geschäftsbank der CSFR

Projektname **Tschechoslowakische Investitionsgesellschaft**
Art **Beteiligung**

Mio. ECU

Durch die Europäische Bank genehmigte Kapitalbeteiligung **7,46**
Gesamte Investitionen des Projekts **111,86**

Modernisierung des Eisenbahnnetzes und Rollmaterials beschleunigen könnten. Beim Luftverkehr anerkennt die Bank die Vorrangigkeit der Ausweitung und Modernisierung der Flughäfen in Prag und Bratislava nach internationalen Normen.

Energie. Da der Großteil der Schadstoffe in der CSFR auf ihre hauptsächlich kohlenorientierte Energiewirtschaft zurückzuführen ist, könnte die Bank bei der Verminderung der ökologischen Schäden in der CSFR eine bedeutende Rolle spielen, indem Investitionen und Darlehen gezielt auf den Energiesektor gerichtet werden. Dies könnte in Form von Projekten zur Entschwefelung, Abwasserklärung und regionalen Gas- und Fernheizungsnetzen geschehen. Die Bank wird die Möglichkeit der Kofinanzierung von Projekten im Energiesektor mit der Weltbank erkunden, die in diesem Bereich ein Studienprogramm angefangen hat.

Umwelt. Verbesserungen in der Umwelt des Landes gehören zu den verbindenden Elementen im Programm der Bank in der CSFR. Das Umweltprogramm der Bank für die CSFR wird anfänglich drei Schwerpunkte haben:

- die Bereitstellung von Sachverständigenberatung,
- die Finanzierung für einfache kommunale Kläranlagen,
- Energieerhaltung in Form von kombinierter Wärme- und Stromproduktion und Fernheizungsanlagen in großen städtischen Zentren.

Zusätzlich zu Energieeinsparungen und zu Effizienzgewinnen, die für ein Land mit so geringen Energieressourcen lebenswichtig sind, würde der obige Ansatz eine beträchtliche Reduzierung der Schwefel- und anderer Emissionen erreichen. Die Bank wird solche Arbeiten mit Ratschlägen für ein realistischeres Energiepreissystem ergänzen, um Sparmaßnahmen zu fördern.

Entwicklung der Städte. Die Verbesserung und Ausweitung der heruntergekommenen, öffentlichen Versorgungsbetriebe wird für ein effizientes Funktionieren der städtischen Zentren wesentlich sein; es ist klar, daß ausländische Hilfe in jedem Bereich erforderlich sein wird. Die Ausgestaltung und die Durchführung von Wasserversorgungs-, Kanalisations-, Festmüllentsorgungs-, Telekommunikations- und Stromübertragungs-Projekten wird erforderlich sein, um die gegenwärtigen bedeutenden Mängel zu korrigieren. Besonderer Beachtung bedarf der Stadtverkehr.

Andere Sektoren. Die Bank wird prüfen, ob die privatwirtschaftliche Entwicklung des Tourismus in den tschechischen und slowakischen Republiken zu unterstützen ist, da der Hotel- und Tourismussektor relativ kurzfristig zu einer wichtigen Quelle für Arbeitsplätze und Devisen werden könnte. Die Europäische Bank wird in Verbindung mit anderen Organisationen, die im Bildungswesen der CSFR tätig sind, untersuchen, wie sie am besten zu den in diesem Sektor erkannten Bedürfnissen beitragen kann.

Bankprojekte

Czechoslovakia Investment Corporation Inc

Am 24. September 1991 genehmigte das Direktorium die Gründung der Czechoslovakia Investment Corporation Inc. Die Europäische Bank wird mit einer Kapitalbeteiligung von US-\$ 10 Mio. (ECU 7,46 Mio.) einer der bedeutendsten Anteilseigner und ein aktives Vorstandsmitglied sein. Die Investitionsgesellschaft ist von Robert Fleming, einem bedeutenden britischen Vermögensverwalter, und Investiční Banka, einer der größten Banken der CSFR, geschaffen worden. Durch ihre Beteiligung an der Finanzierung wird die Bank ihren Auftrag, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen und Kapital für die mittel- und osteuropäischen Staaten anzuziehen, erfüllen.

Mitarbeiter besuchen die Čokoládovny Fabrik
in Prag

Projektname Čokoládovny	
Sektor Nahrungsmittelhersteller	
Art Beteiligung	
	Mio. ECU
Durch die Europäische Bank genehmigte Kapitalbeteiligung	24,10
Gesamte Investitionen des Projekts	174,03

Čokoládovny

Im Dezember 1991 genehmigte das Direktorium auch eine Kapitalbeteiligung mit einem Gegenwert von US-\$ 30 Mio. (ECU 24,10 Mio.), gleichbedeutend einer 15 prozentigen Beteiligung, an dem Nahrungsmittelunternehmen Čokoládovny. Das Projekt beinhaltet die Umstrukturierung und Privatisierung des bedeutendsten Schokoladen- und Keks-Produzenten der CSFR und wird in Verbindung mit zwei großen westlichen Nahrungsmittelgruppen, Nestlé und BSN, unternommen.

Die CSFR wird auch eines der Einsatzländer der gemeinsamen NMB/EBWE Kreditlinie für Mitteleuropa sein (zu weiteren Einzelheiten vgl. die Tätigkeiten in Polen).

Technische Hilfe

Die Bank führte 1991 ein Projekt der technischen Hilfe in der CSFR durch. Mit dem tschechoslowakischen Telekommunikationsprojekt beabsichtigt die Bank, den tschechischen und slowakischen SPTs technische Hilfe für den Aufbau und das Management eines Institutionellen Entwicklungsprogramms (ECU 570.000 wurden zugesagt) zukommen zu lassen. Die CSFR wird auch eines der Länder sein, dem das Regionale Ausbildungsprogramm für die Entwicklung der Finanzmärkte zugute kommt, sobald es aufgestellt worden ist.

Außenstelle

Die Bank ist dabei, eine passende Unterkunft in Prag zu finden und rechnet mit der Eröffnung einer Außenstelle in der ersten Hälfte 1992.

Ungarn

Landesüberblick

Schlüsselfakten

Fläche (Quadratkilometer) 93.030
Bevölkerung in Millionen (1991) 10.4
Sektorale Anteile an der gesamten Beschäftigung (1990) Landwirtschaft 14% Industrie 31%
Autos pro 1000 Einwohner (1990) 194
Telefone pro 1000 Einwohner (1987) 152
Säuglingssterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten (1988) 16
Lebenserwartung in Jahren (1989) 70
Erwerbsquote, Männer (80er Jahre) 75%
Erwerbsquote, Frauen (80er Jahre) 62%
% der Erwerbsbevölkerung mit höherer Schulbildung 34%
Geschätztes BIP pro Kopf (1990), in US-\$ 6.000*

* Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quellen: OECD Sekretariat
UN Wirtschaftskommission für Europa
Schätzungen der Europäischen Bank
Nationale Behörden
PlanEcon

Politik

Etwa 50 Parteien nahmen an den demokratischen Parlamentswahlen im März/April 1990 teil, die eine vom mitte/rechts-stehenden Ungarischen Demokratischen Forum (UDF) geführte Koalitionsregierung unter Premierminister Jozsef Antall zur Folge hatten. Die zweitgrößte Partei, der Bund Freier Demokraten (BFD), bildete die Opposition. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (bestehend aus dem Konservativen Flügel der früheren Kommunistischen Partei) erhielt nicht die Mindestanzahl der Stimmen, die für einen Sitzgewinn erforderlich sind.

Die vorangegangene Regierung unter Premierminister Miklós Neméth, jetzt ein Vizepräsident der Europäischen Bank, bereitete den Boden für diese Ereignisse. Die ungarische Verfassung wurde im Oktober 1989 beträchtlich geändert, indem die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für freie, Mehrparteien-Wahlen geschaffen und die legislativen, exekutiven und richterlichen Funktionen getrennt wurden. Entscheidende Gesetze, die gesetzliche Bestimmungen zur Volksabstimmung und Garantie der Pressefreiheit enthalten, wurden verabschiedet.

1991 kam Ungarn auf dem Weg der demokratischen und wirtschaftlichen Reformen ständig voran. Die

Übertragung der Macht vom Zentrum ging weiter. Ein Gesetz zu den öffentlichen Finanzen, das die Aufteilung der Einnahmen zwischen der Zentralregierung und den Kommunalbehörden neu bestimmt, wurde dem Parlament vorgelegt. Das Verfassungsgericht stärkte seine Position als Institution im Laufe des Jahres 1991; seine Aufgabe besteht darin, die Befugnisse des Präsidenten und die des Parlaments voneinander abzugrenzen, sowie Gesetzentwürfe und vom Parlament verabschiedete Gesetze zu überprüfen. Zahlreiche Gewerkschaften und andere Vereinigungen gediehen. Dennoch sahen sich sowohl Koalitions- als auch Oppositionsparteien Schwierigkeiten ausgesetzt, die Unterstützung der Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten.

In der Außenpolitik verstärkte Ungarn seine regionalen Beziehungen durch die Erklärung von Visegrad über eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der CSFR, Ungarn und Polen sowie durch die regionale politische und wirtschaftliche Gruppe, die Hexagonale. Ungarn unterzeichnete ein Assoziierungsabkommen mit der EG im Dezember 1991. Engere Bindungen wurden auch mit der EFTA angestrebt. Zusammen mit anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, vor allem mit der CSFR und Polen, versucht Ungarn Verbindungen zur NATO und zur Westeuropäischen Union aufzubauen.

Wirtschaft

Die ungarische Volkswirtschaft machte 1991 beträchtliche Fortschritte. Die Leistungsbilanzseite der Zahlungsbilanz befand sich bereits im zweiten Jahr in einer Überschussposition. In einem beeindruckenden Tempo wurden neue, kleine Unternehmen gebildet. Preise, Zinssätze und Einfuhren wurden fast vollständig liberalisiert. Das Niveau der ausländischen Direktinvestitionen stieg steil an und schuf die Grundlage für die sehr benötigte Bildung von Devisenreserven. Die Produktion nahm jedoch weiterhin ab und die Inflation beschleunigte sich.

Das reale BIP nahm 1990 um vier Prozent und 1991 um weitere acht Prozent ab, hauptsächlich infolge des Zusammenbruchs des RGW, des allmählichen Auslaufens von Subventionen und des zunehmenden Wettbewerbs aus dem Westen. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen stieg von 1,7 Prozent Ende 1990 auf mehr als acht Prozent im Dezember 1991, trotz gefallener Reallöhne im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr. Bei einer weiter allgemein stagnierenden Wirtschaftslage erzielten die kleinen Unternehmen gute Ergebnisse. Die Produktion der Industriebetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten stieg in der ersten Hälfte 1991 um 50 Prozent an.

Die Inflation stieg von 17 Prozent im Jahre 1989 auf 35 Prozent im Jahre 1991. Zu dieser Entwicklung hat der

	1988	1989	1990	geschätzt 1991
BIP zu konstanten Preisen (Veränderung in %)	-0,2	-0,2	-4,3	-8,0
Arbeitslosigkeit in % der Erwerbsbevölkerung	-	0,5	2,0	8,0
Konsolidierter Finanzierungssaldo (% des BIP) *	-0,9	-0,8	-0,1	4,1
Verbraucherpreise (Veränderung in %)	16,1	17,0	28,9	36,0
Einheiten inländischer Währung pro US-\$ (Jahresende)	53,0	63,0	61,0	76,0
Leistungsbilanz (% des BIP)	-2,9	-4,9	0,4	1,2
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen)**	315,1	278,9	247,8	158,1

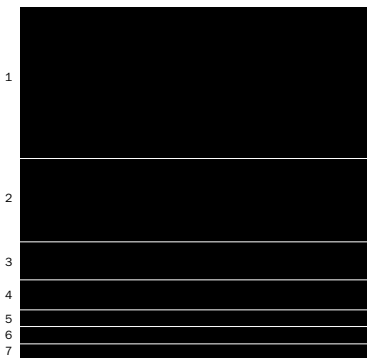
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Ungarn

*GFS-Basis. Einschließlich zentraler und kommunaler Haushalte.

** Jahresende. Nur konvertible Währungen.

- nicht verfügbar

Quellen: Von nationalen Behörden zur Verfügung gestellte Daten und Schätzungen der Europäischen Bank.



Anzahl der Parlamentssitze

Ergebnisse der Wahlen vom März/April 1990

- 1 Ungarisches Demokratisches Forum **165**
- 2 Bund Freier Demokraten **92**
- 3 Partei der Kleinen Landwirte **43**
- 4 Ungarische Sozialistische Partei **33**
- 5 Allianz Junger Demokraten **21**
- 6 Christlich Demokratische Volkspartei **21**
- 7 Andere **11**

relativ zum Kreditwachstum überraschend scharfe Produktionsrückgang beigetragen, aber auch eine Reihe von kostenerhöhenden Faktoren, insbesondere eine Kürzung von Preissubventionen, spielten eine Rolle.

Die ungarischen Reserven an konvertiblen Währungen vervierfachten sich während der 18 Monate bis zum Dezember 1991 auf mehr als US-\$ 4 Mrd., wozu die vermehrten Deviseneinlagen von ungarischen Staatsbürgern beitrugen sowie eine erfolgreiche Emission von staatlich verbürgten Wertpapieren an den internationalen Kapitalmärkten, die zunehmendes Vertrauen in die Volkswirtschaft widerspiegelt. Der Anstieg wurde auch getragen von der steilen Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen und dem Überschuß in der Leistungsbilanz. Obgleich der Bedarf an Devisenreserven ebenfalls zunahm (weil die Importe in konvertiblen Währungen stark zunahmen), war der Reservebestand höher als je zuvor seit 1986. Die Verschuldung in konvertiblen Währungen betrug zur Jahresmitte 1991 US-\$ 19,7 Mrd. (63 Prozent des BIP).

Die Regierung führte ihr Programm der Strukturreformen fort, obgleich das Privatisierungstempo etwas langsamer war als ursprünglich beabsichtigt. Das Programm zielt darauf, den staatlichen Anteil der Vermögenswerte im Wettbewerbssektor bis Ende 1993 auf

weniger als 50 Prozent zu kürzen und die gesetzlichen und administrativen Eingriffe in den Markt zu reduzieren. Ein hohes Maß an Preis- und Importliberalisierung wird einen wirksamen Wettbewerb im Privatsektor anregen.

Umwelt

Die natürlichen Ressourcen und die vom Menschen geschaffene Umwelt sind in Ungarn ernsthaft bedroht. Die Luftqualität ist unbefriedigend in 11 Prozent von Ungarn, wo 44 Prozent der Bevölkerung leben. Die am stärksten betroffenen Gebiete sind die industriellen Ballungsräume, vor allem Borsod, Nograd und die Industriegebiete von Budapest, Komarom und Veszprem sowie die Großstädte, wo der Verkehr stark ist und übermäßige Bleiemissionen hervorruft.

Etwa 65 Prozent der trinkbaren Grundwasserreserven haben keinen ausreichenden natürlichen Schutz gegen Oberflächenschadstoffe. In Budapest werden nur 20 Prozent der abfließenden Abwässer biologisch geklärt; die verbleibenden 80 Prozent, 680.000 Kubikmeter am Tag, enden ungeklärt in der Donau. Die kommunalen Wasserversorgungen in Ungarn werden zunehmend verschmutzt, meist mit ungeklärten Abwässern: etwa 1,3 Mrd. Kubikmeter werden im Jahr an das Oberflächenwasser abgegeben.

Die Probleme des Festmülls bedürfen der besonderen Beachtung. Die Lagerstätten der ehemals illegalen Müllkippen und deren Umweltwirkungen sind unbekannt. Die langfristige Lagerung von gering- und mittelstark verstrahlten radioaktiven Abfällen stellt ebenfalls ein erhebliches Problem dar. Mehr als die Hälfte der städtischen Mülldeponien genügt nicht den Bestimmungen, und es gibt einen kritischen Mangel an ordentlich geführten Deponien.

Projektname: **Petőfi Nyomda Rt.**
Sektor: **Verpackungen**
Art: **Darlehen**
* Von der Regierung garantiert.

Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	4,91
Antizipiertes Konsortialdarlehen	0
Zugesagt durch die Europäische Bank*	4,91
Weitere Darlehensgeber	0
Gesamte Darlehensgewährung	4,91
Weitere Kapitalbeteiligung	1,18
Noch zu finanzieren	5,65
Gesamte Investitionen des Projekts	11,74

Scanning, Druck und Endfertigung bei Petöfi Nyomda Pt, einem Herstellungsbetrieb für Verpackungsmaterial in Ungarn. Dieses Unternehmen erhielt das erste Darlehen der Bank, das an die Privatwirtschaft vergeben wurde

Ungarn **Das Engagement der Bank**

Strategie

Die Strategie der Bank für Ungarn, wie sie vom Direktorium am 24. Juni 1991 genehmigt wurde, wird sich anfangs auf jene Bereiche konzentrieren, wo die Grundlage für ein förderliches Engagement der Bank ausreichend vorbereitet worden ist und wird die europäischen und regionalen Dimensionen, Infrastruktur und Umweltfragen ansprechen. Die hauptsächlichlichen Elemente der ersten Strategie der Bank werden auf das Folgende gerichtet sein:

- Privatisierung, Förderung des privaten Sektors und Umstrukturierung der staatseigenen Betriebe mit dem Ziel, den Wettbewerbssektor der Volkswirtschaft zu stärken,
- Stärkung und Aufbau von Finanzdienstleistungen und -institutionen, insbesondere von solchen, deren Aktivitäten sich auf kleine und mittlere Unternehmen richten,
- Stärkung der Infrastruktur unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse des privaten Sektors und unter Verwendung von privaten Unternehmern in der Infrastrukturentwicklung,
- Wiederherstellung der Umwelt und
- städtische Dienstleistungen und Entwicklungsprogramme.

Die Aufmerksamkeit wird auf Investitionsprogramme von regionaler Bedeutung und auf Projekte konzentriert sein, die Unternehmen in Ungarn und den anderen Einsatzländern der Bank zugute kommen. Die Bank wird die Katalysatorwirkung ihrer Tätigkeit durchweg betonen. Von ihrem strategischen Ansatz und ihrer Auswahl der Projekte wird z.B. erwartet, daß sie zur Schaffung eines Marktes für ausländische Kapitalströme zu gewinnträchtigen Geschäften in Ungarn beitragen.

Privatisierung

Eine oberste Priorität der Bank besteht darin, den Wettbewerbssektor der Volkswirtschaft stärken zu

helfen. Insbesondere wird die Bank diejenigen Investitionen betonen, die die ungarischen Unternehmen wettbewerbsfähiger auf den Weltmärkten machen werden. Verschiedene Formen von Transaktionen, einschließlich Umstrukturierung/Privatisierung von staatlichen Betrieben, Modernisierung/Kapazitätserweiterung von privaten Unternehmen und Joint Ventures auf der „grünen Wiese“ werden erwogen werden.

Die Privatisierungs- und Umstrukturierungsarbeit der Bank wird den gesamten Bereich der staatseigenen Vermögenswerte, einschließlich der öffentlichen Versorgungsbetriebe und Banken abdecken. Die Bank wird sich diesen Aufgaben durch die Schaffung von oder die Beteiligung an Institutionen zuwenden, die die Hilfe der Bank vermitteln (wie z.B. Beteiligungsfonds), und durch direkte Beratung von und Darlehen- und Kapitalbeteiligungen an Unternehmen selber. Die Bank wird ihre Tätigkeit mit der anderer auf diesem Gebiet tätigen Institutionen abstimmen.

Die Investitionsauswahlstrategie der Bank wird vernünftige, marktgesteuerte Initiativen fördern und den privaten Sektor bei seinen Anstrengungen unterstützen, Marktmöglichkeiten aufzuspüren und zu nutzen. Zusätzlich zur finanziellen Zahlungsfähigkeit wird eine Reihe anderer wichtiger Auswahlkriterien, nämlich die Erzeugung von Exporteinnahmen, der Erwerb von betriebswirtschaftlichem Know-how, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung unternehmerischer Fähigkeiten erwogen.

Finanzsektor

Ein wichtiges strategisches Ziel besteht darin, den Finanzdienstleistungssektor und die Kapitalmärkte zu entwickeln, um den Notwendigkeiten einer marktgesteuerten Volkswirtschaft zu entsprechen. Besonderer Nachdruck wird auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen gelegt werden. Die Bank wird dabei Instrumente wie Kreditlinien an

Projektname **Ungarische Telekommunikation**
Sektor **Telekommunikation**

Art **Darlehen**

* Von der Regierung garantiert.

Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	90,88
Antizipiertes Konsortialdarlehen	0
Zugesagt durch die Europäische Bank*	90,88
Local funds	96,22
Gesamte Investitionen des Projekts	187,10

Die Bank finanziert das laufende Modernisierungs- und Erweiterungsprogramm der ungarischen Telekommunikationsbetriebe. Alte Systeme, die noch immer in Betrieb sind, werden ausrangiert

zwischengeschaltete örtliche Banken, die sich zur Bereitstellung langfristiger Finanzierung an die Kunden vor Ort verpflichtet haben, prüfen. Die Unterstützung der Bank für die Schaffung neuer Finanzinstitutionen ist ebenfalls vorgesehen.

Infrastruktur

Die Telekommunikations- und Verkehrsinfrastruktur bedürfen dringend der Verbesserung und der Ausweitung. Die Bank wird danach trachten, die Durchführung der laufenden Investitionsprogramme in Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Institutionen wie der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank zu unterstützen und zu beschleunigen. Eine Beteiligung des privaten Sektors durch Bau-, Betrieb- und Transferprojekte (BOT) oder ähnlicher Mechanismen wird ebenfalls gefördert werden.

Energie und Umwelt

Die gegenwärtigen energiepolitischen Ausrichtungen sehen eine Strukturänderung und eine Diversifizierung der Energieressourcen vor. Die Unterstützung der Bank wird in verschiedenen Formen in Betracht gezogen, um der Regierung bei der Sicherung der Energieversorgung, der Förderung des Energiesparens und Energieerzeugungseffizienz sowie bei der Schaffung von für eine Privatisierung geeigneten Einheiten zu helfen. Insbesondere die geplante Integration der Strom- und Gasversorgungsnetze mit denen Westeuropas und die erwogene Beteiligung des privaten Sektors an der Stromerzeugung könnten interessante Möglichkeiten für die Bank eröffnen.

Umwelterwägungen sind eine wesentliche Komponente jeglicher Handlungen der Bank. Kurzfristig wird die Bank darauf zielen, die Verschlechterung der Umwelt einzudämmen, indem sie sich den Umweltfragen auf der Grundlage von Fallstudien zuwendet. Das langfristige Ziel besteht darin, die Umweltbedingungen wiederherzustellen und zu verbessern (durch auf den privaten Sektor bezogene Investitionen und andere

Maßnahmen), um eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung herzustellen.

Städtische Dienstleistungen

Die Kommunalregierungen spielen eine zunehmend wichtige Rolle bei dem Übergang zur Marktwirtschaft. Indem Vermögenswerte von der Zentralregierung auf die kommunalen Behörden übertragen werden und ein wachsender Anteil der Mittel auf der kommunalen Ebene verwaltet wird, wächst die Bedeutung der kommunalen Behörden in der Herstellung und Durchführung eines Rahmens für die Privatisierung. Der städtischen Entwicklung kommt daher eine hohe Priorität in der Strategie der Bank zu.

In anderen Sektoren wie dem Tourismus, dem Gesundheitswesen und der Wohnungsbaufinanzierung wird die Bank Investitionsmöglichkeiten in Übereinstimmung mit ihrem Tätigkeitsauftrag und ihren grundlegenden Zielen auf der Grundlage von Fallstudien erkunden.

Bankprojekte

Petőfi Nyomda Rt

Im September genehmigte die Bank ihr erstes Darlehen an den Privatsektor von DM 10 Mio. (ECU 4,91 Mio.) an die Petőfi Nyomda Rt, einen Verpackungsmaterialhersteller, um die Modernisierung von Produktionsverfahren zu finanzieren, die Produktionskapazität ausdehnen sowie die Produktqualität und den Kundendienst verbessern zu helfen. Von der Durchführung dieses Investitionsprogramms wird erwartet, daß es den ungarischen Produkten hilft, auf den westeuropäischen Märkten mit der Verwendung verbesserter Verpackungsqualität von Petőfi wettbewerbsfähiger zu werden.

Ungarische Telekommunikations-Gesellschaft

Die Bank genehmigte auch ein Darlehen von

Ron Freeman, Leiter des Geschäftsbereiches Merchant Banking (links), unterzeichnet den Kapitalbeteiligungsvertrag mit dem Geschäftsführer von Microsystem Rt, Péter Vadász

Projektname **Microsystem Rt**
 Sektor **Computer-Systeme**
 Art **Beteiligung**

Mio ECU

Durch die Europäische Bank
 genehmigte Kapitalbeteiligung
**Gesamte Investitionen
 des Projekts**

2,24
6,71

DM 185 Mio. (ECU 90,88 Mio), um das laufende Modernisierungs- und Erweiterungsprogramm der Ungarischen Telekommunikations-Gesellschaft zu unterstützen. Das Darlehen wird die gesamte Devisenkomponente des Budapest- und Dorfentwicklungs-Programms finanzieren, das ein integraler Bestandteil des dreijährigen Kern-Entwicklungsprogrammes der Gesellschaft ist. Die Ziele dieses Projektes, dessen Kosten auf insgesamt ECU 187 Mio. veranschlagt werden, bestehen darin, sowohl die Erreichbarkeit und die Qualität der Telekommunikationsdienste als auch die Effizienz des Telekommunikationssystems in Budapest sowie in ausgewählten ländlichen Gebieten zu verbessern. In der Ausgestaltung des Projektes, das die Entwicklung eines grundlegenden Netzes unterstützt, das für wettbewerbsfähige wertschöpfende Dienste notwendig ist, wird auch eine Erleichterung der künftigen Privatisierung der Telekommunikationsdienste gesehen.

Es wird auch erwartet, daß Ungarn von der NMB/EBWE Kreditlinie, die im September genehmigt wurde, profitiert. (Für weitere Einzelheiten siehe Polen.)

Microsystem Rt

Im Dezember genehmigte die Bank eine Kapitalbeteiligung von US-\$ 3 Mio (ECU 2,24 Mio.) an Microsystem Rt, eine private ungarische Firma, die die Montage, den Vertrieb und den Einzelverkauf von Ausrüstungen der Büroautomatisierung betreibt. Die Hauptziele dieser Investition bestehen darin, zusätzliche Mittel von internationalen Kapitalanlegern für das Unternehmen zu katalysieren und ein einheimisches Unternehmen zu unterstützen, das grundlegende unternehmerische Dienstleistungen an den öffentlichen und privaten Sektor der Volkswirtschaft anbietet.

Technische Hilfe

Die Projekte der Bank im Bereich der technischen Hilfe waren 1991 hauptsächlich auf den Finanz- und Bankensektor ausgerichtet. Es wurde technische Hilfe in Höhe von ECU 76.400 geleistet mit dem Ziel, ein Interbanken-Giroabrechnungssystem aufzubauen, dessen Arbeitsaufnahme für April 1992 erwartet wird.

Im Verkehrssektor wurde technische Hilfe in Höhe von ECU 352.100 bewilligt für Finanzberatungsdienste an das Büro für Konzessions-Autobahnen in Verbindung mit einer Vorprüfung und Ausschreibung zur Durchführung eines Autobahnprojektes im Konzessionswege durch einen privaten Vertragspartner. Die Bank trat außerdem in einen Gesellschaftsvertrag mit der Stadt Budapest ein, um bei der Auswahl und Formulierung eines prioritären Investitionsprogramms für die städtische und ökologische Entwicklung zu helfen. Der Umfang der nach diesem Vertrag zu leistenden technischen Hilfe wird auf ECU 610.000 geschätzt.

Im Telekommunikationssektor wurde technische Hilfe in Höhe von ECU 27.700 bewilligt, um eine Vorstudie für die Ungarische Telekommunikations-Gesellschaft auszuführen.

Außenstelle

Es liegen Vereinbarungen vor, eine Außenstelle in Budapest während der ersten Märzwoche 1992 zu eröffnen.

Polen

Landesüberblick

Schlüsselfakten

Fläche (Quadratkilometer) 312.685
Bevölkerung in Millionen (1989) 38
Sektorale Anteile an der gesamten Beschäftigung (1989) Landwirtschaft 27% Industrie 37%
Autos pro 1000 Einwohner (1987) 74
Telefone pro 1000 Einwohner (1987) 122
Säuglingssterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten (1988) 16
Lebenserwartung in Jahren (1989) 71
Erwerbsquote, Männer (80er Jahre) 83%
Erwerbsquote, Frauen (80er Jahre) 68%
Erwerbsbevölkerung mit höherer Schulbildung 29%
Geschätztes BIP pro Kopf (1990), in US\$ 4.000*

* Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quellen: OECD Sekretariat, UN Wirtschafts-
kommission für Europa, Schätzungen der
Europäischen Bank, PlanEcon

Politik

Polens politische Reform begann 1980 mit der Geburt der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność unter der Führung von Lech Wałęsa, damals ein Elektriker bei der Danziger Werft. Zehn Jahre später wurde er demokratisch zum Präsidenten Polens gewählt.

1989 bildete Tadeusz Mazowiecki, ein Intellektueller der Solidarność, die erste nicht-kommunistische Regierung Polens und der Region seit 1948. Die von dieser Regierung unter Führung von Finanzminister Leszek Balcerowicz verfolgte wirtschaftliche Schocktherapie zog internationale Unterstützung aber auch nationale Kritik auf sich, daß nicht genug getan worden sei zur Milderung der sozialen Kosten. Diese Debatte dauert an.

Im Januar 1991 wurde Jan Bielecki, ein 39-jähriger Ökonom aus der Solidarność, Ministerpräsident. Er führte eine größtenteils aus jungen Technokraten bestehende Übergangsregierung bis zu den freien, demokratischen Mehrparteien-Parlamentswahlen. Diese verzögerten sich um fast ein Jahr, während die Politiker sich mit Fragen über die Befugnisse des Präsidenten und das Wahlrecht auseinandersetzten. Gleichzeitig wurden 1991 die Befugnisse des Präsidenten erweitert, da er, im Gegensatz zum Sejm, durch das Volk gewählt worden war. Eine der ersten Aufgaben des neuen Parlaments wird die Annahme einer neuen

Verfassung sein, die die Befugnisse des Präsidenten und die des Parlaments voneinander abgrenzt.

Im Verlauf des Jahres 1991 teilte sich die Solidarnośćbewegung in drei große Parteien: die Zentrumsallianz, die Demokratische Union und den Liberaldemokratischen Kongreß. Teile der Kommunistischen Partei, die sich selbst 1990 auflöste, gruppierten sich neu als Demokratische Linke.

Am 27. Oktober 1991 wurden die ersten freien Parlamentswahlen seit dem zweiten Weltkrieg in Polen abgehalten. Die Wahlbeteiligung war gering und keine einzelne Partei erreichte mehr als 13 Prozent der Stimmen. An erster Stelle stand die mitte-links stehende Demokratische Union und an zweiter die Allianz der Demokratischen Linken. Nach diesen ergebnislosen Wahlen einigten sich fünf Parteien der Mitte, einschließlich der Zentrumsallianz und des Liberaldemokratischen Kongresses, auf eine Beteiligung an der Regierung; diese wurde von Jan Olszewski von der Zentrumsallianz geführt. Er wurde am 6. Dezember 1991 zum Premierminister ernannt. Die Olszewski-Regierung deutete an, daß sie als Reaktion auf die zunehmende Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Not die Wirtschaftsreformen abändern würde.

In der Außenpolitik suchte Polen 1991, die Beziehungen zu Europa zu stärken. Im Dezember 1991 unterzeichnete die polnische Regierung ein Assoziierungsabkommen mit der EG.

Sie trat dem Europarat bei. Mit der CSFR und Ungarn unterzeichnete Polen die Erklärung von Visegrad, in der die gemeinsame Verpflichtung ausgedrückt wird, die Teilung Europas zu überwinden und für den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft zusammenzuarbeiten. Polen ist Mitglied der Hexagonale, bestehend aus Österreich, der CSFR, Ungarn, Italien und Jugoslawien. Warschau ist Sitz einer neuen KSZE-Gruppe für die Förderung der Demokratie.

Wirtschaft

1991 erlebte Polen schwere Anpassungsprobleme mit einer sich verstärkenden Rezession, fallenden Realeinkommen und zunehmender Arbeitslosigkeit, während das wirtschaftliche Umwandlungsprogramm, das zwei Jahre zuvor begonnen hatte, sich weiterhin durch die Volkswirtschaft durchsetzte.

Die schwachen Leistungen der staatseigenen Betriebe, von denen die meisten sich nicht an die neugeschaffene, wettbewerbliche Umgebung angepaßt hatten, blieben ein grundlegendes Problem. Trotz einer 14-prozentigen Abwertung im Mai und einer starken Zunahme der Ausfuhren in die EG-Länder wies die Handelsbilanz aufgrund höherer Konsumgüterimporte und des Überganges zu Energieeinfuhren zu Weltmarktpreisen ein Defizit auf. Der Zusammenbruch des

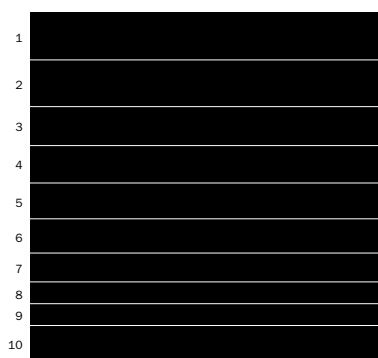
	1988	1989	1990	geschätzt 1991
BIP zu konstanten Preisen (Veränderung in %)	1,8	0,5	-12,0	-10,0
Arbeitslosigkeit in % der Erwerbsbevölkerung	-	0,3	6,0	12,0
Finanzierungssaldo öffentlicher Haushalte(% des BIP)	0	-7,4	3,8	-4,0
Verbraucherpreise (Veränderung in %)	60,2	251,1	599,9	70,0
Einheiten inländischer Währung pro US-\$ (Jahresende)	503,0	6500,0	9500,0	10957,0
Leistungsbilanz (Mio. US-\$)	-580,0	-1843,0	668,0	-
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen)*	476,2	474,6	379,8	-

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Polen

*Jahresende. Nur konvertible Währungen

- nicht verfügbar

Quellen: Von nationalen Behörden zur Verfügung gestellte Daten und Schätzungen der Europäischen Bank



Anzahl der Parlamentssitze

Ergebnisse der Wahlen von Oktober 1991

- 1 Demokratische Union 62
- 2 Allianz der Demokratischen Linken 60
- 3 Konföderation Unabhängiges Polen 51
- 4 Christlich-Nationale Union 50
- 5 Polnische Bauernpartei 48
- 6 Zentrumsallianz 44
- 7 Liberaldemokratischer Kongreß 37
- 8 Bauern Solidarität 28
- 9 Solidarność 27
- 10 Andere 48

Handels mit der früheren Sowjetunion verschlechterte ebenfalls die Lage. Als Konsequenz fielen die stark von den Unternehmenssteuern abhängenden öffentlichen Einnahmen drastisch, gerade als die Ausgabenforderungen beträchtlich stiegen. Die Arbeitslosenquote verdoppelte sich 1991 auf 12 Prozent und das BIP nahm um 10 Prozent ab. Der staatseigene Sektor, der auf etwa 70 Prozent der Volkswirtschaft geschätzt wird, schrumpfte um 17 Prozent (nachdem er 1990 um fast 20 Prozent fiel), wobei die Industrie und die Bauwirtschaft weiterhin die am stärksten betroffenen Bereiche sind.

Bei dem gegebenen Größenunterschied zwischen dem Staats- und dem Privatsektor wurde das Wachstum der privaten Tätigkeiten in Reaktion auf die neuen Rahmenbedingungen durch die viel stärkere Abnahme der Produktion im öffentlichen Sektor überschattet. Trotzdem stiegen die privatwirtschaftlichen Tätigkeiten um etwa 16 Prozent im Jahre 1991 weiterhin an, wodurch ein Gesamtwachstum, konzentriert auf Einzelhandel und kleine Unternehmen, von etwa einem Drittel im Laufe der letzten zwei Jahre hinweg erwirtschaftet wurde. Der Landwirtschaftssektor zeigte 1991 - nach einem dreiprozentigen Anstieg der Produktion 1990 - ein unbedeutendes Wachstum. Die Inlandsnachfrage schrumpfte weiter nach dem 20-prozentigen Rückgang 1990. Die Reallöhne fielen um etwa

20 Prozent und verblieben bei etwa 50 Prozent des 1989er Niveaus. Sowohl die Bruttoinvestitionen als auch der Konsum nahmen um ungefähr 10 Prozent ab.

Die Schrumpfung der Wirtschaft und das rückläufige Realeinkommen fielen zusammen mit wachsenden Ansprüchen auf Ausgaben für Arbeitslosengelder, Pensionsleistungen, Gesundheitswesen, Ausbildung, Infrastruktur und die Umwelt und setzten den Staatshaushalt unter starken Druck. Der unvorhergesehene Zusammenbruch der Steuereinnahmen, aus staatseigenen Betrieben, die vorher 80 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten, trug stark zu der Verschlechterung des Haushalts bei, der 1991 nicht das erwartete geringe Defizit von weniger als einem Prozent, sondern ein Defizit in Höhe von vier Prozent des BIP aufweisen wird.

Umwelt

Die wichtigsten Umweltprobleme Polens stehen in Verbindung mit der Verschmutzung der Luft, des Wassers und des Bodens und mit ihrer Einwirkung auf wertvolle Ressourcen wie Agrarland, Wald und Mineralien.

Die Luft wird hauptsächlich durch die Befuerung der Kraftwerke mit Stein- und Braunkohle, Industrieanlagen und Haushaltsheizungen verschmutzt. Die stärkste Luftverschmutzung ist verbunden mit der Verwendung von Steinkohle in Kattowitz und den

benachbarten Woiwodschaften (kommunalen Behörden), von Braunkohle in Grünberg (aus örtlichen Quellen und aus dem nahen Deutschland und der CSFR) und von beiden Brennstoffen in einer Anzahl anderer Städte.

Die Wasserverschmutzung ergibt sich aus übermäßiger Müllablagerung, dem Abpumpen von Salzwasser aus Bergwerken und der unzureichenden Klärung von Abwässern hauptsächlich in den südlichen Industriegebieten. Die Wirkungen auf das Wasser der Weichsel und der Oder sind jedoch derart, daß eine „Umweltkatastrophenzone“ bis zum weit entfernten Danzig entsteht.

Die Bodenressourcen sind besonders beeinträchtigt durch die Ablagerung von Festmüll. Zusammen mit der Luftverschmutzung ist dies ein wesentliches Element der akuten Umweltprobleme des Kupferbergbau- und -hüttengebietes von Legnica-Glogow.

Die Bank leistet dem polnischen Sozialversicherungsfonds (ZUS), der dringender Modernisierung bedarf, technische Hilfe. Neue EDV-Ablagesysteme werden die alten ersetzen und Ausbildung der Mitarbeiter wird zu einer effizienteren Bearbeitung von Ansprüchen und Mietzahlungen beitragen

Strategie

Am 23. September 1991 nahm das Direktorium eine Strategie für die Arbeit der Bank in Polen an. Die Strategie konzentriert sich auf die Bereitstellung technischer und finanzieller Hilfe für drei Hauptaktivitäten:

- Privatisierung und Umstrukturierung von staatseigenen Betrieben und Banken (ebenso wie finanzielle Hilfe für ausgewählte private Unternehmen in prioritären Sektoren),
- Modernisierung des Banken- und Finanzsektors im allgemeinen und Förderung spezialisierter Finanzinstitutionen und des Privatkundengeschäfts mit besonderem Nachdruck auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen,
- Umweltsanierung und ökologisch orientierte Energieprogramme ebenso wie Unterstützung für die Modernisierung, Stabilisierung und Privatisierung des Energiesektors.

Privatisierung

Die kurzfristige Strategie der Bank im Bereich der Privatisierung und Umstrukturierung wird Aktivitäten in den folgenden Bereichen betonen:

- Unterstützung für den Aufbau von örtlichen Privatbanken mit Mittlerfunktion,
- den Aufbau privater Weiterverleihungskredite bei angesehenen ausländischen Geschäftsbanken, zur Verteilung von erstrangigen Schuldtiteln in Hartwährungen an geeignete Unternehmen,
- die Bereitstellung von Direktfinanzierung und technischer Hilfe an Unternehmen mit guten Betriebskennziffern und fähigem Management und
- die Bereitstellung von vertragsmäßiger technischer Hilfe, zur Entwicklung von Privatisierungs- und Umstrukturierungsplänen für ausgewählte Großunternehmen.

Bei der direkten Förderung des privaten Sektors, die zusätzlich zu der allgemeinen laufenden Beratung und

Unterstützung der Regierung zur Entwicklung des privaten Sektors gewährt wird, wird der anfängliche Schwerpunkt der Bank liegen auf:

- der direkten Bereitstellung von Fremdkapital und - von Fall zu Fall - auf Quasi-Beteiligungen an örtlichen Unternehmen mit glaubwürdigen Unternehmensplänen, tüchtigem Management und beträchtlichen Einnahmen an harten Währungen,
- der Kofinanzierung von ausländischen Direktinvestitions-Transaktionen (Darlehen und Beteiligungen), besonders im finanziellen, industriellen, Telekommunikations- und Landwirtschaftssektor und
- der Bereitstellung von Beratung durch Mechanismen wie die Polnischen Geschäftsberatungs-Dienste (PGBD) an mittelständische Unternehmen bei der Aufstellung von Unternehmensplänen, der Erlangung von Unterstützung zur Sicherung der Finanzierung und dem Zugang zu Management-Beratungsdiensten.

Finanzsektor

Im Finanzsektor wird die Strategie der Bank „Institutionen-orientiert“ sein, d.h. die Bank wird eng mit ausländischen Banken und den aufkommenden örtlichen Banken zusammenarbeiten, um ausländische Joint Ventures (unter Mitwirkung der Bank) zu ermutigen, die Qualität der Bankdienstleistungen zu steigern. Die Unterstützung von öffentlichen Finanzinstitutionen wird ebenfalls erwogen werden, vorausgesetzt, daß diese kommerziell orientiert sind, und daß ihr Ziel darin besteht, einen wachsenden Privatsektor zu unterstützen.

Die Bank kann ebenfalls - gemeinsam mit ausländischen und inländischen Institutionen - ein Teilhaber bei einer oder mehreren inländischen Investitionsbanken und Investmentfonds mit nachgewiesenem Verdienst und Potential werden. Sie wird auch die Finanzierung von Finanzinstitutionen außerhalb des Bankensektors unterstützen.

Projektname **Bank von Posen (WBK)**
Sektor **Ferheizungsunternehmen**
Art **Darlehen**
* Von der Regierung garantiert

Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	37,29
Antizipiertes Konsortialdarlehen	0
Zugesagt durch die Europäische Bank*	37,29
Weitere Darlehensgeber	29,83
Gesamte Darlehensgewährung	67,12
Weitere Kapitalbeteiligung	0
Noch zu finanzieren	0
Gesamte Investitionen des Projekts	67,12

Kontrollraum und Pumpstation des
Fernheizungskraftwerkes

Umwelt

Das Konzept der Bank bei der Unterstützung der polnischen Umweltprogramme wird sich auf die folgenden Kerngebiete ausrichten:

- Unterstützung bei der Verbesserung der Umweltpolitik und die Entwicklung eines dezentralisierten Umweltmanagementsystems,
- Durchführung des geplanten „Schulden für Umwelt-Swapfonds“ (in diesem Zusammenhang wird die Bank Anfang 1992 eine internationale Konferenz zu dieser Initiative organisieren),
- finanzielle Unterstützung für regionale, auf Polen bezogene Umweltprojekte, z.B. Ostsee, „Schwefel-Dreieck“ und Oberschlesien,
- finanzielle Unterstützung für die ökologischen Prioritäten der nationalen Umweltpolitik durch Kreditgeschäfte,
- finanzielle Unterstützung für die Entwicklung einer Umweltgüter- und -dienstleistungsindustrie in Polen,
- technische Hilfe für den in spezifischen Projekten integrierten Umweltschutz, z.B. Abwässer, Abfallwirtschaft, Kontrolle der Luftverschmutzung und Landrückgewinnung.

Energie

Im Energiesektor werden die Tätigkeiten der Bank überwiegend umweltorientiert sein. Sie wird folgendes unterstützen:

- die Errichtung einer marktorientierten Volkswirtschaft durch eine Umstrukturierung des Energiesektors,
- ein glaubwürdiges und stabiles Energieangebot durch Diversifizierung des Energiehandels,
- regionale Integration,
- Verbesserung des Wirkungsgrades des Energieverbrauchs,
- Förderung ausländischer Investitionen und
- die Einführung von international anerkannten Umweltstandards und verringertes Umweltverschmutzung.

Infrastruktur

Große Probleme und Beschränkungen bestehen in der Infrastruktur. Da die Telekommunikation entscheidend für das Funktionieren der Marktwirtschaft ist, wird die Bank den finanziellen Anforderungen dieses Sektors besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Im Verkehrssektor wird die Bank sich auf diejenigen Bemühungen konzentrieren, die eine Beteiligung des privaten Sektors fördern, insbesondere durch die Nutzung von Finanzierungstechniken wie Bau-, Betriebs- und Transfersysteme (BOT).

Geeignete Projekte werden, sobald sie entstehen, von Fall zu Fall auch in anderen bedeutenden Sektoren wie Landwirtschaft und Agro-Industrie, Wohnungsbau, Bezirks- und Stadtentwicklung, Gesundheitswesen, Tourismus und Erziehung erwogen werden. Die Ausbildung wird ein integraler Bestandteil des strategischen Ansatzes der Bank sein, insbesondere in Verbindung mit Reformen des Finanzsektors und dem Management der privatisierten Unternehmen, die nicht über die erforderlichen Sachkenntnisse verfügen, um unter Marktbedingungen tätig zu werden.

Bankprojekte

Bank von Posen

Am 25. Juni 1991 genehmigte die Bank ihr erstes Darlehen von US-\$ 50 Mio. (ECU 37,29 Mio.) an die Bank von Posen (WBK) für Weiterverleihungen an verschiedene Heizunternehmen und andere Unternehmen mit Privatisierungspotential, die an Wärme- und Dampfproduktion und -verkauf beteiligt sind. Die Ziele des Projektes, das durch ein parallel von der Weltbank kofinanziertes Darlehen unterstützt wird, bestehen darin, die Durchführung eines umfassenden Umstrukturierungsprogrammes für den Heizsektor zu unterstützen, die Lebensdauer der bestehenden Vermögenswerte durch die Sanierung und Einführung moderner Technologien zu verlängern, das Energiesparen zu fördern und die

Eine polnische Abwasseraufbereitungsanlage. Die Bank erteilt Rat zur Vorbereitung von Investitionsprogrammen für Abwassersammlung und -aufbereitung sowie die Trinkwasserversorgung in einer Reihe von polnischen Städten

Projektname Lodom	
Sektor Kühlagerung	
Art Darlehen	
Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	
Antizipiertes Konsortialdarlehen	1,64
Zugesagt durch die Europäische Bank	1,64
Weitere Darlehensgeber	4,62
Gesamte Darlehensgewährung	6,26
Weitere Kapitalbeteiligung	4,47
Noch zu finanzieren	0
Gesamte Investitionen des Projekts	10,73

Projektname: **Polska Telefonía Komórkowa**
Sektor **Mobiltelefon**
Art **Darlehen**

Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	
Antizipiertes Konsortialdarlehen	29,83
Zugesagt durch die Europäische Bank	44,75
Weitere Darlehensgeber	0
Gesamte Darlehensgewährung	44,75
Weitere Kapitalbeteiligung	22,37
Noch zu finanzieren	67,12
Gesamte Investitionen des Projekts	134,24

Projektname **NMB/EBRD Central European Agency Line**
Art **Kreditrahmen**

Finanzierung	Mio. ECU
Zugesagt durch die Europäische Bank	
	29,83
Zugesagt durch NMB	44,75
Gesamter Kreditrahmen	74,58

Umweltverschmutzung zu verringern.

Lodom

Am 26. November 1991 genehmigte die Bank ein Darlehen von US-\$ 2,2 Mio. (ECU 1,64 Mio.) an Lodom, ein polnisches Joint Venture, das für den Aufbau und Betrieb einer Kühlagerungseinrichtung in Stettin geschaffen wurde. Lodom ist ein Joint Venture zwischen dem Polish American Enterprise Fund, Mostostal Panel Company, einem polnisch-amerikanischem Joint Venture, und Przedsiębiorstwo Rolno-Przemysłowe w Szczecinie, einem polnischen staatseigenen Unternehmen kurz vor der Privatisierung.

Polska Telefonía Komórkowa (PTK)

Am 26. November 1991 genehmigte die Bank ein Darlehen von US-\$ 60 Mio. (ECU 44,75 Mio.) an die Polska Telefonía Komórkowa (PTK), ein polnisches Joint Venture, das für den Aufbau und Betrieb eines landesweiten Mobilfunknetzes gebildet wurde. Das Darlehen wird zur Finanzierung des Aufbaus eines NMT 450 Mobilfunknetzes und des Kaufs von Ausrüstungen für das Netz beitragen. Andere Darlehensgeber werden aufgefordert werden, sich an dem Darlehen zu beteiligen. Die Partner der Joint Venture-Gesellschaft, die - wie erwartet wird - bis Mitte 1992 vollständig arbeitsfähig sein wird, sind: die polnische PTT, France Telecom Mobiles International und Ameritech International.

NMB/EBRD Central European Agency Line

Man erwartet, daß Polen ein Hauptempfänger der gemeinsamen Kreditlinie von NMB/EBRD sein wird, die am 24. September 1991 genehmigt wurde, um kleine und mittlere Unternehmen in Mittel- und Osteuropa zu finanzieren. Die Bank ist darauf vorbereitet, bis zu US-\$ 40 Mio. (ECU 29,83 Mio.) zuzusagen, und NMB Bank Postbank Groep NV ist darauf vorbereitet, US-\$ 60 Mio. (ECU 44,75 Mio.) der gesamten Kreditlinie von US-\$ 100 Mio. (ECU 74,58 Mio.) zu übernehmen. Mit der Fazilität wird

beabsichtigt, kleinen und mittleren Unternehmen Zugang zu den Diensten dieser holländischen Bank in mittel- und osteuropäischen Ländern zu geben, die dort Geschäftsniederlassungen oder Tochterfirmen besitzt. Es ist auch beabsichtigt, zusätzliche internationale Kreditmittel anzuziehen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.

IBG Food Processing

Am 18. Dezember genehmigte die Bank ebenfalls ein Darlehen von DM 10,7 Mio. (ECU 5,26 Mio.) an Janofrost, Krespol und Kujawy-Frost, drei polnische Joint Ventures, die geschaffen wurden zum Aufbau, zur Ausrüstung und zum Betrieb von Nahrungsmittelverarbeitungs- und Kühlagerungsanlagen. In jedes Joint Venture ist die österreichische Industriebeteiligungs GmbH (IBG) einbezogen.

Technische Hilfe

Die folgenden wesentlichen Projekte für technische Hilfe wurden 1991 genehmigt:

- Unterstützung in Form von Beratung des Finanzministeriums, um bei der Erarbeitung der detaillierten Struktur eines Einlagenversicherungssystems zu helfen. Die Finanzierung der Europäischen Bank beträgt ECU 153.800.
- Vorbereitungen für ein Investitionsprogramm von insgesamt ECU 115.000 für Einzug und Klärung von Abwässern (einschließlich Klärschlamm) und die Frischwasserversorgung für die Stadt Danzig.
- Eine Vorbereitungsstudie für ein Seminar über das polnische System der sozialen Sicherheit (ECU 48.600).
- Zusammen mit der IFC gründete die Bank den Polish Business Advisory Service (PBAS). Der PBAS leistet Finanz- und Geschäftsberatung und Dienste an den Mittelstandsektor in Polen. Die Bank hat für dieses Projekt ECU 2.200.000 zugesagt.

Zeichnung für eine Lebensmittelverarbeitungs- und Kühleinrichtung der Art, wie sie für Janofrost, Krespol und Kujawy-Frost (Projekt IBG Food Processing) finanziert wird

- Eine Durchführbarkeitsstudie für den Polnischen Fonds für Privatisierung (ECU 55.800 zugesagt).
- Beratung für die Umstrukturierung eines Textilunternehmens in Łódź (ECU 2.400 zugesagt).

Die Bank leistete auch dem Ministerium für Privatisierung Unterstützung durch die Bereitstellung von fünf entscheidenden Beratungspositionen, um die Aufgabe des Ministeriums zu erleichtern, die Umstellung der Wirtschaft des Landes auf Privatunternehmen voranzubringen. Die Finanzierung wird im Rahmen des EG-PHARE Programms bereitgestellt.

Außenstelle

Die Außenstelle der Bank in Polen wird ab dem 15. Januar 1992 arbeitsbereit sein im LIM Centre-Marriott, Raum 15.14, Al. Jerozolimskie 65/79, 00-697 Warschau, Tel.: (48) 2 630 7275, Fax: (48) 2 630 6551.

Rumänien

Landesüberblick

Schlüsselfakten

Fläche (Quadratkilometer) 237.500
Bevölkerung in Millionen (1989) 23
Sektorale Anteile an der gesamten Beschäftigung in (1989) Landwirtschaft 28% Industrie 45%
Autos per 1000 Einwohner (1987) 11
Telefone per 1000 Einwohner (1987) 111
Säuglingssterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten (1988) 25
Lebenserwartung in Jahren (1989) 69
Erwerbsquote, Männer (80er Jahre) 83%
Erwerbsquote, Frauen (80er Jahre) 68%
Geschätztes BIP pro Kopf (1990), in US-\$ 3.000*

*Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quellen: OECD Sekretariat, UN
Wirtschaftskommission für Europa, Schätzungen
der Europäischen Bank, PlanEcon

Politik

Rumänien erduldet über viele Jahre hinweg eines der strengsten totalitären Regime. Da die zentrale Kontrolle sehr extrem war, sind die erforderlichen Anstrengungen, um einen radikalen Wandel zu erreichen, größer als in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern. Dennoch entschied 1991 die internationale Gemeinschaft, daß Rumäniens Fortschritt in Richtung Demokratie und einer marktgestützten Volkswirtschaft ausreichend war, um beträchtliche wirtschaftliche Hilfe zu rechtfertigen. Das rumänische Parlament verabschiedete ein umfassendes und ehrgeiziges Privatisierungsgesetz, ein liberalisiertes Gesetz für ausländische Investitionen und ein Landreformgesetz. Protest und Gewalttätigkeit der Bergbauarbeiter gegen die Belastungen der wirtschaftlichen Reformen erzwang im September 1991 den Rücktritt der Regierung der Front zur Nationalen Rettung Rumäniens (FNR) unter Premierminister Petre Roman. Premierminister Teodor Stoilojan, ein Unabhängiger, der sein Amt im Oktober antrat, setzte die wirtschaftliche Liberalisierung weiter fort. Das neue Kabinett enthielt weitere Unabhängige und Repräsentanten der wichtigsten politischen Parteien. Für das Frühjahr 1992 sind Neuwahlen geplant.

Die neue Verfassung Rumäniens wurde mit der Beratung internationaler Verfassungsrechtsexperten zum Ende

des Jahres 1991 angenommen. Sie sieht eine Reihe demokratischer Rechte, einschließlich der Gewissens-, Religions-, Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit vor. Die Rechte von Gruppen und Minderheiten werden formell garantiert. Die ungarische Bevölkerungsminderheit in Transsylvanien hat aber weiterhin große Vorbehalte, in welchem Umfang diese Rechte in der Praxis gesichert sein werden.

Mehr als 200 rumänische politische Parteien und Organisationen waren 1991 tätig. Im Juni 1991 unterzeichneten die FNR und eine Reihe von oppositionellen Parteien die Mehrparteien-Charta für Reformen und Demokratie. Große Unterschiede zwischen dem Reform- und dem konservativem Flügel der FNR deuten auf die Möglichkeit einer künftigen Spaltung der FNR hin.

Die Gewerkschaften sind jetzt unabhängig aber zersplittert. Eine zunehmende Anzahl rumänischer Gesellschaften und Vereinigungen entstehen ebenfalls und beginnen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Pressefreiheit wird allgemein respektiert, aber die Medien werden durch wirtschaftliche Schwierigkeiten eingeeengt. Es gibt Anstrengungen der Opposition, einen privaten Fernsehkanal als eine Alternative zum staatlichen Programm einzurichten.

Das Ziel der Außenpolitik der Regierung bestand 1991 darin,

Rumänien wieder in das europäische politische Leben zu integrieren. Rumänien unterzeichnete die Kulturkonvention des Europarates, was zu einer künftigen Mitgliedschaft im Rat führen kann. Rumänien spielte 1990/91 auch eine sehr konstruktive Rolle als Mitglied des UN-Sicherheitsrates.

Wirtschaft

1991 litt Rumänien weiter unter abnehmender Produktion, zunehmender Arbeitslosigkeit und fallenden Realeinkommen. Das reale BIP hat, so wird geschätzt, um 10 Prozent abgenommen - nach einer Abnahme von etwa 15 Prozent in den zwei vorangegangenen Jahren. Der Anstieg der gemeldeten Arbeitslosen auf 3,5 Prozent gibt nicht die Nachfragebedingungen wieder, da Unternehmen von den Gewerkschaften gedrängt wurden, Arbeitsplätze aufrecht zu erhalten. Die OECD hat geschätzt, daß 6 Prozent eine plausible Zahl für die zugrundeliegende Arbeitslosigkeit ist.

Die Preise sind, so wird geschätzt, 1991 im Durchschnitt um 160 Prozent gestiegen. Die Bemühungen, einen Teil der Reallohnverluste aufzuholen, führten zu beträchtlichen Lohnerhöhungen, die die Inflation anheizten. Die Zahlungsbilanz zeigte trotz wiederholter Abwertungen der Währung keine Verbesserung. Die Exporte nahmen um 10 Prozent ab, und das Defizit der Leistungsbilanz wird auf US-\$ 2,4 Mrd. geschätzt.

	1988	1989	1990	geschätzt 1991
BIP zu konstanten Preisen (Veränderung in %)	-0,5	-5,8	-7,4	-10,0
Arbeitslosigkeit in % der Erwerbsbevölkerung	-	-	2,0	6,0
Finanzierungssaldo öffentlicher Haushalte (% des BIP)	-	8,4	0,6	-
Verbraucherpreise (Veränderung in %)*	2,2	1,1	5,1	160,0
Einheiten inländischer Währung pro US-\$ (Jahresende)	14,0	14,0	35,0	189,0
Leistungsbilanz (Mio. US-\$)	3625,0	2864,0	-1650,0	-2400,0
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen)**	26,3	25,5	49,4	-

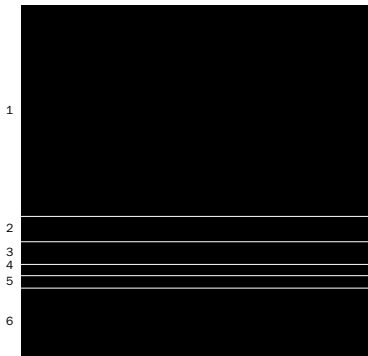
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Rumänien

*Bis Ende 1990 gewichteter Mittelwert der Preise für Güter und Dienstleistungen, die von staatlichen Unternehmen und Genossenschaften verkauft wurden und der Preise auf freien Bauernmärkten; für 1991. Konsumentenpreisindex.

**Jahresende. Nur konvertible Währungen

- nicht verfügbar

Quellen: Von nationalen Behörden zur Verfügung gestellte Daten und Schätzungen der Europäischen Bank



Anzahl der Parlamentssitze

Ergebnisse der Wahlen von Mai 1990

- 1 Front zu Nationalen Rettung Rumäniens 233
- 2 National-Liberale Partei 29
- 3 Ungarische Demokratische Union 29
- 4 Nationale Bauernpartei 12
- 5 Rumänische Ökologische Bewegung 12
- 6 Andere 81

Die Regierung hielt trotz der gefallen Realeinkommen und ausgeprägten Mangels an bestimmten Nahrungsmitteln und anderen Gütern des Grundbedarfs unerschütterlich an ihrem Reformkurs fest. Die Preise wurden stufenweise ab Oktober 1990 freigegeben; die Preiskontrollen bleiben jetzt nur für Güter bestehen, die 20 % der Marktproduktion ausmachen, einschließlich Bergbauprodukten und Konsumgütern des Grundbedarfs. Die Behörden führten die vollständige Inlandsconvertibilität der Währung mit Wirkung vom 11. November 1991 ein.

Schnelle Fortschritte sind bei der Schaffung des gesetzlichen Rahmens für ein dezentralisiertes, marktorientiertes Finanzsystem erreicht worden. Im Anschluß an die Einführung des zweistufigen Bankensystems im Februar 1990 wurden im April 1991 Gesetze über die Zentralbank und die Geschäftsbanken erlassen, Gesetze zum Konkursrecht sind entworfen worden und warten auf die Beratung durch das Parlament.

Ein umfassendes Privatisierungsgesetz wurde im August 1991 verabschiedet. Das Eigentum wird auf die private und die öffentliche Hand im Verhältnis 3 zu 7 aufgeteilt werden, wobei das Privateigentum an Bürger gegeben und durch Fonds verwaltet werden wird und der öffentliche Anteil durch einen Staatlichen Beteiligungs-Fond kontrolliert wird. Eine Anzahl von Unternehmen

wird davon getrennt privatisiert werden und dem allgemeinen Privatisierungsprozeß vorangehen.

In der Landwirtschaft, die 28 Prozent der gesamten Bevölkerung beschäftigt, begann die Privatisierung Anfang 1991 gemäß dem Gesetz zur Landreform. Etwa fünf Millionen Menschen sind für die Rückgabe von Land, dessen Eigner sie ursprünglich waren, registriert worden. Es wird erwartet, daß 70 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bis Ende 1992 privatisiert werden wird.

Die Umstrukturierung der staatseigenen Betriebe erweist sich jedoch als schwierig. Der Mangel an Energie und Rohstoffen und der weiterhin schwierige Zugang zu ausländischen Finanzmitteln behinderte die Umstrukturierungsversuche. Trotz eines liberalen Regimes für ausländische Direktinvestitionen und einer beständig zunehmenden Anzahl von Joint Ventures waren die ausländischen Kapitalzuflüsse begrenzt.

Umwelt

Die qualitativ und quantitativ bescheidenen verfügbaren Daten deuten an, daß Umweltschädigungen in Rumänien sowohl von der Schwerindustrie, die mit begrenzten Umweltschutzkontrollen arbeitet, als auch von der hochintensiven Landwirtschaft stammt, die ohne die Unterstützung von ökologischem Management durchgeführt wird.

Der Boden ist durch den Bergbau, die schlechte Müllentsorgung (insbesondere von gefährlichen Abfällen) und die Landwirtschaft geschädigt. Es hat eine weitverbreitete Bodenerosion gegeben, und die ökologischen und landwirtschaftlichen Ressourcen sind durch das Pflügen verloren gegangen. Der Zustand der Wälder wird als gut angesehen; er verschlechtert sich aber um stark industrialisierte Gebiete herum.

Das Fehlen eines Umwelt-Managementsystems sowie von geeigneten Institutionen und Vorschriften ist eines der dringendsten Probleme Rumäniens.

Rumänien **Das Engagement der Bank**

Strategie

Die Anfangsstrategie der Bank für Rumänien wurde vom Direktorium am 28. Oktober 1991 gutgeheißen. Sie wird sich auf das Folgende konzentrieren:

Wesentliche Prioritäten:

- Privatisierung und Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen und Förderung der Entwicklung kleiner Unternehmen,
- Reform des Finanzsektors und Umstrukturierung der Banken,
- Entwicklung der Infrastruktur, einschließlich Verkehr, Telekommunikation und der Wiederherstellung der Energieproduktion und -verteilung und
- landwirtschaftliche Unterstützungsdienste und die Finanzierung landwirtschaftlicher Vorleistungen und Geräte.

Weitere mögliche Tätigkeiten:

- Schutz und Sanierung der Umwelt,
- Stadtentwicklung.

Privatisierung und Umstrukturierung der Unternehmen

Die rumänische Regierung macht einen beträchtlichen Fortschritt bei der Entwicklung eines neuen gesetzlichen und institutionellen Rahmens für eine marktgesteuerte Volkswirtschaft, die auf Privateigentum der Produktionskapazität beruht. Die Bank erwartet, sich an dem Privatisierungsprozeß sowohl durch laufende technische Hilfe für die Nationale Agentur für Privatisierung (NAP) als auch zur gegebenen Zeit durch Unterstützung von und Beteiligung an bestimmten Privatisierungsaktionen zu beteiligen.

Reform des Finanzsektors und Umstrukturierung der Banken

Beträchtliche technische Hilfe ist dringend erforderlich, um die Systeme und Fachkenntnisse für ein effizientes Finanzsystem zu entwickeln. Insbesondere die überwachenden und regulierenden

Gremien bedürfen der Stärkung, um sicherzustellen, daß der Finanzsektor sich in einer vernünftigen und transparenten Weise entwickelt. Die Tätigkeiten der Bank werden sich deshalb kurzfristig auf technische Hilfe im Finanzsektor konzentrieren in dem Versuch, die Einführung von Bedingungen zu fördern oder zu beschleunigen, die ein breiteres Programm von Darlehen an und Investitionen in Finanzinstitutionen unterstützen.

Infrastruktur

Verkehr. Die Bank kann bei ihren Anstrengungen, die mittel- und osteuropäischen Länder in die Weltwirtschaft zu integrieren, die Schaffung der rumänischen Verkehrsadern unterstützen. Dabei könnte die Bank die Errichtung eines Verkehrskonzeptes fördern, um den Verkehrssektor zu einer marktorientierten Struktur mit stärkerer privater Beteiligung an der Bereitstellung von Verkehrsdiensten zu führen.

Die Gesamtstrategie der Bank für den Verkehrssektor wird unterstützen:

- die Entwicklung der innereuropäischen Verkehrsadern,
- die allmähliche Beseitigung von inländischen Verkehrsengpässen,
- die Verbesserung des Gesetzesrahmens, um ein effizient funktionierendes Verkehrssystem zu erreichen.

Energie

Die gegenwärtige Energiepolitik in Rumänien zielt darauf, als Bestandteil des Übergangs zur Marktwirtschaft die Öl- und Gasproduktion wiederherzustellen und ein größeres Gewicht auf die Energieeffizienz zu legen. Die neue Politik wird danach trachten, den Rückgang der inländischen Produktion zu begrenzen und gleichzeitig das Gesamtmanagement für jeden Energie-Subsektor zu verbessern.

Das Donaudelta wurde von der rumänischen Regierung zu einem Naturschutzgebiet erklärt. Außerdem wurde es zu einem Schutzgebiet des Naturerbes der Welt ernannt

Die Bank wird den Investitionsbedarf der wirtschaftlich wichtigen und für die durch die Umwelt gefährdeten Bereiche Fischerei und Fremdenverkehr untersuchen

Die Prioritäten der Bank würden Unterstützung leisten für:

- den Aufbau eines marktorientierten Energiesektors, der durch seine physische Umstrukturierung und eine stufenweise Preisreform, die sich spezifisch auf die Bedingungen und Kosten des Landes bezieht,
- die Verbesserung der Effizienz, mit der Energie produziert, verteilt und verwendet wird, teilweise durch die Entwicklung der bestehenden Einrichtungen für die Turbinen- und Erzeugungsproduktion und die Verbesserung der Managementtechniken,
- Förderung der regionalen Integration einschließlich der Entwicklung von Gasleitungen und der Zusammenschaltung des rumänischen Elektrizitätsnetzes mit den westlichen Netzen und
- Verbesserung der Umweltauflagen und Senkung der Umweltverschmutzung durch besondere Maßnahmen einschließlich der Förderung europäischer Sicherheitsstandards.

Landwirtschaft

Die Bank hat die Landwirtschaft als den Sektor ausgewiesen, der am schnellsten einen vorwiegend privatwirtschaftlichen, immer mehr von Marktmechanismen bestimmten Charakter annehmen kann. Es wird erwartet, daß beträchtliche Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktivität in einer relativ kurzen Zeitspanne erreicht werden können, da jetzt der größte Teil des anbaufähigen Bodens in Privatbesitz ist. Eine Anzahl von Zwangsbedingungen müssen prioritär überwunden werden, um in den Genuß der Ergebnisse dieser großdimensionierten Privatisierung zu kommen. Die Bank könnte Unterstützungen an den privaten Sektor gewähren, um

- die Verwaltung und den Vertrieb der landwirtschaftlichen Produkte zu verbessern;
- die Transport- und Lagerungseinrichtungen, insbesondere die Kühllagerung, zu erweitern;
- kleine landwirtschaftliche Betriebe und Privatproduzenten durch private Maschinendienste zu unterstützen und

- den Zugang zu kommerziellen Krediten durch die Bereitstellung einer landwirtschaftlichen Kreditlinie an einen geeigneten Finanzintermediär zu verbessern.

Umwelt

Der Grad der Umweltschädigung in Rumänien ist derartig, daß jeder Eingriff, um wirksam zu sein, die Probleme mit Blick auf die Gesamtheit angehen muß. Dies würde die Entwicklung eines Umwelt-Managementsystems mit voller Einbeziehung der internationalen Normen durch die Regierung erfordern mit der Unterstützung der Bank, soweit dies wünschenswert ist. Dazu gehören:

- die Entwicklung einer Umweltstrategie für das Land als Bestandteil des gesamten Wirtschaftsprogramms;
- die Ausgestaltung eines Systems für den Umweltschutz und die Finanzierung von Umweltprojekten;
- die Aufstellung von Umweltstandards und des Rahmens für die Überwachung und Durchsetzung dieser Standards;
- industrielle Umwelt-Prüfungen als Teil eines Investitionsprogramms, das die Bank übernehmen könnte;
- das Management der Wasserqualität,
- ein Luftverschmutzungs-Kontrollprogramm für den Kraftwerksbereich, für die chemische und petrochemische Industrie und für den Bergbau.

Bankprojekte

Rom Telecom

Am 16. Dezember 1991 genehmigte die Bank ein Darlehen in Höhe von ECU 142 Mio. in verschiedenen Währungen für Rom Telecom (RT) mit Rumänien als Garantiegeber. Die Investitionsziele bestehen darin, den Telekommunikationssektor in die Lage zu versetzen, seine Rolle für die Gesamtreform und -entwicklung der rumänischen Marktwirtschaft zu übernehmen. Das Projekt wird insbesondere effiziente und wirkungsvolle

Projektname Rom Telecom	
Sektor Telekommunikation	
Art Darlehen	
Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	142,0
Antizipiertes Konsortialdarlehen	0
Zugesagt durch die Europäische Bank*	
Weitere Darlehensgeber	406,8
Gesamte Darlehensgewährung	548,8
Weitere Kapitalbeteiligung	0
Noch zu finanzieren	0
Gesamte Investitionen des Projekts	548,8

*Von der Regierung garantiert

Projektname GEC Alstom IMGB	
Sektor Stromerzeugungsausrüstungen	
Art Darlehen	
Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	23,0
Antizipiertes Konsortialdarlehen	0
Zugesagt durch die Europäische Bank	
Weitere Darlehensgeber	0
Gesamte Darlehensgewährung	23,0
Weitere Kapitalbeteiligung	125,7
Noch zu finanzieren	0
Gesamte Investitionen des Projekts	148,7

Telekommunikationsdienste bereitstellen und mit ausgewählten Investitionen beginnen, die darauf ausgerichtet sind, der Überlastung des Gesamtsystems abzuwehren und eine schnelle Verbesserung der Telekommunikationsdienste für Teilnehmer aus der Wirtschaft zu erreichen. Zur gleichen Zeit versucht das Projekt, die Umwandlung der neu aufgebauten RT in eine unabhängige kommerzielle Organisation zu ermöglichen, die leicht privatisiert werden könnte.

Das Projekt umfaßt:

- die Errichtung eines überlagerten digitalen Fernnetzes zusammen mit der Ausdehnung der internationalen Kapazität und der Bereitstellung örtlicher Netze, mit einer Anschlußmöglichkeit von 600.000 neuen Abonnenten an diese neuen Einrichtungen und den Einsatz von 400.000 abgenutzten Leitungen,
- technische Hilfe für Maßnahmen, um das Management, die Effizienz und das Finanzergebnis von RT zu verbessern.

GEC Alstom/IMGB Joint Venture

Am 18. Dezember 1991 sagte die Bank eine Darlehensfinanzierung von ECU 23 Mio. über zwei Phasen zu an ein neugeschaffenes Joint Venture zwischen der GEC Alstom Gruppe (GEC Alstom) und der Intreprinderea de Masini Grele Bucaresti (IMGB), einem rumänischen Industriegüterhersteller. Das Joint Venture wird die Technologie und die Managementkenntnisse von GEC Alstom für die Sanierung der bestehenden IMGB-Fabrik anwenden, die derzeit mit weniger als der Hälfte ihrer Fertigungskapazität arbeitet. Die Fabrik wird hochwertige Turbinen, Generatoren und Kondensatoren für Kraftwerke herstellen. Ein beträchtlicher Anteil ihrer Produkte wird in die Wiederherstellung der elektrischen Stromerzeugungskapazität der rumänischen Stromversorgung RENEL gehen, die

selber beträchtlich unterhalb ihrer Kapazität arbeitet. Eine vergrößerte inländische Stromproduktion würde große Hartwährungs- und wirtschaftliche Vorteile für Rumänien haben.

Technische Hilfe

Die Bank hat die Nationale Agentur für Privatisierung unterstützt, ihr Programm der „frühen Privatisierung“ durchzuführen, indem sie dabei half, die Aufgabenstellung zu entwerfen und Berater auszuwählen für die Vorbereitung:

- von ausführlichen Richtlinien und Verfahren für den Verkauf von Anteilen und Vermögenswerten, um eine transparente und faire Durchführung des Privatisierungsgesetzes (58/1991) sicherzustellen,
- einer Liste von 30 Unternehmen und einer Liste von Vermögenswerten, die verkauft werden sollen,
- einer Standardmethodik und von Kriterien für die Beurteilung der Privatisierungsvorschläge und den Verkauf von Vermögenswerten.

In Verbindung mit dem Darlehen an Rom Telecom hat die Bank auch technische Hilfe hinsichtlich der Entwicklung des Sektors und der Kommerzialisierung von Rom Telecom geleistet. Die Finanzierung von zwei Projekten der technischen Hilfe belief sich auf ECU 595.300.

Außenstelle

Die Diskussionen über die Unterbringung der Außenstelle der Bank haben begonnen.

UdSSR

Landsüberblick

Schlüsselfakten

Fläche (Quadratkilometer) 22.400.000
Bevölkerung in Millionen (1989) 286
Sektorale Anteile an der gesamten Beschäftigung in % (1989) Landwirtschaft 19% Industrie 39%
Autos pro 1000 Einwohner (1987) 50
Telefone pro 1000 Einwohner (1987) 124
Säuglingssterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten (1988) 25
Lebenserwartung in Jahren (1989) 70
Erwerbsquote, Männer (80er Jahre) 81%
Erwerbsquote, Frauen (80er Jahre) 73%
Erwerbsbevölkerung mit höherer Schulbildung 27%
Geschätztes BIP pro Kopf (1990), in US-\$ 5.000*

* Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quellen: OECD Sekretariat, UN
Wirtschaftskommission für Europa, Schätzungen
der Europäischen Bank, PlanEcon

Politik

1991 war das unruhigste und das letzte Jahr in der Geschichte der UdSSR. Als im März 1985 Michail Gorbatschow Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR wurde, startete er einen Reformprozeß unter dem Namen „Perestroika“, der eine radikale Umgestaltung des bestehenden Kommandosystems ins Auge faßte, während die UdSSR und der Sozialismus gestärkt werden sollten. Unter dem Schlagwort „Glasnost“ wurde die Politik von Stalin und anderen früheren Landesführern zum Gegenstand scharfer Kritik gemacht, politische Häftlinge entlassen und die Religionsfreiheit weit ausgedehnt.

Wie die Ereignisse der zweiten Hälfte von 1991 zeigten, entfesselten die Anfangsreformen, so wie die Revision der 1977er Verfassung, die den Weg zu einer Mehrparteien-Demokratie öffnete, neue Kräfte. Die Hardliner in der sowjetischen Führung waren zunehmend beunruhigt durch die wachsende Bedrohung der Einheit des Landes. Am 19. August 1991 inszenierten sie einen Staatsstreich, der schnell fehlschlug.

Die Veränderungen im politischen Umfeld waren so weitreichend, daß sie das Ableben des kommunistischen Systems einschließlich der kommunistischen Partei beschleunigten. Im Lichte der nationalistischen Bestrebungen einiger Republiken wurde die Rolle der Union verworfen. Alle drei

baltischen Staaten erklärten formell ihre Unabhängigkeit, und die Wiederherstellung ihrer Souveränität wurde international anerkannt.

Das Auseinanderbrechen der UdSSR begann formell am 2. September 1991, als Gorbatschow und die Führer von 10 Republiken ihre Absicht erklärten, eine neue Konföderation zu bilden, in der jede Republik ihre Beteiligung unabhängig festlegen würde.

Es folgten mehrere Versuche, die Union in irgendeiner Form mittels eines Wirtschaftsabkommens und eines Vertrages über eine politische Union zu erhalten.

In den letzten Monaten des Jahres 1991 wurde jedoch die Desintegration des Zentrums durch die stark verschlechterte wirtschaftliche und soziale Lage beschleunigt. Die Ukraine stimmte mit überwältigender Mehrheit für die vollständige Unabhängigkeit. Sie schloß sich mit Rußland und Weißrußland zusammen und unterzeichnete am 8. Dezember 1991 ein Abkommen in Minsk, um eine Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu gründen.

Bis zum Ende des Jahres hatten 11 der verbleibenden 12 Republiken (Georgien war die Ausnahme) das Abkommen von Minsk unterzeichnet. Am 26. Dezember 1991, einen Tag nach dem Rücktritt Präsident Gorbatschows, nahm der Unionsrat des Obersten Sowjets auf seiner letzten Sitzung eine formelle

Erklärung zur Auflösung der UdSSR an.

Das Abkommen zur Errichtung der GUS umfaßte ein Bekenntnis der Mitgliedsstaaten zu den Zielen der Charta der Vereinten Nationen, der Helsinki Schlußakte und anderer KSZE-Dokumenten, zu gleichen Rechten und Freiheiten für ihre Bürger, Achtung der territorialen Unversehrtheit und Freizügigkeit über die Grenzen. Die Mitglieder bemühten sich, eine einheitliche Befehlsstruktur über die gemeinsamen strategischen Streitkräfte und eine gemeinsame Kontrolle der Atomwaffen beizubehalten. Die Koordinierung der Außenpolitik, die Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, die Zusammenarbeit beim Umweltschutz und der Kampf gegen das organisierte Verbrechen wurden als Gebiete gemeinsamer Kompetenz der GUS identifiziert.

Die Schaffung der GUS milderte die unmittelbare Gefahr von Gewalt. Bis zum Ende des Jahres 1991 hatten einige Republiken weitverbreitete internationale Anerkennung ihrer Unabhängigkeit erreicht. Es gibt aber immer noch Grund zu der Befürchtung, daß die Stimmung in der Bevölkerung von Enttäuschung zur Verzweiflung umschlägt, falls die demokratischen Kräfte nicht schnell und wirksam handeln. In diesem Fall könnte die Euphorie des Augusterfolges in Chaos oder Diktatur umschlagen. Die künftigen Aussichten hängen von dem politischen Willen der Betroffenen ab.

	1988	1989	1990	geschätzt 1991
BIP zu konstanten Preisen (% Änderung)	5,50	3,00	-2,00	-12,00
Arbeitslosigkeit als % der Erwerbstätigen*	0	0	0	0
Konsolidierte Haushaltsbilanz (% des BSP)	10,30	10,00	6,10	20,00
Verbraucherpreise (% Änderung)	0,50	2,00	5,30	91,00
Einheiten der Landeswährung pro US-\$ (Jahresende)**	0,61	0,63	0,77	1,75
Leistungsbilanz(in Mrd. US-\$)	1,67	-3,30	-2,90	5,00
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen)***	118,10	144,80	144,10	177,10

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für die UdSSR

* Offiziell gemeldete Arbeitslosigkeit

** Offizieller Bankwechsellkurs

*** Jahresende. Nur variable Währungen

Quellen: The Institute of International Finance and Goskomstat

Wirtschaft

1991 verschlechterten sich alle makroökonomischen Leistungsindikatoren der sowjetischen Volkswirtschaft in einem beispiellosen Ausmaß. Die scharfe Rezession war verbunden mit dem Zusammenbruch des Finanz- und Währungssystems. Das konsolidierte Haushaltsdefizit der Unionsrepubliken überstieg 20 Prozent des BSP und das Wachstum der Löhne und der Geldmenge geriet außer Kontrolle mit dem Ergebnis, daß Ende 1991 die galoppierende Inflation bereits einer Hyperinflation nahe kam. Ein weiterer Hinweis auf diesen Trend war der Schwund der Kaufkraft des Rubel. Sein Auktionskurs fiel von Rbl. 22 - 25 pro US-\$ im Januar 1991 auf Rbl. 100 - 110 im November und auf Rbl. 140 - 150 im Dezember 1991.

Nach der Umstellung auf ein Hartwährungs-Zahlungssystem mit Wirkung vom 1. Januar 1991 brach der Außenhandel, insbesondere mit den früheren RGW-Partnern, zusammen. (In den ersten drei Quartalen 1991 nahmen die sowjetischen Exporte in die früheren RGW-Staaten um 56,8 Prozent und die Importe um 60 Prozent ab). Die Schuldendienstverpflichtungen sowie die öffentlichen und privaten Darlehenstilgungen und -zinsen beliefen sich Ende 1991 auf US-\$ 4,5 Mrd. Trotz der Schuldenmoratorien, auf die sich öffentliche und private Gläubiger einigten, sahen sich die

Nachfolgerstaaten der UdSSR einer zunehmenden Zahlungsbilanzkrise gegenüber, wobei die offiziellen Devisenreserven bis Mitte Dezember auf ein Niveau von US-\$ 105 Mio. erschöpft waren.

Ende Oktober 1991 wurde von der russischen Föderation ein Programm drastischer wirtschaftlicher Reformen unternommen. Dieses Schocktherapie-Programm, ähnlich dem Polens, das harte makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen und einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft ins Auge faßte, bedeutete eine drastische Veränderung im Reformprozeß der sowjetischen Volkswirtschaft. Der Beginn der Freigabe der Preise - der Grundstein des Stabilisierungs- und Reformpaketes - war für den 2. Januar 1992 vorgesehen und würde eine wachsende Anzahl anderer ehemaliger Republiken zum Nachziehen zwingen.

Die einseitigen russischen Reformschritte waren teilweise durch die Undurchführbarkeit schneller und abgestimmter Reformen innerhalb des Abkommens über eine Wirtschaftsgemeinschaft begründet. Die GUS wurde geschaffen, um mögliche katastrophale Konsequenzen einer vollständigen Aufspaltung zu verhindern.

Umwelt

Die ehemalige Sowjetunion leidet unter weitverbreiteter Umweltverschmutzung und Umwelterstörung, Raubbau an natürlichen Ressourcen, unterentwickelten oder nichtexistierenden Umwelt-Managementtechniken in der Industrie und den Nachwirkungen von Umweltunfällen. Seit dem Unglück von Tschernobyl, dessen Folgen immer noch untersucht werden, sind die Sicherheitsaspekte der von der Sowjetunion konstruierten Atomkraftwerke verstärkt untersucht worden. Es gibt hier - wie in anderen Umweltbereichen - jedoch einen allgemeinen Mangel an Umweltinformationen und genauen Daten.

Es wird geschätzt, daß in jedem Jahr 62 Mio. Tonnen primärer Luftverschmutzung von der Industrie und 36 Mio. Tonnen von mobilen Quellen produziert werden.

Die Wasserverschmutzung ist weitverbreitet und resultiert aus übermäßigem Gebrauch von Chemikalien in der Landwirtschaft (Pestizide und Düngemittel), industriellen Abwässern und Mangel an städtischen Abwasserkläranlagen.

Obgleich keine Daten über gefährliche Abfälle vorliegen, wird geschätzt, daß mehr als 20 Mio. Tonnen an

gefährlichen Abfällen pro Jahr produziert werden (mehr als in der gesamten Europäischen Gemeinschaft). Gesundheitsrisiken aus Umweltquellen werden 10-100 Prozent höher geschätzt als das von der Weltgesundheitsorganisation akzeptierte Niveau. Chronische Krebsrisiken für eine Durchschnittsperson übersteigen in etwa 68 Städten die typischen OECD-Normen ungefähr um den Faktor 100.

Zur Unterstützung der finanziellen Infrastruktur in den aufsteigenden Wirtschaften hat die Bank Hilfe beim Aufbau einer Reihe von Schulen für die Ausbildung im Finanz- und Bankwesen sowie in der Unternehmensführung geleistet. Die ersten Schulen werden in St. Petersburg und Moskau betriebsbereit sein

UdSSR Das Engagement der Bank

Strategie

Aufgrund der zunehmenden Instabilität und Unberechenbarkeit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage der früheren UdSSR entschied das Direktorium, im Jahre 1991 keine langfristige Strategie zu verabschieden. Das Direktorium genehmigte auf seiner Sitzung am 4. September 1991 einen kurzfristigen Aktionsplan für die frühere Sowjetunion. Zusätzlich zu den allgemeinen Zielen der Bank bestanden die wesentlichen Erwägungen und Ziele des Aktionsplans darin:

- den besonderen Bestimmungen des Übereinkommens zur Errichtung der Bank zu entsprechen,
- die wesentlichen Bereiche im Übergang zur Marktwirtschaft, die die dringendsten Reformbedürfnisse ansprechen und gleichzeitig von der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Instabilität weitgehend unabhängig sind, zu behandeln,
- die Anfangsaktionen auf technische Hilfe zu konzentrieren verbunden mit einigen Darlehens- und Kapitalbeteiligungen zur Förderung des Aufbaus privatwirtschaftlicher Institutionen und zur Entwicklung von Infrastrukturen, die für die Marktwirtschaft förderlich sind,
- eine enge Zusammenarbeit mit dem IWF, der Weltbank, der EG und der OECD in den verschiedenen Bereichen der an die frühere UdSSR zu leistenden Hilfe sicherzustellen,
- einen ausgewogenen Ansatz für die Hilfeleistung an verschiedene Regierungsebenen und geographische Regionen zu erstellen.
- die Banktätigkeiten in der früheren UdSSR auf Bereiche zu konzentrieren, in denen die Bank ihre eigenen Mittel am wirksamsten nutzen und auch Finanzmittel gewähren kann, die durch den Kooperationsfonds für Technische Hilfe und durch Kofinanzierungsvereinbarungen verfügbar sind,
- Flexibilität und Offenheit des Programms der Bank beizubehalten, um sich an die schnell verändernden Umstände anpassen zu können.

Auf der Basis der oben genannten Kriterien und Erwägungen identifizierte der kurzfristige Aktionsplan folgende Prioritätsbereiche:

Privatisierung und Förderung der Unternehmen

Die Bank wird für Privatisierung und Förderung von Unternehmen Unterstützung bereitstellen durch Beratungshilfe und Ausbildung. Die Beratungshilfe ist auf die Regierungen der Republiken und Städte zu richten. Sie muß ebenfalls mehreren staatseigenen Betrieben zur Verfügung gestellt werden, die moderne Managementtechniken einführen und dabei sind, sich in Körperschaften umzuwandeln. Die Privatisierungsausbildung hat zwei wesentliche Elemente: Eine Reihe von Privatisierungskursen wird in den Republiken und auch im Ausland darauf abzielen, Schulung für Privatisierungsmanager bereitzustellen. Der Aufbau eines ständigen Instituts für Privatisierungsausbildung wird ins Auge gefaßt.

Finanzsektor

Die Hilfe der Bank an den Finanzsektor wird sich auf das Geschäftsbankenwesen, die Wertpapiermärkte und die Versicherungsindustrie konzentrieren, die alle die Entwicklung des in Kinderschuhen steckenden Finanzsektors beträchtlich hemmen.

Landwirtschaftlicher Vertrieb

Der Aktionsplan der Bank umfaßt drei Pilotprojekte für die Schaffung von Großhandelsmärkten mit verbesserter Lagerung, Nahrungsmittelverarbeitung und verbesserten Transportmöglichkeiten in den ländlichen Regionen in der Umgebung von Moskau und St. Petersburg. Mit diesen Pilotprojekten soll die nötige Erfahrung gesammelt werden, die den nachfolgenden Aufbau eines erweiterten Netzes von Großhandelsmärkten erlaubt.

Energie

Die Tätigkeit der Bank in diesem Sektor wird mit der Europäischen Energie-Charta übereinstimmen und sich auf Projekte und Programme konzentrieren, die

Projektname **Enhanced Digital Network**
Sektor **Telekommunikation**
Art **Darlehen**

Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	3,58
Antizipierte Konsortialdarlehen	1,27
Zugesagt durch die Europäische Bank	4,85
Weitere Darlehensgeber	0
Gesamte Darlehensgewährung	4,85
Weitere Kapitalbeteiligung	5,44
Noch zu finanzieren	0
Gesamte Investitionen des Projekts	10,29

Eine Reihe von Geschäftszentren und Hotels wurden durch die EDNI-Gateways miteinander verbunden, was die für die Geschäftswelt wichtige erstklassige internationale Telekommunikation gestattet. Die Bank teilsfinanziert die Installierung und den Betrieb dieses Systems

Projektname Parker Drilling	
Sektor Bohrunternehmen in Sibirien	
Art Darlehen	
Finanzierung	Mio. ECU
Darlehensgewährung der Europäischen Bank	5,04
Antizipierte Konsortialdarlehen	4,24
Zugesagt durch die Europäische Bank	9,28
Weitere Darlehensgeber	0
Gesamte Darlehensgewährung	9,28
Weitere Kapitalbeteiligung	5,15
Noch zu finanzieren	0
Gesamte Investitionen des Projekts	14,43

unmittelbar Einnahmen in harter Währung schaffen oder wesentliche Sicherheitsfragen betreffen. Die Prioritäten der Bank bestehen darin, private Investitionen in Projekten des Erdöl- oder Gassektors zu finanzieren und anzuregen. Das Programm der technischen Hilfe der Bank ist im wesentlichen auf die Durchführung von Verbesserungen beim Produktions- und Verteilungsmanagement und auf die Erfüllung der Umweltstandards und der Sicherheitsanforderungen für die Atomkraftwerke gerichtet.

Bankprojekte

Die Anstrengungen der Bank konzentrierten sich eher auf die Bereitstellung von Darlehen als auf Kapitalbeteiligungen und Garantien. Nichtsdestoweniger ist vorgesehen, daß Beteiligungen im Jahre 1992 ein zunehmend wichtiges Instrument werden sollen.

Parker Drilling Company

Einem Darlehen von US-\$ 12,5 Mio. (ECU 9,28 Mio.) wurde zugestimmt, um die Errichtung und den Betrieb von drei Bohranlagen im westlichen Sibirien durch ein Unternehmen zu finanzieren, das als Tochtergesellschaft im Alleinbesitz der Parker Drilling Company, einem US-Vertragsbohrunternehmen, gebildet wird. Die Tochtergesellschaft von Parker Drilling Company wird die Anlagen unter Vertrag für „White Nights Joint Enterprises“ betreiben, die gegenwärtig pro Tag etwa 25.000 Barrel Öl fördert und dadurch beträchtliche Einnahmen in Hartwährungen erzeugt. Von den drei zusätzlichen Bohranlagen und weiteren modernen Ölfelddienstleistungen wird erwartet, daß sie die Produktion auf 150.000 Barrel pro Tag steigern.

Enhanced Digital Network

Ein Darlehen für US-\$ 6,5 Mio. (ECU 4,85 Mio.) an Enhanced Digital Network (EDN), einem russischen Telekommunikationsunternehmen, wurde genehmigt, um die Errichtung und den Betrieb eines verbesserten internationalen digitalen Telekommunikationssystems

im Gebiet von Moskau zu finanzieren. Die Geschäftsbanken werden aufgefordert, sich an dem Darlehen zu beteiligen. Unter dem Namen SOVINTEL wird EDN ein Telekommunikationssystem betreiben, das hochwertige, internationale Selbstwähldienste für Gesprächs-, Daten- und Bildfunkübertragungen für Moskauer Hotels und Geschäftszentren bereitstellt. Vollständig vom gegenwärtigen sowjetischen internationalem System getrennt, wird es eines der ersten seiner Art in den Republiken sein.

Technische Hilfe

Programme für technische Hilfe sind in Vorbereitung und laufen auf folgenden Gebieten: Privatisierung, Finanzsektor, landwirtschaftliches Vertriebssystem und städtische Dienste sowie allgemeine Beratung auf den von der russischen Regierung gewünschten Gebieten.

Privatisierung

Privatisierungsprogramm der Moskauer Stadtverwaltung. Die Bank unterzeichnete am 24. Mai 1991 ein Abkommen, um als führender Privatisierungsberater für die Moskauer Stadtverwaltung das Anfangsprogramm für technische Hilfe (APTH) auszuführen; dies ist ein Pilotprogramm zur Privatisierung, das Ratschläge über Privatisierungsmethoden formulieren und Sektoren und Unternehmen für eine frühzeitige Privatisierung identifizieren soll. Beratung zur Gesetzgebungspolitik ist angeboten worden, und eine Unternehmensliste für Privatisierungs-Pilotprojekte ist abgeschlossen worden (ECU 1.230.000 wurden zugesagt).

Privatisierungsprogramm der St. Petersburger Stadtverwaltung. Am 22. Oktober 1991 unterzeichnete die Bank ein Abkommen als führender Privatisierungsberater mit der Stadtverwaltung von St. Petersburg. Das Unterstützungsprogramm wird enthalten:

- allgemeine Privatisierungsberatung;
- Entwicklung eines Pilot-Privatisierungs-Programmes;
- Aufbau einer Privatisierungs-Datenbank,

Die Bank berät die Moskauer Stadtverwaltung über Privatisierung unter Verwendung der Erfahrungen, die bei der Durchführung von Pilotprojekten gesammelt wurden

- Errichtung eines Zentrums für ausländische Investoren.

Im Anschluß an die Unterzeichnung eines Abkommens mit der russischen Regierung am 24. Mai 1991 leistete die Bank wesentliche Hilfe zur Unterstützung des Privatisierungsprogramms der Republik. Die ersten Aufgaben beinhalten: Einen Überblick über die russische Privatisierungsgesetzgebung, eine praktische Definition des Privatisierungsprogramms (z.B. Methoden, Unternehmensauswahl) und die Identifizierung von Unternehmen für ausländische Direktinvestitionen (ECU 914.000 wurden zugesagt).

Verfassen von technischen Privatisierungshandbüchern und Richtlinien für ausländische Investoren. Die Handbücher werden den Umgestaltungsprozeß der Unternehmen in Aktiengesellschaften und den Prozeß der Privatisierung kleiner Unternehmen erleichtern.

Für die Einrichtung einer internationalen Schule für Betriebsführung und Privatisierung, einschließlich der Ausbildung von Personal, Ausgestaltung des Lehrplans und logistische Unterstützung wird Hilfe zur Verfügung gestellt. (ECU 1.000.000 wurden zugesagt)

Ein Symposium der Europäischen Bank und des UNDP zur Entwicklung kleiner Unternehmen wird die Ausgestaltung von Richtlinien zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen behandeln, sowie Institutionenaufbau- und Entwicklungsunterstützungssysteme und Mechanismen zur Sicherung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit zur Leistungssteigerung der Unternehmen.

Entwicklung des Finanzsektors

Unterstützung für die Einrichtung einer internationalen Fachschule für Finanzierung und Bankwesen wird gewährt werden, um Fachkräfte in allen wesentlichen Bereichen des Geschäftsbanken-, des Zentralbanken- und des Versicherungswesens sowie der Wertpapiermärkte auszubilden. Außerdem wird Unterstützung für

sieben weitere Bankfachschulen in den Republiken gewährt werden (ECU 2.300.000 wurden zugesagt).

Technische Beratung für die Entwicklung eines Marktes für Staatspapiere wird erteilt werden (ECU 7.400 wurden zugesagt). Für leitende Beamte des Finanzministeriums und der russischen Zentralbank werden Schulungsmöglichkeiten über Finanzmärkte bereitgestellt werden. Hilfe wird zur Unterstützung von Ausbildung, Vorschriften, Regeln über Geschäftstätigkeit sowie die Automatisierung und die Umstellung auf Computer an der Börse gewährt werden. Das Programm der technischen Hilfe wird dazu beitragen, das gesetzliche Umfeld und die Ausbildung für die Versicherungswirtschaft zu entwickeln.

Landwirtschaftliches Vertriebssystem

Eine erste Vorstudie wurde ausgeführt, um die wesentlichen Beschränkungen des landwirtschaftlichen Vertriebs, des Marketings und der Preisbildung zu untersuchen. Eine Anzahl detaillierter Durchführbarkeitsstudien wird sich auf spezifische Schlüsselbereiche konzentrieren. In Vorbereitung ist eine Durchführbarkeitsstudie für einen Pilot-Großhandelsmarkt, die Lagerentwicklung und Ausbildung für die Moskauer Stadtverwaltung, die Region Moskau, sowie St. Petersburg.

Städtische Dienstleistungen

Mit der Moskauer Stadtverwaltung wurde ein Abkommen erzielt, um eine Durchführbarkeitsstudie für Verbesserungen des Festmüll-Entsorgungssystems in die Wege zu leiten. Gespräche werden mit den Stadtbehörden von St. Petersburg geführt, um Einzelheiten des technischen Hilfsprogramms zu bereinigen, das die Wasserversorgung der Stadt und Abfallentsorgungssysteme modernisieren und die Energieeffizienz des städtischen Heizungssystems verbessern soll.

Außenstelle

Die Bank beabsichtigt, bis April 1992 eine Außenstelle in Moskau zu errichten.

Jugoslawien

Schlüsselfakten

Fläche
(Quadratkilometer) **255.804**

Bevölkerung
in Millionen (1989) **24**

Säuglingssterblichkeit
pro 1000 Lebendgeburten (1988) **9**

Lebenserwartung
in Jahren (1989) **71,5**

Geschätztes BIP pro Kopf
(1990), in US-\$ **5.000***

* Siehe „Messungsprobleme“ auf Seite 33
Quelle: Nationale Behörden, Plan Econ

Landesüberblick

Politik

Jugoslawien hat seit der Unabhängigkeitserklärung der Republiken Kroatien und Slowenien im Juni 1991 einen sich ständig verschärfenden Bürgerkrieg erlebt, trotz der Vermittlungsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und später der Vereinten Nationen.

Die Wahlen in Kroatien, Serbien und Slowenien führten zu starken nationalistischen Bewegungen. Bosnien-Herzegowina, eine Republik mit gemischter Bevölkerung zwischen Serbien und Kroatien gelegen, war im Jahre 1991 relativ unberührt von dem Konflikt und erklärte seine Neutralität und Unabhängigkeit. Montenegro war die ganze Zeit hindurch eng mit Serbien verbunden. Mazedonien, nicht direkt am Konflikt beteiligt, erklärte seine Unabhängigkeit. Der Status der ethnisch albanischen Bevölkerung von Kosovo, einer serbischen Provinz, blieb aufgrund der überwältigenden Mehrheit für die Unabhängigkeit in einem inoffiziellen Referendum Ende 1991 problematisch.

Nach den Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien steigerte sich die Gewalt, besonders gegenüber den serbischen Enklaven in Kroatien.

Am 8. November unterstützte das Direktorium der Europäischen Bank nachdrücklich die Entscheidung von Präsident Attali, vorläufig und wenn angemessen, dem Direktorium nur Projekte mit denjenigen Parteien in Jugoslawien vorzuschlagen, die zur Lösung des Konflikts mit friedlichen Mitteln beitragen.

Im Rahmen dieser Entscheidung leistete die Bank im Jahre 1991 technische Hilfe zur Unterstützung der Privatisierungspläne in Mazedonien, und sie führte Gespräche mit Slowenien über zukünftige Hilfe.

Das Engagement der Bank

Technische Hilfe

Im Anschluß an die Bitte des Präsidenten von Mazedonien entwickelte das Privatisierungsteam der Europäischen Bank ein Projekt technischer Hilfe für das Privatisierungsministerium. Die Bank

unterstützte den Wirtschaftsberater der Regierung beim Entwurf eines ersten Privatisierungsansatzes, gestützt auf eine ausführliche Analyse der Lage der mazedonischen Volkswirtschaft. Die Arbeit führte zu einem Bericht, der die entscheidenden Schritte zum Übergang ausweist. Er beschreibt das Umstrukturierungs- und Privatisierungsprogramm für die staatseigenen Unternehmen in Mazedonien und identifiziert bestimmte Unternehmen als Kandidaten für eine anfängliche Privatisierung.

	1988	1989	1990	geschätzt 1991
BIP zu konstanten Preisen (Veränderungen in %)	–	0,6	-8,5	-15,0
Arbeitslosigkeit in % der Erwerbsbevölkerung	–	7,8	8,5	9,6
Verbraucherpreise (Veränderungen in %)	–	1256,0	588,0	118,0
Einheiten inländischer Währung pro US \$ (Jahresende)	0,5	12,0	11,0	21,0
Bruttoauslandsverschuldung (% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen)	–	28,9	25,0	–

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Jugoslawien

– nicht verfügbar

Quellen: Von nationalen Behörden zur Verfügung gestellte Daten

Neue Mitgliedsländer

Das Direktorium der Europäischen Bank empfahl am 29. Oktober 1991 die Mitgliedschaft der baltischen Staaten. Der Gouverneursrat der Bank billigte am 29. November deren Mitgliedschaft in der Erwartung, daß sie Anfang 1992 Mitglieder werden.

Die nachfolgende Übersicht beschreibt die politische, wirtschaftliche und ökologische Lage in jedem der drei Staaten.

Estland

Politischer Überblick

Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands wurde im August und September 1991 international anerkannt. Mit dem Aufkommen von „Glasnost“ hatten sich politische Gruppen in zwei wichtigen Bewegungen gebildet: Die Volksfront (überwiegend Mitglieder und Sympathisanten der früheren Kommunistischen Partei Estlands) und der Estnische Kongreß (überwiegend frühere Dissidenten). Es ist noch nicht klar, wie sich die vielen, gerade entstandenen politischen Gruppierungen entwickeln werden, jetzt wo das einigende Ziel der Unabhängigkeit erreicht worden ist. Die Kommunistische Partei wurde nach dem fehlgeschlagenen Putsch in Moskau im August 1991 verboten.

Die Gewerkschaften und zahlreiche Vereinigungen und Interessengruppen waren 1991 aktiv. Die Medien waren frei, obgleich durch die Wirtschaftslage eingeschränkt. Es gab Freizügigkeit, Redefreiheit und Religionsfreiheit. Die Russen konnten in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden.

Der Entwurf einer neuen Verfassung war 1991 eine entscheidende politische Frage. Eine Arbeitsgruppe von 60 Mitgliedern aus einem weiten Bereich politischer Gruppen wurde geschaffen. Internationale Juristen unterstützten ihre Arbeit, und der Europarat lieferte technisches Fachwissen der Venediger Kommission für „Demokratie durch

Recht“. Ein Referendum über die Annahme der neuen Verfassung ist für 1992 geplant.

Die Staatsangehörigkeit stellte 1991 eine schwierige Frage für Estland dar. 60 Prozent der Gesamtbevölkerung von etwa 1,5 Millionen sind ethnische Esten, während 30 Prozent Russen sind. Die Meinungen gehen auseinander, ob und zu welchen Bedingungen die estnische Nationalität dieser beträchtlichen Minderheitsgruppe angeboten werden soll.

Die Bank hielt im Oktober 1991 eine eintägige Konferenz über Fragen der baltischen Minderheiten und der Staatsangehörigkeit ab, wobei die Justiz- und Außenminister der baltischen Staaten Diskussionen mit internationalen Menschenrechts-Experten führten. Ein Abgesandter der russischen Bevölkerung in Estland nahm als Mitglied der estnischen Delegation teil. Im folgenden Monat diskutierte das Parlament die Möglichkeit der Wiedereinführung des liberalen Staatsangehörigkeitsrechts der Republik von 1938. Die Versuche von radikalen Nationalisten, zusätzliche Beschränkungen einzuführen, scheinen somit fehlgeschlagen zu sein.

Estland sieht sich selber als ein Fenster zum Westen und unterhält zunehmend enge Beziehungen zu den nordischen Ländern. Es ist ebenfalls in internationalen Organisationen wie der UNO, dem Europarat und der KSZE tätig.

Wirtschaftsüberblick

Die estnische Wirtschaft ist von Energieimporten aus der früheren Sowjetunion abhängig, und ihre Textilindustrie war auf Rohstoffe aus den zentralasiatischen Republiken angewiesen. Aufgrund des Zusammenbruchs des Handels mit der früheren Sowjetunion sieht sie sich deshalb einem beträchtlichen Rückgang des Lebensstandards gegenüber. Die Unterbrechung des Handels war teilweise verantwortlich für den Rückgang der gesamten Produktion im Jahre 1991, der auf mehr als 10 Prozent geschätzt wird. Ab 1989 stiegen die Preise beträchtlich an. Im dritten Quartal 1991 waren die Konsumgüterpreise 270 Prozent höher als im Vorjahr.

Estlands Anstrengungen, seine Volkswirtschaft zu reformieren, schlossen im Jahre 1991 die Aufhebung der Preiskontrollen für die meisten Produkte ein; die noch verbleibenden Kontrollen werden 1992 beseitigt werden. Ein neues Steuersystem wurde im Januar 1991 eingeführt, und Arbeitslosenmeldung und -unterstützung wurden im April 1991 eingeführt.

Das Parlament unternahm erste Schritte für eine Eigentums- und Bodenreform sowie eine Wiederherstellung der Eigentumsrechte, obgleich es sich als schwierig erwies. Ein Gesetz über Eigentumsrechte, das im Juni 1991

verabschiedet wurde, ermöglichte die Weiterführung der Privatisierungsprogramme. Wichtige Bereiche der Gesetzgebung zur Unterstützung einer Marktwirtschaft, einschließlich der Wettbewerbs- und Konkursgesetzgebung, sind in der Vorbereitung. Die Privatisierung der kleinen Unternehmen hat begonnen. Die Privatisierung der großen, staatseigenen Unternehmen und eines Teils des Verkehrssektors sind erschwert durch Verhandlungen mit früheren Sowjetrepubliken über die Eigentumsverhältnisse der Staats- Unternehmen der ehemaligen Union.

Die neue private Unternehmerschaft wuchs schnell, anfänglich in der Form von Genossenschaften. Ausländische Beteiligungen in Unternehmen brachten beträchtliche Vorteile: 1.200 Firmen hatten 1991 eine gewisse ausländische Beteiligung, und am Jahresende machten Joint Ventures mit ausländischen Partnern einen beträchtlichen Anteil der estnischen Exporte in den Westen aus.

Umweltüberblick

Estland hat schwere Probleme mit Umweltverschmutzung und Ressourcenerstörung, wobei die Verschmutzung der Flüsse, Seen und der Ostsee am stärksten ist. Die Hauptquellen der Umweltverschmutzung sind städtische Abwässer, industrielle Abwässer und landwirtschaftliche Abflüsse. Es besteht ein starker Mangel an geeigneten

Kläranlagen. 1989 wurden in Estland 47,5 % des gesamten klärbedürftigen Abwassers mangelhaft oder überhaupt nicht geklärt.

Estland ist der größte Verursacher von Luftverschmutzung im baltischen Raum. Industrielle und gefährliche Abfälle (wovon 92 Prozent aus der Schieferölindustrie stammen) sind die bedeutendsten Abfallprobleme, und in der Tat ist die Schieferölregion im Nordosten Estlands der „Umweltkrisenherd“ der gesamten baltischen Region. Zwischen 50 und 60 Prozent der Kiefernwälder in Estland werden als in irgendeiner Weise geschädigt eingeschätzt, aber es gibt bis jetzt nur wenige Nachweise für ernsthafte Schädigungen oder Waldsterben.

Zur Behandlung einiger dieser Probleme, hat die Bank Unterstützung für die Entwicklung des „Gemeinsamen Ostsee-Gesamtprogramms“ geleistet.

Lettland

Politischer Überblick

Die Wiederherstellung der lettischen Unabhängigkeit wurde von der internationalen Gemeinschaft im August und September 1991 anerkannt. Präsident Anatolijs Gorbunovs war im März 1990 gewählt worden. Die Regierung im Jahre 1991, geführt von Premierminister Ivars Godmanis, war eine Übergangsregierung bis zur Erarbeitung von Plänen für Neuwahlen und einer möglichen neuen Machtstruktur, die entweder auf den Präsidenten oder den Premierminister ausgerichtet sind, abgeschlossen werden konnten.

Als 1991 die frühere Sowjetunion allmählich ihre Macht lockerte, wurden viele politische Gruppen gebildet. Nach der Unabhängigkeit begannen die politischen Parteien wie in den anderen baltischen Staaten, ihre Ziele neu festzulegen. Es kann eine Zeitlang dauern bis klar wird, welche sich als die stärkste entwickeln wird. Die Kommunistische Partei wurde im Gefolge des erfolglosen Augustputsches in Moskau verboten.

Presse-, Rede- und Religionsfreiheit sowie Freizügigkeit bestehen. Pluralismus wird durch zahlreiche Gremien, die von den Gewerkschaften und den Berufsverbänden bis zu ökologischen Gruppen reichen, gewährleistet. Russen können in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden. Es gibt gegenwärtig über 40 russische Parlamentsmitglieder.

Die Staatsangehörigkeit war 1991 eine zentrale Frage. Die Lage war ähnlich der in Estland, jedoch schwieriger. Lettland hat eine Bevölkerung von über 2,5 Millionen, von denen 52 % ethnische Letten, 38 % Russen, 4,5 % Weißrussen und 4 % Polen oder Ukrainer sind. Die Letten befürchten, daß sie in ihrem eigenen Land eine Minderheitsgruppe werden. Es gab eine ernsthafte Debatte darüber, wem die lettische Nationalität zuerkannt wird.

Am 16. Oktober 1991 nahm der lettische Oberste Rat eine Resolution zur Staatsbürgerschaft an, die von einigen internationalen Menschenrechtsorganisationen kritisiert wurde.

Die eintägige Konferenz über Fragen der baltischen Minderheiten und der Staatsangehörigkeit, die von der Europäischen Bank im Oktober 1991 abgehalten wurde, machte es dem lettischen Justiz- und Außenminister, zusammen mit ihren Kollegen aus den anderen baltischen Staaten möglich, besondere Schwierigkeiten mit internationalen Menschenrechtsexperten zu diskutieren. Im November 1991 erhielt Lettland auch technische Beratung zu Verfassungsfragen vom Europarat und der Venediger Kommission für „Demokratie durch Recht“.

Seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit im September 1991 hat Lettland eine Außenpolitik verfolgt, die auf positiver Zusammenarbeit mit

seinen Nachbarn beruht. Es nimmt an zahlreichen internationalen Gremien wie dem Europarat teil und ist ein Mitglied der UNO.

Wirtschaftsüberblick

Die lettische Volkswirtschaft verblieb stark in die frühere Sowjetunion integriert und behielt die starke Abhängigkeit von Energie- und Rohstofflieferungen bei. Man schätzt, daß die Einführung von Weltmarktpreisen im innerrepublikanischen Handel zwischen den Republiken in Mittel- und Osteuropa in Lettland eine Verschlechterung der Terms-of-Trade von 25 % und einen beträchtlichen Rückgang der Realeinkommen ergeben würde. Die Industrieproduktion und der Beschäftigungsstand blieben jedoch 1991 gegenüber den 1990er Zahlen fast unverändert. Der Rückgang der Produktion der großen, staatseigenen Unternehmen wurde weitgehend ausgeglichen durch das Wachstum im Konsumgüter- und Bausektor unter lettischer Kontrolle. Da die Preiserhöhungen die Lohnsteigerungen nur geringfügig übertrafen, blieben die Realeinkommen weitgehend konstant.

Die Umwandlung der Volkswirtschaft schritt stetig voran. Die Garantie individueller Eigentumsrechte wurde im August 1990 wieder eingeführt und Gesetze für Privatunternehmen, einschließlich Gesetze für Personengesellschaften, staatliche Unternehmen und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wurden erlassen. Ein neues Steuersystem wurde am

1. Januar 1991 wirksam, das die vollständige Kontrolle Lettlands über die Steuereinnahmen sicherstellt.

Die meisten Preise, einschließlich derjenigen für Nahrungsmittel, Verkehr und Kommunikation, wurden ab dem 1. Dezember 1991 freigegeben. Da jedoch die wichtigsten Anbieter weiterhin in einer monopolartigen Lage sind, blieb eine beträchtliche staatliche Überwachung der Preise bestehen.

Die Privatisierungsanstrengungen konzentrierten sich anfangs auf den landwirtschaftlichen Sektor. Die Genossenschaften wurden aufgefordert, sich als private Unternehmen einzutragen zu lassen. Insgesamt blieb 1991 jedoch der Fortschritt bei der Privatisierung ziemlich begrenzt.

Umweltüberblick

Wie in Litauen und Estland ist die Verschmutzung der Flüsse, Seen und der Ostsee das brennendste Umweltproblem. 1989 wurde 70 % des gesamten, klärbedürftigen Abwassers mangelhaft oder überhaupt nicht geklärt. Riga und Ventpils sind die Hauptquellen der Umweltverschmutzung der Ostsee.

Lettland hat keine mit Estland vergleichbaren Luftverschmutzer. 73 % der Gesamtemissionen von Feststoffteilchen, Schwefeldioxid und Stickoxid werden vom Verkehr erzeugt und 27 % von stationären Quellen, hauptsächlich in Riga, Liepaja, Ventpils und Daugavpils.

Es gibt praktisch keine Verarbeitungsbetriebe für Rückstände und Festmüll der Industrie. Der Industrieabfall wird häufig mangelhaft beseitigt, sowie auch der städtische Festmüll.

Lettland ist zu 43 Prozent bewaldet. Man schätzt, daß die Hälfte der Waldfläche in irgendeiner Weise geschädigt ist.

Zu den „Umweltkrisenherden“ gehören das Olaine-Gebiet (wo die chemische Industrie konzentriert ist), die Ammoniakfabrik bei Ventpils und die vergifteten Standorte der früheren Sowjetarmee. Einrichtungen zur Abwasserklärung sind dringend notwendig in Riga und Liepaja.

Um sich einigen dieser Probleme zuzuwenden, hat die Bank Unterstützung für die Entwicklung des „Gemeinsamen Umfassenden Programms“ für die Ostsee bereitgestellt.

Litauen

Politischer Überblick

Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens wurde im August und September 1991 von der internationalen Gemeinschaft anerkannt. In Erwartung dessen hatte Litauen eine vorläufige Verfassung schon im Mai 1990 angenommen. Vorschläge für die endgültige neue Verfassung wurden 1991 geprüft, sie sollten mit internationalen Normen der Demokratie im Einklang stehen.

Mit etwa 3.690.000 Einwohnern verfügt Litauen über die größte Bevölkerung der baltischen Staaten und den kleinsten Anteil an Minderheiten; 8-9 Prozent Russen und etwa 7 Prozent mit polnischer Herkunft.

Im November 1989 verabschiedete Litauen ein Gesetz, das jedem, der zu dem Zeitpunkt dort lebte, das Recht gewährt, sich um die litauische Staatsbürgerschaft zu bewerben. 1991 wurden Zusatzartikel im Parlament beraten, die Litauern, die seit 1940 im Ausland leben, den Erwerb der Staatsangehörigkeit gestatteten; die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit blieb jedoch unentschieden. Der Entwurf des Nationalitätengesetzes von 1991 verlangte von neuen Bürgern, zumindest fünf Jahre in Litauen gelebt zu haben, litauisch zu sprechen und über gesetzmäßige Erwerbsmöglichkeiten ihres

Lebensunterhaltes zu verfügen. Das Minderheitengesetz von 1990 garantiert gleichen Schutz, und der Staat stellt besondere Schulen - mit Unterricht in ihrer eigenen Sprache - für die wesentlichen Minderheitsgruppen zur Verfügung.

Die nach der Unabhängigkeit bestehenden Parteien umfassen die Litauische Demokratische Arbeiterpartei, die Christdemokraten, die Sozialdemokraten und die Nationale Partei. Bis jetzt hat noch keine eine vollständig entwickelte politische Struktur. Präsident Landsbergis und sein Premierminister sind beide Unabhängige.

Die Rede-, Presse- und Religionsfreiheit sowie die Freizügigkeit werden garantiert. Freie Gewerkschaften und viele andere Interessengruppen werden aktiv unterstützt.

Sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus Sicherheitsgründen beruht die Außenpolitik Litauens auf positiver Zusammenarbeit mit den benachbarten früheren Sowjetrepubliken sowie Estland und Lettland. Die baltischen Staaten beteiligen sich an einem Dreiertrat, um Ansichten über gemeinsame Probleme auszutauschen. Litauen hat sich um die Mitgliedschaft im Europarat beworben und ist ein aktiver Teilnehmer in der KSZE und anderen internationalen Gremien.

Wirtschaftlicher Überblick

1991 lag die Industrieproduktion etwa 15 Prozent unter dem Niveau von 1990, und die landwirtschaftliche Produktion ging aufgrund eines anhaltenden Mangels an Futtergetreide leicht zurück. Für die Industrieunternehmen war es ein beträchtlicher Erfolg, die Handels- und Kundenbeziehungen zu erhalten; dadurch konnten das Produktions- und Beschäftigungsniveau im wesentlichen aufrechterhalten und ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden werden. Die mangelnde Stabilität in der früheren Sowjetunion, Lieferunterbrechungen und Preisanpassungen für ausgewählte Warenimporte zwangen Litauen jedoch zur Ersuchung von Soforthilfe.

Für 1991 wurde ein ausgeglichener Haushalt erwartet, da Litauen sämtliche Einkommensteuern, die im Land erhoben wurden, zurückbehielt und die Zahlungen an den Zentralhaushalt der früheren Union einstellte. Über 60 Prozent der Staatsausgaben nahmen die Form von Subventionen an, hauptsächlich an den Landwirtschaftssektor.

Obgleich die ersten Vorschläge für eine Preisreform vom Parlament abgelehnt wurden, gab die Regierung im Laufe des Jahres 1991 die meisten Preise frei. Ein System der teilweisen Lohnindexierung wurde geschaffen, um das Realeinkommen der Haushalte zu schützen; dies führte jedoch zu einer Schwächung der Bemühungen um eine Preisstabilisierung.

Grundlegende Wirtschaftsreformgesetze, einschließlich der Rückgabe und Privatisierung von Eigentum, wurden im Laufe des Jahres 1991 erlassen. Im März 1991 wurde das Wohnungswesen der erste zu privatisierende Sektor, unter der sehr bald von den Städten übernommenen Verantwortung. Im Mai 1991 hatten die Beschäftigten die Möglichkeit, bis zu zehn Prozent der Kapitalbeteiligungen an den zu Aktiengesellschaften umgewandelten staatlichen Unternehmen zu zeichnen. Die Gesetzgebung sieht Privatisierungen sowohl durch Versteigerungen von Kapitalbeteiligungen nach dem Gutschein-Modell als auch durch Verkäufe gegen harte Währungen vor. Die Durchführung der Privatisierung hat sich seit September beschleunigt.

Umweltüberblick

Die Umweltschäden sind aus dem Betrieb der verarbeitenden Industrie ohne geeignete Umweltkontrollen, der Einleitung von ungeklärten Abwässern und der Verseuchung des Grundwassers durch übermäßige Verwendung von Düngemitteln entstanden.

Wie in anderen baltischen Staaten ist die Verschmutzung der Flüsse, Seen und der Ostsee das brennendste Umweltproblem. 1989 wurden 75 Prozent des gesamten klärungsbedürftigen Abwassers mangelhaft oder überhaupt nicht geklärt.

Für 1989 wurden die gesamten Luftemissionen auf 1 Mio. Tonnen geschätzt (einschließlich Feststoffteilchen, Schwefeldioxid und Stickoxid). Es gibt praktisch keine Verarbeitungsbetriebe für Rückstände und Festmüll der Industrie. Die Entsorgung von Industrie- und Siedlungsabfällen ist oft mangelhaft.

Es wird geschätzt, daß 60 Prozent der Wälder in irgendeiner Weise geschädigt sind.

Kläranlagen für Abwässer sind in Palanga, Klaipeda und Kaunas dringend erforderlich. „Umweltkrisenherde“ der Luftverschmutzung sind verbunden mit einzelnen Fabriken, insbesondere Mazeikiai (Ölraffinerie), Akmene (Zementindustrie), Jonava (Düngemittelindustrie) und Elektrenai (Kraftwerk). Die Zellstoff- und Papierindustrie ist verantwortlich für einen „Umweltkrisenherd“ bei Klaipeda.

Um eine Reihe dieser Probleme anzugehen, hat die Bank Unterstützung für die Entwicklung des „Gemeinsamen Ostsee-Gesamtprogramms“ bereitgestellt.

Finanzpolitik

Die Bank entwickelte frühzeitig eine Reihe von Finanzgrundsätzen, die sie in die Lage versetzen sollen, die mit ihrer Aufgabe verbundenen Risiken handzuhaben und um gleichzeitig in naher Zukunft rentabel werden zu können. Das Übereinkommen und die vom Direktorium gebilligten präzisen Finanzgrundsätze der Bank bestimmen zusammen mit nachfolgenden Richtlinien ihre Finanzierungs- und Investitionspolitik sowie die Risikogrenzen, die es der Bank erlauben, in der internationalen Finanzwelt ein hohes Ansehen aufrechtzuerhalten. Als eine natürliche Folge der Risiken, die mit ihrer Geschäftstätigkeit in den Einsatzländern verbunden sind, sind die Finanzgrundsätze der Bank durch Vorsicht geleitet. Sie haben zum AAA-Rating der Bank und zu der positiven Reaktion auf ihre erste Anleihenbegebung im September 1991 beigetragen.

Kapitalausstattung

Die Bank verfügt über eine breite Kapitalbasis mit einem gezeichneten Kapital von annähernd 10 Milliarden ECU, wovon 3 Milliarden ECU eingezahltes Kapital und 7 Milliarden ECU abrufbares Kapital darstellen. Die hohen Anteile eingezahlten Kapitals und des von erstklassig bewerteten Mitgliedsländern gestellten abrufbaren Kapitals unterstützen ihre starke Kapitalbasis. OECD Länder, die Europäische Investitionsbank und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft halten beinahe 85 % des Kapitals. Der Gesamtumfang der Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Bürgschaften, die abgegeben werden können, ist auf das gesamte gezeichnete Kapital plus Rücklagen und Überschüsse beschränkt, was zu einem gemäßigten Verschuldungsgrad von eins zu eins führt. Kapitalbeteiligungen dürfen eingezahltes, gezeichnetes Kapital, allgemeine Rücklagen und Überschüsse nicht überschreiten. Das abrufbare Kapital kann in Anspruch genommen werden, aber nur in dem unwahrscheinlichen Fall, daß es nötig ist, die Verbindlichkeiten der Bank – u.a. insbesondere gegenüber Anleihegläubigern und

Bürgschaftsnutznießern – begleichen zu können. „Spielräume“ oder ungenutzte Finanzierungskapazitäten werden überwacht werden, um eine gesunde Finanzierungsstruktur zu gewährleisten, die sowohl gute Erträge, als auch sorgfältiges Risiko-Management widerspiegelt. Von allen Mitgliedern wird verlangt, ihr eingezahltes Kapital in fünf gleichen Jahresraten, die in Barleistungen und Schuldscheine aufgeteilt werden können, einzuzahlen. Das Direktorium hat jetzt ein Programm für die regelmäßige jährliche Einlösung solcher Schuldscheine in einem Drei-Jahres-Zyklus gebilligt. Ende 1991 erfolgte die Einzahlung der ersten Rate in Höhe von 591 Millionen ECU mit 516,6 Millionen ECU in bar und 74,4 Millionen ECU in ausstehenden Schuldscheinen.

Kreditaufnahmeprogramm

Im Jahre 1991 konzentrierte sich die Kreditaufnahmestrategie der Bank darauf, den Namen der Bank auf den internationalen Kapitalmärkten einzuführen sowie die Gesamtkosten ihrer Mittel niedrig zu halten und gleichzeitig Finanzierungsquellen zu diversifizieren. Die Bank legte einen Kapitalaufnahmeplan von 800 Millionen ECU für 1991 und 1992 fest. Der Preis ihrer ersten öffentlichen Begebung in Höhe von 500 Millionen ECU wurde auf dem Niveau der am aktivsten gehandelten Benchmark-Anleihe gleicher Laufzeit angesetzt und weltweit unter einer Reihe von Investoren plazierte. Nachdem der Erlös durch Swapgeschäfte in variabel verzinsliche US-Dollar, ECU und D-Mark umgewandelt worden war, konnte die Bank die Mittel mit einer beträchtlichen positiven Marge reinvestieren. Im Rahmen des gesamten Kreditaufnahmeplans ist die Bank weiterhin dazu ermächtigt worden, während des ersten Vierteljahres 1992 durch verschiedene Finanzierungstransaktionen bis zu 200 Millionen ECU aufzunehmen. Sie wird auch in Zukunft günstige Möglichkeiten der Mittelbeschaffung wahrnehmen, um ihre Finanzierungsquellen weiter zu diversifizieren und

gleichzeitig niedrige Kapitalgesamtkosten zu erreichen und hierdurch aus den Anleihemitteln bis zu deren Auszahlung einen Gewinn zu erzielen.

Investition liquider Mittel

Der Bestand der liquiden Aktiva der Bank umfaßt Mittel aus eingezahltem Kapital sowie Kreditaufnahmen. Er wird langfristig auch Rückflüsse aus vergebenen Darlehen und aufgelaufene Erträge einschließen. Es wird angestrebt, daß liquide Mittel wenigstens in Höhe von 45 % des in den nächsten drei Jahren erwarteten Nettoliiquiditätsbedarfs der Bank gehalten werden. Die Ziele der Investitionspolitik bestehen darin, hohe Erträge aus dem Eigen- und Fremdkapital der Bank zu erzielen und gleichzeitig das Zinsrisiko zu begrenzen. Spezifische Investitionsvollmachten und -richtlinien, die vom Direktorium gebilligt werden, setzen für die Verwaltung der liquiden Mittel Parameter fest und begrenzen das Kredit- und Finanzrisiko auf strikte Weise. Die durchschnittliche Laufzeit des Investitionsportfolios ist auf vier Jahre begrenzt.

Darlehen und Kapitalbeteiligungen

Um Risiken im Darlehensbestand der Bank so weit wie möglich zu minimieren, wird auf Währungs-, Fälligkeits- und Zinsperiodenkongruenz zwischen Aktiva und Passiva der Bank geachtet, indem die Darlehen an die Einsatzländer der Bank in derselben Währung wie der Kredit finanziert werden. Kapitalbeteiligungen, normalerweise in der Form von Stamm- oder Vorzugsaktien, werden jedoch weitgehend in nicht-konvertiblen Währungen denominiert sein. Der Umfang der Kapitalbeteiligungen wird eingezahltes gezeichnetes Kapital, Allgemeine Rücklage und Überschüsse nicht übersteigen. Die Aktivabewertung ist flexibel, da Darlehen in den wichtigsten konvertiblen Währungen zu festen und variablen Zinsen zur Verfügung stehen. Der Sollzins wird mit einem Aufschlag auf Marktzinssätze, üblicherweise LIBOR, berechnet. Bei den Darlehensmargen wird

primär nach Kreditrisiken differenziert, wobei auch Marktkonditionen, die von anderen Kreditgebern für ähnliche Darlehen angeboten werden, berücksichtigt werden. Alle Kredite und Kapitalbeteiligungen werden einem eingehenden Auswertungs- und Kreditbewertungsprozeß unterzogen und fortlaufend überwacht. Außerdem wurden spezifische Richtlinien erlassen, um die Risiken im Kredit- und Kapitalbeteiligungsportefeuille der Bank zu beschränken; indem die offenen Positionen der Bank gegenüber jedem einzelnen Land, Industriesektor, Kreditnehmer oder Projekt begrenzt werden. Im Jahre 1991 genehmigte das Direktorium der Bank zehn Darlehen in einem Gesamtvolumen von 363,9 Millionen ECU, eine Kreditlinie von 29,8 Millionen ECU und drei Kapitalbeteiligungen von insgesamt 33,8 Millionen ECU.

Rückstellungen und Rücklagen

Das Übereinkommen verlangt, daß Rückstellungen und Rücklagen gegen mögliche Verluste gebildet werden. Globale Zielgrößen für den Gesamtumfang von Sonder- und Allgemeiner Rücklage sind anfangs – zusammen mit allgemeinen Rückstellungen für Verluste aus Darlehen und Kapitalbeteiligungen – auf 10 % der ausgezahlten Darlehen plus 25 % der getätigten Kapitalbeteiligungen festgesetzt worden. Die Sonderrücklage besteht aus Beträgen, die von Gebühren und Provisionen herrühren. Das Übereinkommen verlangt auch von der Bank, alle einbehaltenen Erträge der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Die Allgemeine Rücklage muß 10 % des genehmigten Kapitals repräsentieren, bevor die Bank solche Mittel für andere Zwecke zuteilen darf. Per Jahresresultimo 1991 waren 62.000 ECU der Sonderrücklage zugeteilt worden. Es sind keine Rückstellungen für Verluste aus Darlehen und Kapitalbeteiligungen gebildet worden.

Darlehensaus- und -rückzahlungen

Die meisten Darlehen werden mittel- und langfristig mit einer normalen maximalen Laufzeit von 15 Jahren für regierungsverbürgte Darlehen und von 10 Jahren für Darlehen an den wettbewerblichen Unternehmenssektor sein. Kapitalrückzahlungen sollten beginnen, sobald ein positiver Kapitalfluß aus dem Projekt verfügbar ist; tilgungsfreie Zeiträume werden in gewissen Umständen erlaubt werden. Rückzahlungen werden gemäß den Erfordernissen des Projekts und in Übereinstimmung mit Risiko-Management-Grundsätzen der Bank strukturiert werden. Richtlinien zur Finanzpolitik legen auch die Behandlung potentiell notleidender Kredite fest.

Kooperationsfonds

Sondermittelprogramm für Technische Zusammenarbeit

Die Bank hat ein besonderes Mandat, seine Einsatzländer bei ihrer wirtschaftlichen Umwandlung mit technischer Hilfe, Fortbildungsmaßnahmen und Beratungsdienstleistungen zu unterstützen. Die Bereitstellung solcher Hilfe stellt eine wichtige Funktion dar, die die Gewährung von Darlehen und Beteiligungskapital der Bank für Investitionen im öffentlichen und privaten Sektor ergänzt. Zu diesem frühen Zeitpunkt ihrer wirtschaftlichen Umwandlungen benötigen die Länder Mittel- und Osteuropas dringend die Hilfe der Bank, sind jedoch nicht in der Lage, für sie in harter Währung zu bezahlen. Um dieser Situation gerecht zu werden, beschloß die Bank, Zuschußmittel aus Drittquellen zu mobilisieren, da ihre eigene Kapitalausstattung keine nicht-rückzahlbare Finanzierung vorsieht. Im Jahre 1991 erschloß die Bank durch ihr Kooperationsfondsprogramm (KFP) 68 Millionen ECU als Zuschußmittel von bilateralen und multilateralen Gebern. Über zusätzliche Beiträge zum KFP, sowohl um bestehende Fonds wieder aufzufüllen als auch um neue einzurichten, wird gegenwärtig verhandelt. Rund 20% dieser Fonds sind nicht gebunden, annähernd 60% sind

teilweise gebunden (hauptsächlich an Mitgliedsländer der EG und an die Einsatzländer der Bank), und die verbleibenden 20% sind an Geberländer gebunden. Im Jahre 1991 betrug die Gesamtzusagen aus dem KFP 9,5 Millionen ECU und verteilten sich wie folgt:

- 27% für umweltbezogene Tätigkeiten;
- 26% für den Finanzsektor;
- 18% für Beratung auf dem Gebiet der Privatisierung;
- 12% für Studien im Bereich der Telekommunikation;
- 9% für Studien im Verkehrssektor;
- 5% für Studien, die sich auf die Nahrungsmittelverteilung bezogen,
- 3% für Rechtsbeistand.

Kofinanzierung

Im Laufe ihrer Tätigkeit wird die Bank eng mit multilateralen Institutionen und anderen interessierten Finanzgebern – sowohl öffentlichen, als auch privaten – zusammenarbeiten.

In diesem Sinn der Zusammenarbeit wurde die erste Ausleihung der Bank, ein Kredit an Polen im Wert von 50 Millionen US\$ (37,29 Millionen ECU) für ein Projekt zur Neugliederung der Wärmeversorgung und zur Wärmeerhaltung, zusammen mit der Weltbank finanziert, die 20 Millionen US\$ (14,92 Millionen ECU) bereitstellte.

Jahresabschluß

Bilanz	124
Gewinn- und Verlustrechnung	125
Kapitalflußrechnung	126
Kredite und Kapitalbeteiligungen	127
Aufstellung der Kapitalzeichnungen	128
Anmerkungen zum Jahresabschluß	129
Bericht des Wirtschaftsprüfers	137

Bilanz

per 31. Dezember 1991

	Anmerkung	31. Dezember 1991 ECU '000
Aktiva		
Plazierungen mit und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	3	570.014
Andere Geldmarktplazierungen und sonstige Ausleihungen	4	216.726
Wertpapiere des Anlagevermögens	5	244.706
Zinsforderungen		15.597
Sonstige Aktiva	6	4.852
Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine	7	74.433
Sachanlagen	8	2.476
Gesamtaktiva		1.128.804
Passiva		
Verbindlichkeiten		
Kapitalaufnahmen	9	8.567
Zinsverbindlichkeiten		10.059
Sonstige Verbindlichkeiten	10	26.321
Mittel- und langfristige Anleihen	12	499.188
Gesamtverbindlichkeiten		544.135
Kapital		
Gezeichnetes	11	9.853.750
Abrufbares		(6.897.625)
Eingezahltes Kapital		2.956.125
Ausstehende Teilzahlungen		(2.364.900)
Fällige und erhaltene Teilzahlungen		591.225
Rücklage für Umrechnungsdifferenzen	13	(525)
Allgemeine Rücklage	14	(6.093)
Sonderrücklage	15	62
Eigenkapital		584.669
Gesamtverbindlichkeiten und Eigenkapital		1.128.804

Details zu den bilanzunwirksamen Posten sind in Anmerkung 20 aufgeschlüsselt

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 15. April 1991 bis 31. Dezember 1991

	Anmerkung	Zeitraum bis 31. Dezember 1991 ECU '000
Zinserträge		39.260
Zinsaufwand		(10.417)
Zinsüberschuß		28.843
Gebühren und Provisionserträge		88
Gebühren und Provisionsaufwand		(63)
Sonstige betriebliche Erträge		478
Überschuß aus Finanzgeschäften		29.346
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	16	(43.084)
Außerordentliche Wechselkursgewinne	17	6.686
Betriebsverlust		(7.052)
Zuführung zur Sonderrücklage	15	(62)
Thesaurierter Verlust zu Lasten der Allgemeinen Rücklage	14	(7.114)

Kapitalflußrechnung

für den Zeitraum vom 15. April 1991 bis 31. Dezember 1991

	Anmerkung	Zeitraum bis 31. Dezember 1991 ECU '000	ECU '000
Bankgeschäftstätigkeit			
Betriebsverlust		(7.052)	
<i>Berichtigung des Betriebsverlusts zur Bestimmung der zugeflossenen liquiden Mittel (netto) aus Bankgeschäftstätigkeit:</i>			
Interne Besteuerung	14	1.021	
Zinsforderungen und sonstige Aktiva		(20.449)	
Zinsverbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten		36.380	
Wertberichtigungen und Abschreibungen	8	9.104	
Disagio auf Anleiheemissionen	12	38	
		<hr/>	
Aus Bankgeschäftstätigkeit zugeflossene liquide Mittel (netto)			19.042
Geschäfte des Kreditbereichs			
Plazierungen mit und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		(570.014)	
Sonstige Geldmarktplazierungen und Kredite		(216.726)	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.567	
		<hr/>	
In Kreditgeschäften eingesetzte liquide Mittel (netto)			(778.173)
In Geschäften der Bankgeschäftstätigkeit und des Kreditbereichs eingesetzte liquide Mittel (netto)			(759.131)
Anlagengeschäfte			
Kauf von Wertpapieren des Anlagevermögens (netto)		(244.706)	
Kauf von Sachanlagen	8	(11.580)	
		<hr/>	
Für Anlagengeschäfte eingesetzte liquide Mittel (netto)			(256.286)
Vor Finanzierung eingesetzte Kassenmittel (netto)(Mittelverwendung)			(1.015.417)
Finanzierungsgeschäfte			
* Die Kapitalzeichnungen umfassen:	ECU '000		
Erhaltenes eingezahltes Kapital (Seite 128)	591.225		
Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine (Anmerkung 7)	(74.433)		
Rücklage für Umrechnungsdifferenzen (Anmerkung 13)	(525)		
		<hr/>	
Aus Finanzierungsgeschäften erhaltene Kassenmittel			516.267
		<hr/>	
			1.015.417

Kredite und Kapitalbeteiligungen

per 31. Dezember 1991

Aufstellung der genehmigten Kredite

Projekt/Kreditnehmer	Land	Vom Direktorium genehmigt ECU '000	Verträge Unterzeichnet ECU '000
Hungarian Telecom	Ungarn	90.885	–
Petőfi Nyomda Rt	Ungarn	4.913	4.913
IBG Food Processing	Polen	5.257	–
Lodom	Polen	1.641	–
Polska Telefonía Komórkowa	Polen	44.745	–
WBK Poznań	Polen	37.288	37.288
GEC Alsthom-IMGB	Rumänien	23.000	–
Rom Telecom	Rumänien	142.000	–
Enhanced Digital Network	UdSSR	4.847	–
Parker Drilling Co	UdSSR	9.282	–
NMB/EBRD Central Europe Agency Line (nur Kreditlinie)	Mitteleuropa	29.830	29.830
Genehmigte Kredite Insgesamt*		393.688	72.031

Aufstellung der genehmigten Kapitalbeteiligungen

Projekt/Beteiligung	Land	Vom Direktorium genehmigt ECU '000
Czechoslovakia Investment Corporation	CSFR	7.458
Čokoládovny	CSFR	24.096
Microsystem Rt	Ungarn	2.237
Genehmigte Beteiligungen Insgesamt**		33.791

* Per 31. Dezember 1991 sind keine Auszahlungen auf die genehmigten Kredite erfolgt

** Die Verträge der genehmigten Beteiligungen sind noch nicht unterzeichnet gewesen per 31. Dezember 1991

Aufstellung der Kapitalzeichnungen

per 31. Dezember 1991

		Gesamt	Abrufbar	Noch nicht erhaltene Teilzahlungen	Fällige und erhaltene Teilzahlungen
	Anteile	ECU '000	ECU '000	ECU '000	ECU '000
Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften					
Belgien	22.800	228.000	159.600	54.720	13.680
Dänemark	12.000	120.000	84.000	28.800	7.200
Deutschland	85.175	851.750	596.225	204.420	51.105
Frankreich	85.175	851.750	596.225	204.420	51.105
Griechenland	6.500	65.000	45.500	15.600	3.900
Irland	3.000	30.000	21.000	7.200	1.800
Italien	85.175	851.750	596.225	204.420	51.105
Luxemburg	2.000	20.000	14.000	4.800	1.200
Niederlande	24.800	248.000	173.600	59.520	14.880
Portugal	4.200	42.000	29.400	10.080	2.520
Spanien	34.000	340.000	238.000	81.600	20.400
Vereinigtes Königreich	85.175	851.750	596.225	204.420	51.105
Europäische Investitionsbank	30.000	300.000	210.000	72.000	18.000
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	30.000	300.000	210.000	72.000	18.000
Andere Europäische Länder					
Finnland	12.500	125.000	87.500	30.000	7.500
Island	1.000	10.000	7.000	2.400	600
Israel	6.500	65.000	45.500	15.600	3.900
Liechtenstein	200	2.000	1.400	480	120
Malta	100	1.000	700	240	60
Norwegen	12.500	125.000	87.500	30.000	7.500
Österreich	22.800	228.000	159.600	54.720	13.680
Schweden	22.800	228.000	159.600	54.720	13.680
Schweiz	22.800	228.000	159.600	54.720	13.680
Türkei	11.500	115.000	80.500	27.600	6.900
Zypern	1.000	10.000	7.000	2.400	600
Empfängerländer					
Albanien	1.000	10.000	7.000	2.400	600
Bulgarien	7.900	79.000	55.300	18.960	4.740
CSFR	12.800	128.000	89.600	30.720	7.680
Jugoslawien	12.800	128.000	89.600	30.720	7.680
Polen	12.800	128.000	89.600	30.720	7.680
Rumänien	4.800	48.000	33.600	11.520	2.880
UdSSR (Anmerkung 11)	60.000	600.000	420.000	144.000	36.000
Ungarn	7.900	79.000	55.300	18.960	4.740
Nicht-europäische Länder					
Ägypten	1.000	10.000	7.000	2.400	600
Australien	10.000	100.000	70.000	24.000	6.000
Japan	85.175	851.750	596.225	204.420	51.105
Kanada	34.000	340.000	238.000	81.600	20.400
Korea, Republik	6.500	65.000	45.500	15.600	3.900
Marokko	1.000	10.000	7.000	2.400	600
Mexico	3.000	30.000	21.000	7.200	1.800
Neuseeland	1.000	10.000	7.000	2.400	600
Vereinigte Staaten von Amerika	100.000	1.000.000	700.000	240.000	60.000
Zeichnungen von Mitgliedern	985.375	9.853.750	6.897.625	2.364.900	591.225
Nicht zugeteilte Anteile	14.625	146.250			
Genehmigtes Kapital	1.000.000	10.000.000			

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Gründung der Bank

i Übereinkommen zur Gründung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), deren Sitz sich in London befindet, ist eine internationale Organisation, die im Rahmen des Übereinkommens zur Gründung der Bank vom 29. Mai 1990 (das „Übereinkommen“) errichtet worden ist. Vierzig Länder sind zusammen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank die Anteilseigner der Bank.

ii Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen innerhalb des Vereinigten Königreichs sind in dem Sitzabkommen (das „Sitzabkommen“) zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie der Bank festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2 Bedeutende Rechnungslegungsgrundsätze

i Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostengrundsatz erstellt, modifiziert durch die Einbeziehung der Neubewertung gewisser Finanzierungsinstrumente und Wertpapieranlagen in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die im Einklang stehen mit den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen sowie den umfassenden Prinzipien der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaften zu den Jahresabschlüssen und zu den Konzernabschlüssen der Banken und anderer Finanzinstitutionen.

ii Darstellung

In Übereinstimmung mit Artikel 4 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (ECU) als Maßeinheit für die Kapitalzeichnungen der Mitglieder und für die Darstellung ihres Jahresabschlusses. Wo anwendbar, sind die folgenden ECU Wechselkurse per 31. Dezember 1991 für die Erstellung des Jahresabschlusses verwendet worden:

US-Dollar	1,34093
D-Mark	2,03553
Japanische Yen	167,549
Pfund Sterling	0,71612
Französische Francs	6,95338

iii Währungsumrechnung

Aktiva und Passiva in anderen Währungen als ECU sind zu Marktkursen des Bilanzstichtags in ECU umgerechnet worden; nur sofern diese abgesichert gewesen sind, wurde der Terminkurs verwendet. Es entspricht nicht der Geschäftspolitik der Bank, Positionen in anderen Währungen als ECU zu halten, außer für kleinere Kassenbestände, die im Laufe des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs entstehen. Transaktionen in anderen Währungen als ECU werden zum Wechselkurs per Monatsultimo in ECU umgerechnet. Wechselkursgewinne oder -verluste, die durch die Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie Transaktionen während des Jahres entstehen, werden erfolgswirksam behandelt.

iv Rücklage für Umrechnungsdifferenzen

Gemäß dem Übereinkommen sollen die Kapitalzeichnungen von den Mitgliedern in ECU, US-Dollar oder japanischen Yen eingezahlt werden, entweder in Form von Bareinzahlungen oder in Form von Schuldscheinen. Kapitalzeichnungen in US-Dollar oder japanischen Yen werden zu festen Wechselkursen wie in Artikel 6.3 des Übereinkommens bestimmt, abgerechnet. Die festgelegten Wechselkurse gegenüber der ECU betragen 1,16701 US-Dollar oder 169,95 japanische Yen.

Wechselkursunterschiede, die zwischen dem festgelegten Wechselkurs und dem Kurs zum Zeitpunkt des Erhalts der Bareinzahlung oder der Einlösung der Schuldscheine entstehen, werden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt.

Kapitalzeichnungen, die in Form von Schuldscheinen erhalten werden, die auf andere Währungen als ECU lauten, und die per Jahresultimo ausstehen, werden – wie in obiger Anmerkung (iii) ausgeführt – neu bewertet; hierbei werden alle

2 Rechnungslegungsgrundsätze Fortsetzung

Wechselkursgewinne oder -verluste in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt.

Das Direktorium hat einen Grundsatz zur Absicherung von zukünftigen Kapitalteileinzahlungen, die noch nicht erhalten worden sind, verabschiedet. Alle Agien oder Disagien, die aus derartigen Absicherungen von Kapitaltransaktionen entstehen, werden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt.

v Finanzierungsinstrumente

Gewinne und Verluste aus solchen Zinsswap- und Devisenterminkontrakten, die aus Absicherungsgründen eingegangen wurden, werden gegen denjenigen Rechnungsposten verrechnet, der abgesichert worden ist.

vi Gebühren und Provisionen

Gebühren für Hypothekendarlehen werden in dem Zeitraum des Anfalls in dem Maße zum Ertrag einbezogen, in dem sie direkte Darlehenskosten ausgleichen. Der verbleibende Gebührenbetrag wird über die Laufzeit des Darlehens verteilt vereinnahmt. Sonstige Gebühren und Provisionen werden innerhalb desjenigen Zeitraums als Einnahmen verrechnet, innerhalb dessen die Zusage besteht oder Leistungen erbracht werden.

vii Wertpapiere des Anlagevermögens

Rentenwerte, Schuldverschreibungen, Einlagenzertifikate von Banken und andere marktfähige Wertpapiere mit festen Rückzahlungsterminen, die aus Anlagegründen gehalten werden, werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet, indem das Agio oder Disagio, das bei deren Erwerb entsteht, über deren Restlaufzeit abgeschrieben wird.

viii Begebungsgebühren und Rückzahlungsagien oder -disagien

Begebungsgebühren und Rückzahlungsagien oder -disagien werden über die Restlaufzeit der diesbezüglichen Mittelaufnahmen abgeschrieben.

ix Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet.

Abschreibungen auf Sachanlagen werden auf Grundlage einer linearen Abschreibung über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt vorgenommen:

Pachten mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit:	Restlaufzeit oder 15 Jahre, sofern kürzer
Anlagen und Einrichtungen:	3 bis 5 Jahre

x Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan zur Bereitstellung von Pensionsplänen für ihre Mitarbeiter. Laufende Beiträge zu dem festgelegten Beitragsplan werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet. Beiträge zu dem festgelegten Leistungsplan und die Belastungen der Gewinn- und Verlustrechnung werden auf der Grundlage von Gutachten qualifizierter externer Versicherungsmathematiker erstellt.

xi Besteuerung

In Übereinstimmung mit Artikel 53 des Übereinkommens werden die Bank, ihre Aktiva, Eigentum und Erträge von allen direkten und indirekten Steuern einschließlich aller Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt; davon ausgenommen sind Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsdienstleistungen darstellen.

xii Regierungszuschüsse

Regierungszuschüsse, die sich auf Aufwendungen für Gegenstände des Anlagevermögens beziehen, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung auf Basis linearer Abschreibungen über den gleichen Zeitraum, der für Abschreibungszwecke angewandt wird, ausgewiesen.

2 Rechnungslegungsgrundsätze Fortsetzung

Zuschüsse, die in Anbetracht von Aufwandspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung erhalten wurden oder erhaltbar sind, werden mit dem entsprechenden Aufwand in dem Zeitraum, in dem er entsteht, aufgerechnet.

Verbleibende erhaltene oder zu erhaltende Zuschüsse, die nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen worden sind, werden in der Bilanz als transitorische Passiva übernommen.

3 Plazierungen mit und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)

	Betrag ECU '000	Absicherungs- instrumente ECU '000	Netto Währungs- plazierungen ECU '000
<i>Aufgegliedert nach Währungen:</i>			
Europäische Währungseinheit	283.459	271.689	555.148
US-Dollar	227.473	(227.473)	–
D-Mark	44.216	(44.216)	–
Pfund Sterling*	14.810	–	14.810
Französische Francs	15	–	15
Japanische Yen	41	–	41
Per 31. Dezember 1991	570.014	–	570.014
			31. Dezember 1991 ECU '000
<i>Aufgegliedert nach Restlaufzeit</i>			
Bis einschließlich 1 Monat			368.869
Über 1 Monat bis einschließlich 3 Monate			25.000
Über 3 Monate bis einschließlich 1 Jahr			153.569
Über 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre			22.576
			570.014

4 Sonstige Geldmarktplazierungen und Kredite

	Betrag ECU '000	Absicherungs- instrumente ECU '000	Netto Währungs- plazierungen ECU '000
<i>Aufgegliedert nach Währung</i>			
Europäische Währungseinheit	133.687	83.039	216.726
US-Dollar	76.879	(76.879)	–
D-Mark	6.160	(6.160)	–
Per 31. Dezember 1991	216.726	–	216.726
			31. Dezember 1991 ECU '000
<i>Aufgegliedert nach Restlaufzeit:</i>			
Bis einschließlich 1 Monat			216.726

5 Wertpapiere des Anlagevermögens **

* Plazierungen in Pfund Sterling werden zur Deckung zukünftiger Ausgaben in dieser Währung gehalten

** Die Wertpapiere sind abzüglich nicht abgeschriebenem Disagio ausgewiesen. Sie haben einen Nominalwert von ECU 249.055.000 und einen Marktwert von ECU 250.292.000

	Betrag ECU '000	Absicherungs- instrumente ECU '000	Netto Währungs- plazierungen ECU '000
<i>Aufgegliedert nach Währung:</i>			
Europäische Währungseinheit	119.251	125.455	244.706
Japanische Yen	38.138	(38.138)	–
US-Dollar	87.317	(87.317)	–
Per 31. Dezember 1991	244.706	–	244.706

5 Wertpapiere des Anlagevermögens Fortsetzung

	31. Dezember 1991 ECU '000
<i>Aufgegliedert nach Restlaufzeit:</i>	
Bis einschließlich 1 Monat	42.076
Über 1 Monat bis einschließlich 3 Monate	9.990
Über 3 Monate bis einschließlich 1 Jahr	104.627
Über 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	88.013
	244.706
<i>Aufgegliedert nach Emittent:</i>	
Regierungen	16.144
Körperschaften des öffentlichen Rechts	40.482
Sonstige Kreditnehmer	188.080
	244.706

6 Sonstige Aktiva

	31. Dezember 1991 ECU '000
<i>Die sonstigen Aktiva umfassen:</i>	
Vorauszahlungen	2.132
Zu erhaltende Gebühren	25
Sonstige Schuldner	2.695
	4.852

7 Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine

Emissionswährung	Erhalten gesamt ECU '000	Wechselkursgewinne		In Anspruch genommener Betrag ECU '000	Ausstehender Betrag ECU '000
		(-verluste) realisiert ECU '000	(-verluste) nicht realisiert ECU '000		
Europäische Währungseinheiten	74.894	-	-	41.452	33.442
US-Dollar	59.420	266	(6.109)	12.586	40.991
Japanische Yen	25.552	2.182	-	27.734	-
Per 31. Dezember 1991	159.866	2.448	(6.109)	81.772	74.433

Im Rahmen des Übereinkommens muß die Einzahlung des eingezahlten Kapitals in fünf gleichen Jahresraten erfolgen. Das Übereinkommen erlaubt einem Mitglied, bis zu 50 % jeder Rate in nicht-handelbaren, zinslosen Schuldscheinen oder anderen von einem solchen Mitglied begebenen und auf Anforderung an die Bank zahlbaren Schuldverschreibungen einzuzahlen.

Die Schuldscheine oder sonstigen Schuldverschreibungen sind in ECU, US-Dollar oder japanischen Yen denominiert. Das Direktorium hat einen Einlösungsgrundsatz beschlossen, der einen festen Plan für die Inanspruchnahme dieser Schuldscheine in drei gleichen Jahresraten vorsieht.

Schuldscheine, die in US-Dollar oder japanischen Yen denominiert sind, sind in ECU umgerechnet worden, entweder zu Wechselkursen des Zeitpunkts der Inanspruchnahme oder – sofern sie per Jahresultimo ausstehen – zu Marktkursen, die am 31. Dezember 1991 herrschten. Realisierte oder nicht realisierte Wechselkursgewinne oder -verluste, die zwischen diesen entsprechenden Wechselkursen und dem festgelegten Wechselkurs, der in dem Übereinkommen bestimmt worden ist, entstanden sind, wurden unmittelbar in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen (Anmerkung 13) eingestellt.

8 Sachanlagen	Pachtgrund- stücke ECU '000	Anlagen und Einrichtungen ECU '000	Gesamt ECU '000
Anschaffungskosten			
Zugänge	8.805	2.775	11.580
Anschaffungskosten per 31. Dezember 1991	8.805	2.775	11.580
Aufgelaufene Wertberichtigungen und Abschreibungen*	(8.673)	(431)	(9.104)
Netto-Buchwert per 31. Dezember 1991	132	2.344	2.476

9 Kapitalaufnahmen gegenüber Kreditinstituten

Die Kapitalaufnahmen gegenüber Kreditinstituten bestehen aus kurzfristigen Kreditaufnahmen, die der Bank entstanden sind und nachfolgend zum 10. Januar 1992 zurückbezahlt werden.

10 Sonstige Verbindlichkeiten

	31. Dezember 1991 ECU '000
<i>Sonstige Verbindlichkeiten umfassen:</i>	
Antizipative Passiva	6.985
Transitorische Passiva	16.216
Sonstige Gläubiger	3.120
	26.321

11 Genehmigtes Stammkapital

	31. Dezember 1991 Anteile	31. Dezember 1991 Gesamt ECU '000
Genehmigtes Stammkapital	1.000.000	10.000.000
<i>Davon:</i>		
Zeichnungen von Mitgliedern	985.375	9.853.750
Nicht zugeteilte Anteile	14.625	146.250
	1.000.000	10.000.000

Das genehmigte Stammkapital der Bank beträgt ECU 10.000 Millionen; es ist unterteilt in 1 Million Anteile mit einem Nennwert von je ECU 10.000. Das genehmigte Stammkapital ist aufgeteilt in eingezahlte Anteile und abrufbare Anteile. Der Gesamtnennwert der eingezahlten Anteile beträgt zunächst ECU 3.000 Millionen; er entspricht 30% des ursprünglich genehmigten Stammkapitals von ECU 10.000 Millionen und ist zahlbar in fünf gleichen Jahresraten. Im Rahmen des Übereinkommens können abrufbare Anteile nur abgerufen werden, soweit und wenn es von der Bank verlangt wird zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten.

Der Umfang der nicht zugeteilten Anteile wurde in dem Übereinkommen auf 125 Anteile festgelegt. Anteile von insgesamt 15.500 Stück, die ursprünglich zur Zeichnung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zugeteilt worden sind, wurden zu den nicht zugeteilten Anteilen hinzugefügt. Nachfolgend wurden 1.000 Anteile Albanien zugeteilt. Der Gouverneursrat hat der Mitgliedschaftszulassung von Estland, Lettland und Litauen zugestimmt, die je 1.000 Anteile zeichnen werden. Diese neuen Zeichnungen werden den nicht zugeteilten Anteilen entnommen werden.

* Die Kosten der Ausstattung des zeitweiligen Sitzes der Bank in der Leadenhall Street 122 sind per 31. Dezember 1991 vollständig abgeschrieben gewesen. Der Netto-Buchwert der Pachtgrundstücke per 31. Dezember 1991 stellt die nicht abgeschriebenen Kosten der Ausstattung von Büros im Ausland dar

Anlässlich der Betrachtung der Mitgliedschaftsfrage nach der Auflösung der UdSSR beschloß das Direktorium, daß, wenn ein Mitgliedsland aufgelöst wird, sein Kapitalanteil unter den Staaten verteilt werden soll, die Teil seines Territoriums gewesen sind und die der Gouverneursrat der Bank für die Zwecke des Übereinkommens als die Staaten bestimmt, auf die die Mitgliedschaft übergeht.

Der Ausweis der Kapitalzeichnungen, der den Umfang des gezeichneten und eingezahlten Kapitals jedes Mitglieds aufzeigt, wird zusammen mit dem Umfang der nicht zugeteilten Anteile auf Seite 128 dargelegt.

12 Mittel- und langfristige Kapitalaufnahmen	ECU '000	31. Dezember 1991 ECU '000
Darlehensbetrag zum Nominalwert		500.000
Disagio zum Begebungszeitpunkt	(850)	
<i>Abzüglich:</i>		
Während des Zeitraums abgeschrieben	38	
Nicht abgeschriebenes Disagio	<hr/>	(812)
Verbleibender Betrag per 31. Dezember 1991		<hr/> 499.188 <hr/>

Die Bank hat im Oktober 1991 Anleihen von ECU 500 Millionen zu einem festen Zinssatz von 8,875 % für langfristige Finanzierungszwecke begeben. Die Anleihen, die ungesicherte Verbindlichkeiten der Bank darstellen, sind - wie oben gezeigt - zu ihrem Nominalwert abzüglich nicht abgeschriebenem Disagio ausgewiesen worden.

Die Bank hat Zinsswaps im Ausmaß der Gesamtbegebung von ECU 500 Millionen abgeschlossen, die die Zahlungsverpflichtungen in Höhe des festen Zinssatzes durch solche mit variablem Zinssatz ersetzen.

13 Rücklage für Umrechnungsdifferenzen	Zeitraum bis 31. Dezember 1991 ECU '000
<i>Die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen umfaßt:</i>	
Realisierte Wechselkursgewinne, die nach Erhalt des Baranteils der Kapitaleinzahlungen im Jahre 1992 entstanden sind, einschließlich der Netto-Kosten zur Absicherung von zukünftig zu erhaltenden Kapitaleinzahlungen*	3.136
Realisierte Netto-Wechselkursgewinne die zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme der von Mitgliedsländern begebenen Schuldscheine (Anmerkung 7) entstehen	2.448
Nicht realisierte Wechselkursverluste, die durch die Neubewertung ausstehender, von Mitgliedsländern begebener Schuldscheine (Anmerkung 7) entstehen	(6.109)
Per 31. Dezember 1991	<hr/> (525) <hr/>

14 Allgemeine Rücklage	Zeitraum bis 31. Dezember 1991 ECU '000
<i>Die allgemeine Rücklage umfaßt:</i>	
Thesaurierte Verluste	(7.114)
Interne Besteuerung	1.021
Per 31. Dezember 1991	<hr/> (6.093) <hr/>

* Zukünftige Einzahlungen des eingezahlten Kapitals, die in japanischen Yen zu begleichen sind, wurden abgesichert, um die Höhe des in ECU zu erhaltenden Kapitals gegen ungünstige Wechselkursbewegungen abzusichern. Die Agien, die in Bezug zu diesen Absicherungstransaktionen erhalten oder bezahlt worden sind, wurden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt

In Übereinstimmung mit Artikel 53 des Übereinkommens sind alle Direktoren, deren Stellvertreter, Bedienstete und Angestellte der Bank einer internen Steuer unterworfen, die auf von der Bank bezahlte Gehälter und Bezüge von der Bank erhoben wird. Im Rahmen des Übereinkommens behält die Bank die abgezogene interne Steuer zugunsten ihres Gewinns ein. Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens und Artikel 16 des Sitzabkommens sind die von der Bank bezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs ausgenommen.

Die interne Besteuerung, die sich auf ECU 1.021.000 beläuft und die von den während des Jahres bezahlten Gehältern und Bezügen abgezogen worden ist, wurde in die allgemeine Rücklage eingestellt.

15 Sonderrücklage

Zeitraum bis
31. Dezember 1991
ECU '000

Übertrag von der Gewinn- und Verlustrechnung 62

In Übereinstimmung mit dem Übereinkommen wird eine Sonderrücklage unterhalten, um gewisse, genau bestimmte Verluste der Bank abzudecken. Die Sonderrücklage wird gebildet durch Einstellung bestimmter Gebühren und Provisionen, die von der Bank erhalten werden.

16 Allgemeiner Verwaltungsaufwand

	Anmerkung	Zeitraum bis 31. Dezember 1991	
		Tatsächlich ECU '000	Haushalt ECU '000
Personalkosten	i	23.320	28.734
Gemeinkosten, ohne Regierungszuschüsse	ii	12.224	17.014
		<hr/>	<hr/>
		35.544	45.748
Gründungskosten	iii	7.540	
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		<hr/>	
		43.084	

i Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter und der Mitglieder des Direktoriums, die in den Personalkosten während des Zeitraums eingeschlossen sind, betrug 286.

ii Regierungszuschüsse in Höhe von ECU 13.560.000 (Haushalt: ECU 10.965.000), die in dem Zeitraum bis 31. Dezember 1991 einbezogen sind, wurden von den Regierungen des Vereinigten Königreiches (ECU 13.077.000), Frankreichs (ECU 307.000) und Japans (ECU 176.000) bereitgestellt.

iii Gründungskosten stellen die geprüften Kosten dar, die der Bank vor Beginn ihrer Tätigkeiten am 15. April 1991 entstanden sind. Der Gouverneursrat hat für diese Kosten einen Haushalt von ECU 10.000.000 gebilligt.

Der Haushalt in Höhe von ECU 45.748.000 ist vom Gouverneursrat für den Zeitraum vom 15. April 1991 bis 31. Dezember 1991 gebilligt worden.

17 Außerordentliche Wechselkursgewinne

Die Bank erhielt einen Teil der ersten Bareinzahlungen des eingezahlten Kapitals in anderen Währungen als ECU. Diese Währungen sind später in ECU umgerechnet worden. Der Unterschied zwischen den Wechselkursen, die zum Zeitpunkt des Erhalts galten und denjenigen, die zum Zeitpunkt der Umrechnung in ECU herrschten, führte zu einem Wechselkursgewinn von ECU 6.686.000.

Zukünftige Barbeiträge für Ratenzahlungen auf das eingezahlte Kapital, die in anderen Währungen als ECU vorgenommen werden, müssen unmittelbar nach der Notifizierung des Erhalts in ECU umgerechnet werden.

18 Technische Hilfe und Kooperationsfonds

Die Bank stellt bei der Vorbereitung, Finanzierung und Implementierung von Projekten sowie zur Unterstützung von Nehmerländern beim Übergang zur Marktwirtschaft technische Hilfe bereit. Die Finanzierung der technischen Hilfe kann durch die ordentlichen Mittel der Bank, Sonderfondsmittel wie im Übereinkommen bestimmt, oder Kooperationsfonds erfolgen. Kooperationsfonds sind Zuschüsse von Kapitalgebern, die für Tätigkeiten der technischen Hilfe bereitgestellt werden und von der Bank entsprechend der mit den Kapitalgebern geschlossenen Kooperationsabkommen verwaltet werden.

Per 31. Dezember 1991 verwaltete die Bank elf Kooperationsfonds in einem Gesamtbetrag von annähernd ECU 68 Millionen, die vollständig von Drittgebern finanziert worden sind. Die Aktiva der Kooperationsfonds werden getrennt von den Aktiva der Bank gehalten.

19 Pensionsplan

Die Bank hat einen genau bestimmten Beitragsplan („money purchase retirement plan“) zusammen mit einem genau bestimmten Leistungsplan (Endgehaltspensionsplan) für seine Mitarbeiter. Die Aktiva des „money purchase retirement plans“ werden getrennt von den Aktiva der Bank geführt. Die Kosten des Endgehaltspensionsplans, die in den antizipativen Passiva in der Anmerkung 10 enthalten sind, sind in Übereinstimmung mit einer versicherungsmathematischen Kostenermittlung per 25. September 1991 veranlagt worden, die auf der Grundlage der individuellen Eintrittsalter beruhte.

Die Beiträge der Bank zum „money purchase retirement plan“ sind zusammen mit den Kosten des Endgehaltspensionsplans der Gewinn- und Verlustrechnung belastet worden.

20 Bilanzunwirksame Posten

Per 31. Dezember 1991 beliefen sich die Darlehenszusagen auf ECU 72.031.000, wie auf Seite 127 ausgewiesen.

Die Bank ist im Rahmen von Devisenterminkontrakten, Devisenoptionsgeschäften, Zins- sowie Währungsswaps im Laufe ihrer normalen Geschäftstätigkeit Verpflichtungen zu Absicherungszwecken eingegangen. Diese werden in den Anmerkungen 3, 4, 5, 12 und 13 ausgewiesen und belaufen sich auf:

	Vertragsmäßiger oder potentieller Betrag ECU Million
Devisenterminkontrakte	181
Zins- und Währungsswaps	433
Zinsswaps	353
Devisenoptionsgeschäfte	102
Per 31. Dezember 1991	1.069

**Bericht des Wirtschaftsprüfers an den
Präsidenten und den Gouverneursrat**

Wir haben den Jahresabschluß auf den Seiten 124 bis 136 in Übereinstimmung mit Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen überprüft.

Der Jahresabschluß stellt nach unserer Ansicht die finanzielle Lage der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung per 31. Dezember 1991 sowie ihres Verlustes und ihrer Kapitalflüsse im Zeitraum vom 15. April 1991 bis 31. Dezember 1991 den Tatsachen entsprechend dar und stimmt mit Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen sowie den umfassenden Prinzipien der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zum Jahresabschluß und zu den Konzernabschlüssen der Banken und anderer Finanzinstitutionen überein.

185, avenue Charles-de-Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
25. Februar 1992

Anhang

Gouverneure und stellvertretende Gouverneure

(Stand 31. Dezember 1991)

Mitglied	Gouverneur	Stellvertretender Gouverneur
Ägypten	Youssri Mostafa	Saad Al Farargi
Albanien	Gramoz Pashko	–
Australien	John Dawkins	Richard Woolcott
Belgien	Philippe Maystadt	Grégoire Brouhns
Bulgarien	Ivan Yordanov Kostov	Mileti Mladenov
CSFR	Václav Klaus	Josef Tošovský
Dänemark	Uffe Ellemann-Jensen	Ole Loensmann Poulsen
Deutschland	Theo Waigel	Horst Köhler
EIB	Ernst-Günther Bröder	Alain Prate
EWG	Henning Christophersen	Karel Van Miert
Finnland	Pertti Salolainen	Veikko Kantola
Frankreich	Pierre Bérégovoy	Jean-Claude Trichet
Griechenland	Efthymios Christodoulou	George Theophanous
Irland	Bertie Ahern	Sean P Cromien
Island	Jón Sigurdsson	Bjorn Fridfinnsson
Israel	Jacob A Frenkel	Shalom Singer
Italien	Guido Carli	Mario Draghi
Japan	Tsutomu Hata	Yasushi Mieno
Jugoslawien	–	Slavoljub Stanic
Kanada	Donald Mazankowski	Reid Morden
Korea, Republik	Yong-Man Rhee	Kun Kim
Liechtenstein	Egmond Frommelt	–
Luxemburg	Jacques Santer	Yves Mersch
Malta	George Bonello Du Puis	Anthony P Galdes
Marokko	Mohammed Berrada	Mohammed Dairi
Mexiko	Pedro Aspe	José Angel Gurria
Neuseeland	Don McKinnon	George Gair
Niederlande	Wim Kok	Hans van den Broek
Norwegen	Sigbjørn Johnsen	Jon Ivar Nålsund
Österreich	Ferdinand Lacina	Othmar Haushofer
Portugal	Jorge Braga de Macedo	José Monteiro Fernandes Brás
Polen	Andrzej Topinski	Stefan Kawalec
	<i>Amtierender Gouverneur</i>	<i>Amtierender stellv. Gouverneur</i>
Rumänien	Florian Bercea	Mugur Isarescu
Schweden	Anne Wibble	Olle Wästberg
Schweiz	Jean Pascal Delamuraz	Silvio Arioli
Spanien	Carlos Solchaga	Pedro Perez
Türkei	Tansu Çiller	Tevfik Altinok
UdSSR	Victor Gerashchenko	Vsevolod Sitnin
Ungarn	Mihaly Kupa	Imre Tarafas
Vereinigtes Königreich	Lynda Chalker	Timothy Lankester
Vereinigte Staaten von Amerika	Nicholas Brady	Robert Zoellick
Zypern	George Syrimis	Michael Erotokritos

Liste der Direktoren, Stellvertreter und Ländergruppen

Stand 31. Dezember 1991

Direktoren	Stellvertreter	Ländergruppe
William Curran ¹	Emily Walker	USA
Claes de Neergaard	Halldór J Kristjánsson	Schweden/Island
Tony Faint	Craig Pickering	Vereinigtes Königreich
Tetsuma Fujikawa ²	Yoshihisa Kuroda ³	Japan
James Humphreys	Seung Woo Kwon	Australien/Korea/ Ägypten/Neuseeland
Ron Keller	Paul Menkveld	Niederlande
Heiner Luschin	Mordechai D Fraenkel	Österreich/Israel/Zypern/Malta
Giuseppe Maresca	Maurizio Serra	Italien
Alexander Maslov	Serguei Ovseitchik	UdSSR
Donald McCutchan	Robert Mackenzie	Kanada/Marokko
Patrick Mordacq	–	Frankreich
Kari Nars	Erik Aarhus	Finnland/Norwegen
Guy Noppen	Ernest Muhlen	Belgien/Luxemburg
Branimir Pajkovic	Stanel Ghencea	Jugoslawien/Rumänien
Tomás Parfzek	György Matolcsy ⁴	CSFR/Ungarn
Jacques Reverdin ⁵	Ibrahim Berberoglu	Schweiz/Türkei/Liechtenstein
Christopher Sibson	Terry Brown	EIB
José da Silva Lopes	Dimitri Koulourianos	Portugal/Griechenland
Lars Tybjerg	Pol O'Duibhir	Dänemark/Irland
José Luis Ugarte	Vicente Fernández	Spanien/Mexiko
Antoine Van Goethem	Peter Blackie	EWG
Jan Winiecki	Plamen Ilchev	Polen/Bulgarien
Günter Winkelmann	–	Deutschland

Zusammensetzung der Direktoriums Ausschüsse

Stand 31. Dezember 1991

Prüfungsausschuß	Ausschuß für Personalentlohnung und Verwaltungsangelegenheiten des Direktoriums	Finanzausschuß
Kari Nars <i>Vorsitzender</i>	James Humphreys <i>Vorsitzender</i>	Antoine Van Goethem <i>Vorsitzender</i>
Branimir Pajkovic <i>stellv.-Vorsitzender</i>	Ron Keller <i>stellv.-Vorsitzender</i>	William Curran <i>stellv.-Vorsitzender</i>
Tony Faint	Tetsuma Fujikawa	Claes de Neergaard
Jacques Reverdin	Heiner Luschin	Giuseppe Maresca
Donald McCutchan	Christopher Sibson	Alexander Maslov
Tomás Parfzek	Lars Tybjerg	Donald McCutchan
José da Silva Lopes	José Luis Ugarte	Patrick Mordacq
Günter Winkelmann	Jan Winiecki	Guy Noppen

¹ William Curran ersetzte Charles Dallara (Mai 1991)

² Tetsuma Fujikawa ersetzte Shotara Miyake (Juli 1991)

³ Yoshihisa Kuroda ersetzte Makoto Mizutani (August 1991)

⁴ György Matolcsy ersetzte András Horvai (Oktober 1991)

⁵ Jacques Reverdin ersetzte Nicolas Imboden (November 1991)

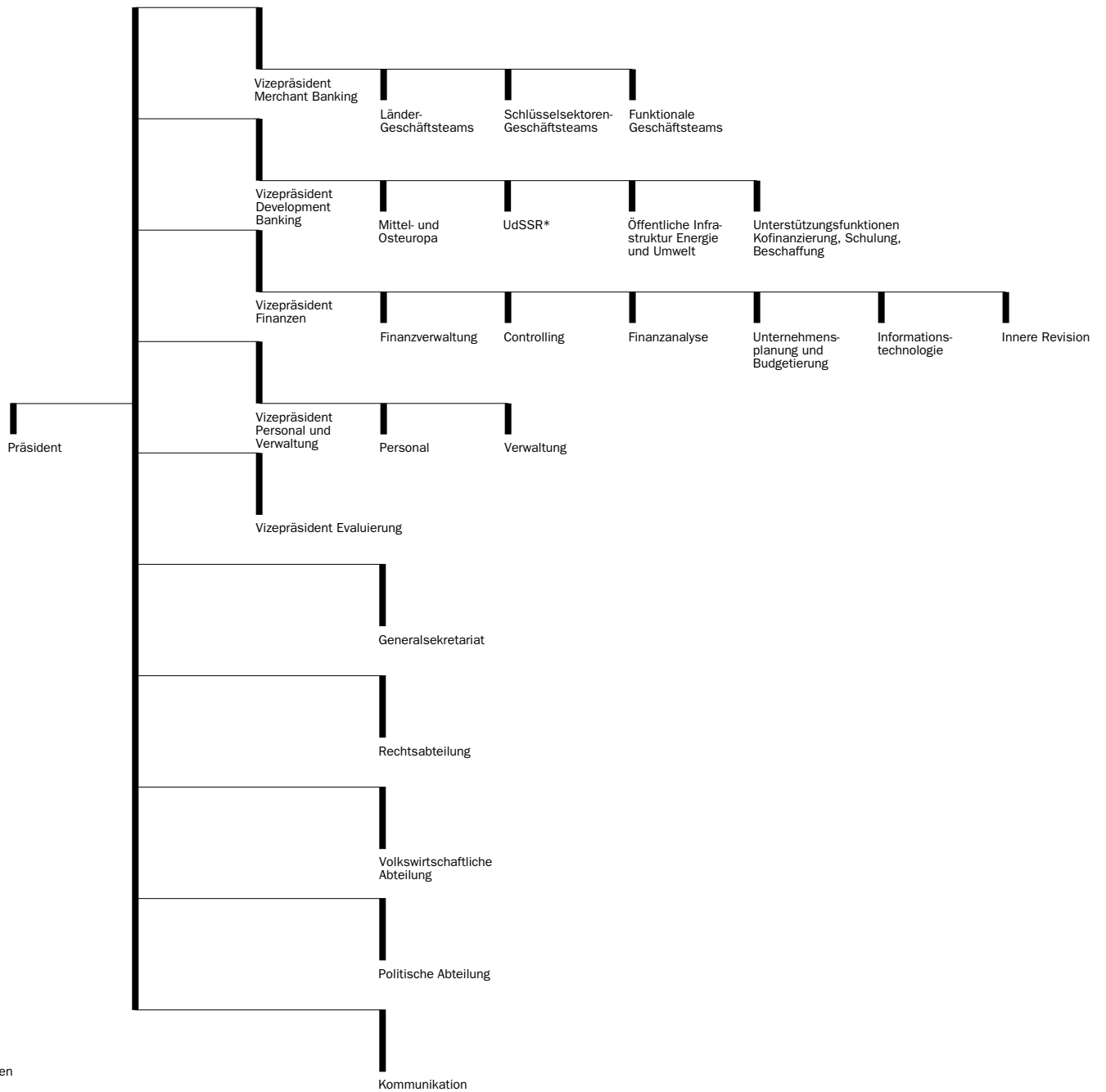
Mitgliedschaft

Land	Kapitalzeichnung (in Million. ECU)	Prozent des Stammkapitals	Land	Kapitalzeichnung (in Million. ECU)	Prozent des Stammkapitals
Ägypten	10,00	0,10	USA	1000,00	10,00
Australien	100,00	1,00	Ungarn	79,00	0,79
Belgien	228,00	2,28	Vereinigtes		
Bulgarien	79,00	0,79	Königsreich	851,75	8,52
CSFR	128,00	1,28	Zypern	10,00	0,10
Dänemark	120,00	1,20	EIB	300,00	3,00
Deutschland	851,75	8,52	EWG	300,00	3,00
Finnland	125,00	1,25			
Frankreich	851,75	8,52			
Griechenland	65,00	0,65			
Irland	30,00	0,30			
Island	10,00	0,10			
Israel	65,00	0,65			
Italien	851,75	8,52			
Japan	851,75	8,52			
Jugoslawien	128,00	1,28			
Kanada	340,00	3,40			
Korea	65,00	0,65			
Liechtenstein	2,00	0,02			
Luxemburg	20,00	0,20			
Malta	1,00	0,01			
Marokko	10,00	0,10			
Mexiko	30,00	0,30			
Neuseeland	10,00	0,10			
Niederlande	248,00	2,48			
Norwegen	125,00	1,25			
Österreich	228,00	2,28			
Portugal	42,00	0,42			
Polen	128,00	1,28			
Rumänien	48,00	0,48			
Schweden	228,00	2,28			
Schweiz	228,00	2,28			
Spanien	340,00	3,40			
Türkei	115,00	1,15			
UdSSR	600,00	6,00			
			Durch die Gouverneure im Jahre 1991 gebilligte Mitgliedschaft		
			Albanien*	10,00	0,10
			Estland	10,00	0,10
			Lettland	10,00	0,10
			Litauen	10,00	0,10
			Nicht zugeteilte		
			Anteile**	116,25	1,16

*Stichtag der Mitgliedschaft Albanien ist der 18. Dezember 1991

**Nach Vollendung der Mitgliedschaftsverfahren durch Estland, Lettland, Litauen Anfang 1992

Management-Struktur



* Gültig bis 31. Dezember 1991
Die Abteilung wurde zwecks Berücksichtigung der geänderten Mitgliedschaft umstrukturiert

Geschäftsleitung

Präsident

Jacques Attali

Merchant Banking

Vizepräsident

Ron Freeman

Stellvertretender Leiter

Guy de Selliers, *Senior Banker*

Bulgarien

Pierre-Yves Divisia, *Senior Banker*

CSFR

Alex Tyrteos, *Senior Banker*

Ungarn

Gyuri Karady, *Senior Banker*

Peter Reiniger, *Senior Banker*

Polen

Bogy Cimoszko, *Senior Banker*

Charles Wrangham, *Senior Banker*

Rumänien

Bogdan Baltazar, *Senior Adviser*

Pierre-Yves Divisia, *Senior Banker*

UdSSR*

Boris Fedorov, *Senior Banker*

Jugoslawien

Yasuo Izumi, *Senior Banker*

Geschäftsbanken

Barbara Insel, *Senior Banker*

Hotels/Immobilien

Massimo Ponzellini, *Senior Banker*

Öl und Gas

Randall Fischer, *Senior Banker*

Privatisierung

Charles Vuylsteke, *Senior Banker*

Projektfinanzierung

Masato Miyachi, *Senior Banker*

Charles Wrangham, *Senior Banker*

Umstrukturierung

Christopher Beaman, *Senior Banker*

Syndizierung

Noreen Doyle, *Senior Banker*

Telekommunikation

Edouard Altenhoven, *Banker*

*Gültig bis 31. Dezember 1991.
Die Abteilung wurde zwecks
Berücksichtigung der geänderten
Mitgliedschaft umstrukturiert

Development Banking

Vizepräsident	Mario Sarcinelli
Berater des Vizepräsidenten	Pascal Lorot

Mittel- und Osteuropa

Abteilungsleiter	Magne Haga
Albanien	Matthias von Bismarck-Osten, <i>Leiter des Länderreferats</i>
Bulgarien	Stijn Albregts, <i>Leiter des Länderreferats</i>
CSFR	Aldo Patania, <i>Leiter des Länderreferats</i>
Estland, Lettland, Litauen	George Krivicky, <i>(amtierender) Leiter des Länderreferats</i>
Ungarn	Rolf Westling, <i>Leiter des Länderreferats</i>
Polen	George Krivicky, <i>Leiter des Länderreferats</i>
Rumänien	Klaus Hoffarth, <i>(amtierender) Leiter des Länderreferats</i>
Jugoslawien	Klaus Hoffarth, <i>Leiter des Länderreferats</i>

*UdSSR**

Stellvertretender	
Abteilungsleiter	Motoo Kusakabe

Infrastruktur, Energie und Umwelt

Abteilungsleiter	Thierry Baudon
Energie	Mark Tomlinson, <i>Leitender Projektmanager</i>
Umwelt	Tim Murphy, <i>Leitender Umweltspezialist</i>
Ländliche und agroindustrielle	
Infrastruktur	Juan Miranda, <i>Leitender Projektmanager</i>
Soziale Infrastruktur	Michel Gaspard, <i>Leitender Projektmanager</i>
Telekommunikation	Friedrich Kraemer, <i>Leitender Projektmanager</i>
Transport	Clell Harral, <i>Leitender Projektmanager</i>
Stadt- und	
Bezirksentwicklung	Josué Tanaka, <i>Leitender Projektmanager</i>

Unterstützungsfunktionen

Leiter der Kofinanzierung	Ullrich Kiermayr
Leiter der Beschaffungseinheit	Bernard Gouveia
Leiter der Schulungseinheit	Philippe-Emmanuel Dewilde

* Gültig bis 31. Dezember 1991
Die Abteilung wurde zwecks
Berücksichtigung der geänderten
Mitgliedschaft umstrukturiert

Finanzen

Vizepräsident	Anders Ljungh
Leiter der Abteilung Informationstechnologie	Guy de Poerck
Controller	Christopher Holyoak
Schatzmeister	René Karsenti
Unternehmensplanung und Budgetierung	Pierre Pissaloux
Direktor, Finanzpolitik und -analyse	Boris Zenic
Leiter der Inneren Revision	Tarek Rouchdy

Personal und Verwaltung

Vizepräsident	Miklós Németh
Leiter der Personalabteilung	Sam Goldenberg
Leiter der Verwaltungsabteilung	Renaud Lagey

Evaluierung

Vizepräsident	Manfred Abelein
---------------	-----------------

Generalsekretariat

Generalsekretär	Bart le Blanc
Stellvertretende Generalsekretärin	Sarah Papineau

Leiter der Rechtsabteilung

Leiter der Rechtsabteilung	Andre Newburg
Stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung	John Taylor
Beigeordneter stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung	Emmanuel Maurice
Senior Counsel	Liz Hunt

Volkswirtschaftliche Abteilung

Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung	John Flemming
Stellvertretender Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung	Philippe Aghion

Politische Abteilung

Leiterin der Politischen Abteilung	Sylvia Jay
Politischer Berater	Andrei Bugrov

Kommunikation

Leiterin der Presseabteilung	Barbara Ann Clay
Leiter Öffentlichkeitsarbeit	James Rosenstein

Liste der Mitglieder der Beiräte

Unternehmensbeirat

Dem Unternehmensbeirat gehören 26 bedeutende Industrielle und Finanzfachleute des privaten Sektors an. Der Rat hat die Aufgabe, die Bank zu unterstützen und Erfahrungen auszutauschen in allen relevanten Bereichen, in denen seine Mitglieder Sachkenntnis haben. Die Mitglieder des Beirats sind:

Giovanni Agnelli
Präsident von Fiat S.p.A. in Turin, Italien

Jean-Louis Beffa
Präsident von St. Gobain in Paris, Frankreich

Hervé de Carmoy
*Berater des Präsidenten von HR Finanz in Paris und
Präsident von Parvalind Gérance, Frankreich*

Michel David-Weill
*Vorstandsvorsitzender von Lazard Frères in Paris,
Frankreich*

Richard Debs
*Beratender Direktor von Morgan Stanley and Co Inc in
New York, USA*

Giuseppe Garofano
*Vorsitzender des Aufsichtsrats von Montedison in
Mailand, Italien*

Pehr G Gyllenhammar
*Vorsitzender des Vorstands von AB Volvo in Göteborg,
Schweden*

Jean-Yves Haberer
*Präsident und Generaldirektor von Crédit Lyonnais in
Paris, Frankreich*

Karl Kahane
*Aufsichtsratsvorsitzender der Montana AG in Wien,
Österreich*

Yusuke Kashiwagi
*Vorsitzender des Vorstands der Bank of Tokyo in Tokio,
Japan*

Dr. Karlheinz Kaske
*Präsident und Vorsitzender des Vorstands der Siemens
AG in München, Deutschland*

Raymond Kirsch
*Vorstandsvorsitzender und Präsident des
Hauptausschusses der Banque et Caisse*

d'Espargne de l'Etat in Luxemburg

Yoh Kurosawa
Präsident der Industrial Bank of Japan in Tokio, Japan

Fritz Leutwiler
*Präsident des Verwaltungsrates Asea Brown Boveri
Limited in Baden, Schweiz*

Andre Leysen
Präsident von Agfa Geveart in Mortsel, Belgien

Robert McNamara
Washington DC, USA

Helmut Maucher
*Vorstandsvorsitzender und Hauptgeschäftsführer von
Nestle SA in Vevey, Schweiz*

Henry Owen
*Co-Vorsitzender des Bretton Woods Committee in
Washington DC, USA*

Albert Reichmann
*Präsident von Olympia & York Developments Limited in
London, Vereinigtes Königreich*

Edzard Reuter
*Vorsitzender des Vorstands der Daimler Benz AG in
Stuttgart, Deutschland*

Antoine Riboud
*Präsident und Generaldirektor von BSN in Paris,
Frankreich*

The Rt Hon Lord Richardson of Duntisbourne KG
*Ehemaliger Gouverneur der Bank of England und
stellvertretender Vorsitzender der BIS*

Hans-Joerg Rudloff
*Vorsitzender des Vorstands von Crédit Suisse First Boston
in London, Vereinigtes Königreich*

Dr. Heinz Schimmelbusch
*Vorsitzender des Vorstands der Metallgesellschaft AG in
Frankfurt, Deutschland*

Alain de Wulf
Generaldirektor der Bank Paribas in Paris, Frankreich

Takuma Yamamoto
Vorsitzender des Vorstands der Fujitsu in Tokio, Japan

Volkswirtschaftlicher Beirat

Der Volkswirtschaftliche Beirat wurde eingerichtet, um eine Verbindung zwischen der Bank und der Wissenschaft insbesondere im Bereich der Forschung zu den ökonomischen Aspekten des Übergangs (Economics of Transition) bereitzustellen. Der Rat berät die Bank auch in volkswirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit. Der Rat hat folgende Mitglieder :

Akademienmitglied Abel G. Aganbegyan
Rektor der Akademie der Nationalökonomie der UdSSR in Moskau, UdSSR

Professor Kenneth J. Arrow
Professor der Ökonomie an der Stanford University in Stanford, Kalifornien, USA

Professor Jean-Paul Fitoussi
Präsident der OFCE in Paris, Frankreich

Professor Ryutaro Komiya
Generaldirektor des Research Institute of International Trade & Industry in Tokio, Japan

Professor János Kornai
Professor der Ökonomie am Institut für Volkswirtschaftslehre in Budapest, Ungarn

Professor Assar C. Lindbeck
Professor der Außenwirtschaftslehre am Institute for International Economics in Stockholm, Schweden

Professor Edmund S. Phelps
Professor der Politischen Ökonomie an der Columbia University in New York, USA

Professor Robert M. Solow
Professor der Ökonomie am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, USA

Professor Luigi Spaventa
Professor der Ökonomie an der Università degli Studi in Rom, Italien

Professor Dr. C. Christian von Weizsäcker
Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Köln, Deutschland

Umweltbeirat

Die Bank ist in ihrem Übereinkommen angewiesen, bei allen Aktivitäten ökologisch verträgliche und auch langfristig unbedenkliche Entwicklungen zu fördern. Der Umweltbeirat, ein unmittelbares Beratungsgremium des Präsidenten, unterstützt die Bank bei der Erfüllung dieser Aufgabe. 13 der 17 Ratsmitglieder sind inzwischen ernannt:

Dr. Wojciech Beblo
Direktor der Umweltabteilung der Provinz Kattowitz, Polen

Jacques-Yves Cousteau
Direktor, Fondation Cousteau, Frankreich

Dr. Boguslaw Fiedor
Professor der Ökonomie an der Oskar Lange Akademie für Ökologie in Wroclaw, Polen, und Mitglied der European Association of Natural Resources and Environmental Economics

Dr. Peter Hardi
Leitender Direktor des Regionalen Umweltzentrums in Budapest, Ungarn

Dr. Martin Holdgate
Generaldirektor der International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources, Schweiz

Dr. Andrzej Kassenberg
Präsident des Instituts für Langfristig Unbedenkliche Entwicklung in Warschau, Polen

D. Václav Mezrický
Direktor des Instituts für Umweltrecht an der Karlsuniversität in Prag, CSFR, und früherer erster stellvertretender Minister für Umwelt der tschechischen Republik

Sir Crispin Tickell
Präsident der Royal Geographic Society in London, Vereinigtes Königreich, und Vorsitzender des International Institute for Environment and Development, Vereinigtes Königreich

Angheluta Vadineanu
*Professor der Ökologie an der Universität von Bukarest
und Vorsitzender der Kommission für Ökologie der
rumänischen Akademie*

Janos Vargha
*Präsident des ISTER Umweltforschungsinstituts in
Budapest, Ungarn, und Mitglied des Direktoriums des
Donaukreises, Ungarn*

Delcho Georgiev Vitchev
*Mitglied des Leitenden Rates, ECOGLASNOST,
Bulgarien*

Professor Dr. E.U. von Weizsäcker
*Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik in
Bonn, Deutschland*

Jan-Olaf Willums
*Leitender Direktor des Internationalen Umweltbüros,
Internationale Handelskammer in Paris, Frankreich*

Die übrigen vier Mitglieder werden noch eingesetzt und werden die Sachkenntnis des Rats in institutioneller, technischer und geographischer Hinsicht erweitern.

Personen- und Sachregister

Die mager gedruckten Seitenzahlen beziehen sich auf Illustrationen und Tabellen.

- Aarhus, Erik, **11, 139**
 Abelein, Manfred, **144**
 Adria, **56**
 Aganbegyen, Abel G., **146**
 Aghion, Philippe, **144**
 Agnelli, Giovanni, **145**
 Ägypten, **128, 140**
 Ahern, Bertie, **138**
 Ahmeti, Vilson, **27, 64**
 Akmene, **118**
 Al Faragj, Saad, **138**
 Albanien, **14, 18**
 Banken, **66**
 Engagement der Bank, **66**
 Kapitalzeichnung, **126, 140**
 Politik **27, 64**
 Strategie für Tätigkeiten im Einsatzland, **14**
 Technische Hilfe, **21, 66**
 Umwelt, **65**
 Wirtschaft **25, 33, 36, 53, 64-5**
 Albrechts, Stijn, **143**
 Algerien, **53**
 Alia, Ramiz, **64**
 Allgemeine Rücklage, **121, 134**
 Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT), **15**
 Altenhoven, Edouard, **142**
 Altinok, Tevfik, **138**
 Ameritech International, **95**
 Anleiheemission, **9, 13, 18**
 Antall, Jozsef, **80**
 Arbeitslosigkeit, **34, 35**
 Arioli, Silvio, **138**
 Armenien, **38, 42**
 Arrow, Kenneth J., **146**
 Aserbaidshan, **38**
 Asowsches Meer, **56**
 Aspe, Pedro, **138**
 Attali, Jacques, **8-10, 11, 18, 112**
 Aufstellung eines Programms für technische Hilfe und Schulung für die Reform des Wirtschaftsrechts in Mittel- und Osteuropa, **32**
 Ausländische Direktinvestitionen, **45-6**
 Ausschuß für Personalentlohnung und Verwaltungsangelegenheiten, **15, 139**
 Ausschüsse, **15, 139**
 Australien, **128, 140**
- Baloerowicz, Leszek, **88**
 Baltazar, Bogdan, **142**
 Baltische Republiken, *siehe* Estland, Lettland, Litauen
 Bank von Posen (WBK), **18, 20, 92, 93, 127**
 Banken, **38-41**
 Albanien, **66**
 Bulgarien, **39, 71**
 CSFR, **39, 76**
 Polen, **39, 91**
 UdSSR, **107, 110**
 Ungarn, **39, 86**
 Baudon, Thierry, **143**
 Beauman, Christopher, **142**
 Beblo, Dr. Wojciech, **146**
 Beffa, Jean-Louis, **145**
- Beiräte, **145-7**
 Belgien, **128, 140**
 Berberoglu, Ibrahim, **11, 139**
 Bercea, Florian, **138**
 Bérégovoy, Pierre, **138**
 Berisha, Salih, **64**
 Berner Union, **18**
 Berrada, Mohammed, **138**
 Beschäftigung, **34, 35, 43**
 Bielecki, Jan Krzysztof, **27, 88**
 Bilanz, **127**
 BIP, **33, 33, 34, 36**
 Bismarck-Oslen, Matthias von, **143**
 BIZ, **32**
 Blackie, Peter, **11, 139**
 Bonello Du Pius, George, **138**
 Bosnien-Herzegowina, **112**
 BOT (Build, Operate and Transfer) Programm, **48, 49, 85, 93**
 Burgas, **71**
 Brady, Nicholas, **138**
 Brage De Macedo, Jorge, **138**
 Bras, José Monteiro Fernandes, **138**
 Bratislava, **54, 55, 75, 77**
 Bröder, Ernst-Günther, **138**
 Brouhns, Grégoire, **138**
 Brown, Terry, **11, 139**
 BSN, **78**
 Budapest, **21, 55, 81**
 Bufi, Ylli, **27, 64**
 Bulgarien, **14, 16**
 Banken, **39, 71**
 Engagement der Bank, **71-2**
 Handel, **36, 37, 38**
 Kapitalzeichnung, **128, 140**
 Politik, **27, 68**
 Privatisierung, **42, 44, 71, 72**
 Technische Hilfe, **21, 72**
 Strategie für Tätigkeiten im Einsatzland, **14**
 Umwelt, **89**
 Verfassung, **25**
 Wirtschaft, **33, 53, 68-9**
 Bulgarische Eisenbahngesellschaft, **71**
 Burgrov, Andrei, **144**
- Calfa, Marian, **74**
 Carmoy, Hervé de, **145**
 Carli, Guido, **138**
 Carrington, Lord, **27**
 Chalker, Lynda, **138**
 Christodoulou, Efthymos, **138**
 Christophersen, Henning, **138**
 Çiller, Tansu, **138**
 Cimoszko, Bogy, **142**
 Clay, Barbara Ann, **144**
 Čokoládovny, **20, 78, 127**
 Cousteau, Jacques-Yves, **146**
 Cromien, Sean P., **138**
 CSFR, **14, 16**
 Ausländische Direktinvestitionen, **45**
 Banken, **39, 76**
 Bankprojekte, **77, 78**
 Energiequellen, **53, 54, 77**
 Engagement der Bank, **76-8**
 Gebilligte Projekte, **20**
 Handel, **37, 38**
 Inflation, **35**
- Kapitalzeichnung, **128, 140**
 Politik, **25, 27, 74**
 Privatisierung, **42, 44, 76**
 Strategie für Tätigkeiten im Einsatzland, **14**
 Technische Hilfe, **21, 78**
 Umwelt, **75, 77**
 Umweltverschmutzung, **56**
 Wirtschaft, **33, 34, 74-5**
- Curran, William, **11, 139**
 Czechoslovakia Investment Corporation Inc., **20, 77-8, 127**
- Dairi, Mohammed, **138**
 Dänemark, **128, 140**
 Danzig, **21, 55, 58, 95**
 Darlehen, (Kredit), **121, 127**
 Aus- und Rückzahlungen, **121**
 Insgesamt, **15**
 Notleidende, **40**
 Darlehensprogramme, **15**
 Daugavpils, **117**
 David-Weill, Michel, **145**
 Dawkins, John, **138**
 Delamuraz, Jean Pascal, **138**
 Demokratie, **26**
 Albanien, **64**
 Bulgarien, **68**
 CSFR, **74**
 Estland, **114**
 Ungarn, **80**
 Lettland, **116**
 Litauen, **117**
 Polen, **88**
 Rumänien, **98**
 UdSSR, **104**
 Deutschland, **8, 43, 53, 54, 56, 128, 140**
 Dewilde, Philippe-Emmanuel, **143**
 Dezentralisierung, städtische, **55**
 Dimitrov, Filip, **27, 68**
 Direktoren, **11, 139**
 Bericht des Direktoriums, **12-16**
 Direktorium, **139**
 Direktorium, Arbeitsmethoden des, **15-16**
 Divisia, Pierre-Yves, **142**
 Donau, **22, 56, 61, 81**
 Donaodelta-Biosphären-Behörde, **61, 101**
 Donaodelta-Umweltprogramm, **101**
 Doyle, Noreen, **142**
 Draghi, Mario, **138**
 Durchgangsstraßen, **48, 71**
- ECU Anleiheemission, **9, 13, 18, 120**
 EFTA, **45, 80**
 Effektenbörsen, **41**
 EIB, **140**
 Eisenbahnen, **46, 47, 48, 49, 71**
 Elbe, **56**
 Elekrenai, **118**
 Elektrizität, **53-4**
 Ellemann-Jensen, Uffe, **138**
 Energie, **46, 52-5, 62**
 Albanien, **66**
 Bulgarien, **72**
 CSFR, **53, 54, 77**
 Polen, **93**
 Rumänien, **100-1**
 UdSSR, **52, 53, 107-9**

- Ungarn, **85**
Enhanced Digital Network (EDN) **20, 108, 109, 127**
Erdgas, **53**
Erdöl, **54, 62, 109**
Erotokritos, Michael, **138**
Estland, **14, 18, 27**
Handel, **38**
Kapitalzeichnung, **140**
Politik, **114-15**
Privatisierung, **42**
Telekommunikation, **52**
Umwelt, **115**
Wirtschaft, **115**
Ethnische Minderheiten, **26**
Europäische Energiecharta, **55, 107**
Europäische Gemeinschaften (EG), **15, 26, 32, 34, 74, 80, 88, 107, 112**
Ausländische Direktinvestitionen, **45**
Handel, **36**
Kapitalzeichnung, **128, 140**
Kooperationsfonds-Vereinbarung, **22**
Ministerrat, **27**
PHARE Programm, **72, 96**
Europäische Investitionsbank (EIB), **15, 32, 85, 120, 128**
Europäische Kommission, **15, 120**
Europäisches Parlament, **18**
Europarat, **15, 25, 27, 32, 64, 68, 74, 88, 114, 116, 117**
Exporte, **36, 37, 38, 38**
Externe Revisoren, **15**
Prüfungsbericht, **137**
- Faint, Tony, **11, 139**
Fedorov, Boris, **142**
Fernández, Vicente, **11, 139**
Fiedor, Dr. Boguslaw, **146**
Finanzausschuß, **16, 139**
Finanzdaten (wichtige), **19**
Finanzierungsgrundsätze, **120-2**
Finanzsektor, **38-41**
Albanien, **66**
Bulgarien, **71**
CSFR, **76**
Polen, **91**
UdSSR, **107, 110**
Ungarn, **83**
Finanzsektorüberblick, regional, **38-41**
Finnland, **53, 128, 140**
Fischer, Rendalf, **142**
Fitoussi, Professor Jean-Paul, **146**
Fleming, Robert, **77**
Flemming, John, **144**
Fraenkel, Mordechaj D., **11, 139**
France Telecom Mobiles International, **95**
Frankreich, **22, 53, 128, 140**
Freeman, Ron, **142**
Fremdenverkehr, **66, 77**
Frenkel, Jacob A., **138**
Fridfinnsson, Bjorn, **138**
Frommelt, Egmond, **138**
Fujikawa, Tetsuma, **11, 139**
- G7 Gipfel, **27**
Gair, George, **138**
Galdes, Anthony P., **138**
- Garofano, Giuseppe, **145**
Gaspard, Michel, **143**
Gasversorgung, **53**
Gebietskörperschaften, **55**
GEC Alsthom, **20, 102, 127**
Gemeinsames Ostsee - Gesamtprogramm, **115, 117, 118**
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), **27, 104, 105, siehe auch UdSSR**
Genossenschaftsbanken, **39**
Georgien, **27, 38, 104**
Gerashchenko, Victor, **138**
Geschäftsbanken, **38**
Geschäftsleitung, **142-4**
Gesundheitsfragen, **57**
Gewerkschaften, **25**
Gewinn- und Verlustrechnung, **125**
Ghencea, Stanel, **11, 139**
Godmanis, Ivars, **116**
Goldenberg, Sam, **144**
Goncz, Präsident, **15**
Gorbatschow, Michail, **25, 27, 104**
Gorbunova, Anatolis, **116**
Gouveia, Bernard, **143**
Gouverneure, **12, 138**
Gouverneursrat, **12, 138**
Griechenland, **128, 140**
Gurria, José Angel, **138**
Gyllenhammar, Pehr G., **145**
- Haberer, Jean-Yves, **145**
Häfen, **47, 49**
Haga, Magne, **143**
Handel, **36-8**
Hardi, Dr. Peter, **146**
Harral, Clell, **143**
Harvard Programme on International Financial Systems **32**
Hata, Tsutomu, **138**
Hauptsitz, **14, 18**
Haushalt, **14**
Haushofer, Othmar, **138**
Havel, Václav, **74**
Helsinki-Kommission, Arbeitsgruppe, **61**
Hexagonale, **74, 80, 88**
Hoffarth, Klaus, **143**
Holdgate, Dr. Martin, **146**
Holyoak, Christopher, **144**
Hodscha, Enver, **64**
Humphreys, James, **11, 139**
Hungarian Telecommunications Company, **20, 127**
Hunt, Liz, **144**
- IBG Food Processing, **20, 95, 127**
Iltohev, Plamen, **11, 139**
Importe, **36, 37, 38**
Industriebeteiligungs GmbH, **95**
Inflation, **35, 39**
Inländische Banken, **39**
Insel, Barbara, **142**
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBWE), **15, 32**
International Development-Law Institute, **32**
Internationale Finanz-Korporation (IFK), **15, 32**
Internationale Investitionsbank, **15**
International School for Banking and Finance, Moskau, **21, 106, 110**
- International School for Business, Management and Privatisation, St. Petersburg, **21, 110**
Internationale Union der Kreditversicherer, **18**
Internationaler Währungsfonds (WF), **15, 32, 107**
Intreprinderes de Masini Grete Bucuresti (IMGB), **20, 102, 127**
Investicni Banka, **77**
Investitionen, **15, 35**
Ausländische Direktinvestitionen, **45-6**
Ausleihungen und Kapitalbeteiligungen, **121**
Kredite, **127**
Liquide Mittel, **121**
Privatisierung, **41-5**
Investitionsprogramm, **14**
Iran, **53**
Irland, **128, 140**
Isarescu, Mugur, **138**
Island, **53, 128, 140**
Israel, **128, 140**
Italien, **74, 88, 128, 140**
Izumi, Yasuo, **142**
- Jahresabschluß, **15, 123-136**
Janofrost, **95**
Japan, **22, 45, 53, 128, 140**
Japanisches Zentrum für Internationales Finanzwesen (JCIF), **41**
Jay, Sylvia, **144**
Jelzin, Boris, **27**
Johnsen, Sigboern, **138**
Joint Venture-Banken, **39**
Jonava, **118**
Jugoslawien, **8, 14, 53, 74, 88, 128**
Bürgerkrieg, **25-6, 112**
Eisenbahnen, **71**
Engagement der Bank, **112**
Handel, **37**
Kapitalzeichnung, **128, 140**
Politik, **27, 112**
Technische Hilfe, **22, 112**
Wirtschaftsreformen, **33, 36**
Justiz, **32**
- Kahane, Karl, **145**
Kalter Krieg, **24**
Kanada, **45, 128, 140**
Kantola, Vaikko, **138**
Kapitalbeteiligungen, **15, 121, 127**
Kapitalbildung, **35**
Kapitalfluß, **126**
Kapitalzeichnungen, **120, 128, 140**
Karady, Gyuri, **142**
Karsenti, René, **144**
Kasachstan, **38, 42**
Kashiwagi, Yusuke, **145**
Kaske, Dr. Karlheinz, **145**
Kaspisches Meer, **56**
Kassenberg, Dr. Andrzej, **146**
Kattowitz, **89**
Kaunas, **118**
Kawalec, Stefan, **138**
Keller, Ron, **11, 139**
Kiermayr, Ullrich, **143**
Kim, Kun, **138**
Kirgisien, **38**
Kirsch, Raymond, **145**
Klaipeda, **118**
- Klaus, Václav, **138**
Kofinanzierung, **122**
Köhle, **54, 57**
Köhler, Horst, **138**
Kok, Wim, **138**
Kola Halbinsel, **56**
Kolloquium für Wirtschaftsrechtsreform, **18, 32**
Komarov, **81**
Komerčni Banka, **77**
Komiya, Professor Ryutarō, **146**
Konferenz über Volkswirtschaften im Übergang, **18**
Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten, **25, 74**
Kooperationsfonds (KFP), **22, 122, 136**
Korea, Republik, **128, 140**
Kornai, Professor János, **146**
Kosovo, **64, 112**
Kostov, Ivan Yordanov, **138**
Koulourianos, Dimitri, **11, 139**
Krämer, Friedrich, **143**
Kredit, Zinssätze, **40**
Kreditaufnahmeprogramm, **13, 120**
Kreditgeschäft, Grundsätze, **13, 121**
Krespol, **95, 96**
Kristjánsson, Halldor J., **11, 138**
Krivicky, George, **143**
Kroatien, **25, 27, 112**
KSZE, **25, 27, 64, 98, 104, 114, 117**
Kujawy-Frost, **95, 96**
Kupa, Mihely, **138**
Kuroda, Yoshihisa, **11, 139**
Kurosawa, Yoh, **145**
Kusakabe, Motoso, **143**
Kwon, Seung Woo, **11, 139**
- Lacina, Ferdinand, **138**
Lagey, Renaud, **144**
Länderstrategieunterlagen, **13, 14**
Landsbergis, Präsident, **117**
Landwirtschaft, **42, 72, 99, 101, 107, 110**
Lanckester, Timothy, **138**
Le Blanc, Bart, **144**
Leasing, **41, 48**
Legnica Glogow, **89**
Lettland, **14, 18, 27**
Handel, **38**
Kapitalzeichnung, **140**
Politik, **116**
Privatisierung, **42**
Telekommunikation, **52**
Umwelt, **116-17**
Wirtschaft, **116**
Leutwiler, Fritz, **145**
Leysen, André, **145**
Liechtenstein, **128, 140**
Lindbeck, Professor Assar C., **146**
Liquide Mittel, **121**
Litauen, **14, 18, 27**
Handel, **38**
Kapitalzeichnung, **140**
Politik, **118**
Privatisierung, **42**
Telekommunikation, **52**
Umwelt, **118**
Wirtschaft, **117-18**
Ljungh, Anders, **144**
Lleplja, **117**

- Lodom, **20, 95, 127**
 Łódź, **21, 95**
 Lorot, Pascal, **143**
 Luftfahrt, **47, 49**
 Luftverkehr, **77**
 Luftverschmutzung, *siehe* Umweltverschmutzung
 Luschin, Heiner, **11, 139**
 Luxemburg, **22, 128, 140**
- Mackenzie, Robert, **11, 139**
 Malta, **128, 140**
 Management-Struktur, **141**
 Maresca, Giuseppe, **11, 139**
 Markovic, Ante, **27**
 Marokko, **128, 140**
 Maslov, Alexander, **11, 139**
 Matolcsy, György, **11, 139**
 Maucher, Helmut, **145**
 Maurice, Emmanuel, **144**
 Maystadt, Philippe, **138**
 Mazankowski, Donald, **138**
 Mazedonien, **22, 44, 112**
 Mazeikiai, **118**
 Mazowiecki, Tadeusz, **27, 88**
 McCutchan, Donald, **11, 139**
 McKinnon, Don, **138**
 McNamara, Robert, **145**
 Medien, **25**
 Menkveld, Paul, **11, 139**
 Mersch, Yves, **138**
 Mesic, Stipe, **27**
 Mexiko, **128, 140**
 Mezricky, Dr. Václav, **146**
 Microsystem Rt, **20, 86, 127**
 Mieno, Yasushi, **138**
 MIGA, **32**
 Minsk, Übereinkommen von, **104**
 Miranda, Juan, **143**
 Mitgliedschaft, **140**
 Mitterand, François, **15, 18**
 Miyachi, Masato, **142**
 Miadenov, Milet, **138**
 Moldawien, **38**
 Monopolabbau, **42, 51**
 Monopole, **42, 51**
 Montenegro, **112**
 Mordacq, Patrick, **11, 139**
 Morden, Reid, **138**
 Moskau, **21, 22, 42, 44, 52, 55, 107, 109, 110**
 Mostafa, Youssri, **138**
 Mostostal Panel Company, **95**
 Muhlen, Ernest, **11, 139**
 Multilaterale-Investitions-Garantie-Agentur, **15**
 Murphy, Tim, **143**
- Nälsund, Jon Ivar, **138**
 Nano, Fatos, **27, 64**
 Nars, Kari, **11, 139**
 Nationale Sparkasse, **39, 40**
 NATO, **80**
 Neergaard, Claes de, **11, 139**
 Németh, Miklós, **80, 144**
 Nestlé, **78**
 Neuseeland, **128, 140**
 Newburg, André, **144**
 Niederlande, **22, 53, 128, 140**
 NMB Bank Postbank Groep NV, **95**
- NMB/EBRD Central Europe Agency Line, **20, 78, 86, 95, 127**
 Noppen, Guy, **11, 139**
 Nordische Investitionsbank (NIB), **15, 32**
 Nograd, **83**
 Norwegen, **22, 53, 128, 140**
 Nuklearenergie, **53-4**
- O'Duibhir, Pol, **11, 139**
 Oder, **89**
 Olszewski, Jan, **88**
 Olaine, **117**
 Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), **15, 32, 36, 42, 50, 98, 107, 120**
 Österreich, **22, 54, 74, 88, 128, 140**
 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, **33**
 Ostrava-Karviná Industriegebiet, **75**
 Ostsee, **22, 56, 61, 93, 115, 116, 118**
 Ovseitchik, Serguei, **11, 139**
 Owen, Henry, **145**
- Pajkovic, Branimir, **11, 139**
 Palanga, **118**
 Papineau, Sarah, **144**
 Paris, **18**
 Pariser Klub, **69**
 Parizek, Tomás, **11, 139**
 Parker Drilling Company, **20, 109, 127**
 Patania, Aldo, **143**
 Pensionsfonds, **40**
 Pensionsplan, **130, 136**
 Perez, Pedro, **138**
 Personalentlohnung und Sozialleistungen, Politik, **14, 15**
 Petöfi Nyomda Pt, **20, 95, 127**
 PHARE-Programm, **72**
 Phelps, Professor Edmund S., **146**
 Pickering, Craig, **11, 139**
 Pissaloux, Pierre, **144**
 Poerck, Guy de, **144**
 Polen, **14, 16**
 Ausländische Direktinvestitionen, **45**
 Banken, **39, 91**
 Bankprojekte, **93, 95**
 Engagement der Bank, **91-6**
 Gebilligte Projekte, **18**
 Handel, **37, 38**
 Kapitalzeichnung, **128, 140**
 Politik, **25, 27, 88**
 Privatisierung, **42, 44, 91**
 Strategie für Tätigkeiten im Einsatzland, **14, 91, 93**
 Technische Hilfe, **21, 95-6**
 Umwelt, **56, 57, 89, 93**
 Wirtschaft, **33-4, 53, 58-9, 88-9**
 Polish American Enterprise Fund, **95**
 Politik, **13, 24-6**
 Politik, Einsatzgebiete:
 Albanien, **64**
 Bulgarien, **68**
 CSFR, **74**
 Estland, **114-15**
 Jugoslawien, **112**
 Lettland, **116**
 Litauen, **117**
 Polen, **86**
- Rumänien, **27, 98**
 UdSSR, **104-5**
 Ungarn, **80**
 Polnischer Fonds für Privatisierung, **95**
 Polnische Geschäftsberatungsdienste (PGBD), **91, 95**
 Polska Telefonía Komórkowa (PTK), **20, 95, 127**
 Ponzellini, Massimo, **142**
 Portfolio-Risiko-Management, **13**
 Portugal, **128, 140**
 Post-, Telegrafien- und Telefongesellschaften (PTTs), **50, 51-2**
 Poulsen, Ole Loensmann, **139**
 Prag, **76, 77, 78**
 Präsident, Rolle, **12**
 Prate, Alain, **138**
 Preise, **13, 35-6, 35, 46**
 Preispolitik, **13**
 Pressefreiheit, **25**
 Privatisierung, **24, 34, 41-4**
 Albanien, **66**
 Bulgarien, **44, 71, 72**
 CSFR, **41, 42, 76**
 Jugoslawien, **112**
 Polen, **42, 44, 91**
 Rumänien, **42, 44, 99, 100, 102**
 UdSSR, **107, 109-10**
 Ungarn, **44, 83**
 Produktion, **34, 35-6**
 Prüfungsausschuß, **15, 139**
 Przedsiębiorstwo Rolno-Przemyslowe w Szczecinie, **95**
- Rating, financial, **19**
 Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), **27, 34, 36, 46, 52, 53, 54, 64, 74, 80, 105, 114, 116, 117**
 Rechnungslegungsgrundsätze, **129-31**
 Rechtsabteilung, **32-3**
 Rechtsreformen, **32-3, 40**
 Regionales Ausbildungsprogramm für die Entwicklung der Finanzmärkte, **78**
 Regionales Schulungsrahmenprogramm, **40, 41**
 Reichmann, Albert, **145**
 Reiniger, Peter, **142**
 RENEL, **102**
 Reuter, Edzard, **145**
 Reverdin, Jacques, **11, 139**
 Rezession, **36**
 Rhee, Yong-Man, **138**
 Riboud, Antoine, **145**
 Richardson, of Duntisbourne KG, The Rt Hon Lord, **145**
 Riga, **116**
 Rom Telecom (RT) **20, 101-2, 127**
 Roman, Petre, **27, 98**
 Rosenstein, James, **144**
 Rouchdy, Tarek, **144**
 Rücklage für Umrechnungsdifferenzen, **129, 134**
 Rücklagen, **121, 134**
 Rückstellungen und Rücklagen, **121**
 Rückzahlungen, **121**
 Rudloff, Hans-Joerg, **145**
 Rumänien, **14, 16**
 Banken, **39**
 Bankprojekte, **102**
 Engagement der Bank, **100-2**
 Gebilligte Projekte, **20**
 Handel, **36, 37, 38**
- Kapitalzeichnung, **128, 140**
 Politik, **27, 98**
 Privatisierung, **42, 44, 99, 100, 102**
 Strategie für Tätigkeiten im Einsatzland, **14, 100-101**
 Technische Hilfe, **21, 102**
 Umwelt, **61, 99, 101**
 Verfassung, **25**
 Wirtschaft, **33, 53, 98-9**
 Russische Zentralbank, **110**
 Rußland, **16, 27, 54**
 Ausländische Direktinvestitionen, **46**
 Handel, **38**
 Politik, **46**
 Privatisierung, **42, 44-5**
siehe auch UdSSR
- Salolainen, Pertti, **138**
 Santer, Jacques, **138**
 Sarcinelli, Mario, **143**
 Schifffahrt (Technologie), **49**
 Schifffahrtsverkehr, **47**
 Schimmelbusch, Dr. Heinz, **145**
 Schlesien, Ober-, **60, 93**
 Schranken, Handels-, **36**
 Schwarzes Dreieck, **56**
 Schwarzes Meer, **56, 71**
 Schweden, **22, 53, 128, 140**
 Schweiz, **128, 140**
 Selliers, Guy de, **142**
 Serbien, **25-6, 27, 64, 112**
 Serra, Maurizio, **11, 139**
 Sibirien, **20, 109**
 Sibson, Christopher, **11, 139**
 Sigurdsson, Jon, **138**
 Silva Lopes, José da, **11, 139**
 Singer, Shalom, **138**
 Sitnin, Vsevolod, **138**
 Sitzabkommen, **129**
 Slowenien, **25, 17, 27, 112**
 Sofia, **71, 72**
 Solchaga, Carlos, **138**
 Solow, Professor Robert M., **146**
 Sonderrücklagen, **121, 135**
 SOVINTEL, **109**
 Sowjetunion, *siehe* UdSSR
 Spanien, **53, 128, 140**
 Spaventa, Professor Luigi, **146**
 St. Petersburg, **21, 22, 42, 44, 55, 107, 109-10**
 Staatseigene Banken, **39**
 Staatseigene Unternehmen, Privatisierung, **41-4**
 Stabilisierungsprogramm, **34**
 Stadtentwicklung, **55, 77, 95, 109-10**
 Stadtentwicklungsinitiative (MDI), **55**
 Stadtverkehr, **49**
 Stalin, Josef, **104**
 Stammkapital, **133**
 Stanic, Slavoljub, **138**
 Stettin, **95**
 Stolojan, Teodor, **27, 98**
 Straßenverkehr, **47, 49, 71**
 Strategien für Einsatzländer, **14**
 Syrimis, George, **138**
- Taiwan, **22**
 Tadschikistan, **38**
 Tanaka, Josué, **143**

Tarafes, Imre, **138**
Tauschhandelsgeschäfte, **38**
Taylor, John, **144**
Technische Hilfe, **13-14, 21-2, 135**
an Albanien, **21, 66**
an Bulgarien, **21, 71, 72**
an die CSFR, **21, 78**
an Polen, **21, 95-6**
an Rumänien, **21, 102**
an die UdSSR, **21-2, 109-10**
an Ungarn, **21, 86**
Technisches Kooperationsfonds-Programm, **44, 122**
Telekommunikation, **50-2, 82**
Albanien, **66**
Bulgarien, **71**
CSFR, **52, 76**
Polen, **52, 93, 95**
Rumänien, **52, 101-2**
UdSSR, **109**
Ungarn, **52, 84, 85, 86**
Theophanous, George, **138**
Tickell, Sir Crispin, **146**
Tomlinson, Mark, **143**
Topinski, Andrzej, **138**
Tosovsky, Josef, **138**
Transeuropäische Autobahn, **71**
Transsylvanien, **98**
Treuhandanstalt, **43**
Trichet, Jean-Claude, **138**
Tschechoslowakei, siehe CSFR
Tschechoslowakisches Telekommunikationsprojekt, **78**
Tschernobyl, **56, 105**
Türkei, **53, 71, 128, 140**
Turkmenistan, **38**
Tybjerg, Lars, **11, 139**
Tyrtos, Alex, **142**

UdSSR und ehemalige sowjetische Staaten, **8, 14**
Aktionsplan, **14, 107-108**
Ausländische Direktinvestitionen, **45**
Bankprojekte, **109**
Energiequellen, **52, 53, 107-9**
Engagement der Bank, **107-10**
Gebilligte Projekte, **20**
Handel, **34-5, 36-8**
Kapitalzeichnung, **128, 140**
Politik, **24-5, 27, 104-5**
Privatisierung, **107, 109-10**
Strategie für Tätigkeiten im Einsatzland, **14, 100-101**
Technische Hilfe, **21-2, 109-10**
Umwelt, **105**
Währungen, **35-6**
Wirtschaft, **33, 36, 105**

Ugarte, José Luis, **11, 139**
UK Know-how Fund, **32**
Ukraine, **16, 27, 38, 42, 45, 54, 104**
Umwelt, **13, 56-62**
Albanien, **65, 66**
Bulgarien, **89**
CSFR, **75, 77**
Estland, **115**
Lettland, **116-17**
Litauen, **118**
Polen, **89, 93**
Rumänien, **99, 101**

UdSSR, **105**
Ungarn, **81, 85**
Umweltanalysengesetzgebung und -politik in Mittel- und Osteuropa, **61**
Umweltbeirat, **18, 146-7**
Umweltprogramm Donaubecken, **61, 62**
Umweltprogramm Ostsee, **61**
Umweltüberblick regional, **56-62**
Umweltverschmutzung, **46, 48, 53, 56-62, 56, 58**
siehe auch Umwelt
Ungarn: **14, 16**
Ausländische Direktinvestitionen, **45**
Banken, **39, 86**
Bankprojekte, **85-86**
Engagement der Bank, **83-8**
Gebilligte Projekte, **20**
Handel, **36, 37, 38**
Kapitalzeichnung, **128, 140**
Politik, **25, 27, 80**
Privatisierung, **42, 44, 83**
Strategie für Tätigkeiten im Einsatzland, **14, 83-85**
Technische Hilfe, **21, 86**
Umwelt, **81, 85**
Wirtschaft, **33, 34, 53, 80-1**
Unternehmensbeirat, **16, 18, 145**
US-Aid, **32**
Usbekistan, **38**

Vadineanu, Angheluta, **147**
Váh, Váh-Tal, **76**
Van den Broek, Hans, **138**
Van Goethem, Antoine, **11, 139**
Van Miert, Karel, **138**
Vargha, Janos, **147**
Varna, **71**
Venedig-Kommission für „Demokratie durch Recht“, **114, 116**
Ventspils, **116**
Vereinigte Staaten von Amerika, **22, 45, 51, 53, 128, 140**
Vereinigtes Königreich, **22, 51, 128, 140**
Vereinte Nationen, **15, 26, 98, 104, 112, 114, 116**
Vereinte Nationen, Entwicklungsprogramm UNDP, **110**
Verfassungen, **25**
Verkehr, **48-9**
Bulgarien, **71**
CSFR, **76-7**
Polen, **93**
Rumänien, **100**
Ungarn, **85, 86**
Verwaltungsaufwand, **135**
Veszprem, **81**
Visegrad, Erklärung von, **74, 80, 88**
Vitchev, Deicho Georgiev, **147**
Vizepräsidenten, **12, 142-144**
Vuylsteke, Charles, **142**

Währung: Konvertibilität, **38**
Waigel, Theo, **138**
Walesa, Lech, **88**
Walker, Emily, **11, 139**
Warschau, **18, 55, 88**
Wästberg, Olle, **138**
WBK, siehe Bank von Posen

Wechselkurse, **33, 35-6**
Weichsel, **56, 58, 89**
Weizsäcker, Professor Dr. C. Christian von, **146**
Weizsäcker, Professor Dr. E.U. von, **147**
Weißenhof, **27, 38, 52, 104**
Weltbank, **72, 85, 93, 107**
Weltbankgruppe, **32, 44**
Weltgesundheitsorganisation, **105**
Wertpapiermärkte, **41**
Westeuropäische Union, **80**
Westling, Rolf, **143**
White Nights Joint Enterprises, **109**
Wibble, Anne, **138**
Willums, Jan-Olaf, **147**
Winiecki, Jan, **11, 139**
Winkelmann, Günter, **11, 139**
Wirtschaftskommission für Europa, **15**
Wirtschaftsprüfungsbericht, **137**
Wirtschaftsbeirat, **16, 18, 147**
Wirtschaftsüberblick, regional, **33-4**
Wirtschaft:
Albanien, **64-5**
Bulgarien, **68-9**
CSFR, **74-5**
Estland, **115**
Lettland, **116**
Litauen, **117-18**
Polen, **88-9**
Rumänien, **98-9**
UdSSR, **105**
Ungarn, **80-1**
Wohnungswesen, **42, 43**
Woolcott, Richard, **138**
World Conservation Union (IUCN), **61**
Wrangham, Charles, **142**
Wulf, Alain de, **145**

Yamamoto, Takuma, **145**

Zenic, Boris, **144**
Zhelev, Präsident, **88**
Zinssätze, **40, 121**
Zoellick, Robert, **138**
Zypern, **128, 140**

Abkürzungen und Akronyme
AFD Allianz der Freien Demokraten (Ungarn)
DIE BANK
DIE EUROPÄISCHE BANK
EBRD/EBWE Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
BFD Bund Freier Demokraten (Ungarn)
BIP Bruttoinlandsprodukt
BIS Bank for International Settlements
BNB Bulgarische Nationalbank
BOT Build, Operate, Transfer, (Bau - Betrieb - Transfer)
(Dabei handelt es sich um eine Art von Konzessionsfinanzierung, bei der die Privatwirtschaft den Bau und den Betrieb von öffentlichen Einrichtungen finanziert, für die der Staat verschiedene Arten von „Konzessionen“ vergibt, die normalerweise die Übertragung des Grundstückes, manchmal die Finanzierung, sowie eine behördliche Genehmigung zur Geschäftsaufnahme umfassen. Am Ende der Konzession geht die Einrichtung wieder auf den Staat über.)
BSP Bruttosozialprodukt
BSP Bulgarische Sozialistische Partei
CSFR Tschechische und Slowakische Föderative Republik
DER Direktwählerchlüsse
DP Demokratische Partei (Albanien)
ECU Europäische Währungseinheit
EDN Enhanced Digital Network (Sowjetische Firma)
EFTA Europäische Freihandelszone
EIB Europäische Investitionsbank
EWG/EG Europäische (Wirtschafts-) Gemeinschaften
FNR Front zur Nationalen Rettung Rumäniens
GFS Government Finance Statistics
GUS Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HDF Ungarisches Demokratisches Forum
HTC Ungarische Telekommunikationsgesellschaft
IBWE Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IFC International Finance Corporation
IFI Internationale Finanzinstitution
IMGB Intreprinderea de Masini Greta Bucuresti (Rumänischer Hersteller von schwerer Ausrüstung)
ITAP Erstes Programm für technische Hilfe
IUCN Internationale Vereinigung zur Erhaltung der Natur und Naturschätze
IWF Internationaler Währungsfonds
JNA Jugoslawische Bundesarmee
KFP Kooperationsfondsprogramm
KSZE Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LIBOR Londoner Interbanken-Angebotsatz
MDI Stadtentwicklungsinitiative
MIGA Multilaterale Investitions-Garantieagentur
NAP Nationale Agentur für Privatisierung (Rumänien)
NATO Organisation des Nordatlantikpaktes
NIB Nordische Investitionsbank
NMP Nettosozialprodukt
NSF Front zur Nationalen Rettung Rumäniens
OECD Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OMSYC Observatoire Mondial des Systèmes de Communication
OTP Nationale Sparkasse (Ungarn)
PGBD Polnische Geschäftsberatungsdienste
PHARE Polen und Ungarn: Hilfe für Wirtschaftsstrukturierung (EG)
POTS Plain, old telephone service (Standardtelefondienst)
PTK Polska Telefonia Komórkowa
PTT Post-, Telegraf- und Telefonunternehmen
RT Rom Telecom, (Rumänien)
RGW Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SPA Staatseigentumsagentur (Ungarn)
SPT Slowakische Post und Telekom
UDF Union Demokratischer Kräfte (Bulgarien)
IUCN International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources
UNDP Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
WAE Wirtschaftsausschuss für Europa (Vereinte Nationen)
WEU Westeuropäische Union

1	2	3	4	17	18	19	20
5	6	7	8	21	22	23	24
9	10	11	12	25	26	27	28
13	14	15	16	29	30	31	32

1		2		7		8		9	
		3		10		11			
4		5		6				12	

1		2		7		8		9	
3				10		11			
4		5		6		12			

Geschichtlicher Zusammenhang -

Bildunterschriften der Seiten 4 und 5

- 1 Fall der Berliner Mauer, 1989 **1**
- 2 Rumänen, die ihre Flagge tragen, bei der das kommunistische Symbol herausgerissen ist, Weihnachten 1989 **2**
- 3 Abbau der Statue von Dzhzhzhinsky (Begründer des KGBs), Moskau, 1991 **1**
- 4 Abzug der Sowjettruppen, Shroband, Ungarn, 1989 **1**
- 5 Gorbatschow mit den führenden Persönlichkeiten der G7, London, 1991 **3**
- 6 Albanische Flüchtlinge, Brindisi, Italien **1**
- 7 Parade der Roten Armee vor Lenins Grabmal **1**
- 8 Aufständische, Bukarest **1**
- 9 Stalins umgefallene Statue, Albanien **2**
- 10 Wache der Roten Armee vor dem Abzug aus Ungarn **1**
- 11 Café Plovdiv, Bulgarien **1**
- 12 UDF Wahlkundgebung, Bulgarien, 1990 **3**
- 13 Sowjetische Kampftruppe bei der Verteidigung des litauischen Parlaments **2**
- 14 Kundgebung am Unabhängigkeitstag, Wilna, Litauen, 1990 **1**
- 15 Kundgebung der Solidarität, Danzig, 1989 **3**
- 16 Václav Havel und Alexander Dubcek feiern den Rücktritt des kommunistischen Politbüros **1**
- 17 Litauer heften Pässe und Personalausweise an die Parlamentsgebäude, Januar 1991 **2**
- 18 Demonstration in Prag **3**
- 19 Tallinn, Estland, August 1991 **2**
- 20 Rumänen sehen Lastwagen mit ihren Kriegsgesunden nach **1**
- 21 Sowjetische Truppen greifen Estländer an während des sowjetischen Putschversuches im August 1991 **2**
- 22 Ansprache des polnischen Präsidenten Walesa vor potentiellen Investoren in Polen, 1990 **1**
- 23 Bulgariens Grüne, Südpark, Sofia, 1989 **2**
- 24 Demonstration in Prag **1**
- 25 Kundgebung am Unabhängigkeitstag, Wilna, Litauen, 1990 **1**
- 26 Serben demonstrieren in Kosovo, Jugoslawien, 1988 **2**
- 27 Maikundgebung der Solidarität, Polen, Warschau, 1989 **1**
- 28 Wahlplakate für Ungarisches Demokratisches Forum eine Woche vor den ersten freien Wahlen **3**
- 29 Ceaucescus Büro im Gebäude des Zentralkomitees **2**
- 30 Kroatische Truppen in Jugoslawien, 1991 **1**
- 31 Demonstration zum 50. Jahrestag des Molotow-Ribbentrop Paktes, Estland **2**
- 32 Gorbatschow und Jelzin, Herbst 1991 **2**

Bildunterschriften des Regionalteils, Seite 28 und 29

- 1 Ein Fernheizkraftwerk in Kattowitz, Polen **5**
- 2 Lebensmittelmarkt, Litauen **1**
- 3 Straßenszene, Budapest **6**
- 4 Bankangestellter, Tallinn, Estland **1**
- 5 Abwasseraufbereitungsanlage, Warschau **5**
- 6 Petöfi Nyomda Pt., Fabrik für Verpackungsmaterial, Budapest **6**
- 7 Supermarkt in der Peters Passage, Moskau **7**
- 8 Nahrungsmittelverteilung des Roten Kreuzes **1**
- 9 Autobahn, Ungarn **6**
- 10 Warenhaus, Sofia, Bulgarien **2**
- 11 Durch sauren Regen verursachte Umweltschäden, Tschechoslowakei, 1989 **2**
- 12 Hochzeitsfeier, Albanien **4**

Bildunterschriften des Regionalteils, Seite 30 und 31

- 1 Städtische Verkehrsmittel, Warschau **5**
- 2 Fernheizkraftwerk, Warschau **5**
- 3 Zwiebelanbau, Pogradec, Albanien **2**
- 4 Karbolineumfabrik, Rumänien, Februar 1990 **2**
- 5 Beim Fleischer, Moskau **7**
- 6 Telefonzelle, Prager Hauptbahnhof **6**
- 7 Warenbörse, Moskau, 1991 **2**
- 8 Unabhängigkeitswahlen, Wilna, Litauen, 1990 **1**
- 9 Computerspiele in einer privaten Genossenschaft, Estland **2**
- 10 Landwirtschaftliche Genossenschaft Sinpetru, Transylvanien, Rumänien, Juni 1991 **2**
- 11 Hafen, Litauen **1**
- 12 Werkstätten der tschechoslowakischen Fluggesellschaft **6**

Quellenangabe der Photos

- 1 Colorific! Fotoarchiv (und Seiten 25, 54)
- 2 Network Fotoarchiv (und Seite 70)
- 3 Impact Fotoarchiv (und Seite 70)
- 4 Wilma Goudappel (und Seite 66)
- 5 Paul Lowe (und Seiten 46, 58, 59, 90-94)
- 6 Brian Harris (und Seiten 40, 43, 51, 62, 82, 84, 85, 86)
- 7 Nikolai Ignatiev (und Seiten 108, 110)
- 8 Patrick Sutherland (und Seiten 46, 47, 77, 78)
- 9 François Sarano, Equipe Cousteau (Seite 101)
- 10 Pierre Yves Divisia (Seite 70)

Herausgeber und Produzent: Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Bank.
Übersetzungen in andere Sprachen: Konferenz- und Sprachenabteilung sowie DeskTop Publishing-Abteilung der Bank.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
122 Leadenhall Street
London EC3V 4EB
Telefon +44 71 338 6000
Telefax +44 71 338 6100
Telex 8812161 EBRD L G

Graphische Gestaltung: williams and phoa
Landkarten: Oxford Cartographers
Illustration: Precision Illustration
Druck: Lithotech Colour Printers Limited auf Consort Royal Osprey Silk Papier

Consort Royal Osprey Silk ist ein Umweltpapier, das zu 50% aus wiederverwertetem Papier besteht. Neue Zellstofffasern wurden ohne Chlordioxid gebleicht und bei der Herstellung wurden keine optischen Aufheller verwendet.

